



+4999 810 01



# Verwaltungsbericht

der Landeshauptstadt

## DÜSSELDORF

für die Zeit vom 1. Januar 1971 bis zum 31. Dezember 1973



Veröffentlicht im Amtsblatt der Landeshauptstadt Düsseldorf, 1974, Nr. 1, S. 1-10





# Verwaltungsbericht

der Landeshauptstadt

# D Ü S S E L D O R F

für die Zeit vom 1. Januar 1971 bis zum 31. Dezember 1973



Im Auftrage des Oberstadtdirektors bearbeitet und herausgegeben vom Statistischen Amt

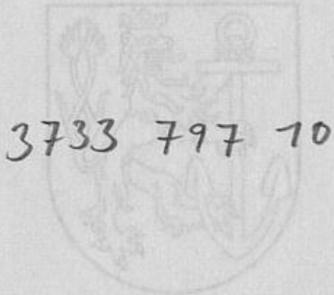


765  
765  
12 4

Verwaltungsbericht

26  
7337

DÜSSELDORF



3733 797 10

004/181432

Gesamtherstellung: Hang-Druck KG, Köln

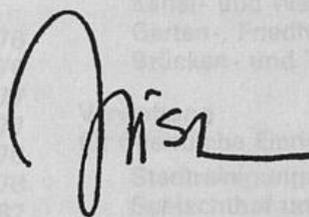
# VORWORT

Die Jahre 1971 bis 1973, über die hier berichtet wird, standen im Zeichen eines erst leichten, dann aber zunehmenden konjunkturellen Abschwunges mit einer für die Finanzlage der Stadt ungünstigen Entwicklung. Die Sorgen, denen sich Düsseldorf – wie übrigens alle Großstädte – zunehmend gegenübergestellt sah, wuchsen nicht zuletzt aufgrund der von Jahr zu Jahr gestiegenen Personalkosten und infolge der im Herbst 1973 ausgelösten „Ölkrise“, die zu einer erheblichen Verteuerung der Energiekosten führte.

Da die Einnahmen auch bei sehr sparsamer Haushaltsführung für die Aufgaben nicht ausreichten, waren Steuererhöhungen schließlich nicht zu vermeiden. Angesichts dieser Entwicklung kann die Feststellung, daß fast alle großen Bauobjekte, von denen im letzten Verwaltungsbericht die Rede war, in der Berichtszeit abgeschlossen oder der Fertigstellung nahegebracht werden konnten, besonders befriedigen.

Ungeachtet mancher Einschränkungen, zu denen die angespannte finanzielle Situation zwang, konnte die Stadt wiederum im vollen Umfang der Verpflichtung nachkommen, den vielfältigen Bedürfnissen ihrer Bürger ausgewogen und angemessen Rechnung zu tragen. Neben der Befriedigung zunehmender existentieller Bedürfnisse wurde insbesondere das Bildungsangebot erweitert und der steigende Bedarf an zeitgemäßen Nahverkehrsleistungen durch moderne Nahverkehrsmittel berücksichtigt. Besondere Erwähnung verdienen hierbei das vom Rat der Stadt am 27. September 1973 verabschiedete Kulturbauprogramm und der am 24. März 1973 erfolgte Erste Spatenstich für den Bau der Düsseldorfer U-Bahn.

Düsseldorf, im Oktober 1974



(Just)  
Oberstadtdirektor

# VORWORT

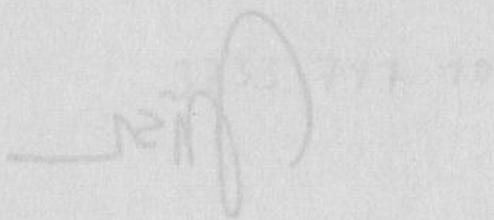
26

Die Jahre 1971 bis 1973 über die hier berichtet wird, standen im Zeichen eines erst leichten, dann aber zunehmenden konjunkturellen Abschwungs mit einer für die Finanzlage der Stadt ungünstigen Entwicklung. Die Sorgen, denen sich Düsseldorf – wie übiger als Großstädte – zunehmend gegenüberstellt, sah wachsen nicht zuletzt aufgrund der von Jahr zu Jahr gestiegenen Personalkosten und infolge der im Herbst 1973 ausgetragenen „Krisen“, die zu einer erheblichen Verringerung der Energiekosten führten.

Da die Finanzen auch bei sehr sparsamer Haushaltsführung für die Aufgaben nicht ausreichen, wenn Steuererhöhungen schließlich nicht zu vermeiden, Angesichts dieser Erwartung kann die Feststellung, daß fast alle großen Bauwerke, von denen im letzten Vorwortsbericht die Rede war, in der nächsten abgeschlossen oder der Festlegung zugegriffen werden könnten, besonders bedauerlich sein.

Ungesamt mancher Einschnürungen zu denen die angespannte finanzielle Situation zwang, konnte die Stadt wiederum im vollen Umfang der Verpflegung nachkommen. Das vielfältige Bedürfnis der Bürger zuzufrieden und angemessen Rechnung zu legen. Neben der Bekämpfung zunehmender existenzieller Bedürfnisse wurde insbesondere das Bildungsangebot erweitert und der steigende Bedarf an zentralen Nahverkehrsmitteln durch moderne Nahverkehrsmittel berücksichtigt. Besonders erwähnenswert sind hierbei das vom Rat der Stadt am 27. September 1973 beschlossene Kulturprogramm und das am 24. März 1973 erlassene erste Sondernotprogramm für den Bau der Düsseldorf U-Bahn.

Düsseldorf, im Oktober 1974



(Name)  
Oberbürgermeister

004/184432

004/184432



# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort . . . . .	3
Stadtchronik . . . . .	6

## Allgemeiner Teil

Der Rat der Stadt . . . . .	9
Organisation der Stadtverwaltung . . . . .	11
Die Dezernatsverteilung . . . . .	14
Büro Oberstadtdirektor . . . . .	16
Der Personalbestand . . . . .	17

## Die Berichte

	Seite		Seite
<b>Allgemeine Verwaltung:</b>		Goethe-Museum . . . . .	88
Hauptamt . . . . .	20	Orchester („Düsseldorfer Symphoniker“) . . . . .	88
Personalamt . . . . .	25	Robert-Schumann- Konservatorium . . . . .	89
Presseamt . . . . .	29	Kunsthalle . . . . .	89
<b>Finanzverwaltung:</b>		Orangerie Benrath . . . . .	91
Kämmerei . . . . .	32	Hetjens-Museum . . . . .	91
Kassenamt . . . . .	36	Theaterverwaltung . . . . .	92
Steueramt . . . . .	39	<b>Sozial- und Gesundheitsverwaltung:</b>	
Liegenschaftsamt . . . . .	43	Sozialamt . . . . .	96
Amt für Verteidigungslasten . . . . .	45	Jugendamt . . . . .	99
<b>Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung:</b>		Sportamt . . . . .	103
Rechtsamt . . . . .	48	Gesundheitsamt . . . . .	104
Ordnungsamt . . . . .	49	Städt. Krankenanstalten . . . . .	107
Statistisches und Einwohnermeldeamt . . . . .	53	Ausgleichsamt . . . . .	109
Standesämter . . . . .	57	<b>Bauverwaltung:</b>	
Versicherungsamt . . . . .	58	Bauverwaltungsamt . . . . .	114
Feuerwehr . . . . .	63	Planungsamt . . . . .	116
Amt für Bevölkerungsschutz . . . . .	64	Vermessungs- und Katasteramt . . . . .	119
<b>Schul- und Kulturverwaltung:</b>		Bauaufsichtsamt . . . . .	121
Schulverwaltungsamt . . . . .	68	Amt für Wohnungswesen . . . . .	122
Schulpsychologische Beratungsstelle . . . . .	76	Hochbauamt . . . . .	125
Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie . . . . .	76	Straßenbauamt . . . . .	128
Volkshochschule . . . . .	76	Kanal- und Wasserbauamt . . . . .	129
Städtische Musikschule . . . . .	77	Garten-, Friedhofs- und Forstamt . . . . .	130
Pädagogisches Institut . . . . .	77	Brücken- und Tunnelbauamt . . . . .	133
Verwaltung der Schulgärten . . . . .	78	<b>Verwaltung für öffentliche Einrichtungen:</b>	
Kulturamt . . . . .	78	Stadtreinigungs- und Fuhramt . . . . .	136
Heinrich-Heine-Institut . . . . .	82	Schlachthof und Marktamt . . . . .	137
Stadtbüchereien . . . . .	82	Leihamt . . . . .	138
Dumont-Lindemann-Archiv . . . . .	84	<b>Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr:</b>	
Kunstmuseum . . . . .	84	Amt für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung . . . . .	140
Stadtgeschichtliches Museum . . . . .	86	Stadtwerke . . . . .	143
Schloß Benrath . . . . .	86	Städt. Häfen . . . . .	143
Löbbecke-Museum und Aquarium . . . . .	87	U-Bahn-Amt . . . . .	144
Naturkundliches Heimatmuseum Benrath . . . . .	87		

Anhang: Verzeichnis der Veröffentlichungen des Statistischen Amtes . . . . . Seite 147

# Stadtchronik

Bemerkenswerte Ereignisse in den Jahren 1971, 1972 und 1973

(Die angeführten Daten geben den Tag des Ereignisses, in wenigen Fällen den Tag der Bekanntgabe in der Presse an.)

## 1971

4. Januar Die Hauptverwaltung der Rheinischen Bahngesellschaft AG zieht um in das neue Rheinbahnhof in Oberkassel, Hansaallee 1
31. März Die Philipshalle an der Siegburger Straße, die größte Mehrzweckhalle in der Stadt, wird eröffnet
4. April–20. Juni Im Kunstmuseum findet die Ausstellung „Europäische Barockplastik am Niederrhein – Gruppello und seine Zeit“ statt
11. April Stadtdirektor Heinz Ingenstau stirbt im Alter von 62 Jahren
15. Mai Die Erholungsstätte Lörick wird nach dem Einbau von Warmwasser-Schwimmbaden wieder eröffnet
27. Mai Der Beigeordnete Hermann Dornscheidt wird zum Stadtdirektor gewählt
24. Juni Der Rat der Stadt beschließt neue Bestimmungen für die Verleihung der Kulturpreise der Stadt. Der Hauptpreis ist der mit 25000 DM dotierte Heinrich-Heine-Preis, der, beginnend mit 1972, alle 3 Jahre verliehen werden soll. 7 Förderpreise werden ferner gestiftet
1. Juli Das Jugendamt übernimmt als „Kinderhilfezentrum“ das von der Stadt erworbene St.-Anna-Kloster an der Eulerstraße
27. Juli An der geplanten „Umgehungsstraße Eller“ zwischen Deutzer Straße und Karl-Geusen-Straße wird mit den Aushebungsarbeiten begonnen
3. August An der neuen Oberkasseler Brücke werden auf der linken Rheinseite die Montagearbeiten aufgenommen
20. August Oberbürgermeister Becker übergibt das neue Messegelände in Stockum der Düsseldorfer Messgesellschaft mbH (NOWEA) zur Nutzung
7. September In Gerresheim, an der Gräulinger Straße, wird das neue Städtische Krankenhaus in Betrieb genommen
10. September Das Verkehrsübungsgebiet auf der Lausward (Hafengebiet) wird von der Verkehrswacht Düsseldorf e. V. seiner Bestimmung übergeben
- 16.–23. September Die 6. Internationale Kunststoffmesse findet als erste Messe im neuen Messegelände in Stockum statt
12. u. 13. November Am Pegel Düsseldorf wird mit 0,94 m der niedrigste Wasserstand des Rheins seit über 150 Jahren angezeigt
29. Dezember Die Düsseldorfer Eislaufgemeinschaft e. V. (DEG) wird zum zweiten Male Deutscher Meister im Eishockey
31. Dezember Die Städtische Pfandleihanstalt wird nach 146jährigem Bestehen geschlossen

## 1972

10. Februar Aus dem Kunstmuseum werden 3 Gemälde – „Bildnis einer jungen Frau“ von Franz Hals, „Hl. Cäcilie“ von Rubens und „Jagdscene“ von Juan Del Mazo – im Gesamtwert von etwa 1 Million DM gestohlen
1. März Als kommunales Kino nimmt das „Filmforum der Volkshochschule“ seine Arbeit als Nachfolger der „Jugend- u. Kulturfilmbühne“ auf
19. April Das „Benrather Tageblatt“ geht in den Besitz der Rheinischen Post über und wird als lokale Beilage weitergeführt
19. Mai In der Kläranlage Süd in Hamm wird Richtfest gefeiert
26. Mai–8. Juni Die 6. Internationale Messe Druck und Papier – DRUPA '72 – findet erstmals im neuen Messegelände in Stockum statt
10. Juni Die Rheinische Bahngesellschaft AG unternimmt auf der Buslinie 30 erste Probefahrten mit einem Elektro-Bus

1. Juli Nach Fertigstellung des II. Bauabschnittes wird der Neubau des Ev. Krankenhauses an der Kirchfeldstraße in Benutzung genommen
3. August Der Neubau des Dominikus-Krankenhauses in Heerdt wird nach Fertigstellung der Kapelle eingeweiht
5. August Der erste Kram- und Trödelmarkt in Düsseldorf wird unter dem Namen „Radschlägermarkt“ auf dem Parkplatz an der Akademiestraße in der Altstadt abgehalten
9. September Ulrich Brecht beginnt als neuer Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses die Spielzeit 1972/73 mit „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“ von Berthold Brecht
1. Oktober Die Düsseldorfer Berufsfeuerwehr besteht 100 Jahre
11. Oktober Der „Verkehrsverein der Stadt Düsseldorf e. V.“ feiert im Plenarsaal des Rathauses sein 75jähriges Bestehen
- 15.–19. Oktober 300 Wissenschaftler und Publizisten aus 18 Ländern nehmen am Internationalen Heinrich-Heine-Kongreß teil, der aus Anlaß des 175. Geburtstages des Dichters diesmal in seinem Geburtsort Düsseldorf stattfindet
2. November Die Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie feiert ihr 50jähriges Bestehen
15. November Bei der offiziellen Eröffnung des ausgebauten Rheinstadions gewinnt die deutsche Nationalmannschaft in einem Fußball-Länderspiel gegen die Schweiz mit 5 : 1
24. November Das Sonderschulzentrum an der Brinckmannstraße wird in Anwesenheit des Kultusministers Girgensohn seiner Bestimmung übergeben
13. Dezember Am 175. Geburtstag von Heinrich Heine wird in Anwesenheit des Bundespräsidenten Dr. Heinemann zum ersten Male der Heinrich-Heine-Preis der Stadt Düsseldorf verliehen; Preisträger ist der Dichter Carl Zuckmayer
- Förderpreise erhalten  
für Geisteswissenschaft der Germanist Dr. Michael Werner  
bildende Kunst der Fotograf Bernd Jansen und der Bildhauer Wolfgang Kliege  
Literatur Ferdinand Kriwet und Wolfgang Seesemann  
Musik Josephine Engelskamp und Michael Gaiser
18. Dezember Die Stadtwerke Düsseldorf werden in eine Aktiengesellschaft umgewandelt
31. Dezember Das neue Messegelände in Stockum geht in das Eigentum der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH (NOWEA) über
- 1973**
1. Januar Die Städt. Krankenanstalten Moorenstraße werden vom Land Nordrhein-Westfalen als „Klinische Anstalten der Universität Düsseldorf“ übernommen
19. Januar Das RWI-Haus an der Neusser Straße – das größte Bürozentrum in Düsseldorf – feiert Richtfest
27. Januar–4. Februar Die 4. Internationale Ausstellung „Boot '73“ wird von über 100 000 Personen besucht
1. Februar Die Philipshalle an der Siegburger Straße geht in den Besitz der Stadt über
1. März Die Dominikanermönche verlassen ihr Kloster an der Herzogstraße und beziehen ein neues Gebäude an der Andreasstraße/Ecke Hunsrückstraße
9. März Die Japanische Internationale Schule an der Lütticher Straße in Oberkassel wird in Anwesenheit von Oberbürgermeister Becker eingeweiht
24. März Der Erste Spatenstich zum U-Bahn-Bau an der Fischerstraße wird festlich begangen
- 6.–20. April In Düsseldorf findet das 22. Deutsche Mozartfest unter Mitwirkung des Dirigenten Karl Böhm und der Düsseldorfer Symphoniker statt
7. April Auf dem Flughafen wird der I. Bauabschnitt der Fluggast-Abfertigungs-Anlage „Terminal 2“ in Betrieb genommen, und zwar mit 35 m hohem Kontrollturm, Zentralgebäude, Flugsteig B und Parkhaus
2. Mai Zum Neubau des „Haus landeskirchlicher Dienste der Ev. Kirche im Rheinland“ an der Ecke Rochusstraße/Bagelstraße wird der Grundstein gelegt
9. Mai Der Österreichische Bundespräsident Franz Jonas besucht Düsseldorf
- 11.–16. Mai INTERPACK '73 – die 6. Internationale Messe für Verpackungsmaschinen und Verpackungsmittel – zählt fast 150 000 Besucher

27. Juni – 1. Juli	In Düsseldorf findet der 15. Evangelische Kirchentag statt
15. Juli	Mit dem Abbruch des alten Gebäudes der Landesversicherungsanstalt (LVA) Rheinprovinz Ecke Friedrichstraße/Adersstraße wird begonnen
25.–29. Juli	Im Rheinstadion findet ein Internationaler Kongreß der Zeugen Jehovas statt. Die Kongreßteilnehmer biwakieren zu einem großen Teil in Zelten und Wohnwagen auf den Stadion-Parkplätzen
3. August	2 Jahre nach Montagebeginn wird an der neuen Oberkasseler Rheinbrücke Richtfest gefeiert
13.–23. September	In Düsseldorf findet die zweite Österreich-Woche statt
14. September	Das „Haus der Evangelischen Kirche“ – ein Neubau an der Bastionstraße – mit Superintendenturen und Stadtakademie wird feierlich eröffnet
29. September – 7. Oktober	Im neuen Messegelände wird der 3. Internationale Markt für aktuelle Kunst abgehalten
8. November	An den Neubauten für das Finanzamt Düsseldorf-Süd und für das zukünftige Finanzamt Düsseldorf-Mitte an der Kruppstraße wird Richtfest gefeiert
25. November	Am 1. Tag des von der Bundesregierung angeordneten allgemeinen Sonntagfahrverbotes für Kraftfahrzeuge sind die Straßen nahezu ohne Kraftfahrzeugverkehr
1. Dezember	Der erste Weihnachtsmarkt in Düsseldorf wird auf dem Vorplatz des Schauspielhauses eröffnet
10. Dezember	Die Firma Arenberg-Düsseldorf GmbH schenkt in einem Vertrag der Stadt Schloß und Park Mickeln in Himmelgeist
13. Dezember	Am Gebäude der „Neuen Kunstakademie“ im Nordpark wird laut Ratsbeschluß vom 29. 9. 1973 mit den Abbrucharbeiten begonnen
15. Dezember	Eine „Aktionsgemeinschaft Düsseldorfer Heimat- und Bürgervereine“ wird gegründet
20. Dezember	Auf der neuen Oberkasseler Brücke in ihrer provisorischen Lage wird die südliche Fahrbahn für den Verkehr freigegeben
21. Dezember	Der Generalintendant der Deutschen Oper am Rhein, Dr. Grischa Barfuss, wird zum Professor ernannt

# Der Rat der Stadt

In der Zusammensetzung des Rates haben sich bis zum Ende der Berichtszeit – 31. Dezember 1973 – folgende Änderungen ergeben:

Ausgeschieden sind:

Trumpf, Werner, Industriekaufmann (F.D.P.)  
am 28. 4. 1971 durch Tod  
Müller, Josef-Albert, Angestellter (CDU)  
am 25. 5. 1972 durch Verzicht  
Leven, Hannspeter, Objektleiter (SPD)  
am 30. 8. 1972 durch Verzicht  
Dr. Hirsch, Burkhard, Rechtsanwalt (F.D.P.)  
am 29. 11. 1972 durch Verzicht  
Cornelius, Helmut, Justitiar (CDU)  
am 1. 12. 1972 durch Verzicht  
Soltau, Jakob, Gewerkschaftssekretär (SPD)  
am 28. 12. 1972 durch Tod  
Striefeler, Heinrich, Geschäftsführer (SPD)  
am 9. 1. 1973 durch Tod  
Rau, Wilhelm, Regierungsamtmann (CDU)  
am 4. 9. 1973 durch Tod

An die Stelle der Ausgeschiedenen traten:

Jakobskrüger, Horst, Ingenieur (F.D.P.)  
am 5. 5. 1971  
Nelles, Theo, Regierungsangestellter (CDU)  
am 25. 5. 1972  
Losch, Klaus, Verkaufingenieur (SPD)  
am 31. 8. 1972  
Winterwerber, Heinz, Geschäftsführer (F.D.P.)  
am 29. 11. 1972  
Zöllner, Karl-Leopold, Kaufmann (CDU)  
am 1. 12. 1972  
Fuhrmann, Marianne, Bilanzbuchhalterin (SPD)  
am 4. 1. 1973  
Koch, Karl, Geschäftsführer (SPD)  
am 16. 1. 1973  
Rau, Gertrud, Angestellte (CDU)  
am 13. 9. 1973

Am 31. Dezember 1973 setzte sich der Rat aus folgenden Mitgliedern zusammen:

SPD (33 Sitze)		CDU (30 Sitze)		F.D.P. (4 Sitze)
Aschendorf, Heinrich Regierungsrat	Losch, Klaus Verkaufingenieur	Bach, Helmut Volksschulrektor	Nieder, Joseph W. Schneidermeister	Deimel, Hans Günter Kaufmann
Becker, Willi kfm. Direktor	Mayer, Manfred Ludwig Berufsberater	Bannasch-Hermkes, Ursula Dipl.-Volkswirt	Plahr, Hans-Theo Gewerkschaftssekretär	Jakobskrüger, Horst Ingenieur
Bungert, Klaus Gewerkschaftssekretär	Müller, Gertrud Hausfrau	Boßmann, Bruno Werbekaufmann	Rau, Gertrud Angestellte	Recht, Bruno Kaufmann
Christiansen, Hans-Otto Kontrolleur	Nöbke, Walther Handlungs- bevollmächtigter	Caspers, Johannes Arbeitersekretär	Röhr, Hermann Maschinenschreiner	Winterwerber, Heinz Geschäftsführer
Dahmen, Andreas Verw.-Oberamtmann	Ranz, Karl Fraktions- geschäftsführer	Christoffel, Otto Rechtsanwalt	Rönneper, Hans Sozialsekretär	
Farrenkopf, Artur Gewerkschaftssekretär	Salewski, Helmut Gewerkschaftssekretär	Gäs, Robert Architekt	Dr. Roos, Maria Unternehmerin	
Fritsche, Walter Angestellter	Schneider, Kurt Dipl.-Ing. Bauingenieur	Grosch, Heinz Geschäftsführer	Schulhoff, Wolfgang Dipl.-Volkswirt Prokurist	
Fuhrmann, Marianne Bilanzbuchhalterin	Schwarz, Erich techn. Sachbearbeiter	Dr. Klees, Karl-Friedrich Kaufmann	Terbuyken, Willi Klempner	
Heermann, Heinrich Sozialleiter	Schweiger, Hans Bankangestellter	Klingner, Raimund Rechtsanwalt	Ulrich, Anton Direktor	
Herzog, Klaus Industriekaufmann	Smeets, Marie-Luise kfm. Angestellte	Könn, Heinrich Werkmeister	Vesper, Herbert Ltd. Verwaltungsdirektor	
Hödel, Karl Angestellter	Spiekenheuer, Helmut Versandleiter	Dr. med. Kraheck, Günter Arzt	Weilinghaus, Wilhelm Kaufmann	
Jeratsch, Hans Volksschulrektor	Dr. Spieker, Wolfgang Rechtsanwalt	Kürten, Josef Prokurist	Werder, Hubert Rechtsanwalt	
Kalenborn, Heinz Prof., Dipl.-Ing. Architekt	Strej, Monika Lehramtskandidatin	Meisen, Helmut Oberstaatsanwalt	Weskamp, Bernhard Bauingenieur	
Koch, Karl Geschäftsführer	Thomas, Leopold Angestellter	Müller, Hermann-Josef Kaufmann	Wollert, Erich Geschäftsführer	
Konrad, Walter Maschinenschlosser	Vogler, Manfred Studiendirektor	Nelles, Theo Regierungsangestellter	Zöllner, Karl-Leopold Kaufmann	
Kuhlmann, Willi Verwaltungsrat a. D.	Wiegandt, Paul Rentner			



# Organisation der Stadtverwaltung

In folgenden Organisationseinheiten sind bedeutsame Änderungen vorgenommen worden:

- beim Amt 34 wurden die Standesämter Mitte, Nord und Ost zu einem Standesamt zusammengefaßt (wirksam ab 1. 1. 1974),
- beim Amt 41 erfolgte die verwaltungsmäßige Verselbständigung der Kulturinstitute,
- beim Amt 54 war der Übergang der Kliniken an der Moorenstraße in die Trägerschaft des Landes sowie die Bildung eines neuen Amtes für die Krankenhäuser Benrath und Gerresheim zu verzeichnen,
- beim Amt 61 wurde die strukturelle Gliederung im Hinblick auf das Bauleitplanverfahren verändert,
- beim Amt 71 wurden die Ämter 71 – Schlacht- und Viehhof – und 72 – Marktamt – zu einem Amt – Schlachthof und Marktamt – zusammengefaßt,
- das Amt 73 – Leihamt – wurde aufgelöst.

Darüber hinaus sind zahlreiche weitere Änderungen der Verwaltungsgliederung sowie der Aufgaben- und Geschäftsverteilung vorgenommen worden, auf die in den Berichten der Ämter im einzelnen eingegangen wird.

Nach den in der Berichtszeit vorgenommenen Änderungen hatte der Verwaltungsgliederungsplan am 31. Dezember 1973 folgendes Bild:

1	Verwaltung	1	Verwaltung	1	Verwaltung
2	Abt. Schulwesen	2	Abt. Schulwesen	2	Abt. Schulwesen
3	Abt. Jugendberufshilfe	3	Abt. Jugendberufshilfe	3	Abt. Jugendberufshilfe
4	Abt. Jugendberufshilfe	4	Abt. Jugendberufshilfe	4	Abt. Jugendberufshilfe
5	Abt. Jugendberufshilfe	5	Abt. Jugendberufshilfe	5	Abt. Jugendberufshilfe
6	Abt. Jugendberufshilfe	6	Abt. Jugendberufshilfe	6	Abt. Jugendberufshilfe
7	Abt. Jugendberufshilfe	7	Abt. Jugendberufshilfe	7	Abt. Jugendberufshilfe
8	Abt. Jugendberufshilfe	8	Abt. Jugendberufshilfe	8	Abt. Jugendberufshilfe
9	Abt. Jugendberufshilfe	9	Abt. Jugendberufshilfe	9	Abt. Jugendberufshilfe
10	Abt. Jugendberufshilfe	10	Abt. Jugendberufshilfe	10	Abt. Jugendberufshilfe
11	Abt. Jugendberufshilfe	11	Abt. Jugendberufshilfe	11	Abt. Jugendberufshilfe
12	Abt. Jugendberufshilfe	12	Abt. Jugendberufshilfe	12	Abt. Jugendberufshilfe
13	Abt. Jugendberufshilfe	13	Abt. Jugendberufshilfe	13	Abt. Jugendberufshilfe
14	Abt. Jugendberufshilfe	14	Abt. Jugendberufshilfe	14	Abt. Jugendberufshilfe
15	Abt. Jugendberufshilfe	15	Abt. Jugendberufshilfe	15	Abt. Jugendberufshilfe
16	Abt. Jugendberufshilfe	16	Abt. Jugendberufshilfe	16	Abt. Jugendberufshilfe
17	Abt. Jugendberufshilfe	17	Abt. Jugendberufshilfe	17	Abt. Jugendberufshilfe
18	Abt. Jugendberufshilfe	18	Abt. Jugendberufshilfe	18	Abt. Jugendberufshilfe
19	Abt. Jugendberufshilfe	19	Abt. Jugendberufshilfe	19	Abt. Jugendberufshilfe
20	Abt. Jugendberufshilfe	20	Abt. Jugendberufshilfe	20	Abt. Jugendberufshilfe
21	Abt. Jugendberufshilfe	21	Abt. Jugendberufshilfe	21	Abt. Jugendberufshilfe
22	Abt. Jugendberufshilfe	22	Abt. Jugendberufshilfe	22	Abt. Jugendberufshilfe
23	Abt. Jugendberufshilfe	23	Abt. Jugendberufshilfe	23	Abt. Jugendberufshilfe
24	Abt. Jugendberufshilfe	24	Abt. Jugendberufshilfe	24	Abt. Jugendberufshilfe
25	Abt. Jugendberufshilfe	25	Abt. Jugendberufshilfe	25	Abt. Jugendberufshilfe
26	Abt. Jugendberufshilfe	26	Abt. Jugendberufshilfe	26	Abt. Jugendberufshilfe
27	Abt. Jugendberufshilfe	27	Abt. Jugendberufshilfe	27	Abt. Jugendberufshilfe
28	Abt. Jugendberufshilfe	28	Abt. Jugendberufshilfe	28	Abt. Jugendberufshilfe
29	Abt. Jugendberufshilfe	29	Abt. Jugendberufshilfe	29	Abt. Jugendberufshilfe
30	Abt. Jugendberufshilfe	30	Abt. Jugendberufshilfe	30	Abt. Jugendberufshilfe
31	Abt. Jugendberufshilfe	31	Abt. Jugendberufshilfe	31	Abt. Jugendberufshilfe
32	Abt. Jugendberufshilfe	32	Abt. Jugendberufshilfe	32	Abt. Jugendberufshilfe
33	Abt. Jugendberufshilfe	33	Abt. Jugendberufshilfe	33	Abt. Jugendberufshilfe
34	Abt. Jugendberufshilfe	34	Abt. Jugendberufshilfe	34	Abt. Jugendberufshilfe
35	Abt. Jugendberufshilfe	35	Abt. Jugendberufshilfe	35	Abt. Jugendberufshilfe
36	Abt. Jugendberufshilfe	36	Abt. Jugendberufshilfe	36	Abt. Jugendberufshilfe
37	Abt. Jugendberufshilfe	37	Abt. Jugendberufshilfe	37	Abt. Jugendberufshilfe
38	Abt. Jugendberufshilfe	38	Abt. Jugendberufshilfe	38	Abt. Jugendberufshilfe
39	Abt. Jugendberufshilfe	39	Abt. Jugendberufshilfe	39	Abt. Jugendberufshilfe
40	Abt. Jugendberufshilfe	40	Abt. Jugendberufshilfe	40	Abt. Jugendberufshilfe
41	Abt. Jugendberufshilfe	41	Abt. Jugendberufshilfe	41	Abt. Jugendberufshilfe
42	Abt. Jugendberufshilfe	42	Abt. Jugendberufshilfe	42	Abt. Jugendberufshilfe
43	Abt. Jugendberufshilfe	43	Abt. Jugendberufshilfe	43	Abt. Jugendberufshilfe
44	Abt. Jugendberufshilfe	44	Abt. Jugendberufshilfe	44	Abt. Jugendberufshilfe
45	Abt. Jugendberufshilfe	45	Abt. Jugendberufshilfe	45	Abt. Jugendberufshilfe
46	Abt. Jugendberufshilfe	46	Abt. Jugendberufshilfe	46	Abt. Jugendberufshilfe
47	Abt. Jugendberufshilfe	47	Abt. Jugendberufshilfe	47	Abt. Jugendberufshilfe
48	Abt. Jugendberufshilfe	48	Abt. Jugendberufshilfe	48	Abt. Jugendberufshilfe
49	Abt. Jugendberufshilfe	49	Abt. Jugendberufshilfe	49	Abt. Jugendberufshilfe
50	Abt. Jugendberufshilfe	50	Abt. Jugendberufshilfe	50	Abt. Jugendberufshilfe
51	Abt. Jugendberufshilfe	51	Abt. Jugendberufshilfe	51	Abt. Jugendberufshilfe
52	Abt. Jugendberufshilfe	52	Abt. Jugendberufshilfe	52	Abt. Jugendberufshilfe
53	Abt. Jugendberufshilfe	53	Abt. Jugendberufshilfe	53	Abt. Jugendberufshilfe
54	Abt. Jugendberufshilfe	54	Abt. Jugendberufshilfe	54	Abt. Jugendberufshilfe
55	Abt. Jugendberufshilfe	55	Abt. Jugendberufshilfe	55	Abt. Jugendberufshilfe
56	Abt. Jugendberufshilfe	56	Abt. Jugendberufshilfe	56	Abt. Jugendberufshilfe
57	Abt. Jugendberufshilfe	57	Abt. Jugendberufshilfe	57	Abt. Jugendberufshilfe
58	Abt. Jugendberufshilfe	58	Abt. Jugendberufshilfe	58	Abt. Jugendberufshilfe
59	Abt. Jugendberufshilfe	59	Abt. Jugendberufshilfe	59	Abt. Jugendberufshilfe
60	Abt. Jugendberufshilfe	60	Abt. Jugendberufshilfe	60	Abt. Jugendberufshilfe
61	Abt. Jugendberufshilfe	61	Abt. Jugendberufshilfe	61	Abt. Jugendberufshilfe
62	Abt. Jugendberufshilfe	62	Abt. Jugendberufshilfe	62	Abt. Jugendberufshilfe
63	Abt. Jugendberufshilfe	63	Abt. Jugendberufshilfe	63	Abt. Jugendberufshilfe
64	Abt. Jugendberufshilfe	64	Abt. Jugendberufshilfe	64	Abt. Jugendberufshilfe
65	Abt. Jugendberufshilfe	65	Abt. Jugendberufshilfe	65	Abt. Jugendberufshilfe
66	Abt. Jugendberufshilfe	66	Abt. Jugendberufshilfe	66	Abt. Jugendberufshilfe
67	Abt. Jugendberufshilfe	67	Abt. Jugendberufshilfe	67	Abt. Jugendberufshilfe
68	Abt. Jugendberufshilfe	68	Abt. Jugendberufshilfe	68	Abt. Jugendberufshilfe
69	Abt. Jugendberufshilfe	69	Abt. Jugendberufshilfe	69	Abt. Jugendberufshilfe
70	Abt. Jugendberufshilfe	70	Abt. Jugendberufshilfe	70	Abt. Jugendberufshilfe
71	Abt. Jugendberufshilfe	71	Abt. Jugendberufshilfe	71	Abt. Jugendberufshilfe
72	Abt. Jugendberufshilfe	72	Abt. Jugendberufshilfe	72	Abt. Jugendberufshilfe
73	Abt. Jugendberufshilfe	73	Abt. Jugendberufshilfe	73	Abt. Jugendberufshilfe
74	Abt. Jugendberufshilfe	74	Abt. Jugendberufshilfe	74	Abt. Jugendberufshilfe
75	Abt. Jugendberufshilfe	75	Abt. Jugendberufshilfe	75	Abt. Jugendberufshilfe
76	Abt. Jugendberufshilfe	76	Abt. Jugendberufshilfe	76	Abt. Jugendberufshilfe
77	Abt. Jugendberufshilfe	77	Abt. Jugendberufshilfe	77	Abt. Jugendberufshilfe
78	Abt. Jugendberufshilfe	78	Abt. Jugendberufshilfe	78	Abt. Jugendberufshilfe
79	Abt. Jugendberufshilfe	79	Abt. Jugendberufshilfe	79	Abt. Jugendberufshilfe
80	Abt. Jugendberufshilfe	80	Abt. Jugendberufshilfe	80	Abt. Jugendberufshilfe
81	Abt. Jugendberufshilfe	81	Abt. Jugendberufshilfe	81	Abt. Jugendberufshilfe
82	Abt. Jugendberufshilfe	82	Abt. Jugendberufshilfe	82	Abt. Jugendberufshilfe
83	Abt. Jugendberufshilfe	83	Abt. Jugendberufshilfe	83	Abt. Jugendberufshilfe
84	Abt. Jugendberufshilfe	84	Abt. Jugendberufshilfe	84	Abt. Jugendberufshilfe
85	Abt. Jugendberufshilfe	85	Abt. Jugendberufshilfe	85	Abt. Jugendberufshilfe
86	Abt. Jugendberufshilfe	86	Abt. Jugendberufshilfe	86	Abt. Jugendberufshilfe
87	Abt. Jugendberufshilfe	87	Abt. Jugendberufshilfe	87	Abt. Jugendberufshilfe
88	Abt. Jugendberufshilfe	88	Abt. Jugendberufshilfe	88	Abt. Jugendberufshilfe
89	Abt. Jugendberufshilfe	89	Abt. Jugendberufshilfe	89	Abt. Jugendberufshilfe
90	Abt. Jugendberufshilfe	90	Abt. Jugendberufshilfe	90	Abt. Jugendberufshilfe
91	Abt. Jugendberufshilfe	91	Abt. Jugendberufshilfe	91	Abt. Jugendberufshilfe
92	Abt. Jugendberufshilfe	92	Abt. Jugendberufshilfe	92	Abt. Jugendberufshilfe
93	Abt. Jugendberufshilfe	93	Abt. Jugendberufshilfe	93	Abt. Jugendberufshilfe
94	Abt. Jugendberufshilfe	94	Abt. Jugendberufshilfe	94	Abt. Jugendberufshilfe
95	Abt. Jugendberufshilfe	95	Abt. Jugendberufshilfe	95	Abt. Jugendberufshilfe
96	Abt. Jugendberufshilfe	96	Abt. Jugendberufshilfe	96	Abt. Jugendberufshilfe
97	Abt. Jugendberufshilfe	97	Abt. Jugendberufshilfe	97	Abt. Jugendberufshilfe
98	Abt. Jugendberufshilfe	98	Abt. Jugendberufshilfe	98	Abt. Jugendberufshilfe
99	Abt. Jugendberufshilfe	99	Abt. Jugendberufshilfe	99	Abt. Jugendberufshilfe
100	Abt. Jugendberufshilfe	100	Abt. Jugendberufshilfe	100	Abt. Jugendberufshilfe

1 Allgemeine Verwaltung	2 Finanz- verwaltung	3 Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung		4 Schul- und Kultur- verwaltung	5 Sozial- und Gesundheits- verwaltung		6 Bauverwaltung		7 Verwaltung für öffentliche Einrichtungen	8 Verwaltung Wirtschaft und Verkehr
<b>10 Hauptamt</b> /1 Organisations- abteilung /2 Verfassungsabt. /3 Wirtschaftsabt. /4 Abt. Zentrale Datenverarbeitg. /7 Bezirksverw. Benrath /8 Stadtarchiv	<b>20 Kämmerlei</b> /1 Haushaltsabt. /2 Abt. Finanz- und Betriebs- wirtschaft /3 Hypothekenabt. <b>21 Kassenamt</b> /1 Stadthauptkasse /3 Steuerkasse	<b>30 Rechtsamt</b> /1 Abt. für Grund- satzfragen und zivilrechtliche Angelegenheiten /2 Abt. Öffentlich- rechtliche Angelegenheiten <b>32 Ordnungsamt</b> /1 Abt. Allgemeine Verwaltungs- und Ordnungs- angelegenheiten /3 Abt. Gewerbe- rechtliche Angelegenheiten /4 Abt. Gesund- heitsaufsicht /5 Straßen- verkehrsamt /6 Chemisches und Lebensmittel- untersuchungs- amt /7 Veterinäramt	<b>34 Standesämter</b> /1 Standesamt Düsseldorf-Mitte /2 Standesamt Düsseldorf-Nord /3 Standesamt Düsseldorf-Ost /4 Standesamt Düsseldorf- Benrath <b>35 Versicherungsamt</b> <b>37 Feuerwehr</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Abt. Organisation, Personaleinsatz und Sonder- dienste /3 Nachrichtenabt. /4 Kraftfahrzeugabt. /6 Abt. Vorbeugen- der Brandschutz	<b>40 Schul- verwaltungsamt</b> /1 Verwaltungs- und Wirtschafts- abt. /2 Abt. Grund- -, Haupt- und Sonderschulen /3 Abt. Real- und Höhere Schulen /4 Abt. Berufs- bildene Schulen /5 Abt. Schulbau und Schul- gebäude /601 Schulpsycho- logische Beratungsstelle /602 Verwaltungs- und Wirtschafts- Akademie /603 Volkshoch- schule /604 Stadt- Musikschule /605 Pädagogische Institut für Lehrerfortbildung /606 Verwaltung der Schulgärten <b>41 Kulturamt</b> /1 Verwaltung /201 Heinrich- Heine-Institut /202 Stadt- büchereien /204 Dumont- Lindemann- Archiv /205 Kunstmuseum /206 Stadtge- schichtliches Museum /207 Schloß Benrath /208 Löbbecke- Museum und Aquarium /209 Naturkundl. Heimatmuseum Benrath /210 Goethe- Museum /211 Orchester /213 Kunsthalle /214 Schloß Jägerhof /215 Orangerie Benrath /216 Heijens- Museum <b>42 Theater- verwaltung</b>	<b>50 Sozialamt</b> /1 Abt. Allg. Verw.- und Sozialhilfe- angelegenheiten /2 Abt. Sozialhilfe /3 Abt. Fürsorge- stelle für Kriegsopfer /5 Abt. Familien- fürsorge /6 Abt. Stadt- Alten- und Pflegeheime /7 Abt. Obdach- losenhilfe, Unterbringung von Aussiedlern <b>51 Jugendamt</b> /1 Abt. Allgemeine Jugendhilfe und Verw.-Ange- legenheiten /2 Abt. Kindergärten /3 Abt. Jugend- förderung /4 Abt. Amts- vormundschaft u. -pflegeh. /5 Abt. Erziehungs- hilfe /6 Abt. Wirtschaftl. Erziehungshilfe /7 Abt. Jugend u. Eltern- beratungsdienst /8 Abt. Kinder- hilfzentrum Eulerstr. /9 Abt. Amt für Ausbildungs- förderung	/3 Abt. Gesund- heitsfürsorge für Mutter und Kind, Jugendgesund- heitspflege, Impfwesen, Krebsberatung, ärztliche Alten- beratung /4 Abt. Zahnärztl. Gesundheits- dienst /5 Abt. Tuberku- lose-Fürsorge /6 Abt. Ge- schlechtskran- ken-Fürsorge u. Gefährdeten- hilfe /7 Abt. Psychiatr. u. Neurologi- scher Gesund- heitsdienst /8 Abt. Ärztliche Beratungsstelle für körperlich Behinderte <b>54 Städtische Kranken- anstalten</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Wirtschaftsabt. /3 Technische Abt. /4 Apotheke /5 Städt. Kranken- haus Gemes- heim (ärztl., Pflege- und med.-techn. Dienst) /6 Städt. Kranken- haus Benrath <b>55 Ausgleichsamt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Abt. Schadens- feststellung, Hauptentschä- digung, Hausat- und Reparations- schäden /3 Leistungsabt.	<b>60 Bau- verwaltungsamt</b> /1 Abt. Bauver- waltung /2 Abt. Verwal- tungsange- legenheiten der Planung und Bodenordnung /3 Abt. Erschlie- bungsange- legenheiten /4 Koordinierungs- stelle Garath/ Hellerhof /5 Abt. Städte- bauförderung <b>61 Planungsamt</b> /1 Abt. Grund- lagenplanung, vorbereit. Bau- leitplanung /2 Abt. Verbindl. Bauleitplanung Nord /3 Abt. Verbindl. Bauleitplanung Süd /4 Abt. Sicherung der Bau- leitplanung <b>62 Vermessungs- und Katasteramt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Abt. Außendienst /3 Abt. Stadt- vermessung /4 Abt. Karten- herstellung, Repro-Anlage /5 Abt. Kataster /6 Abt. Geodätische Grundlagen <b>63 Bauaufsichtsamt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Abt. Sonder- bauten, generelle technische An- gelegenheiten /3 Techn. Abt. Mitte /4 Techn. Abt. Nord /5 Techn. Abt. Ost /6 Techn. Abt. Süd /7 Abt. Baustatik <b>64 Amt für Wohnungswesen</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Finanzierungsabt. /3 Wohngeldabt. /4 Techn. Abt.	/5 Abt. Wohnungs- notstände, Miet- preisangelegen- heiten, Bestands- und Besetzungs- kontrolle öffentl. geförderten Wohnraumes <b>65 Hochbauamt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Entwurfsabt. /3 Bauabteilung /4 Installationsabt. <b>66 Straßenbauamt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Planungsabt. /3 Neubaubt. /4 Abt. für Verkehrs- lenkung und -regelung /5 Unterhaltungs- abt. <b>67 Kanal- und Wasserbauamt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Untere Wasser- behörde /3 Abt. Kanalisation /4 Abt. Kläranlagen und Sonder- bauten /5 Abt. Grund- stücksent- wässerung /6 Betriebsabt. /7 Wasserbauabt. /8 Prüfstelle für Abwassertechnik /9 Chemisch- biologische Laboratorien <b>68 Garten-, Friedhofs- und Forstamt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Entwurfs- und Neubaubt. /3 Abt. Garten- anlagen /4 Abt. Friedhöfe /5 Abt. Forsten /6 Stadtgärtnerei, Werkstätten und Betriebshof <b>69 Brücken- und Tunnelbauamt</b> /2 Brückenbauabt. /3 Abt. Hoch- straßen und Tunnel /4 Bauunterhaltung und Genehmig- ung von Ingenieurbauten	<b>70 Stadtreinigungs- und Fuhramt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Techn. Abt. /3 Betriebsabt. <b>71 Schlachthof und Marktamt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Veterinärabt. /3 Techn. Abt.	<b>80 Amt für Fremdenverkehr und Wirtschafts- förderung</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Abt. Allgemeine Werbung /3 Abt. Kongreß- und Veranstal- tungswesen /4 Abt. Wirtschafts- förderung <b>82 Städtische Häfen</b> /1 Kfm. und Verwaltungsabt. /2 Betriebsabt. /3 Eisenbahnabt. /4 Techn. Abt. <b>84 U-Bahn-Amt</b> /1 Verwaltungsabt. /2 Planungsabt. /3 Bauabteilung



# Die Dezernatsverteilung

In der Dezernatsgliederung und -verteilung ergaben sich folgende Änderungen:

Stadtdirektor Heinz Ingenstau starb plötzlich am 11. April 1971 im Alter von 61 Jahren. Als Nachfolger wurde Beigeordneter Hermann Dornscheidt mit Wirkung vom 1. Juni 1971 in das Amt des Stadtdirektors eingeführt.

Wegen Ablaufs der Wahlzeit bzw. aus Altersgründen schieden aus dem Beigeordnetenkollegium aus:

Dr. Adolf Krieger am 30. 6. 1972,

Dr. Rolf Freiherr von Bönninghausen am 30. 9. 1973.

Anstelle von Dr. Krieger wurde mit Wirkung vom 17. Juli 1972 Bernhard Dieckmann zum Beigeordneten berufen und mit der Leitung des Kulturdezernates betraut. Das Dezernat des ausgeschiedenen Beigeordneten Dr. von Bönninghausen wurde in die Dezernate anderer Beigeordneter eingegliedert.

Durch die Umwandlung der Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft mit Wirkung vom 1. Januar 1973 schied Beigeordneter Dr. Paul Schenk aus dem Beigeordnetenkollegium aus. Zugleich fiel damit Amt 81 – Stadtwerke – als städtisches Amt weg.

Zusammenhängend mit diesen Änderungen wurden die Ordnungsnummern der Dezernate neu verteilt.

Am Ende der Berichtszeit – 31. Dezember 1973 – war die nachstehende Dezernatsgliederung gültig:

1 Verwaltung	2 Wirtschaft und Verkehr	3 Einkauf	4 Kultur	5 Sozialwesen	6 Gesundheit	7 Stadtplanung	8 Stadtentwicklung	9 Stadtverwaltung	10 Stadtverwaltung	11 Stadtverwaltung	12 Stadtverwaltung	13 Stadtverwaltung	14 Stadtverwaltung	15 Stadtverwaltung	16 Stadtverwaltung	17 Stadtverwaltung	18 Stadtverwaltung	19 Stadtverwaltung	20 Stadtverwaltung	21 Stadtverwaltung	22 Stadtverwaltung	23 Stadtverwaltung	24 Stadtverwaltung	25 Stadtverwaltung	26 Stadtverwaltung	27 Stadtverwaltung	28 Stadtverwaltung	29 Stadtverwaltung	30 Stadtverwaltung	31 Stadtverwaltung	32 Stadtverwaltung	33 Stadtverwaltung	34 Stadtverwaltung	35 Stadtverwaltung	36 Stadtverwaltung	37 Stadtverwaltung	38 Stadtverwaltung	39 Stadtverwaltung	40 Stadtverwaltung	41 Stadtverwaltung	42 Stadtverwaltung	43 Stadtverwaltung	44 Stadtverwaltung	45 Stadtverwaltung	46 Stadtverwaltung	47 Stadtverwaltung	48 Stadtverwaltung	49 Stadtverwaltung	50 Stadtverwaltung	51 Stadtverwaltung	52 Stadtverwaltung	53 Stadtverwaltung	54 Stadtverwaltung	55 Stadtverwaltung	56 Stadtverwaltung	57 Stadtverwaltung	58 Stadtverwaltung	59 Stadtverwaltung	60 Stadtverwaltung	61 Stadtverwaltung	62 Stadtverwaltung	63 Stadtverwaltung	64 Stadtverwaltung	65 Stadtverwaltung	66 Stadtverwaltung	67 Stadtverwaltung	68 Stadtverwaltung	69 Stadtverwaltung	70 Stadtverwaltung	71 Stadtverwaltung	72 Stadtverwaltung	73 Stadtverwaltung	74 Stadtverwaltung	75 Stadtverwaltung	76 Stadtverwaltung	77 Stadtverwaltung	78 Stadtverwaltung	79 Stadtverwaltung	80 Stadtverwaltung	81 Stadtverwaltung	82 Stadtverwaltung	83 Stadtverwaltung	84 Stadtverwaltung	85 Stadtverwaltung	86 Stadtverwaltung	87 Stadtverwaltung	88 Stadtverwaltung	89 Stadtverwaltung	90 Stadtverwaltung	91 Stadtverwaltung	92 Stadtverwaltung	93 Stadtverwaltung	94 Stadtverwaltung	95 Stadtverwaltung	96 Stadtverwaltung	97 Stadtverwaltung	98 Stadtverwaltung	99 Stadtverwaltung	100 Stadtverwaltung
-----------------	-----------------------------	--------------	-------------	------------------	-----------------	-------------------	-----------------------	----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	------------------------

Dezernent	Dezernat, Ordnungs-Nr.	Ämter bzw. Aufgabenbereiche
<b>Oberstadtdirektor Just</b> 1. Vertreter: Stadtdirektor Dornscheidt 2. Vertreter: Stadtkämmerer Högener	<b>02</b>	Büro Oberstadtdirektor Planungsstab Stadtentwicklung Personalien der Dezernenten Universität Düsseldorf Interkommunale Zusammenarbeit Internationale Beziehungen 13 – Presseamt
<b>Stadtdirektor Dornscheidt</b> 1. Vertreter: Beigeordneter Ilien 2. Vertreter: Stadtkämmerer Högener	<b>03</b>	10 – Hauptamt 11 – Personalamt 11/8 – Studieninstitut für kommunale Verwaltung 11/9 – Betriebskrankenkasse der Stadt Düsseldorf 50 – Sozialamt 53 – Gesundheitsamt 54 – Städtische Krankenanstalten
<b>Stadtkämmerer Högener</b> 1. Vertreter: Stadtdirektor Dornscheidt 2. Vertreter: Beigeordneter Dr. Landwers	<b>04</b>	20 – Kämmerei 21 – Kassenamt 22 – Steueramt 64 – Amt für Wohnungswesen
<b>Beigeordneter Dr. Recknagel</b> 1. Vertreter: Beigeordneter Mayweg 2. Vertreter: Beigeordneter Ilien	<b>05</b>	60 – Bauverwaltungsamt 61 – Planungsamt 62 – Vermessungs- und Katasteramt 63 – Bauaufsichtsamt 65 – Hochbauamt 66 – Straßenbauamt 67 – Kanal- und Wasserbauamt 69 – Brücken- und Tunnelbauamt 84 – U-Bahn-Amt
<b>Beigeordneter Dr. Dickmann</b> 1. Vertreter: Beigeordneter Dr. Landwers 2. Vertreter: Beigeordneter Dieckmann	<b>06</b>	24 – Amt für Verteidigungslasten 30 – Rechtsamt 33 – Statistisches und Einwohnermeldeamt 34 – Standesämter 35 – Versicherungsamt 55 – Ausgleichsamt
<b>Beigeordneter Mayweg</b> 1. Vertreter: Stadtkämmerer Högener 2. Vertreter: Beigeordneter Dr. Recknagel	<b>07</b>	23 – Liegenschaftsamt 23/6 – Geschäftsstelle der Umlegungsbehörde 80 – Amt für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung Flughafen Ausstellungs- und Messewesen
<b>Beigeordneter Ilien</b> 1. Vertreter: Stadtdirektor Dornscheidt 2. Vertreter: Beigeordneter Hemming	<b>08</b>	37 – Feuerwehr 68 – Garten-, Friedhofs- und Forstamt 70 – Stadtreinigungs- und Fuhramt 71 – Schlachthof und Marktamt 82 – Städtische Häfen
<b>Beigeordneter Dieckmann</b> 1. Vertreter: Beigeordneter Hemming 2. Vertreter: Beigeordneter Dr. Landwers	<b>09</b>	41 – Kulturamt 42 – Theaterverwaltung
<b>Beigeordneter Hemming</b> 1. Vertreter: Beigeordneter Dieckmann 2. Vertreter: Beigeordneter Dr. Dickmann	<b>010</b>	40 – Schulverwaltungsamt 51 – Jugendamt
<b>Beigeordneter Dr. Landwers</b> 1. Vertreter: Beigeordneter Dr. Dickmann 2. Vertreter: Beigeordneter Mayweg	<b>011</b>	32 – Ordnungsamt 38 – Amt für Bevölkerungsschutz 52 – Sportamt Umweltschutz

(Amt 14 – Rechnungsprüfungsamt – untersteht unmittelbar dem Rat der Stadt)

Im Jahre 1971 wurde im Büro Oberstadtdirektor eine Arbeitsgruppe „Planungsstab Stadtentwicklung“ eingerichtet. Der Planungsstab besteht aus einem interdisziplinär zusammengesetzten Team wissenschaftlicher Mitarbeiter, das die mittel- und langfristigen Planungen aller Bereiche der Stadtentwicklung koordinieren und z. T. mit bearbeiten soll. Am Ende des Berichtszeitraumes waren 5 wissenschaftliche Mitarbeiter im Planungsstab tätig.

Um eine ständige Verbindung zu den Fachämtern der Verwaltung zu gewährleisten, wurden in den planungsrelevanten Ämtern Planungsbeauftragte bestellt. Die Planungsbeauftragten sollen für den Gesamt- oder einen Teilbereich ihres Amtes Aufgaben der Stadtentwicklung unmittelbar bearbeiten und die Planungsarbeiten ihres Amtes koordinieren. Die Zusammenarbeit erfolgt in Arbeitsgruppen, die sich aus Planungsbeauftragten der jeweils betroffenen Ämter und Mitgliedern des Planungsstabes zusammensetzen.

Im September 1972 erschien ein vom Planungsstab zusammengestellter Vorschlag zur kommunalen Neugliederung, der teilweise Eingemeindungen und als Hauptvorschlag die Bildung eines Städteverbandes empfahl.

Im Berichtszeitraum wurde in der Zusammenarbeit des Planungsstabes mit zahlreichen Ämtern in 7 Arbeitsgruppen eine Bestandsaufnahme zur Stadtentwicklung erstellt, die im Oktober 1973 als Band 1 der neuen Schriftenreihe „Beiträge zur Stadtforschung und Stadtentwicklung“ vorgelegt wurde. In der Bestandsaufnahme wurden die wichtigsten planungsrelevanten Strukturdaten der verschiedenen Funktionsbereiche der Stadt Düsseldorf textlich und tabellarisch dargestellt und mit Hilfe von Graphiken und Themenkarten veranschaulicht. Damit liegt erstmalig für Düsseldorf eine umfassende Bestandsaufnahme der Ausgangsdaten für die weitere Stadtentwicklungsplanung vor. Sie soll von Zeit zu Zeit auf den neuesten Stand gebracht werden und wurde deshalb als Ringbuch herausgegeben.

Als weiteres Arbeitsergebnis wurde ebenfalls im Oktober 1973 ein Schulentwicklungsplan für die Jahre 1973–1985 vorgelegt, der unter wissenschaftlicher Anleitung eines externen Gutachters zusammen mit dem Schulverwaltungsamt und dem Statistischen Amt sowie unter Mitarbeit anderer Ämter erarbeitet wurde. In ihm sind die bundes- und landespolitischen Zielvorstellungen für die Bildungspolitik auf Düsseldorf bezogen in einen Standortsicherungs- und Betriebsgrößenplan umgesetzt worden.

Ende 1973 wurde über die Entwicklungsmöglichkeiten im Hafengebiet von einem Gutachter-Konsortium ein Gutachten fertiggestellt, das von einer „Arbeitsgruppe Hafen“ vorbereitet und vom Planungsstab während der Erarbeitungsphase betreut worden war. Das Gutachten enthält eine Situationsanalyse des Düsseldorfer Haupthafens, eine Prognose des Verkehrsaufkommens im Hafen sowie Vorschläge und Kostenschätzungen bei einer stufenweisen Freistellung von Bereichen des Haupthafens.

Ende 1973 begann der Planungsstab mit den Vorarbeiten zur Erstellung eines räumlichen Entwicklungskonzeptes für Düsseldorf. Ausgehend von einer genauen Analyse der Zentrenstruktur soll ein Konzept der räumlichen Ordnung entwickelt werden, in dem u. a. die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen und Versorgung optimal einander zugeordnet werden können.

Seit September 1973 wird innerhalb einer Arbeitsgruppe der planenden Ämter vom Planungsstab ein Entwicklungskonzept für die Innenstadt erarbeitet. Aufgrund einer Untersuchung der wesentlichen Problembereiche werden für Teile der Innenstadt Programme entwickelt, die im Rahmen einer langfristigen Gesamtkonzeption Entscheidungshilfen anbieten und Steuerungsmittel aufzeigen sollen.

# Der Personalbestand am 2. 10. 1970, am 2. 10. 1973 und am 30. 6. 1974<sup>1)</sup>

(einschl. Personal in Ausbildung)

## Ist-Bestand

### 1. Stadtverwaltung und ihre Einrichtungen<sup>2)</sup>

– ohne wirtschaftliche Unternehmen –

Im unmittelbaren Dienstverhältnis beschäftigte Personen		Hauptberuflich Vollbeschäftigte <sup>3)</sup>	Teilzeitbeschäftigte	Zusammen
Beamte	2. 10. 1970	2 052	3	2 055
	2. 10. 1973	2 027	1	2 028
	30. 6. 1974	1 969	5	1 974
Angestellte	2. 10. 1970	5 476	421	5 897
	2. 10. 1973	4 064	543	4 607
	30. 6. 1974	4 329 <sup>4)</sup>	629	4 958 <sup>5)</sup>
Arbeiter	2. 10. 1970	3 380	1 071	4 451
	2. 10. 1973	2 755	1 477	4 232
	30. 6. 1974	2 853	1 306	4 159
Zusammen	2. 10. 1970	10 908	1 495	12 403
	2. 10. 1973	8 846	2 021	10 867
	30. 6. 1974	9 151 <sup>6)</sup>	1 940	11 091

### 2. Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit<sup>7)</sup>

(Stadtwerke und Städt. Häfen)

Im unmittelbaren Dienstverhältnis beschäftigte Personen		Hauptberuflich Vollbeschäftigte <sup>3)</sup>	Teilzeitbeschäftigte	Zusammen
Beamte	2. 10. 1970	17	–	17
	2. 10. 1973	10	–	10
	30. 6. 1974	10	–	10
Angestellte	2. 10. 1970	1 234	23	1 257
	2. 10. 1973	52	2	54
	30. 6. 1974	52	2	54
Arbeiter	2. 10. 1970	2 424	13	2 437
	2. 10. 1973	103	13	116
	30. 6. 1974	90	9	99
Zusammen	2. 10. 1970	3 675	36	3 711
	2. 10. 1973	165	15	180
	30. 6. 1974	152	11	163

<sup>1)</sup> Ergebnisse der für das Statistische Landesamt bzw. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NW getroffenen Feststellungen mit Stand zu den angegebenen Stichtagen.

<sup>2)</sup> 1973 und 1974 ohne die Beschäftigten der Städt. Krankenanstalten Moorenstraße, da sie am 1. 1. 1973 Landesbedienstete geworden sind.

<sup>3)</sup> Beschäftigte, deren Arbeitszeit sich mindestens auf die volle Wochenarbeitsstundenzahl beläuft.

<sup>4)</sup> Die Steigerung gegenüber 1973 erklärt sich hauptsächlich durch den Zugang an Personal des Sozial- und Gesundheitsbereiches.

<sup>5)</sup> darunter 569 Krankenpflegekräfte.

<sup>6)</sup> davon im Aufgabenbereich Allgemeine Verwaltung 1 237, Öffentliche Sicherheit und Ordnung 916, Schulen 408, Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege 586, Soziale Sicherung 1 177, Gesundheit, Sport, Erholung 1 550, Bau- und Wohnungswesen, Verkehr 1 548, Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung 1 729.

<sup>7)</sup> Für 1973 und 1974 sind nur noch die Zahlen der in den Städt. Häfen Beschäftigten angegeben. (Die Beschäftigten der Stadtwerke sind wegen der Ende 1972 erfolgten Umwandlung in eine Aktiengesellschaft außer Betracht geblieben.)

Der Personalbestand am 31.10.1970, am 31.10.1973 und am 30.6.1974

(einheitl. Personal in Ausbildung)

let-Bericht

Die Entwicklung des Personalbestandes ist im folgenden Diagramm dargestellt. Die Entwicklung des Personalbestandes ist im folgenden Diagramm dargestellt. Die Entwicklung des Personalbestandes ist im folgenden Diagramm dargestellt.

Personalbestand	30.6.1974	31.10.1973	31.10.1970
Zusammen	10 908	8 848	10 908
Angestellte	1 488	2 021	1 488
Arbeiter	9 420	6 827	9 420

1) Die Entwicklung des Personalbestandes ist im folgenden Diagramm dargestellt. Die Entwicklung des Personalbestandes ist im folgenden Diagramm dargestellt. Die Entwicklung des Personalbestandes ist im folgenden Diagramm dargestellt.

# Allgemeine Verwaltung

**10 Hauptamt**

**11 Personalamt**

**13 Presseamt**

## Amt 10 — Hauptamt

### Gemeinderecht und Düsseldorfer Stadtrecht

Während der Berichtszeit wurde § 16 der Hauptsatzung „Verträge der Stadt mit Rats- und Ausschußmitgliedern, dem Oberstadtdirektor und den leitenden Dienstkräften der Stadt“ — durch Satzung vom 1. 3. 1972 geändert. Es wurde die Betragsgrenze, bis zu der eine Genehmigung des Rates zum Abschluß solcher Verträge nicht erforderlich ist, von 500 DM auf 1000 DM erhöht.

Am 31. Dezember 1972 traten gemäß § 26 des Kommunalabgabengesetzes NW (KAG) die Abgabensatzungen der Stadt außer Kraft. Sie waren jedoch bereits vor Ablauf der Frist neu erlassen worden.

Die 3. Ergänzungslieferung zum Düsseldorfer Stadtrecht wurde nach dem Stande vom 1. April 1972 herausgegeben.

### Organisationsangelegenheiten

Organisationsarbeit ist eine Daueraufgabe zur Verbesserung der Organisationsstruktur und Leistungsfähigkeit der Verwaltung, zur Arbeitsvereinfachung und damit zur Beschränkung des Personal- und Sachaufwandes auf das unbedingt Erforderliche. Dieses Ziel wurde durch eine große Zahl von Maßnahmen verfolgt.

Bei folgenden Organisationseinheiten wurden allgemeine Arbeits- und Organisationsuntersuchungen durchgeführt:

- 20/3 — Kämmerei, Hypothekenabteilung
- 32/53 — Ordnungsamt, Hilfspolizei
- 38 — Amt für Bevölkerungsschutz
- 40/1 — Schulverwaltungsamt, Schülerbeförderung
- 51 — Jugendamt
- 64 — Amt für Wohnungswesen
- 65/44 — Hochbauamt, Nachrichtentechnik
- 68/3 — Garten-, Friedhofs- und Forstamt, Gartenanlagen
- 70/ZBH — Zentralbetriebshof, Verkehrsanlagen
- 80 — Amt für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung
- 82 — Städt. Häfen

Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden hunderte von Einzelvorschlägen, die von der Gestaltung von Vordrucken bis zur Zusammenlegung von Organisationseinheiten reichen, bearbeitet. Vorschläge aus Untersuchungen, die bereits vor der Berichtszeit durchgeführt worden sind, wurden weiterverfolgt.

Nach längeren Vorbereitungen wurden eine neue Allgemeine Geschäftsordnung und eine neue Unterschriftenordnung erlassen. Sie lösten die bis dahin geltenden, 20 Jahre alten Vorschriften ab, die nicht mehr den heutigen Anforderungen entsprachen. Wesentlich in den Dienstvorschriften sind neue Führungsgrundsätze. Durch sie werden die Führungskräfte von Routineangelegenheiten entlastet, um sich mehr den eigentlichen Funktionen der Leitung widmen zu können. Die verantwortliche Erledigung der Sachaufgaben wird soweit wie möglich nach unten verlagert.

Im Bereich des Inventarwesens kam eine neue Inventarordnung heraus, durch die die Inventarerfassung dezen-

tralisiert, ferner die Verwaltung und die Verbuchung des Inventars vereinfacht wird.

Außerdem wurden folgende Angelegenheiten geregelt:

- Gestaltung und Erarbeitung von Verwaltungsvorlagen an den Rat und seine Ausschüsse sowie Regelung der Einladungen zu Ausschußsitzungen
- Einschränkung der Verwendung von Amts- und Dienstbezeichnungen
- Aufgabenverteilung nach dem Städtebauförderungsgesetz
- Rationalisierung des Kraftfahrzeugeinsatzes
- Beschaffung von Fahrzeugen und Maschinen, zu deren Besetzung oder Bedienung zusätzliches Personal erforderlich ist
- Koordinierung der Verwaltung der städtischen Säle
- Zusammenarbeit der Ämter mit dem Planungsstab Stadtentwicklung
- Veröffentlichungen zum Thema Stadtentwicklung und Stadtforschung
- Zuständigkeitsabgrenzung für die Ausführung von Druckarbeiten und Vervielfältigungen zwischen den Ämtern 10 und 62

Das Informationsblatt „Der Wink“ erschien in zwei weiteren Ausgaben. Die eine befaßt sich mit der raschen und sicheren Abwicklung von Schreibarbeit durch die Verwendung von Durchschreibesätzen, die andere mit der Erleichterung der Routine-Korrespondenz durch die Benutzung von Vordrucken für Kurzmitteilungen.

Wie in allen Vorjahren, waren wiederum Stellenplanänderungen der verschiedensten Art (Neuschaffung, Streichungen, Höherbewertungen, Abwertungen, Umwandlungen, Umbewertungen usw.) zu bearbeiten. Die Zahl der Änderungen belief sich

- zum Stellenplan 1971 auf 1808
- zum Stellenplan 1972 auf 1637
- zum Stellenplan 1973 auf 1412

Es ergab sich weiterhin eine Zunahme der Stellen in den Dienstleistungsbereichen der Verwaltung, vor allem in der Schulverwaltung und im Jugendamt, dagegen eine Verringerung der Stellenzahl in der sog. Kernverwaltung.

Folgende Tarifverträge enthielten Änderungen der für die Eingruppierung maßgeblichen Tätigkeitsmerkmale, was zu zahlreichen Arbeitsplatzprüfungen, Höhergruppierungsvorschlägen und Stellenplanänderungen führte:

Tarifvertrag vom	betreffend
21. 5. 1971	fermeldetechnisches Personal
5. 8. 1971	medizinisch-technische Berufe
15. 11. 1971	EDV-Personal
23. 2. 1972	Ärzte, Apotheker, Tierärzte, Zahnärzte
15. 6. 1972	Schulhausmeister
15. 6. 1972	Angestellte in technischen Berufen

Ein Schwerpunkt der Organisationsarbeit war die Rationalisierung des Schreibdienstes. Schreibdienst-Untersuchungen wurden in folgenden Bereichen durchgeführt:

- 10/6 – Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie
- 22 – Steueramt
- 30 – Rechtsamt
- 32 – Ordnungsamt
- 35 – Versicherungsamt
- 41/203 – Volkshochschule

Es wurde damit begonnen, in den Organisationseinheiten zentrale Schreibdienste einzurichten. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, Lösungen zu erarbeiten, die rationell sind und auch den Wünschen der Schreibdienst-Mitarbeiterinnen weitgehend entsprechen. Die Zahl der Schreibkräfte konnte trotz des allgemeinen Aufgabenzuwachses verringert werden.

Im Bereich der bürotechnischen Organisationsmittel sind durch eine Neuordnung des Kopierwesens erhebliche Einsparungen erzielt worden.

Bei der Einnahme und der Verbuchung von Gebühren wurde das Markensystem nahezu vollständig durch den Einsatz von Gebührenstempelautomaten abgelöst.

Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung reichten wieder zahlreiche Vereinfachungsvorschläge ein. In der Berichtszeit wurden 287 Vorschläge mit einem Gesamtbetrag von 32500 DM prämiert. Dies stellt gegenüber den vorangegangenen 3 Jahren eine leichte Zunahme dar. Um die Mitarbeiter erneut zu Vorschlägen anzuregen, wurde unter dem Titel „sehen, denken, besser machen“ eine Werbeschrift erarbeitet und verteilt.

Eine Verwaltung von der Größe und der aufgabenmäßigen Dynamik der Stadtverwaltung Düsseldorf hat bezüglich der räumlichen Unterbringung ihrer Einrichtungen und Büros ständig Probleme. Um diese zu lösen, wurden u. a. Raum- und Funktionsprogramme für ein Dienstgebäude für technische Ämter sowie für ein zentrales Gesundheitshaus erarbeitet und am Raumprogramm für ein Weiterbildungszentrum mitgearbeitet.

Nach vorhergehender Erprobung wurde ab 1. Januar 1971 in allen Bereichen, in denen die Aufgabenerledigung dies zuläßt, eine variable Arbeitszeitregelung eingeführt; sie gilt für rd. 3500 Mitarbeiter. Spätere Feststellungen ergaben, daß von diesen folgender Arbeitszeitbeginn gewählt wurde.

Es entschieden sich

26,1%	für 7.00 Uhr
11,0%	für 7.15 Uhr
46,5%	für 7.30 Uhr
4,2%	für 7.45 Uhr
8,1%	für 8.00 Uhr
1,1%	für 8.15 Uhr
3,0%	für 8.30 Uhr

Am 1. Januar 1971 wurde die Arbeitszeit aufgrund gesetzlicher und tariflicher Vorschriften von 43 Stunden auf 42 Wochenstunden verkürzt.

### Zentrale Datenverarbeitung

In dem Berichtszeitraum wurde die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung bei der Stadt Düsseldorf von folgenden Schwerpunkten bestimmt:

1. Bereits übernommene Arbeitsabläufe für die Verwaltungsämter mußten veränderten Verfahrensgrundlagen angepaßt werden (tarifliche bzw. gesetzliche Änderungen). Es war möglich, weitere Verfahrensteile ergänzend auf die elektronische Datenverarbeitung umzustellen und unzureichend gelöste Arbeitsabläufe durch entsprechende Organisations- und Programmlösungen zu optimieren.
2. In einigen Funktionsbereichen wurden neue EDV-Verfahren konzipiert und eingeführt. Wesentlich war die Ersteinführung der Datenfernverarbeitung für einige Verwaltungsbereiche und der direkten Datenerfassung über Bildschirme.
3. Ein ständig wachsender Aufgabenumfang und veränderte Betriebsbedingungen für das Rechenzentrum machten eine intensive Beobachtung der technischen Entwicklungen auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung und eine Anpassung der maschinellen Ausstattung des Rechenzentrums der Stadt an die steigenden betrieblichen Anforderungen notwendig.
4. Der sich weiter vollziehende Wandel von der Stapelverarbeitung (Massenarbeiten) zur Informationsverarbeitung (Planungs- und Entscheidungshilfen) zwang zum Einsatz neuer Software- und Hardwaretechniken.
5. Überregionale Verfahrensvorschriften insbesondere auf den Gebieten Einwohnerwesen, Liegenschaftskataster, Krankenhauswesen, Kfz-Zulassung und Schuldatenverarbeitung lösen in diesen Bereichen eigene Konzeptionen ab und machen eine Koordination zukünftiger Entwicklungen auf kommunaler Ebene, aber auch mit Landes- und Bundesstellen notwendig.

Die genannten Aufgabenschwerpunkte stehen teilweise in einer engen Beziehung zueinander. Sie führten zu einer Kapazitätserweiterung der DV-Anlage in folgenden Schritten:

August 1971	Aufstockung des Hauptspeichers der DV-Anlage IBM/360-40 von 192 auf 256 K-Bytes
Mai 1972	Austausch der 2. DV-Anlage des Modells IBM/360-30 gegen ein Modell IBM/360-40 (128 K-Bytes)
Februar 1973	Aufstockung des Hauptspeichers dieser 2. DV-Anlage auf 192 K-Bytes
Dezember 1973	Neuinstallation eines DV-Großsystems des Modells IBM/370-158 (512 K-Bytes) im stufenweisen Austausch gegen die installierten 2 DV-Anlagen.

Es versteht sich, daß die Kapazität der peripheren Einheiten der DV-Anlage ebenfalls schrittweise vergrößert wurde. So wurde z. B. die externe Speicherkapazität (Magnetplatteneinheiten) von 540 Millionen auf 1040 Millionen Speicherstellen (Bytes) und die Zahl der Magnetbandeinheiten von 2 auf 4 Laufwerke erhöht.

Nach erfolgreichen Versuchen mit der Datenfernverarbeitung (TP), die bereits im September 1969 begonnen hatten, wurde im Oktober 1971 eine lokale TP-Installation eingerichtet. Sie umfaßte die direkte Datenerfassung mit 2 Bildschirmeinheiten, den Anschluß des Einwohnermeldeamtes (Lohnsteuerstelle und Wahlamt) mit 2 Bildschirmeinheiten

und die Verbindung des Vermessungs- und Katasteramtes sowie des Straßenbauamtes mit weiteren 3 Bildschirm-einheiten und einem Drucker mit dem zentralen Rechenzentrum. Die genannten Fachdienststellen waren von diesem Zeitpunkt ab in der Lage, auf ihre Fachdatenbestände in festgelegten Zeitabschnitten zurückzugreifen und in beschränktem Umfang Ergänzungen und Berichtigungen der Dateien von Ort aus zu veranlassen. In der Vermessungstechnik war es möglich, vermessungstechnische Berechnungen im Dialogverkehr mit dem Computer durchzuführen.

Bereits ein Jahr später wurde mit einer weiteren Datenfernverarbeitungsinstallation (3 Bildschirme und 1 Drucker) das neu erbaute Krankenhaus Düsseldorf-Gerresheim unmittelbar an das Rechenzentrum angeschlossen. Hierdurch konnten die Patientendaten und Leistungsdaten des Krankenhauses direkt vom Krankenhaus aus erfaßt werden und die weitergehenden Arbeitsschritte (externer Ausdruck der Formulare und Listen, Pflegekostenabrechnung) eingeleitet werden. Im Berichtszeitraum wurden die Voraussetzungen geschaffen, das Datenfernverarbeitungsnetz zu erweitern, d.h. weitere Fachbereiche an die DV-Anlage anzuschließen. Gleichzeitig wurde der Einsatz modernerer und leistungsfähigerer Datenendstationen (Bildschirme und Matrixdrucker) vorbereitet.

Neben der Kapazitätserweiterung der DV-Anlage war es notwendig, eine dem veränderten Betriebsablauf entsprechende Software einzusetzen. Besonders herauszuheben ist hier die Umstellung auf ein leistungsfähigeres Betriebssystem (OS-VS 1), weil diese Umstellung eine personalaufwendige Anpassung aller laufenden Programme und Steuerungsinstruktionen erforderte. Diese Arbeiten und die übrigen Programmpflegearbeiten führten inzwischen zu einer Bindung von fast 50% des für die Organisation und Programmierung zur Verfügung stehenden Personals. Eine aus diesen Gründen notwendige personelle Aufstockung durch Fachpersonal konnte mit Rücksicht auf die prekäre Nachwuchssituation nicht vorgenommen werden.

Andererseits wurde von der Möglichkeit der Vergabe von Datenerfassungsaufgaben an Serviceunternehmen und der Dezentralisierung dieser Aufgaben auf einzelne Fachämter in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Das Datenerfassungspersonal verringerte sich dadurch bei der Zentralen Datenverarbeitung von 14 auf 6 Dienstkräfte.

Die Übernahme neuer DV-Verfahren war trotz allem bemerkenswert. So wurde die bereits Ende 1969 begonnene Projektüberwachung des Großbauvorhabens „Neue Messe Düsseldorf“ erfolgreich zu Ende geführt. Diese Projektüberwachung gewährleistete eine detaillierte Terminkontrolle und eine spezifizierete Kontrolle des Finanzablaufs bis zur Gesamtabrechnung des Bauvorhabens. Dieses Datenver-

arbeitungsverfahren wurde zwischenzeitlich auch für andere Projekte des Hoch- und Tiefbaus eingesetzt.

Weiterhin wurden die organisatorischen und programmtechnischen Vorbereitungen getroffen, ab 1. 1. 1974 alle Kassenbuchungen in Einnahme und Ausgabe und die Kassenabschlüsse zu automatisieren. Verbunden mit der Steuerveranlagung, der Neuübernahme der Darlehnsverwaltung, der Aufstellung des Haushaltsplanes, der Sollstellung und Abrechnung der Mieten und einiger anderer Gebühren- und Abgabenarten war damit ein wesentlicher Schritt in Richtung auf ein integriertes kommunales Finanzwesen bei Einsatz der Zentralen Datenverarbeitung getan.

Herauszuheben ist der Einsatz der Datenverarbeitung für Zwecke der Planung, der Strukturforchung, der Stadtentwicklungsplanung und der medizinischen Forschung. In diesen Bereichen konnten verfügbare Daten mit mathematischen und statistischen Methoden vielfältig ausgewertet und als Entscheidungshilfen in tabellarischer und graphischer Form aufbereitet den Fachämtern zur Verfügung gestellt werden.

Einbezogen in diese Auswertungen wurden nicht nur die Daten des Einwohnerwesens, sondern auch die der großen statistischen Erhebungen der letzten Jahre (Volkszählung, Verkehrserhebungen, Betriebserhebungen usw.). Für die medizinische Forschung wurden Fachdateien neu aufgebaut (Gesichts- und Kieferchirurgie, Tuberkulosen, Diagnosen usw.) und nach wissenschaftlichen oder gesundheitsfürsorglichen Gesichtspunkten ausgewertet. Neben vielen Abfragen an andere Arbeitsdateien charakterisieren diese Aufgaben die steigende Bedeutung der Informationsverarbeitung durch die ZDV.

Die bereits im Bericht über die Vorjahre erwähnte Vollaustlastung der Datenverarbeitungsanlagen bei hohem Produktionsanteil hielt unbeschadet der Kapazitätserweiterungen an. Erst die im Dezember 1973 vorgenommene Neuinstallation des DV-Großsystems soll gewährleisten, daß auch in Zukunft für Neuentwicklungen, aber auch für notwendig werdende Verarbeitungswiederholungen ausreichende maschinelle Kapazität verfügbar bleibt.

### Raumangelegenheiten

Durch weitere Umbau- und Instandsetzungsarbeiten in den Gebäuden Heinrich-Heine-Allee 53 (Wilhelm-Marx-Haus) und Heinrich-Ehrhardt-Str. 61 (ehemals „Kaufring“) sind zusätzliche Büroflächen für die Unterbringung städtischer Ämter und Dienststellen geschaffen worden.

Kündigungen durch Vermieter und Verlegung von Ämtern und Dienststellen in zweckmäßigere und günstigere Mietobjekte haben zu folgenden Änderungen geführt:

aufgegebenes Mietobjekt	Amt oder Dienststelle	verlegt nach:
Bahnstraße 3	Ordnungsamt	Lorettostraße 1
Sandträger Weg 29	Nebenstelle des Gesundheitsamtes	Schule Erfurter Weg 45
Neusser Straße 59/61	Fundbüro	Heinrich-Ehrhardt-Straße 61
Elisabethstraße 41	Paßamt	Jürgensplatz 5-7 (Polizeipräsidium)
Bahnstraße 47	Führerscheinstelle	Heinrich-Ehrhardt-Straße 61
Oststraße 133	Geschlechtskrankenberatungsstelle	Benrather Straße 7
Dreherstraße 2	Meldestelle	Neusser Tor 6
Itterstraße 27	Familienfürsorge	Bonner Straße 7-11
Luegallee 19	Meldestelle	Hansaallee 14
Peter-Behrens-Straße 93	Ausstellungsraum des Planungsbüros Garath	Fritz-Erlor-Straße 15

Die Raumnot der Verwaltung erforderte

a) die Anmietung zusätzlicher Mietobjekte

Mietobjekt	Vertragspartner	belegt von:
Bonner Straße 7-11 Heinrich-Heine-Allee 23	Coop Immobilien-Fonds Hamburg Stiftung der Eheleute Theodor P. Scheurenberg	Familienfürsorgerinnen Planungsstab Stadtentwicklung sowie Teile des Jugend- und Hochbau- amtes
Goethestraße 56 und Lindemannstraße 61 Burgplatz 11	Heinz Götzken, Düsseldorf Firma G.A.M.A. GmbH & Co KG, Erkrath-Unterbach	Institut für Lebensberatung Zentrale Datenverarbeitung und Sach- gebiet Inneneinrichtung sowie Teile der Abt. Kataster
Fritz-Erler-Straße 15	Immwert KG, Essen	Familienfürsorgerinnen und Ausstellungsraum des Planungsbüros Garath
Hansaallee 14 Potsdamer Straße 16 Brückenstraße 7	Paul Johannsen, Düsseldorf Heinrich Schmitz KG Liegenschaftsamt	Meldestelle Familienfürsorgerinnen Volkshochschule und Pädagogisches Institut
Schulstraße 1	Liegenschaftsamt	Teile des Amtes für Wohnungswesen

b) die Verlängerung von Mietverträgen bei abgelaufenen Vertragsverhältnissen auf unbestimmte Zeit oder auf weitere 5 bis 10 Jahre und die damit verbundenen Mietpreiserhöhungen.

Für die angemieteten Räumlichkeiten wurden an Mieten gezahlt:

1971	1972	1973
rd. 1 595 000 DM	rd. 1 875 000 DM	rd. 2 222 000 DM

Die Mietpreiserhöhungen mußten dem Preisniveau auf dem gewerblichen Mietmarkt angepaßt und hingenommen werden, wobei auch Lage und Ausstattung der Mietobjekte sowie besondere Verhältnisse in der Mietpreisgestaltung berücksichtigt wurden.

Den Modellpavillon Zollstraße hat die Abteilung „Stadtfor- schung und -entwicklung, vorbereitende Bauleitplanung“ des Amtes 61 übernommen, eingerichtet und der Öffent- lichkeit für informatorische Zwecke zugänglich gemacht.

**Zentrale Poststelle**

Der Umfang der von der Zentralen Poststelle aufgegebenen Postsachen ist in der folgenden Übersicht dargestellt:

Art der Sendung	1971	1972	1973
Telegramme . . . . .	35	23	12
Einschreibebriefe . . . . .	82 831	100 614	121 418
Einschreibebriefe mit Rückschein . . . . .	6 453	7 155	6 231
Briefe mit Postzustellungsurkunde . . . . .	9 969	14 758	19 352
Sonstige Sendungen <sup>1)</sup> . . . . .	1 768 371	1 697 981	1 750 140
<b>Sammelpost</b>			
Frankierte Sendungen (mit gesammelten Postsachen) . . . . .	32 613	41 554	42 083
<b>Massenpost<sup>2)</sup></b>			
Postsachen über großen Kuvertierautomaten . . . . .	799 147	1 127 217	1 129 470
<b>Tagespost</b>			
Postsachen über kleinen Kuvertierautomaten . . . . .	293 155	383 620	396 503

<sup>1)</sup> Ausgehende Tagespost, die nicht per Sammelpost versandt wurde und die nicht über Kuvertierautomaten ging.

<sup>2)</sup> Unregelmäßig anfallende Post von jeweils gleicher Art in großen Mengen.

Die Zahl der Einschreibebriefe und der Briefe mit Postzu- stellungsurkunde erhöhte sich insbesondere durch die ständige Zunahme der Bußgeldbescheide des Ordnungs- amtes.

Die steigende Zahl der über die Kuvertierautomaten ver- sandfertig gemachten Postsendungen ist auf die zunehmen- de Erkenntnis der Ämter zurückzuführen, daß die Inanspruch- nahme dieser technischen Hilfsmittel eine fühlbare Ent- lastung darstellt.

Die Erfassung weiterer Empfänger, die häufig Postsendun- gen der Stadt erhalten, führte zu einer Zunahme der Sammelpostsendungen.

## Ehrungen

Art der Ehrungen Düsseldorf Bürger	1971	1972	1973
Übernahme der Ehrenpatenschaft durch den Bundespräsidenten . . . . .	17	12	11
Vorschläge zur Verleihung des Verdienstordens . . . . .	41	91	76
Verleihung der Rettungsmedaille . . . . .	3	—	—
<b>Erteilung</b>			
a) einer öffentlichen Belobigung . . . . .	1	1	—
b) eines Dank- und Anerkennungsschreibens . . . . .	1	1	2
<b>für Rettungstaten</b>			
<b>Verleihung des Feuerwehr-Ehrenzeichens an Angehörige der Berufsfeuerwehr und an Angehörige von Werksfeuerwehren</b>			
a) in Gold . . . . .	—	—	2
b) in Silber . . . . .	28	16	13

Vom Oberbürgermeister wurden Glückwünsche aus Anlaß von Alters- und Ehejubiläen ausgesprochen:

bei Vollendung des			
80. Lebensjahres . . . . .	2511	2562	2673
90. Lebensjahres . . . . .	366	338	361
95. Lebensjahres . . . . .	50	68	74
100. Lebensjahres und darüber . . . . .	5	5	5
bei Goldenen Hochzeiten . . . . .	585	559	470
bei Diamantenen Hochzeiten . . . . .	54	50	47
bei Eisernen Hochzeiten . . . . .	7	8	4
bei Kupfernen Hochzeiten . . . . .	1	—	—
<b>Ihr Dienstjubiläum begingen als Mitarbeiter der Stadtverwaltung</b>			
nach 25jähriger Dienstzeit . . . . .	517	171	126
nach 40jähriger Dienstzeit . . . . .	9	16	11
nach 50jähriger Dienstzeit . . . . .	2	1	2

Die Dienstjubilare erhielten ein Glückwunschschreiben des Oberstadtdirektors, eine Ehrengabe und ein Gemälde eines Düsseldorfer Künstlers. Außerdem wurden sie jeweils zu Beginn des nach dem Jubiläum folgenden Jahres im Rahmen einer Jubilarfeier gemeinsam von Rat und Verwaltung geehrt.

## Stadtarchiv

Zu Beginn der Berichtszeit bezog das Stadtarchiv seine neuen Diensträume im 3. Stock des Seitengebäudes Heinrich-Ehrhardt-Straße 61. Es wurden in 132 Transporten 6424 Bündel Akten in die neuen Magazinräume geschafft.

In den neuen Räumen verfügt das Stadtarchiv nunmehr über 10 Büro-, Benutzer- und Bibliotheksräume von rd. 240 qm Fläche und über 3 zusammen rd. 2200 qm große Magazinräume, die in einer Ebene liegen und durch Lastenaufzüge erreichbar sind. Durch diese Unterbringung dürfte das Archiv für einige Jahrzehnte in der Lage sein, das bei der Stadtverwaltung anfallende Schriftgut aufzunehmen. Städtische Ämter und Dienststellen haben Akten in folgender Anzahl an das Stadtarchiv abgeliefert:

1971	1972	1973
2 500	12 220	6 750

Unter den insgesamt 21 470 Akten befanden sich 13 037 Personalakten. Der größte Teil von ihnen (7598 Stück) mußte von den Städtischen Krankenanstalten — Amt 54 — übernommen werden, bevor sie als Universitätskliniken vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen wurden.

Nach Auflösung der innerstädtischen Meldestellen übernahm das Archiv im Dezember 1971 rd. 20 000 Hausbücher, die eine einzigartige Quelle zur Personengeschichte und für soziologische Untersuchungen darstellen. Die Ablieferungen von anderweitigen Stücken durch städtische Dienststellen (Urkunden, Fotos, Mikrofilme, Plakate, Bücher usw.) hatte im wesentlichen den gleichen Umfang wie in den Vorjahren.

Die Bestände der Handbibliothek und die Sammlungen der Bilder, Plakate, Totenzettel usw. wurden weiter ergänzt. Abgeschlossen wurde der Erwerb der älteren Kirchenbücher (vor 1810) in Fotokopie. Das Stadtarchiv besitzt jetzt in seiner 185 Bände umfassenden Sammlung Kopien aller noch erhaltenen, vor Anlegung der Standesamtsregister geführten Kirchenbücher aus dem Düsseldorfer Stadtgebiet.

Besondere Erwähnung verdient, daß im Mai 1973 die Vereinigten Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf, dem Stadtarchiv eine große Anzahl Zeitungsbande überlassen hat. Es handelt sich um die von den Vorgängern des Verlags herausgegebenen Düsseldorfer Tageszeitungen „Düsseldorfer Volksblatt“ (1875–1904) und „Düsseldorfer Tageblatt“ (1904–1941). Wenn auch der Bestand einige Lücken aufweist, so stellt er doch eine außerordentlich wertvolle Bereicherung der Sammlungen des Archivs dar, weil bisher

Düsseldorfer Zeitungen nur von 1914 ab vorhanden waren. Ebenfalls wertvoll ist der Nachlaß des Fotografen Dolf Siebert, der bereits 1970 erworben werden konnte. Er umfaßt rd. 12 000 Fotos aus Düsseldorf und Umgebung.

Ausgeliehen an städtische Dienststellen und an andere Behörden wurden

1971	1972	1973
495	470	582

Akten.

Trotz des Umzugs hatte der Leihverkehr in allen drei Jahren in etwa den gleichen Umfang. Stark zurückgegangen ist dagegen seit dem Umzug des Archivs an den Rand der Innen-

stadt die Besucherzahl. Während im Ehrenhof jährlich rd. 1000 Besucher gezählt wurden, sank deren Zahl in den drei Jahren der Berichtszeit über 800 auf 510 bzw. 531.

Unter den mit maßgeblicher Hilfe des Archivs angefertigten Arbeiten verdient besondere Beachtung die umfangreiche Dissertation von Edmund Spohr:

„Die Befestigungsanlagen von Düsseldorf. Baugeschichtliche Entwicklung – städtebauliche Konsequenzen.“ In ihr wird erstmals die Entwicklung der Festung Düsseldorf umfassend dargestellt.

Von der vom Leiter des Stadtarchivs verfaßten und vom Kulturamt herausgegebenen „Kleinen Geschichte der Stadt Düsseldorf“ erschien im Oktober 1972 die überarbeitete und erweiterte 5. Auflage.

## Amt 11 — Personalamt

### Allgemeines

Die Städt. Krankenanstalten Moorenstr. wurden zum 1.1. 1973 als „Klinische Anstalten der Universität Düsseldorf“ vom Land Nordrhein-Westfalen übernommen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Städt. Krankenanstalten auch für das Personal der Krankenhäuser Gerresheim und Benrath eigene Personaldienststelle. Für das neue Amt 54 — Städt. Krankenanstalten, das nunmehr die Krankenhäuser Benrath und Gerresheim umfaßt, wurde die Personalienbearbeitung ab 1.1. 1973 vom Personalamt übernommen.

Im Zuge der Zentralisierung der Personalienbearbeitung übernahm das Personalamt vom Schulverwaltungsamt die Personalien sämtlicher Schulputzhilfen.

### Personalwirtschaft

Eine Veränderung der allgemeinen Lage auf dem Arbeitskräftemarkt führte gegen Ende der Berichtszeit zu einer Ent-

spannung der Personallage — auch bei den technischen Berufen. Besondere Schwierigkeiten bereitete immer noch die Gewinnung von Pflegepersonal für die städt. Alten- und Pflegeheime sowie die städt. Krankenhäuser Benrath und Gerresheim. Weiterhin mußten ausländische Pflegekräfte — insbesondere aus Jugoslawien und Südkorea — angeworben werden.

Auch in weiteren Bereichen (feuerwehrtechnischer Dienst, Sozial- und Erziehungsdienst) bereitete die Besetzung freier und freiwerdender Stellen noch erhebliche Schwierigkeiten. Über den Personalbestand geben die Übersicht auf Seite 17 und auch die entsprechenden Tabellen in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Aufschluß.

Im Laufe der Berichtszeit konnten wieder Nachwuchskräfte vor allem für den nichttechnischen Dienst in verstärktem Maße eingestellt werden. Die Zahl der in der Verwaltung beschäftigten Nachwuchskräfte zu Beginn und am Ende der Berichtszeit ist aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

	1. 1. 1971	31. 12. 1973
Anwärter für den gehobenen nichttechnischen Dienst . . . . .	68	76
Anwärter für den gehobenen technischen Dienst . . . . .	1	1
Verwaltungspraktikanten . . . . .	25	34
Anwärter für den mittleren nichttechnischen Dienst . . . . .	50	52
Angestelltenlehrlinge . . . . .	18	27
Anlernlinge für den Stenotypistinnenberuf . . . . .	26	33
Vermessungstechnikerlehrlinge . . . . .	10	6
Sozialversicherungsfachangestelltenlehrlinge . . . . .	—	1
	<hr/>	<hr/>
	198	230

### Beamten- und Besoldungsrecht

Durch das 28. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74a GG) vom 18. 3. 1971 (BGBl. I S. 206) ist dem Bund auf dem Gebiet der Besoldung und Versorgung die Befugnis zur konkurrierenden Gesetzgebung für den Bereich der Länder übertragen worden. In Verbindung hiermit

hat der Bund mit dem 1. Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern vom 18. 3. 1971 — 1. BesVNG — (BGBl. I S. 208) besoldungs- und versorgungsrechtliche Regelungen getroffen, die teils unmittelbar für den Bereich der Länder gelten und teils die Länder zur Anpassung ihres Besoldungsrechts verpflichten. In Auswirkung des 1. BesVNG hat das Land NW

das 8. Besoldungsänderungsgesetz vom 16. 7. 1971 – 8. LBesÄndG – (GV NW S. 204) erlassen. Die durch das 1. BesVNG und das 8. LBesÄndG getroffenen Änderungen bewirkten insbesondere eine Anpassung der Bezüge der Beamten und Versorgungsempfänger an die allgemeine Einkommensentwicklung, eine Harmonisierung der Zulagen in Bund und Land, die Bestimmung von Obergrenzen für das Verhältnis der Beförderungämter und den weiteren Ausbau der vermögenswirksamen Leistungen (Wegfall der Einkommensgrenze von 1000 DM). Darüber hinaus ist die Möglichkeit eröffnet worden, für Beamte der Besoldungsordnung A eine Mehrarbeitsentschädigung zu zahlen. In der Rechtsverordnung zu § 36a Bundesbesoldungsgesetz – Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte – vom 26. 4. 1972 (BGBl. I S. 747) wurde bestimmt, in welchen Bereichen und Fällen eine Mehrarbeitsentschädigung gezahlt werden darf.

Auf Grund des 8. LBesÄndG erfolgte am 1. 9. 1971 eine Neufassung des Landesbesoldungsgesetzes (GV NW S. 264).

Durch die Neufassung des Beamtenrechtsrahmengesetzes vom 17. 7. 1971 (BGBl. I S. 1025) wurde den Bestimmungen des 1. BesVNG Rechnung getragen.

Mit dem 4. Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 29. 6. 1971 (GV NW S. 184) sind beamten- und besoldungsrechtliche Vorschriften dahingehend geändert worden, daß der Anspruch auf Kinderzuschlag und Waisengeld bei Verheiratung des Kindes nicht mehr erlischt. Die Änderung trat rückwirkend ab 1. 6. 1970 in Kraft. Durch diese Änderung wurde der höchstrichterlichen Rechtsprechung Rechnung getragen.

Zur Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung wurden durch das 1. BesVNG ab 1. 1. 1971 die Grundgehälter und Ortszuschläge um 7 v. H. und die Ortszuschläge zusätzlich um einen Sockelbetrag von 27 DM erhöht. Zum 1. 1. 1972 wurde durch das 1. Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vom 17. 10. 1972 – 1. BBesErhG – (BGBl. I S. 2001) eine weitere Anpassung der Dienstbezüge vorgenommen. Die Grundgehälter und Ortszuschläge ohne den Sockelbetrag erhöhten sich um 4 v. H. Der bisherige Sockelbetrag zu den Ortszuschlägen von 27 DM erhöhte sich um 30 DM auf 57 DM. Durch das 2. BBesErhG vom 5. 11. 1973 (BGBl. I S. 1569) erfolgte zum 1. 1. 1973 eine nochmalige Anpassung der Dienstbezüge. Die Grundgehälter und Ortszuschläge ohne Sockelbetrag sind um 6 v. H. erhöht worden. Der Sockelbetrag zu den Ortszuschlägen wurde auf 97 DM angehoben.

Vom 1. 1. 1973 an gelten bei den Ortszuschlägen einheitlich die Sätze der Ortsklasse S.

Durch die Änderungsverordnung vom 23. 10. 1973 (GV NW 1973 S. 480) wurden die Weihnachtzuwendungen von bis dahin  $66\frac{2}{3}\%$  des maßgeblichen Monateinkommens auf 100% vom Jahr 1973 ab erhöht.

Die Versorgungsempfänger haben an den allgemeinen Verbesserungen des Besoldungsrechts teilgenommen. Darüber hinaus wurden ab 1. 7. 1973 die Erhöhungszuschläge, die als sogenannte Stellenplananpassungszuschläge dem Ausgleich der inzwischen verbesserten Beförderungsmöglich-

keiten dienen und bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gezahlt werden, von 8 auf 10 v. H. bzw. von 5 auf 6 v. H. der Grundgehälter erhöht.

## Arbeitsrecht

Durch Artikel 2 des Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes und des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 8. 5. 1973 (BGBl. I S. 365) wurde mit Wirkung vom 1. 6. 1973 das Arbeitsplatzschutzgesetz dahingehend geändert, daß nunmehr alle Mitarbeiter im öffentlichen Dienst – unabhängig vom Lebensalter – wie die übrigen Wehrpflichtigen auf die Leistungen des Unterhaltssicherungsgesetzes angewiesen sind.

## Tarifrecht

Das Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter ist durch eine Anzahl neuer Tarifverträge ergänzt und erweitert worden.

Durch den Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern (TVK) vom 1. 7. 1971 wurde das Tarifrecht für Orchestermusiker mit Wirkung vom 1. 1. 1972 nach langjährigen Verhandlungen neu gestaltet. Durch diesen Tarifvertrag wurde die seit dem 30. 3. 1938 geltende Tarifordnung für die deutschen Kulturorchester (TO.K) außer Kraft gesetzt.

Durch Eingruppierungstarifverträge

vom 5. 8. 1971 für Angestellte in medizinischen Hilfsberufen und medizinisch-technischen Berufen,

vom 15. 11. 1971 für Angestellte in der Datenverarbeitung, vom 23. 2. 1972 für Ärzte, Apotheker, Tierärzte und Zahnärzte und

vom 15. 6. 1972 für Angestellte in technischen Berufen erfolgte eine Neuordnung der Tätigkeitsmerkmale, die in einer Vielzahl von Fällen zu einer besseren Eingruppierung der Mitarbeiter führte.

Für die Krankenhausärzte wurde eine neue Vergütungsgruppe I eingeführt.

Auf Grund der Tarifverträge vom 19. 2. 1971 erhalten Angestellte in den Vergütungsgruppen X bis II BAT und die unter dem BMT-G fallenden Arbeiter seit dem 1. 1. 1971 eine allgemeine Zulage, wie sie den Beamten in den vergleichbaren Besoldungsgruppen bereits früher gewährt wurde.

Zur Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung sind die Vergütungen der Angestellten und die Löhne der Arbeiter – jeweils zu Beginn der Jahre 1971, 1972 und 1973 – allgemein erhöht worden. Die Erhöhung betrug 1971 7 v. H., 1972 4 v. H. und 1973 6 v. H. Außerdem wurde den Angestellten zu den Ortszuschlägen ein Sockelbetrag gezahlt, der in der Berichtszeit von zuerst mtl. 27 DM, später 57 DM, auf 97 DM angehoben worden ist. Der Sockelbetrag ist nicht in die allgemeinen Erhöhungen einbezogen worden.

Die Einführung des Sockelbetrages hatte auch entsprechende Auswirkungen bei den Sozialzuschlägen der Arbeiter.

Die wichtigste Änderung in den Tarifverträgen über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte und Arbeiter bestand im Wegfall der Einkommensgrenze von 1000 DM vom 1. 1. 1971 an.

Von den Tarifvertragsparteien wurde durch Tarifverträge vom 26. 9. 1973 vereinbart, daß die den Angestellten und Arbeitern bis dahin gezahlten Weihnachtiszuschüssen in Höhe von 66 2/3% des maßgeblichen Monatseinkommens vom Jahre 1973 ab auf 100% erhöht werden.

### **Sozialversicherung**

Das Gesetz zur Weiterentwicklung des Rechtes der gesetzlichen Krankenversicherung (2. Krankenversicherungsänderungsgesetz – 2. KVÄG –) vom 21. 12. 1970 – BGBl. I S. 1770 – trat in seinen wesentlichen Teilen zum 1. 1. 1971 in Kraft. Neben Leistungsverbesserungen enthielt das Gesetz Änderungen und Neuregelungen von allgemeiner Bedeutung. Eine wesentliche Änderung war, daß die Jahresarbeitsverdienstgrenze für die Versicherungspflicht der Angestellten in der gesetzlichen Krankenversicherung dynamisiert worden ist. Sie beträgt jeweils 75 v. H. der für die Rentenversicherung geltenden Beitragsbemessungsgrenze.

Da die Jahresarbeitsverdienstgrenze in der Krankenversicherung gleichzeitig Beitragsbemessungsgrenze ist, hatte die Regelung auch Auswirkungen auf die Höhe der Krankenversicherungsbeiträge. Eine weitere Änderung bewirkte, daß bei einem Überschreiten der Jahresarbeitsverdienstgrenze die Versicherungspflicht nicht mehr mit Ablauf des Monats der Überschreitung, sondern mit Ablauf des Kalenderjahres der Überschreitung endet, sofern das Entgelt die erhöhte Jahresarbeitsverdienstgrenze für das folgende Jahr ebenfalls überschreitet. Nach dem neugefaßten § 405 RVO erhalten Angestellte, die nur wegen Überschreitens der Jahresarbeitsverdienstgrenze nicht krankenversicherungspflichtig sind oder gelegentlich der Erhöhung der Jahresarbeitsverdienstgrenze wegen des Bestehens einer privaten Krankenversicherung von der Krankenversicherungspflicht befreit worden sind, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Arbeitgeberzuschuß zu ihren Krankenversicherungsbeiträgen. Als Arbeitgeberzuschuß wird der Betrag gezahlt, der bei Krankenversicherungspflicht als Arbeitgeberanteil zu zahlen wäre, höchstens jedoch 50% der Aufwendungen, die der Angestellte in seiner Krankenversicherung aufwendet.

Die vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung festgesetzten Beitragsbemessungsgrenzen in den Rentenversicherungen der Angestellten und Arbeiter betragen für 1971 1900 DM, für 1972 2100 DM und für 1973 2300 DM. Damit ergab sich für die Krankenversicherung auf Grund des 2. KVÄG (siehe vorstehenden Absatz) eine Jahresarbeitsverdienstgrenze für 1971 von 1425 DM, für 1972 von 1575 DM und für 1973 von 1725 DM.

Durch die Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (Datenerfassungs-Verordnung – DEVO –) vom 24. 11. 1972 (BGBl. I S. 2159) wurde ab 1. 1. 1973 das Meldeverfahren der Kranken- und Rentenversicherung sowie zur Bundesanstalt für Arbeit für die versicherungspflichtigen Beschäftigten vereinheitlicht und auf die Erfordernisse der elektronischen Datenverarbeitung umgestellt. Danach werden die Angaben, die die Versicherungsträger für die Durchführung ihrer Aufgaben benötigen, nur noch einer Stelle gemeldet und auf maschinellem Wege allen drei Versicherungsstellen zur Verfügung gestellt. Für die

Datenerfassung sind alle Berufe mit Schlüsselzahlen versehen worden. Den Arbeitgebern, die versicherungspflichtig Arbeitnehmer beschäftigen, wurden Betriebsnummern zugeteilt.

### **Betreuung der städt. Dienstkräfte**

#### **Wohnungsfürsorge**

Die Richtlinien über die Wohnungsfürsorge für städt. Dienstkräfte vom 30. 4. 1970 sind durch Ratsbeschluß vom 25. 10. 1973 geändert worden. In Anbetracht der zwischenzeitlich erheblich gestiegenen Baukosten wurden die Höchstbeträge für Arbeitgeberdarlehen in angemessenem Umfang heraufgesetzt.

Zur Förderung des Wohnungsbaues für die Belegschaft wurden in der Berichtszeit Wohnungsbaudarlehen von insgesamt 6,3 Mio DM zur Verfügung gestellt. Hiermit sind 296 Wohnungseinheiten – davon 90 Altenwohnungen – mitfinanziert worden. Von diesen Wohnungen waren bis Ende der Berichtszeit 130 Wohnungseinheiten bezugsfertig. Darüber hinaus konnten 172 Wohnungseinheiten, die in den Jahren 1968 bis 1970 finanziert worden waren, bezogen werden.

Für die Gewinnung, Verbesserung oder Erhaltung von Wohnraum hat die Stadt 303 Dienstkräften zinslose Wohnraumbeschaffungsdarlehen in einem Gesamtbetrag von 1,4 Mio DM gewährt.

Zum Bau oder Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen wurden Arbeitgeberdarlehen in Höhe von 5,3 Mio DM bewilligt. Auf diese Weise sind 243 Eigenheime und Eigentumswohnungen mitfinanziert worden.

#### **Kindererholung**

Für die Kindererholung standen 22 bzw. 21 Dauerplätze in 2 Kindererholungsheimen zur Verfügung. Außerdem wurden in den Sommerferien zusätzliche Heimplätze bereitgestellt. In der Berichtszeit kamen 556 Kinder von städt. Dienstkräften in den Genuß der Erholungsmaßnahmen.

#### **Zusatzversorgungskasse (ZVK)**

Für jedes Jahr der Berichtszeit hat die ZVK einen broschierten Geschäftsbericht herausgegeben, aus dem die Entwicklung auf allen Gebieten hervorgeht.

#### **Studieninstitut für kommunale Verwaltung**

Die Tatsache, daß die Sparkassen als eigenständige Anstalten des öffentlichen Rechts immer selbständiger wurden, hat im Laufe der Jahre zu einem Abbau der früher engen Bindungen zwischen dem Sparkassenzweig und dem Verwaltungszweig der Einrichtung geführt, deren Name bis Ende 1971 Verwaltungs- und Sparkassenschule war. Die Schule, bei der dann ab 1972 nur noch die Aus- bzw. Fortbildung von Dienstkräften der kommunalen Verwaltung betrieben wurde, erhielt mit Wirkung vom 1. 1. 1972 die Bezeichnung „Studieninstitut für kommunale Verwaltung Düsseldorf“ (Ratsbeschluß vom 28. 10. 1971).

Mit der verstärkten Einstellung von Nachwuchskräften nahm die Zahl der im Studieninstitut Auszubildenden zu. Zwischen

14 und 18 lag die Zahl der laufenden Lehrgänge. Bei einer Frequenz von 25–30 Teilnehmern je Lehrgang ergibt sich für das Institut eine ständige Hörerzahl von 400 bis 480.

Die veränderten und gestiegenen Anforderungen an die Dienstkräfte der Kommunalverwaltung gaben Veranlassung, die Neugestaltung der Lehrpläne in Angriff zu nehmen. Zunächst wurde geändert:

der Plan für den Ausbildungslehrgang des gehobenen nicht-technischen Dienstes (Erhöhung der Stundenzahl von 1000 auf 1100, neue Verteilung der auf die einzelnen Stoffgebiete entfallenden Stunden, insbesondere zugunsten der mehr wirtschaftlich ausgerichteten Fächer, Aufnahme der Fächer Elektronische Datenverarbeitung und Verhaltenspsychologie).

der Lehrplan für den Ausbildungslehrgang des mittleren nichttechnischen Dienstes (Anhebung der Stundenzahl von 500 auf 600, Veränderung der Stoffgebiete in der Richtung, wie sie beim Lehrplan für den gehobenen Dienst erfolgte),

der Lehrplan des Angestelltenlehrgangs I (hier ging es vor allem um eine Straffung der Stoffgebiete).

Die Überarbeitung der Lehrpläne erfolgte im Lehrplarausschuß der Leitstelle der Studieninstitute in Nordrhein-Westfalen unter Mitwirkung des Studieninstituts Düsseldorf.

Das Berufsbildungsgesetz vom 14. 8. 1969 mit vielen Übergangsregelungen hat sich inzwischen auf alle Lehrgangsteilnehmer, die nicht zu Beamten ausgebildet werden, ausgewirkt. Das Gesetz machte es für den Bereich des Studieninstituts vor allem erforderlich, die Prüfungsordnungen für die Angestelltenlehrgänge I und II sowie für die Lehrgänge für Auszubildende (bisherige Bezeichnung: Lehrlinge und Anlernlinge) neu zu fassen. Die neuen Prüfungsordnungen sehen insbesondere eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer-Vertreter bei der Prüfung vor.

Das Studieninstitut führte wieder Auswahlverfahren für die Einstellung von Nachwuchskräften durch, womit den Verwaltungen eine wichtige Hilfe gegeben wird. Bei den Auswahlverfahren wurden 1971 303, 1972 und 1973 je 338 Bewerber geprüft.

Die sog. Einführungswochen, die neu eingestellten Nachwuchskräften zu Beginn ihrer Ausbildung einen allgemeinen Überblick über die Verwaltung und ihre vielfältigen Aufgaben vermitteln sollen, haben auch in der Berichtszeit ein gutes Echo gefunden.

An den Veranstaltungen mit Vorträgen, Diskussionen, Filmvorführungen und Besichtigungen verschiedener städtischer Einrichtungen nahmen in jedem der drei Berichtsjahre rd. 140 Nachwuchskräfte der Stadtverwaltung Düsseldorf und der anderen zum Schulgebiet gehörenden Kommunalverwaltungen teil.

	Einnahmen
1971	23 421 290 DM
1972	26 138 675 DM
1973	29 491 139 DM

Die ständig steigenden Ausgaben machten eine Erhöhung der Beitragssätze erforderlich.

Den Mitarbeitern der Stadtverwaltung wurden wieder mannigfaltige Fortbildungsmöglichkeiten geboten. In den zahlreichen Seminaren, die in der Berichtszeit durchgeführt wurden, sind insbesondere folgende Themenbereiche behandelt worden: Methoden sozialer Einzelfallhilfe, Sozialrecht und verwandte Gebiete, Mieterprobleme, neues Haushaltsrecht, Wirtschaftlichkeitsmessung und Betriebskostenrechnung, elektronische Digitaltechnik, richtiges Diktieren. Zu den Fortbildungsveranstaltungen gehörten auch vier Seminare für Führungskräfte (Amtsleiterebene), in denen über folgende Themen gesprochen wurde: „Soziale Probleme einer Großstadt“, „Menschenführung in unserer Zeit“, „Stadtregion Düsseldorf – heute und morgen –“, „Erkennen und Bewältigen von Konfliktsituationen – zur Psychologie der Führungskräfte –“. An den Fortbildungsveranstaltungen nahmen in den Jahren 1971 bis 1973 insgesamt 2534 Dienstkräfte teil.

Um den Bereich Fortbildung planvoller und systematischer zu gestalten, wurde Ende 1973 ein umfassendes Angebot an Fortbildungsveranstaltungen erarbeitet und in einem übersichtlichen Verzeichnis allen Mitarbeitern in den zum Gebiet des Studieninstituts Düsseldorf gehörenden Kommunalverwaltungen zugänglich gemacht.

#### Betriebskrankenkasse der Landeshauptstadt Düsseldorf

Weitere Rationalisierungsmaßnahmen waren notwendig, um die durch das Anwachsen des Mitgliederbestandes verursachte Zunahme der Verwaltungsarbeit ohne zusätzliches Personal bewältigen zu können. Aus diesem Grunde wird seit 1971 gemeinsam mit der Betriebskrankenkasse der Feldmühle AG ein Magnetknoten-Computer betrieben, mit dessen Hilfe u. a. der Beitragseinzug, die Finanzbuchhaltung und der Überweisungsverkehr zu den Vertragspartnern (Krankenhäuser, Ärzte, Badeinstitute, Optiker usw.) rationell durchgeführt werden.

Die Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze hat sich wie folgt entwickelt:

1971	17 100 DM,	1972	18 900 DM,
1973	20 700 DM jährlich.		

Während die Betriebskrankenkasse im Durchschnitt des Jahres 1970 21 217 Mitglieder hatte, betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl 1971 21 524, 1972 21 925, 1973 22 012. Einschließlich der mitversicherten Familienangehörigen werden mehr als 40 000 Personen von der Betriebskrankenkasse betreut.

Die Einnahmen und Ausgaben haben sich wie folgt entwickelt:

Ausgaben	Fehlbetrag/Überschuß
23 335 440 DM	Überschuß 85 850 DM
27 064 153 DM	Fehlbetrag 925 478 DM
31 073 145 DM	Fehlbetrag 1 582 006 DM

Die Vertreterversammlung hat die Beitragssätze mit Wirkung vom 1. 10. 1973 wie folgt erhöht:

Für Versicherte, die im Falle der Arbeitsunfähigkeit einen Anspruch auf Fortzahlung des Arbeitsentgeltes für mindestens 6 Wochen haben (Arbeiter und Angestellte),

Erhöhung von 8,4 auf 9,3 v. H.,

für freiwillig Versicherte ohne Anspruch auf Krankengeld (Beamte usw.),

Erhöhung von 6,2 auf 8,2 v. H. des beitragspflichtigen Einkommens.

Mit Wirkung ebenfalls ab 1. 10. 1973 sind folgende Leistungsverbesserungen vorgenommen worden:

Zahnkronen, Brückenglieder, Stützähne

Erhöhung des Zuschusses von 125 DM auf 150 DM je Zahn

Sanatoriumskuren

Erhöhung des Zuschusses von 50 DM auf 75 DM täglich

Genesendekuren

Erhöhung des Zuschusses von 25 DM auf 30 DM täglich

Kinderkuren

Erhöhung des Zuschusses von 7,50 DM auf 10 DM täglich

Einen immer größeren Umfang nehmen die Aufgaben ein, die die Betriebskrankenkasse im Auftrage der anderen Sozialversicherungsträger durchführt. So wurden zum Beispiel für die Renten- und Arbeitslosenversicherung im Berichtszeitraum Beiträge in folgendem Umfang eingezogen:

1971	44 751 991 DM
1972	48 621 539 DM
1973	57 128 154 DM

Im Auftrage des Versorgungsamtes sowie der Unfall- und Rentenversicherung sind an die Mitglieder der Betriebskrankenkasse Leistungen in nachstehend aufgeführtem Umfang gewährt worden:

1971	565 626 DM
1972	542 364 DM
1973	641 832 DM

## Amt 13 — Presseamt

Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit wurde das Presseamt in den verschiedensten Bereichen verstärkt tätig. Für die älteren Mitbürger wurde 1972 in einer Auflage von 250 000 Exemplaren die Schrift „Sonne für den Herbst des Lebens“ herausgegeben, die über Alteneinrichtungen informiert. Im gleichen Jahr ist die Broschüre „Düsseldorf im Taschenbuch“ mit Kurzinformationen über Düsseldorf überarbeitet bzw. aktualisiert neu aufgelegt worden. 1972 und 1973 gab das Amt auf jeweils letzten Stand gebrachte Neuauflagen des Faltblattes „Rat und Verwaltung — Wie funktioniert die Stadtdemokratie?“ heraus, das hauptsächlich der Unterrichtung der Schuljugend, ferner der Informierung von Bürgern dient, die an den Ratssitzungen teilnehmen. 1973 ist ferner der sechsseitige Faltkarton „Düsseldorf in Zahlen“ — diesmal auch mit englischem Text — mit neuesten Daten des Statistischen Amtes aus wichtigen Bereichen herausgegeben worden. Als neuer großer Zweig kam die Öffentlichkeitsarbeit für den Bau der U-Bahn in die Zuständigkeit des Presseamtes (1972). Die Aktionen auf diesem Sektor (Entwicklung der U-Dax-Figur, Plakate, Informationsbroschüren über die Baumaßnahmen, Malfest für Kinder an der Baustelle, 16-Millimeter-Farbfilmdokumentation) wurden teilweise in Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur durchgeführt.

Die Besichtigungsaktionen „Die Stadt läßt bitten“ erwiesen sich wieder als äußerst attraktiv. Neben dem Besuch von städtischen Einrichtungen und Baustellen fanden vor allem die 1973 zusammen mit der Universität Düsseldorf durchgeführten Programme einen starken Widerhall bei der Bevölkerung. Die Besucherzahlen lagen 1971 bei 200 000 (u.a. Vorstellung des im gleichen Jahr eröffneten neuen Messegeländes), 1972 bei 8 000 (es stand damals nur die Besichtigung der gerade fertiggestellten, großzügig ausgebauten Hauptkampfbahn des Rheinstadions auf dem Programm) und 1973 bei 41 000.

Die Ausgaben für Veröffentlichungen von Bekanntmachungen und Stellenanzeigen in Tageszeitungen und Fachzeitschriften haben erneut zugenommen. Neben der Erhöhung der Anzeigentarife hat sich vor allem die Ausweitung der amtlichen Bekanntmachungen niedergeschlagen. Hauptsächlich sind dabei die Bekanntmachungen über Bauplanungspläne und Flächennutzungspläne zu nennen, die seit einiger Zeit nach einem Beschluß des Hauptausschusses zusammen mit einer Planskizze veröffentlicht werden müssen. Infolgedessen sind die Ausgaben bei der Position „Einrückungsgebühren“ von rd. 630 000 DM im Jahr 1971 auf 740 000 DM im Jahr 1972 und 808 000 DM im Jahr 1973 angestiegen.



# Finanzverwaltung

## 20 Kämmerei

## 21 Kassenamt

## 22 Steueramt

## 23 Liegenschaftsamt

## 24 Amt für Verteidigungslasten

Hauptposten (einzel. Rechnung)	R. 1971		R. 1972		R. 1973	
	RL 1971	RL 1972	RL 1971	RL 1972	RL 1971	RL 1972
Die Gewerbesteuer beträgt	140 000	138 000	158 000	158 000	161 100	152 188
Veränderung (+) bzw. Verringerung (-) gegenüber dem Vorjahr						
Zusammen	602 000	609 170	628 000	628 170	638 800	638 800
5. Einkommensteuer	145 000	173 000	210 000	210 000	210 000	210 000
Scholarbeitnehmer	1 800	1 800	800	800	800	800
Handwerker	100	100	100	100	100	100
Handlungsgehilfe	7 300	7 300	1 300	1 300	1 300	1 300
Handwerksgewerbe	11 000	11 000	13 000	13 000	13 000	13 000
Einkommensteuer	170 000	170 000	148 000	148 000	172 300	170 721
Zusammen	381 000	381 000	340 000	340 000	380 287	373 488
Grundsteuer B	48 000	47 800	47 800	47 800	48 800	47 714
Zusammen	170 000	170 000	134 000	134 000	172 300	170 721
Grundsteuer A	170 000	170 000	170 000	170 000	170 000	170 000
Zusammen	170 000	170 000	170 000	170 000	170 000	170 000



### 3. Außerordentlicher Haushalt

	Rj. 1971	Rj. 1972	Rj. 1973
	in Millionen DM		
Der außerordentliche Haushaltsplan sah ausgeglichen in der Einnahme und Ausgabe vor . . . . .	392,9	330,4	311,2
Durch den Nachtragshaushaltsplan wurden die Ansätze geändert um . . . .	41,9	49,3	24,2
auf insgesamt . . . . .	434,8	379,7	335,4

Die Rechnung gem. § 90 KuRVO schloß wie folgt ab:

<b>Einnahmen</b>			
Endgültiges Anordnungssoll des lfd. Rj. . . . .	374,0	292,3	281,9
Abgänge bei den Kasseneinnahmeresten a.V. . . . .	—	—	0,7
	374,0	292,3	281,2
<b>Ausgaben</b>			
Anordnungssoll des lfd. Rj. . . . .	324,8	261,4	230,2
Abgänge bei den HAR a.V. . . . .	2,4	1,6	2,9
	322,4	259,8	227,3
zuzüglich neue HAR . . . . .	47,7	27,5	53,9
Ausgaben insgesamt . . . . .	370,1	287,3	281,2
dagegen Einnahmen insgesamt . . . . .	374,0	292,3	281,2
Soll-Überschuß . . . . .	3,9	5,0	—

Im einzelnen wurden vereinnahmt (Rechnungsergebnis gem. § 90 KuRVO):

	Rj. 1971		Rj. 1972		Rj. 1973	
	Mio DM	%	Mio DM	%	Mio DM	%
Zuweisungen u. Zuschüsse . . . . .	63,2	16,90	70,0	23,95	79,0	28,09
Äußere Darlehen . . . . .	262,6	70,21	191,1	65,38	158,1	56,22
Innere Darlehen . . . . .	9,4	2,51	11,0	3,76	6,0	2,13
Entnahme aus Rücklagen und Kapitalvermögen . . . . .	16,0	4,28	6,5	2,22	7,3	2,60
Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen . . . . .	19,9	5,32	2,3	0,79	5,1	1,82
Sonstige außerordentliche Einnahmen . . . . .	0,2	0,06	7,3	2,50	20,7	7,36
Überschüsse aus Vorjahren . . . . .	2,7	0,72	4,1	1,40	5,0	1,78
	374,0	100	292,3	100	281,2	100

Die Ausgaben verteilen sich wie folgt auf die Einzelpläne (Rechnungsergebnis gem. § 90 KuRVO):

	Rj. 1971	Rj. 1972	Rj. 1973
	in Millionen DM		
0 Allgemeine Verwaltung . . . . .	1,3	—	0,5
2 Schulen . . . . .	41,3	41,3	44,2
3 Kultur . . . . .	3,6	1,5	5,7
4 Soziale Angelegenheiten . . . . .	3,5	2,8	3,7
5 Gesundheitspflege . . . . .	40,8	29,2	12,4
6 Bau- und Wohnungswesen . . . . .	84,0	92,8	109,5
7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung . . . . .	54,2	66,8	63,1
8 Wirtschaftliche Unternehmen . . . . .	129,3	52,9	14,4
9 Finanzen und Steuern . . . . .	12,1	—	27,7
	370,1	287,3	281,2

## B. Vermögen

Der Stand des Vermögens der Stadt am Ende der einzelnen Jahre ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich.

	1971	1972	1973
	in Millionen DM		
a) Freies Gemeindevermögen			
I. Verwaltungsvermögen . . . . .	1 135,0	1 191,5	1 284,0
II. Finanzvermögen			
1. Allgem. Grundvermögen . . . . .	420,6	457,2	415,7
2. Allgem. Kapitalvermögen . . . . .	265,4	271,3	266,3
III. Betriebsvermögen und Beteiligungen . . . . .	459,9	460,3	669,9
IV. Rücklagen . . . . .	123,0	129,8	117,5
Freies Gemeindevermögen zusammen (a) . . . . .	2 403,9	2 510,1	2 753,4
darunter innere Forderungen . . . . .	19,9	49,3	43,1
b) Gebundenes Gemeindevermögen			
I. Gemeindegliedervermögen . . . . .	—	—	—
II. Stiftungsvermögen . . . . .	11,1	11,1	11,8
Gebundenes Gemeindevermögen zusammen (b) . . . . .	11,1	11,1	11,8
darunter innere Forderungen . . . . .	0,1	0,1	0,1
Gemeindeeigenes Gesamtvermögen (a und b) . . . . .	2 415,1	2 521,2	2 765,2
c) Sondervermögen (Treuhandvermögen) . . . . .	300,8	185,4	185,4
Summe des gemeindeeigenen und des Sondervermögens (a — c) . . . . .	2 715,9	2 706,6	2 950,6

## C. Schulden

Die nachstehende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung in den Rj. 1971 bis

1973. Nähere Angaben hierzu sind in den Haushaltsplänen 1973 bis 1975 (einschl. Anlagen) zu finden.

Schuldenart	Stand am		
	31.12.1971	31.12.1972	31.12.1973
	in Millionen DM		
I. Schulden des freien Gemeindevermögens . . . . .	1 258,2	1 378,7	1 479,8
II. Schulden der Betriebe			
Stadtwerke . . . . .	423,3	443,4	x
Städtische Häfen . . . . .	5,3	6,1	5,9
Rheinische Bahngesellschaft AG, soweit von der Stadt aufgenommen und weitergeleitet . . . . .	2,3	2,1	x
Zusammen (II) . . . . .	431,1	451,6	5,9
III. Schulden des zweckgebundenen Gemeindevermögens . . . . .	0,7	0,7	1,6
Schulden insgesamt (I bis III) . . . . .	1 690,0	1 831,0	1 487,3
Dagegen Stand der Verschuldung zu Beginn der jeweiligen Jahre . . . . .	1 488,8	1 690,0	1 831,0
Netto-Zunahme (+) bzw. -Abnahme (-) der Verschuldung . . . . .	+ 201,3	+ 141,0	- 343,7
zuzüglich Tilgung SN 2 im jeweiligen Rj. . . . .	43,6	53,4	72,0
Tilgung der Betriebe im jeweiligen Rj. . . . .	20,3	21,6	0,2
ao. Tilgungen, Kapitalnachlässe u.a. im jeweiligen Rj. . . . .	2,9	- 38,4	- 5,7
Schuldenabgänge Stadtwerke AG . . . . .	—	—	445,5
ergibt Schuldenzugänge ohne Berücksichtigung der Abgänge . . . . .	268,1	177,6	168,3
In dieser Höhe sind Darlehen aufgenommen, und zwar			
äußere Darlehen . . . . .	257,3	166,6	162,3
innere Darlehen . . . . .	10,8	11,0	6,0

Die Abteilung 20/2 — Abt. Vermögens- und Schuldenverwaltung — ist mit Verfügung vom 3. 2. 1972 in „Abtei-

lung Finanz- und Betriebswirtschaft“ umbenannt worden.

## D. Hypothekenverwaltung

Ab 1. Januar 1971 hat die Kämmerei die Verwaltung der LAG-Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau an die Stadt-Sparkasse Düsseldorf abgegeben. Es handelte sich um 1304 Darlehenskonto mit einem Gesamt-Restkapital von 9,18 Mio DM.

Ab 1. Juli 1972 wurde die Verwaltung der öffentlichen Baudarlehen aus Landesmitteln auf die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen übergeleitet. Gesetzliche Grundlage ist § 17 des Gesetzes zur Neuordnung der Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen vom 2. 4. 1957, wonach das Wohnungsbauvermögen des Landes bei der zu diesem Zweck 1957 gegründeten Wohnungsbauförderungsanstalt zusammenzufassen war. Während die Übergabe der kapitalmäßigen Verwaltung bei den in Frage kommenden 3311 Fällen mit 125,88 Mio DM Restkapital in einigen Wochen erledigt war, gestaltete sich die Übergabe der dazu gehörenden Darlehnsakten weitaus schwieriger, weil die abzugebenden Teile der Akten aus den bei der Kämmerei geführten kombinierten Bewilligungs- und Verwaltungsakten erst angefertigt werden mußten.

In der Berichtszeit gab es bei den in einfacher Ausstattung ausgeführten Wohnungsbauten, die im Geltungsbereich des 1. Wohnungsbaugesetzes errichtet worden sind, zunehmend Schwierigkeiten bei der Wiederbelegung mit Mietern, weil allgemein höhere Ansprüche an die Ausstattung der Wohnungen gestellt werden. Nicht zuletzt aus diesem Grunde beantragten die Hauseigentümer im verstärkten Umfang die Zustimmung der Bewilligungsstelle zu wertverbessernden Einbauten (wie Anlage von Zentralheizungen, Umstellung vorhandener Feuerungsanlagen auf Gas- oder Ölfeuerung, Verbesserung der Wohnungsausstattung). Hierdurch wurde auch ein Mietzuschlag gerechtfertigt, der nach den Vorschriften der 2. Berechnungsverordnung und der Neubaumietenverordnung (die beide im Berichtszeitraum neu gefaßt worden sind) ermittelt werden mußte. Etwa 600 derartige Zustimmungen hat das Amt 1971 bis 1973 erteilt.

Aufgrund der am 9. 3. 1973 in Kraft getretenen Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung des Landes NW werden ab 21. 5. 1973 für derartige Genehmigungen der Bewilligungs-

stelle Verwaltungsgebühren zwischen 10 und 100 DM je Einzelfall erhoben.

Von anderen Gläubigern wurden 11 Zwangsversteigerungsverfahren eingeleitet für Grundstücke, an denen die Stadt Düsseldorf hypothekarisch beteiligt war. Die Stadt selbst hat keinen Versteigerungsantrag als betreibender Gläubiger gestellt. Fünf Verfahren wurden eingestellt, bevor es zu einem Termin kam; 6 Verfahren wurden durchgeführt. Die Forderungen der Stadt wurden in fünf Fällen von den Erstherrn voll ausbezahlt und ohne Ausfall für die Stadt bestehengelassen und übernommen, in einem Falle erfolgte die Barauszahlung durch den Meistbietenden.

Drei aus Vorjahren noch bestehende Zwangsverwaltungsverfahren wurden abgewickelt und aufgehoben, so daß kein derartiges Verfahren mehr läuft, an dem die Stadtverwaltung als Gläubiger von Wohnungsbaudarlehen beteiligt ist.

Aus der Wohnungsbesetzungskontrolle des Amtes 64 für öffentlich geförderte Wohnungen sind in 105 Fällen Verfahren gegen Hauseigentümer wegen falscher oder nicht genehmigter Wohnungsbelegung oder Überschreitung der zulässigen Kostenmiete eingeleitet, teils als Maßnahmen aus dem Darlehnsvertrag (erhöhte Zinsen), teils als Maßnahmen nach § 25 WoBindG (zusätzliche Leistungen von 5% des Darlehns).

Da der Ratsbeschluß vom 24. 4. 1969 über Nachlaßgewährung bei vorzeitiger Rückzahlung städtischer Baudarlehen beibehalten wurde, wurden in der Berichtszeit, vor allem gegen Ende des Jahres 1971 (wegen der Änderung der Bindungsfrist des § 16 WoBindG von 5 auf 10 Jahre) 1028 Darlehen mit 27,77 Mio DM Restkapital zurückgezahlt, davon Ende 1971

Landesmittel	20,56 Mio DM
und städt. Mittel	5,16 Mio DM;

1972 und 1973 waren diese Zahlen wesentlich geringer:

Landesmittel bis 30. 6. 1972:	0,21 Mio DM,
und städt. Mittel	1972: 0,90 Mio DM,
	1973: 0,94 Mio DM.

Folgende Wohnungsbaumittel wurden bewilligt:

a) aus Bundes- und Landesmitteln (Beträge in Millionen DM)

	Darlehen	Annuitätshilfen	Aufwendungsbeihilfen
1971	10,02	8,58 für Bankdarlehen von 57,18	5,78
1972	7,14	3,13 für Bankdarlehen von 20,87	2,44
1973	11,28	1,42 für Bankdarlehen von 9,47	1,39

b) aus städtischen Mitteln (Beträge in Millionen DM)

	Darlehen und Zuschüsse	Aufwendungsbeihilfen	Gezahlte Aufwendungsbeihilfen
1971	5,76	3,96 entspr. einem Kapital von 66,16	3,83
1972	6,76	1,37 entspr. einem Kapital von 22,81	3,20
1973	4,48	0,34 entspr. einem Kapital von 5,65	9,45

Zur Finanzierung der geförderten Wohnungen mußten von der Stadt Düsseldorf noch Bürgschaften für Mittel des freien Kapitalmarktes übernommen werden, und zwar

- 1971 in 29 Fällen für 2,40 Mio DM
- 1972 in 37 Fällen für 2,42 Mio DM
- 1973 in 39 Fällen für 3,83 Mio DM

Einen weiteren Überblick über die Verwaltungsarbeit der Hypothekenabteilung der Stadtkämmerei geben die nachstehenden Aufstellungen:

**Gesamt-Hypothekenforderungen (Soll)**

Stand 31. 12.	Städtische Wohnungsbauhypotheken		Landeswohnungsbauhypotheken	
	Konten	Mio DM	Konten	Mio DM
1971	5 222	215,60	3 383	128,75
1972	5 142	218,96	3 331	30. 6. 125,91
1973	5 069	218,36	—	—

**Gegenüberstellung des städtischen Hypotheken-Vermögens und der Bankschulden**

Stand 31. 12.	Städtische Wohnungsbau- hypotheken (Gesamtforderungen) Mio DM	Barbestand des Geldstocks der Hypotheken- verwaltung Mio DM	Hypotheken- vermögen zusammen Mio DM	Bankschulden Mio DM	Reinvermögen aus Hypotheken- forderungen Mio DM
1971	215,60	6,75	222,35	110,60	111,75
1972	218,96	—	218,96	109,04	109,92
1973	218,36	—	218,36	108,18	110,18

**Amt 21 — Kassenamt**

Ab 1. Januar 1971 ist für die Einziehung der Steuern die elektronische Datenverarbeitungsanlage eingesetzt worden. Hierbei wurden die von der Arbeitsgemeinschaft Kommunale Datenverarbeitung (AKD) entwickelten Programme für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen angewandt. Die seit 1968 gebildeten Einheitskonten wurden beibehalten, da sie sich bewährt haben.

Zu Beginn des Jahres 1972 sind weitere Einnahmearten, wie Mieten, Pachten, Zinsen und Tilgung für städt. Hypotheken, in das Einheitskonto übernommen und somit ebenfalls mittels EDV-Anlage bearbeitet worden.

Das Kassenamt bestand in der Berichtszeit aus folgenden Dienststellen:

- 21/0 Amtsleitung
- 21/1 Stadthauptkasse
- 21/3 Steuerkasse

Dem Amt unterstanden in sachlicher Hinsicht die Nebenkassen bei den Krankenanstalten sowie die Zahlstellen Opernhaus, Volkshochschule, Müllverbrennungsanlage und Sportamt (mit Hilfskassen im Rheinstadion, Eisstadion und Freibad Lörick).

Über Arbeitsumfang und Geldbewegung vermitteln die nachstehenden Übersichten ein Bild:

### Stadthauptkasse

	Abschluß- ergebnisse des Rechnungsjahres 1971		Beim Jahres- abschluß verbliebene		Abschluß- ergebnisse des Rechnungsjahres 1972		Beim Jahres- abschluß verbliebene	
	Ein- nahmen in Tausend DM	Aus- gaben in Tausend DM	Kassen- bestände in Tausend DM	Kassen- vor- schüsse in Tausend DM	Ein- nahmen in Tausend DM	Aus- gaben in Tausend DM	Kassen- bestände in Tausend DM	Kassen- vor- schüsse in Tausend DM
Ordentlicher Haushalt	1 050 344	1 077 332	21 045	48 033	1 282 370	1 265 446	25 864	8 940
Außerordentlicher Haushalt	415 504	439 491	26 191	50 178	333 509	361 544	35 739	63 774
Kippenberg-Stiftung	184	181	2	—	132	132	—	—
Verwahrgelder	83 393	83 025	368	—	85 342	84 770	572	—
Vorschüsse	22 608	23 930	—	1 322	23 412	24 894	—	1 481
Gebühren und Beiträge	82 401	82 402	—	—	60 279	60 279	—	—
Abrechnungs- u. Kontokorrentkonto	574 312	568 913	5 399	—	721 117	714 826	6 291	—
Geldstöcke	192 608	90 069	108 326	5 787	162 976	91 212	88 549	16 785
Kassenführung für andere	31 996	31 023	973	—	39 511	36 170	3 340	—
Auftragskassengeschäfte für Bund und Land (einschl. Stationierungskosten)	111 425	111 332	93	—	112 542	112 455	87	—
	<u>2 564 775</u>	<u>2 507 698</u>	<u>162 397</u>	<u>105 320</u>	<u>2 821 190</u>	<u>2 751 728</u>	<u>160 442</u>	<u>90 980</u>
	57 077		57 077		69 462		69 462	
In den Einnahmen- und Ausgaben ist der Vortrag aus dem Vorjahr in Höhe von . . . . . enthalten	245 565	90 550			162 397	105 320		

	Abschlußergebnisse des Rechnungsjahres 1973		Beim Jahresabschluß verbliebene	
	Einnahmen in Tausend DM	Ausgaben in Tausend DM	Kassen- bestände in Tausend DM	Kassen- vorschüsse in Tausend DM
Ordentlicher Haushalt . . . . .	1 330 798	1 313 473	28 906	11 582
Außerordentlicher Haushalt . . . . .	359 907	328 750	61 663	30 506
Kippenberg-Stiftung . . . . .	210	199	11	—
Verwahrgelder . . . . .	102 111	101 398	713	—
Vorschüsse . . . . .	31 830	33 576	—	1 746
Gebühren und Beiträge . . . . .	85 804	85 804	—	—
Abrechnungs- und Kontokorrentkonto . . . . .	702 455	681 598	20 859	1
Geldstöcke . . . . .	170 450	79 592	118 946	28 088
Kassenführung für andere . . . . .	47 118	45 089	2 029	—
Auftragskassengeschäfte für Bund und Land (einschl. Stationierungskosten) . . . . .	119 702	119 635	67	—
	<u>2 950 385</u>	<u>2 789 114</u>	<u>233 194</u>	<u>71 923</u>
	161 271		161 271	
In den Einnahmen und Ausgaben ist der Vortrag aus dem Vorjahr in Höhe von . . . . . enthalten.	160 442	90 980		

#### Einzelheiten aus dem Zahlungsverkehr der Stadthauptkasse

Zahl der maschinellen Zeit- und Sachbuchungen:

	1971	1972	1973
Einnahme-Umsatzbuchungen			
barer Zahlungsverkehr . . . . .	14 084	13 593	15 930
bargeldloser Zahlungsverkehr . . . . .	422 364	297 209	334 978
Verrechnungsverkehr . . . . .	34 277	33 292	28 400
Kontogegenbuchungen (Gutschriften) . . . . .	16 950	30 339	16 093
Sollbuchungen . . . . .	164 198	193 483	208 490

	1971	1972	1973
<b>Ausgabe-Umsatzbuchungen</b>			
barer Zahlungsverkehr . . . . .	10 853	14 755	9 540
bargeldloser Zahlungsverkehr . . . . .	222 793	235 559	220 275
Verrechnungsverkehr . . . . .	32 320	24 314	35 173
Kontogegenbuchungen (Lastschriften) . . . . .	14 236	16 720	19 017
Sollbuchungen . . . . .	14 819	22 037	14 261
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>946 894</b>	<b>881 301</b>	<b>902 157</b>

Mit diesen maschinellen Zeit- und Sachbuchungen sind erfaßt:

bargeldlose Einzahlungsposten (Überweisungen) . . . . .	895 673	961 247	1 025 797
bargeldlose Auszahlungsposten (Überweisungen) . . . . .	613 630	565 774	503 751
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>1 509 303</b>	<b>1 427 021</b>	<b>1 529 548</b>

Zahl bei der Stadthauptkasse, den Nebenkassen und Zahlstellen  
in Zahlung genommenen Schecks . . . . .

182 477	238 381	255 756
---------	---------	---------

Im Ein- und Auslieferungsverkehr der Wertpapierabteilung bei der Stadthauptkasse ergaben sich folgende Umsätze:

	Gesamt- betrag	Gemeinde- vermögen	Gemeinde- sonder- vermögen	Sicherheits- leistungen	Mündel- gelder
Nennwertbeträge in Tausend DM, GM oder RM					
Bestand 31. 12. 1970 . . . . .	275 701	226 159	171	49 069	302
Einlieferung 1971 . . . . .	37 164	24 055	49	12 837	223
Auslieferung 1971 . . . . .	25 539	12 698	59	12 600	182
Bestand 31. 12. 1971 . . . . .	287 326	237 516	161	49 306	343
Einlieferung 1972 . . . . .	190 527	154 615	31	35 504	376
Auslieferung 1972 . . . . .	166 447	129 893	31	36 334	189
Bestand 31. 12. 1972 . . . . .	311 406	262 238	161	48 476	530
Einlieferung 1973 . . . . .	59 133	42 820	450	15 730	133
Auslieferung 1973 . . . . .	30 456	18 453	—	11 627	376
Bestand 31. 12. 1973 . . . . .	340 083	286 605	611	52 580	287

Die Zahl der Buchungen betrug

für die Einlieferungen im Jahre	1971 655,	1972 359,	1973 288,
für die Auslieferungen im Jahre	1971 656,	1972 314,	1973 264.

#### Steuerkasse

Einnahmen:	1971	1972	1973
	in Tausend DM		
Grundsteuer A . . . . .	145	147	168
Grundsteuer B . . . . .	45 755	47 783	50 582
Grundsteuer C . . . . .	—	—	—
Kanalbenutzungsgebühren . . . . .	—	—	—
Straßenreinigungsgebühren . . . . .	5 212	5 603	6 840
Müllabfuhrgebühren . . . . .	17 517	18 383	19 094
Gewerbeertragssteuer . . . . .	248 480	309 556	348 480
Gewerbelohnsummensteuer . . . . .	114 302	130 497	150 459
Hundesteuer . . . . .	734	878	893
Vergnügungs- und Erlaubnissteuer . . . . .	3 579	3 196	2 184
Nebenerhebungen und durchlaufende Gelder . . . . .	385	586	592
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>436 109</b>	<b>516 629</b>	<b>579 292</b>

Einzelheiten aus dem Zahlungsverkehr

Zahl der maschinellen Zeit- und Sachbuchungen:

barer Zahlungsverkehr . . . . .	—	—	—
bargeldloser Zahlungsverkehr . . . . .	374 467	531 646	573 916
Verrechnungsverkehr (Umbuchungen) . . . . .	21 217	38 860	37 663
Fortschreibungs- und Sollbuchungen (Soll, Zu- und Abgänge) . . . . .	430 128	577 550	631 529
<b>Zusammen</b> . . . . .	<b>825 812</b>	<b>1 148 056</b>	<b>1 243 108</b>

Zahl der geführten Einnahmekonten (einschl. Unterkonten) . . . . .

86 396	110 407	119 739
--------	---------	---------

darunter Konten mit einmaliger Zahlung . . . . .

—	—	—
---	---	---

Zahl der geleisteten Auftragszahlungen . . . . .

—	—	—
---	---	---

### Vollstreckungsstelle

	1971	1972	1973
Zahl der erteilten Pfändungs- usw. Aufträge . . . . .	115 242	125 463	140 329
davon fanden Erledigung durch			
Bezahlung . . . . .	28 061	30 496	30 044
fruchtlose Pfändung . . . . .	2 971	3 696	4 029
Verkaufsauftrag . . . . .	134	106	94
Zurückziehung von Aufträgen, Teil- und sonstige Erledigung . . . . .	84 075	91 164	106 118
Gesamteinnahme . . . . .	5 667 764	6 491 900	7 673 628

## Amt 22 — Steueramt

Die im Jahre 1968 mit der Gewerbelohnsummensteuer begonnene Übernahme der Steuerveranlagungen auf elektronische Datenverarbeitung (EDV) wurde im Berichtszeitraum abgeschlossen. Als letzte Steuerart wurde zum 1. 1. 1973 die Vergnügungssteuer übernommen.

Der Einsatz der EDV brachte u. a. wesentliche Veränderungen in den Arbeitsabläufen mit sich. Organisatorische Konsequenzen konnten hieraus während der Zeit der Umstellung nur getrennt für die einzelnen Teilbereiche und auch hier nur unvollkommen gezogen werden. Die historisch gewachsene Gliederung des Amtes in 3 Abteilungen (Grundsteuerabteilung, Gewerbesteuerabteilung und Abteilung indirekte Steuern) blieb zunächst unberührt.

Um die Zusammenarbeit mit der Kasse (Zentralkartei) wie auch dem Amt 10/4 — Abt. Zentrale Datenverarbeitung — durch eine zentrale Steuerung aller EDV-bezogenen Arbeiten effektiver zu gestalten und um die Arbeitsabläufe im Amt selbst zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, wurde in Zusammenarbeit mit der Organisationsabteilung des Amtes 10 in der zweiten Hälfte des Jahres 1972 eine den Erfordernissen einer modernen Steuerverwaltung gerecht werdende neue Organisationsform entworfen, die mit Beginn des Jahres 1973 eingeführt wurde. Seitdem gliedert sich das Amt nur noch in 2 Abteilungen, in denen die Arbeiten nach Funktionen zusammengefaßt sind: In der Abteilung 1 — Steuerveranlagung, EDV-Angelegenheiten — werden die gesamten Veranlagungsarbeiten abgewickelt. Hierzu gehören außerdem ein zentrales Eingangssachgebiet, das als einzige Stelle des Hauses die Verbindung zur Kasse (Zentralkartei) wahrnimmt, und die Erfassungsstelle, in der alle Steuerdaten für die Verarbeitung in der EDV-Anlage auf Lochstreifen übertragen werden.

In der Abteilung 2 — Sachbearbeitung, Prüfungs- und Ermittlungsdienst — wird der Schriftverkehr für alle Steuerarten sowohl mit den Steuerbürgern als auch allen Dienststellen innerhalb und außerhalb der Stadt erledigt. Der Abteilung ist weiter der steuerliche Prüfungs- und Ermittlungsdienst zugeordnet.

Alle allgemeinen Verwaltungsarbeiten — Personal, Registratur, Aktenverwaltung und Schreibdienst — sind in einem besonderen Sachgebiet zusammengefaßt, das unmittelbar der Amtsleitung untersteht.

Die neue Organisationsform hat sich gut bewährt. Die Zusammenarbeit mit der Kasse und Amt 10/4 — Abt. Zentrale Datenverarbeitung — wie auch der Arbeitsfluß im Hause selbst funktionieren reibungslos.

1973 wurde auch der Schreibdienst des Amtes reorganisiert. Die bisher den einzelnen Abteilungen bzw. Bearbeitern zugeordneten Schreibkräfte sind in einem zentralen Schreibdienst zusammengefaßt worden, in dem das gesamte Schreibgut des Amtes verarbeitet wird. Diese Zusammenfassung in Verbindung mit dem Einsatz von Diktiergeräten führte zu einem wesentlich effektiveren Einsatz der Schreibkräfte und außerdem zur Einsparung mehrerer Schreibdienststellen.

Der Personalbestand des Amtes ist durch den Einsatz der DV-Anlage und durch eigene Rationalisierungsmaßnahmen bis 31. 12. 1973 auf 89 Dienstkräfte weiter zurückgegangen.

Der Anteil der Stadt an der Grunderwerbsteuer ist zum Ausgleich des Steuerausfalles durch den Fortfall der Gaststätten-erlaubnissteuer zum 31. 12. 1972 durch das Gesetz zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vom 18. 12. 1973 mit Wirkung vom 1. 1. 1973 von 4 auf 4,5 v.H. angehoben worden. Der Mehrbetrag für das Jahr 1973 kam erst im Jahre 1974 zur Anweisung und hat somit das Aufkommen des Jahres 1973 nicht mehr beeinflußt. Der Anteil der Stadt an der Grunderwerbsteuer belief sich

1971 auf	11 515 702 DM
1972 auf	8 869 042 DM
1973 auf	13 954 118 DM

### Grundsteuer

Die aufgrund des Gesetzes zur Änderung des Bewertungsgesetzes vom 13. 8. 1965 (BGBl. I S. 851) von den Finanzämtern durchzuführende Hauptfeststellung der Einheitswerte auf den 1. 1. 1964 ist im wesentlichen abgeschlossen. Die aus diesen Einheitswerten ermittelten, ab 1. 1. 1974 erstmalig wirksam werdenden Steuermaßbeträge sind dem Amt 22 Ende 1973 über Datenträger der EDV zu ca. 75 v.H. bekanntgegeben worden. Die restlichen ca. 25 v.H., bei denen es sich im wesentlichen um Fälle handelt, die eine Vergünstigung nach dem II. Wohnungsbaugesetz erfahren, werden im Laufe des Jahres 1974 erwartet.

Das neue Grundsteuergesetz, das als Artikel 1 des Gesetzes zur Reform des Grundsteuerrechts vom 7. 8. 1973 erlassen wurde, gilt erstmals für das Kalenderjahr 1974 und ist daher für den Berichtszeitraum noch ohne Bedeutung.

Die Grundsteuerhebesätze betragen in den Jahren 1971 und 1972 für

land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)	120 v.H.
Grundstücke (Grundsteuer B)	250 v.H.
im Jahre 1973 für	
land- und forstwirtschaftliche Betriebe	135 v.H.
Grundstücke	270 v.H.

Der Grundsteuer unterlagen

	1971	1972	1973
land- und forstwirtschaftliche Betriebe . . . . .	1 891	1 831	1 754
unbebaute Grundstücke . . . . .	3 822	3 695	3 416
bebaute Grundstücke . . . . .	60 517	60 887	61 195

Das berichtigte Grundsteuersoll betrug

	1971	1972	1973
bei der Grundsteuer A . . . . .	144 728 DM	146 146 DM	179 648 DM
bei der Grundsteuer B . . . . .	46 047 650 DM	47 834 574 DM	50 582 835 DM

Der Grundsteuerausfall aufgrund der Bestimmungen des II. Wohnungsbaugesetzes belief sich auf jährlich rd. 9–10 Millionen DM.

### Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital

Durch das Bewertungsänderungsgesetz 1971 vom 27. 7. 1971 (BStBl. I S. 360), das Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes vom 27. 8. 1971 (BStBl. I S. 402) und des Außensteuerreformgesetzes vom 8. 9. 1972 (BStBl. I S. 450) sind die Vorschriften über die Befreiungen und Kürzungen erweitert worden. Wesentliche Änderungen gegenüber dem bisherigen Recht ergeben sich hierdurch allerdings nicht.

Mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage der Stadt wurde der Hebesatz für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital vom Haushaltsjahr 1972 ab von 240 auf 270 v.H. angehoben.

Das Gewerbesteuersoll betrug (in Millionen DM):

	1971	1972	1973
Vorauszahlungen	215,1	253,4	264,4
Nachforderungen			
für frühere Jahre	43,8	62,4	90,9
	258,9	315,8	355,3
Niederschlagungen, Erlasse	0,4	0,8	0,3
Anordnungssoll			
ohne Bereinigung	258,5	315,0	355,0

Bis auf wenige Ausnahmen wurden in der Berichtszeit die Veranlagungen für die Jahre 1969 bis 1970 und zu mehr als der Hälfte die Veranlagungen für 1971 durchgeführt.

Die Zahl der steuerlich geführten Gewerbebetriebe ist seit Jahren mit rd. 33 000 konstant.

### Gewerbsteuer nach der Lohnsumme

(Lohnsummensteuer)

In dem im letzten Bericht erwähnten Rechtsstreit hinsichtlich der Lohnsummensteuerpflicht des sog. Arbeitnehmer-

freibetrages von 240 DM jährlich hat der Bundesfinanzhof mit Urteil vom 4. 10. 1972 entschieden, daß § 19 Abs. 2 EStG keine sachliche Steuerbefreiung enthält, die bei der Ermittlung der Lohnsumme nach § 24 Abs. 2 GewStG in der Fassung von vor dem 1. 1. 1968 zu berücksichtigen ist. Damit ist klargestellt, daß der Arbeitnehmerfreibetrag auch bis einschließlich 1967 bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Lohnsumme nicht abgesetzt werden konnte.

Seit 1971 wird die Lohnsummensteuer nach einem neu entwickelten Programm, das erhebliche Verbesserungen gegenüber dem bisher verwandten aufweist, elektronisch verarbeitet. Die Androhung und Festsetzung von Erzwingungsgeldern bei Nichtabgabe der Erklärung, die bisher noch manuell vorgenommen werden mußte, erfolgt nunmehr programmgesteuert automatisch. Hinzu kommen Verbesserungen hinsichtlich der Erfassung und Prüfung von Lohnsummensteuerdaten und -beständen sowie die nunmehr automatische Zurverfügungstellung der Soll-Daten für das Kassenprogramm.

Ebenso wie bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ist auch für die Lohnsummensteuer der Hebesatz ab 1972 angehoben worden (entsprechend der Koppelungsvorschrift), und zwar von bisher 960 auf 1080 v.H. des Steuermaßbetrages. Das Lohnsummensteuersoll betrug

1971: 112,6, 1972: 130,7 und 1973: 151,0 Mio DM.

Es sind im Durchschnitt der 3 Jahre rd. 13 000 Gewerbebetriebe zur Lohnsummensteuer herangezogen worden.

### Indirekte Gemeindesteuern

#### Vergnügungssteuer

1971 hat das Bundesverfassungsgericht über den lange Jahre schwebenden Rechtsstreit wegen der Erhebung der Vergnügungssteuer für Geldspielgeräte und Musikautomaten entschieden und durch Beschlüsse vom 1. 4. 1971 und 18. 5. 1971 festgestellt, daß die monatliche Pausch-

steuer von 30 DM für Geldspielgeräte und die Besteuerung der Musikautomaten auf der Grundlage des Erstanschaffungspreises mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Entscheidungssätze der genannten Beschlüsse haben gemäß §31 Abs.2 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht Gesetzeskraft.

Da für die unter Hinweis auf den Rechtsstreit teilweise ausgesetzten Steuerbeträge ausnahmslos Sicherheiten geleistet waren, sind Steuerausfälle nicht eingetreten.

Aufgrund eines Vorlagebeschlusses des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes an das Bundesverfassungsgericht wegen der Frage der Gleichartigkeit der Vergnügungssteuer mit der Umsatzsteuer werden seit 1973 auch hier wegen der

gleichen Frage Widersprüche gegen die Heranziehung zur Vergnügungssteuer erhoben.

Das OVG Münster hat jedoch in ständiger Rechtsprechung (nicht rechtskräftig) entschieden, daß die Vorschriften des nordrhein-westfälischen Vergnügungssteuergesetzes vom 14. 12. 1965 einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten und insbesondere nicht gegen Artikel 105 Abs. 2a des Grundgesetzes neuer Fassung verstoßen.

Durch die gestiegene Zahl der aufgestellten Spielgeräte mit und ohne Gewinn sowie der Musikautomaten hat sich das Aufkommen an Vergnügungssteuer weiterhin leicht erhöht. Von der angeforderten und zum Soll gestellten Vergnügungssteuer entfielen auf

	1971	1972	1973
Tanzveranstaltungen . . . . .	537 245 DM	487 964 DM	348 469 DM
Spielcasinos . . . . .	14 050 DM	17 671 DM	86 656 DM
Filmveranstaltungen . . . . .	721 DM	6 402 DM	31 161 DM
Spielapparate . . . . .	879 659 DM	838 092 DM	921 000 DM
	<u>1 431 675 DM*)</u>	<u>1 350 129 DM</u>	<u>1 387 286 DM</u>

\*) Infolge Umstellung der Kasse auf Elektronische Datenverarbeitung ist in dem Soll für 1971 die Steuer aus November und Dezember 1970 enthalten — s. Verwaltungsbericht 1968/1970 —

### Schankerlaubnissteuer

Da nach dem am 10. 5. 1971 in Kraft getretenen neuen Gaststättengesetz der Kleinhandel mit Branntwein nicht mehr erlaubnispflichtig ist, konnte dieser Tatbestand von diesem Zeitpunkt ab nicht mehr der Besteuerung unterworfen werden.

Am 16. 9. 1971 beschloß der Rat im wesentlichen aus formellen Gründen eine neue Satzung, die inhaltlich von der bis dahin geltenden Satzung nur geringfügig abweicht. Anlaß war der § 26 a.F. des Kommunalabgabengesetzes (KAG) für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. 10. 1969, wonach alle bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassenen Abgabensatzungen spätestens am 31. 12. 1971 außer Kraft traten. Diese Frist ist dann allerdings mit dem Gesetz zur Änderung des KAG vom 23. 11. 1971 bis zum 31. 12. 1972 verlängert worden.

Da das neue Gaststättengesetz die Schankwirtschaften, die Speisewirtschaften und die Beherbergungsbetriebe unter dem Oberbegriff „Gaststättengewerbe“ zusammenfaßt, erhielt die Satzung die Bezeichnung „Gaststättenerlaubnissteuersatzung“. Diese Satzung ist am 1. 1. 1973 außer Kraft getreten, nachdem durch das Gesetz zur Änderung des KAG vom 31. 1. 1973 von dem genannten Zeitpunkt ab in Nordrhein-Westfalen eine Steuer auf die Erlangung der Erlaubnis zum Betriebe eines Gaststättengewerbes nicht mehr erhoben werden darf. 1973 wurden daher lediglich noch Veranlagungen für Erlaubnisse durchgeführt, die bis zum 31. 12. 1972 erteilt worden sind.

An Erlaubnissen und Befugnissen wurden erteilt

	1971	1972
	455	561
davon blieben steuerfrei	39	37

Das Soll an Schank-/Gaststättenerlaubnissteuer betrug  
 1971: 1 536 491 DM, 1972: 1 915 985 DM,  
 1973: 707 371 DM

### Hundesteuer

Aufgrund des § 26 des mit seinen wesentlichen Teilen ab 1. 1. 1970 in Kraft getretenen Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. 10. 1969 hat der Rat die neue Hundesteuersatzung vom 4. 11. 1971 beschlossen, die am 1. 1. 1972 in Kraft trat. Sie entspricht der durch den Innenminister NW erlassenen Mustersatzung.

Die Steuer beträgt hiernach jährlich, wenn von einem Hundehalter

nur ein Hund gehalten wird	60 DM,
zwei Hunde gehalten werden	96 DM je Hund,
drei oder mehr Hunde gehalten werden	120 DM je Hund.

Das Aufkommen aus der Hundesteuer betrug

1971: 726 015 DM, 1972: 890 041 DM  
 und 1973: 896 715 DM

Die Zahl der Hundehalter ist leicht angestiegen. Ende 1973 betrug sie 14 390.

### Benutzungsgebühren

#### a) Kanalbenutzungsgebühren

Der Bemessungsmaßstab sowie die Regelung über Erhebung und Einziehung der Gebühren sind gegenüber den Vorjahren unverändert geblieben. Dagegen wurden ab 1. 1. 1972 die Gebührensätze wie folgt angehoben:

Für die

ersten	2 400 cbm auf 0,48 DM
folgenden	48 000 cbm auf 0,37 DM
darauffolgenden	450 000 cbm auf 0,30 DM
weiteren Kubikmeter	auf 0,28 DM
je cbm Wasser.	

#### b) Straßenreinigungsgebühren

Der Bemessungsmaßstab (Frontlänge) ist auch in der neuen Gebührensatzung vom 22. 11. 1971 beibehalten

worden. Eine Änderung trat dagegen ab 1. 1. 1973 in der Höhe der Jahresgebühr ein. Sie beträgt je Frontmeter von diesem Zeitpunkt ab in der Reinigungsklasse

I (wöchentlich einmalige Reinigung)	2,80 DM
II (wöchentlich zweimalige Reinigung)	5,60 DM
III (wöchentlich dreimalige Reinigung)	8,40 DM
IV (wöchentlich fünfmalige Reinigung)	14,00 DM
V (wöchentlich siebenmalige Reinigung)	19,60 DM
VI (wöchentlich zehnmalige Reinigung)	28,00 DM
VII (wöchentlich zwölfmalige Reinigung)	33,60 DM

Für öffentliche Straßen, die ausschließlich dem Fußgängerverkehr dienen und deren Breite 3 m nicht übersteigt, bei wöchentlich einmaliger Reinigung. 1,20 DM

Das berichtigte Jahressoll betrug bei der

Kanalbenutzungsgebühr	16,11 Mio DM
Straßenreinigungsgebühr	5,23 Mio DM
Müllabfuhrgebühr	17,57 Mio DM

Bei wöchentlich mehrmaliger Reinigung erhöht sich die Gebühr entsprechend.

c) Müllabfuhrgebühren

In den Jahren 1971 bis 1973 betrug die Gebühr aufgrund der Satzung vom 10. 12. 1970 jährlich gleichbleibend bei wöchentlich einmaliger Abfuhr

für jede Mülltonne (0,11 cbm)	90 DM
für jeden Behälter (0,77 cbm)	570 DM
für jeden Behälter (1,1 cbm)	810 DM
für jeden Großbehälter (4,4 cbm)	3240 DM

	1971	1972	1973
	16,11 Mio DM	28,44 Mio DM	29,73 Mio DM
	5,23 Mio DM	5,61 Mio DM	6,84 Mio DM
	17,57 Mio DM	18,36 Mio DM	19,15 Mio DM

**Gewerbemeldestelle**

Im Zuge der allgemeinen Änderung der Organisation im Steueramt wurde zum 1. 10. 1973 auch die Gewerbemeldestelle reorganisiert. Es wurden zwei Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen – abgesehen von den persönlich vorgenommenen An-, Um- und Abmeldungen – alle anfallenden Arbeiten erledigt werden. Eine weitere Rationalisierungsmaßnahme stellt die Erteilung der schriftlich beantragten, gebührenpflichtigen Auskünfte wie auch der Bescheinigungen über die Anmeldung einer gewerblichen Tätigkeit bei schriftlicher Anzeige im Nachnahmeverfahren dar. Bei mündlich beantragten Auskünften und bei persönlicher Anmeldung einer gewerblichen Tätigkeit sind die Gebühren sofort zu entrichten (Quittung erfolgt per Gebührenstempel).

Während die Anzahl der Gewerbe-Anmeldungen und Abmeldungen seit Jahren nur geringen Schwankungen unterliegt, hat die Anzahl der Auskünfte aus dem Gewerberegister stark zugenommen. Monatlich werden ca. 350 gebührenpflichtige Auskünfte erteilt. Die Anzahl der gebührenfreien Auskünfte (Behörden, Berufsgenossenschaften usw.) beläuft sich auf etwa die gleiche Höhe.

**Innenprüfung und Steuerberatung**

**Innenprüfung**

Die Prüfungen erstreckten sich auf alle Bereiche des Amtes.

Auch bei der Grundsteuer wurde mit der Umstellung der Jahresveranlagung auf EDV eine Anpassung der Prüfungsmethoden an die veränderten Verhältnisse notwendig. Die Prüfung diente insbesondere der Kontrolle, ob alle Merkmale zutreffend von der EDV übernommen und damit alle Grundstücke bzw. Gebührenschildner auch weiterhin erfaßt sind. Auf die Methode der Innenprüfungen wirkte sich zwangsläufig die Änderung der Organisation des Amtes aus, wobei sich als vorteilhaft insbesondere die zusammengefaßte Sachbearbeitung sowie die Verbindung der Meldestelle mit dem Eingangssachgebiet erwies.

**Steuerberatung**

Die Anfang 1970 begonnene Betriebsprüfung durch die Oberfinanzdirektion Düsseldorf wurde 1973 zum vorläufigen Abschluß gebracht (außer Stadwerke). Bei der Schlußbesprechung konnte nicht in allen Punkten eine Übereinstimmung der Ansichten erreicht werden. Gegen den Steuerbescheid wurde deshalb Einspruch eingelegt. Über diesen Einspruch hat die Finanzverwaltung noch nicht entschieden. Der Streit geht um solch grundsätzliche Fragen wie die Abgrenzung des hoheitlichen Bereichs der Stadt zum unternehmerischen Bereich, mit der gleichzeitig das Problem des Eigenverbrauchs verbunden ist, und die Investitionssteuerpflicht verschiedener Anlagenerweiterungen.

Im Zuge dieser Prüfung konnte durch einen außergerichtlichen Vergleich der letzte Streitpunkt aus der vorangegangenen Betriebsprüfung ausgeräumt werden.

In dem Rechtsstreit über die Vermögensabgabe hat der Bundesfinanzhof die Revision der Stadt wider Erwarten abgewiesen. Der Bescheid über die Nachforderung in Höhe von rd. 425 000 DM ist damit rechtsbeständig geworden.

Einen breiten Raum nahmen die Untersuchungen im Zusammenhang mit der Frage ein, ob die U-Bahn-Anlagen zweckmäßiger im Bereich der Hoheitsverwaltung oder eines Betriebes gewerblicher Art erstellt werden. Zu diesem Problem wurde nach umfangreichen Verhandlungen mit dem Finanzamt und der Oberfinanzdirektion gutachtlich Stellung genommen.

Die Steuerberatungsstelle hat außerdem an der Untersuchung über die steuerlich zweckmäßigste Form des Baues des neuen Messegeländes wie auch bei der Einbringung der Teilbetriebe „Messe“ der Industrieterains Düsseldorf-Reisholz AG und des Amtes für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung in die NOWEA zum 1. 1. 1973 mitgewirkt.

Daneben betreute die Steuerberatungsstelle laufend alle Ämter und Dienststellen der Stadt in allen steuerlichen Fragen, die die Stadt als Steuerschuldner betrafen einschließlich Spendenwesen. Dazu gehörte nicht zuletzt die Erstellung bzw. Hilfeleistung bei der Erstellung der Steuererklärungen für die Bundes- und Landessteuern.

## Prüfungsdienst

Die Zahl der Überprüfungen der abgegebenen Lohnsummensteuererklärungen blieb im wesentlichen konstant.

Die Prüfungen zur Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen für die Gaststättenerlaubnissteuer wurden weiterhin durchgeführt. Diese Prüfungen dürften infolge Fortfalles der

Prüfungen der abgegebenen Lohnsummensteuererklärungen . . . dadurch zusätzliche Steuerforderungen von . . . . .	3 064 1 452 896 DM	3 333 1 828 508 DM	2 979 1 508 806 DM
Gaststättenerlaubnissteuerprüfungen . . . . .	394	408	433
Vergnügungssteuerkontrollen in Gaststätten usw. zur Über- prüfung steuerpflichtiger Veranstaltungen . . . . .	1 250	1 200	1 050

Einzelkontrollen zur Ermittlung nicht erfaßter Hunde konnten infolge Personalmangels nicht durchgeführt werden. Sie

## Amt 23 — Liegenschaftsamt

### Organisation

Mit Beginn des Jahres 1972 erfolgte die Umstellung der Miet-, Pacht-, Zins- und Tilgungsveranlagung auf elektronische Datenverarbeitung.

Am 1. 8. 1972 ging die Verwaltung der Rheinhalle auf das Amt 80 über.

Im November 1972 wurde die bisherige Schätzungsstelle aus ihrer Bindung an die Grundstücksabteilung herausgelöst; sie erhielt als neue Abteilung 3 des Liegenschaftsamtes die Bezeichnung Bewertungsabteilung.

Zum gleichen Zeitpunkt sind der Geschäftsstelle der Umlegungsbehörde die personellen und organisatorischen Aufgaben in die eigene Verantwortung übertragen worden. Obwohl sie die Funktionen einer selbstständigen Dienststelle hat, bleibt sie gemäß Verwaltungsgliederungsplan dem Amt 23 angegliedert.

Ebenfalls im Jahre 1972 wurde die Abteilung Hausverwaltung umorganisiert. Acht Arbeitsgruppen wurden für die acht Bezirke, in die das Amt das Stadtgebiet für die Arbeit der Hausverwaltung einteilte, gebildet. Jedem „Bezirk“ obliegt sowohl die Verwaltung als auch die techn. Unterhaltung der zugehörigen städt. Wohnungen, deren Gesamtzahl im Stadtgebiet sich auf rd. 8500 beläuft. Die gemeinsame Unterbringung der „Bezirke“ im Stadthaus gewährleistet eine enge organisatorische Zusammenarbeit.

Mit Wirkung vom 28. 8. 1973 ist das Sachgebiet Grundstücksräumung — bis dahin bei Amt 66 — dem Amt 23 zugeordnet und der Abteilung Freimachung angegliedert worden.

Steuer ab 1. 1. 1973 im Laufe des Jahres 1974 auslaufen. Auch die Ermittlung auswärtiger Baufirmen, die durch Bauausführungen im Stadtgebiet Düsseldorf Betriebsstätten gemäß § 16 Abs. 2 Ziff. 3 StAnpG begründen, sind weiterhin erfolgreich durchgeführt worden.

Anzahl und Ergebnisse der Überprüfungen und Kontrollen:

	1971	1972	1973
	3 064	3 333	2 979
	1 452 896 DM	1 828 508 DM	1 508 806 DM
	394	408	433
	1 250	1 200	1 050

wurden Ende 1973 wieder aufgenommen.

### Ankauf, Tausch, Erschließung und Bereitstellung von Grundstücken

Die Lage auf dem Grundstücksmarkt hat sich in jüngster Zeit durch die Finanzsituation erheblich beruhigt; die Grundstückspreise zeigen keine steigende Tendenz. Außer den üblichen An- und Verkäufen wurden für Sondermaßnahmen von Bedeutung nachstehende Grundstücksgeschäfte abgewickelt:

#### a) Verkäufe

1. Wohnbebauung  
Baugebiet Willicher Straße  
Hauptzentrum Garath-Ost  
Benrath Süd-Süd/Corellistraße
2. Bebauung mit Verwaltungs- und Bürohäusern  
Rheinbahnhof, Konrad-Adenauer-Platz  
Schauspielhaus Jahnstraße (mit Theater-Einbau)  
Kennedydamm: VEBA, IBM, Ceka
3. Gewerbebetriebe  
Kevelaerer Straße (Verlagerung Rheinische Post)  
Vogelsanger Weg
4. Sozialeinrichtungen  
Max-Brandts-Straße / Altenwohnungen  
Hagener Straße / Altenwohnungen  
Benderstraße / Altenwohnungen  
Meisenweg / Wohnungen für Kinderreiche

#### b) Ankäufe

1. Planungs- und Freilegungsmaßnahmen  
Nordring-Planung,  
z.Z. Hünefeldstraße und Am Vogelsanger  
Ausbau Kittelbach  
zwischen Unterrather Straße und Flughafen

Hauptsammler Süd und Mitte  
Freilegung Grafenberger Allee  
Freilegung Münsterstraße  
Errichtung Parkhaus Nordstraße  
Freilegung Kölner Landstraße  
Umgehungsstraße Eller und verlängerte Karlsruher  
Straße  
Mönchenwerther Straße/ Grünzug Oberkassel

2. Mülldeponie

Kreisstraße 31 in Hubbelrath  
Gut Kothenhoven in Hubbelrath

3. Sozialeinrichtungen

Krankenhaus Gerresheim – Erweiterung

4. Ersatzflächen für Dauerkleingärten

Gerresheim und Lohausen

5. Sport- und Erholungszwecke

Niederheider Wäldchen

6. Grunderwerb für die Erschließung neuer Gewerbe-  
gebiete

Kevelaerer Straße/Dülkener Weg  
Vogelsanger Weg

7. Arrondierungskäufe

Moschenhof – Bergische Landstraße  
Rittergut Lantz – Lohausen  
Bauernhof Busch von Holtum in Lohausen  
Käufe in Hamm, Volmerswerth und Flehe

8. Übernahme von Schenkungen

Haus Mickeln

c) Erbbaurechte und Reichsheimstätten

In diesem Bereich sind zwei Ratsbeschlüsse von Wichtigkeit.

Der Beschluß vom 16. 9. 1971 gibt der Verwaltung die Möglichkeit, in bestimmten Fällen den Erbbauzins zu erhöhen. –

Der Beschluß vom 16. 3. 1972 legt fest, daß bebaute Teilflächen von Erbbaurechtsgrundstücken, die nicht in Sanierungsgebieten liegen, den Erbbauberechtigten zum Kauf angeboten werden können. Bis Ende 1973 sind rd. 2000 Anträge eingegangen. Aufgrund der bisher vorliegenden genehmigten Teilungspläne des Amtes 61 konnten 100 Erbbaurechtsgrundstücke verkauft werden.

### Wertermittlung

Durch Umwandlung der bisherigen Schätzungsstelle in eine Bewertungsabteilung nimmt diese Abteilung seit Anfang Dezember 1972 folgende Aufgaben wahr:

Wertermittlung des bebauten und unbebauten Grundbesitzes bei Grundstücksan- und -verkäufen sowie bei Entschädigungsverhandlungen, Finanzierung und Betreuung des städteigenen Wohnungsbaues, Überprüfung der Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Bearbeitung der Anträge des Ersatzwohnungsbaues für Vorhabenbetroffene. Diese Aufgabenzusammenfassung war notwendig, um der Forderung gerecht zu werden, bei allen An- und Verkäufen sowie Entschädigungsverhandlungen eine unabhängige marktgerechte Wertermittlung entsprechend den

Vorschriften der Wertverordnung vorliegen zu haben, und zwar bei bebauten und unbebauten Grundstücken.

Erleichtert wird diese Aufgabe durch die Verwertung der Erfahrungswerte und Angebotspreise aus dem städteigenen Wohnungsbau und Ersatzwohnungsbaue.

Die Arbeitsgebiete können sich nunmehr wesentlich besser ergänzen.

### Verwaltung des Haus- und Grundbesitzes

a) Haus- und Grundbesitz

Das neue Mieterschutzgesetz von November 1971 löste die bisherige Kostenmiete für den nichtpreisgebundenen Wohnraum durch die sog. Vergleichsmiete ab. Da die auf der Basis von Wirtschaftlichkeitsberechnungen von den Mietern geforderte Kostenmiete nach einem Beschluß des Fachausschusses für die Zeit von 1969 bis zum Ende 1973 festgelegt bleiben sollte, befindet sich Amt 23 in der schwierigen Lage, schnellstens Vergleichsmieten zu beschaffen, um evtl. Mieterhöhungen vornehmen zu können.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß Mieterhöhungen durch Vergleichsmieten in erster Linie die gut ausgestatteten Wohnungen treffen werden.

Die einfachen Wohnungen wurden noch stärker als bisher für die Unterbringung von Notunterkunftsbewohnern und ausl. Arbeitern der städtischen Versorgungsbetriebe bereitstellt.

Bis zum Ende 1973 sind 224 Wohnungen an Familien ausländischer Arbeitnehmer vermietet worden. Für ledige Gastarbeiter hat Amt 23 180 Schlafplätze bzw. Räume im Ledigenheim Eisenstraße zur Verfügung gestellt.

Durch Bewilligung größerer Haushaltsmittel konnten mehr als bisher notwendige Instandsetzungen an städt. Häusern vorgenommen werden. Daneben läuft ein umfangreiches Sanierungs- und Modernisierungsprogramm.

Im Berichtszeitraum sind 377 Bäder eingebaut bzw. komplettiert worden, wobei häufig beim Einbau der Bäder die noch in den Treppenhäusern gelegenen Toiletten mit in die Wohnung verlegt wurden.

Alle koksbeschickten größeren Heizungsanlagen wurden auf Erdgas umgestellt.

In den größeren Siedlungen sind die unzähligen Antennen von den Häusern entfernt und dafür Gemeinschaftsantennen errichtet worden. 1973 wurde mit dem Bau von 167 Wohnungen auf dem Gelände der Stahlhaussiedlung Wersten begonnen. Wenn diese Wohnungen des III. Bauabschnitts bezogen sind, werden 1974 alle Stahlhaus-Baracken abgerissen.

Auf der Flurstraße 59 erstellt Amt 23 ein Wohnhaus mit 7 Wohnungen, wovon 6 für alte Menschen bestimmt sind.

b) Grundvermögen

Der durch Amt 23 verwaltete nichtzweckgebundene Grundbesitz setzte sich Ende 1973 wie folgt zusammen:

Grundstücksverwaltung . . . . .	3 892,3342 ha
Aders'sche Wohnungsstiftung . . . . .	3,7743 ha
Schiffer-Stiftung . . . . .	2,1515 ha
Restaurationsbetriebe . . . . .	0,7948 ha
	<hr/>
	3 899,0548 ha

Durch den Verkauf der beiden Gaststätten Rheinterrasse Benrath (1972) und Schnellenburg (1972) hat sich das Grundvermögen bei den Restaurationsbetrieben wesentlich vermindert.

### Schulden, Darlehen, Steuern

#### a) Schulden

In den Jahren 1971 – 1973 erhöhte sich die Schuld des Amtes 23 bei dem Unterabschnitt 942 – Wohn- und Geschäftsgrundstücke – um 5,91 Mio DM, was hauptsächlich auf die Aufnahme neuer Darlehen für die Stahlhaussiedlung Wersten, III. Bauabschnitt und Modernisierung von Wohngebäuden zurückgeht.

Bei der Aders'schen Wohnungsstiftung – Unterabschnitt 953 – erhöhte sich die Schuld um 905 000 DM. Mit diesem Darlehen wird der Neubau Flurstraße 69 finanziert.

#### b) Restkaufpreishypothek

Der Beschluß des Rates vom 16. 3. 1972 – den Erbbauberechtigten beim Erwerb ihres Erbbaugrundstücks den Kaufpreis zu stunden – machte sich im letzten Halbjahr des Jahres 1973 besonders bemerkbar. In dieser Zeitspanne wurden alleine 12 Restkaufpreishypotheken gebildet; in den Jahren 1971 und 1972 dagegen nur insgesamt 8. Die Gesamtforderung betrug Ende 1973 3,3 Millionen DM.

#### c) Kleinsiedlungsdarlehen

Die wirtschaftliche Situation ließ die außerordentlichen Tilgungsleistungen stark zurückgehen. Mit der vorzeitigen Ablösung dieser Kleindarlehen ist nicht zu rechnen. Zum 31. 12. 1973 schuldeten 172 Siedler 93 764 DM.

### Freimachung und Grundstücksräumung

Schwerpunkte von Freimachungsmaßnahmen in Umlegungsgebieten waren in Hassels, Benrath, Gerresheim (Torfbruch) und Lichtenbroich.

Von den sonstigen Freimachungsmaßnahmen sind zu erwähnen:

- Universitätsgelände an der Himmelgeister Straße, für das Institut Francaise,
- Heinrich-Heine-Gedenkstätte an der Bilker Straße sowie Grundstücke im Bereich des geplanten Nordringes.

Die Förderung der Ersatzwohnungen erfolgte in der Hauptsache weiterhin durch Gewährung von Zinssubventionen. Nach einem Beschluß des Liegenschaftsausschusses wird das Belegungsrecht von bisher 10 Jahren auf die Dauer der Förderung ausgedehnt. Durch die enormen Kostensteigerungen bei Neubauten sollen einem weiteren Beschluß des Liegenschaftsausschusses zufolge künftig auch Wohnungseinheiten auf dem freien Markt gefördert werden, da hierbei erhebliche städtische Mittel eingespart werden können.

Für das Sachgebiet Grundstücksräumung, das – wie bereits erwähnt – im August 1973 der Abteilung Freimachung angegliedert wurde, ist besonders der Abbruch des Rheinbahnhauses am Hauptbahnhof sowie des Stadtwohnheimes Tichauer Weg bemerkenswert.

## Amt 24 – Amt für Verteidigungslasten

Abgeltung von Personen- und Sachschäden, verursacht durch die Stationierungsstreitkräfte

Die Zahl der Anträge – sie betrafen Schäden durch Verkehrsunfälle – hatte leicht steigende Tendenz, was auf eine stärkere Mobilität der ausländischen Streitkräfte sowie die zunehmende Verkehrsdichte zurückzuführen ist.

„Düsegewitter-Schäden“ waren relativ selten, ein offensichtlicher Erfolg disziplinierteren Verhaltens der militärischen Flugzeugführer. – Die Fälle von Manöverschäden blieben wieder unbedeutend, da das Gebiet, für das das Amt zuständig ist, wegen seiner Bebauungs- und Bevölkerungsdichte für militärische Übungen weitgehend ungeeignet ist bzw. Manöver hier aus diesen Gründen zu kostspielig würden.

An Entschädigungen für Personen- und Sachschäden aller Art einschl. Rentenleistungen hat das Amt in der Berichtszeit 5,46 Millionen DM gezahlt.

Entschädigung für die Inanspruchnahme von Grundstücken durch die Stationierungsstreitkräfte und Zahlung der Miete (Pacht etc.) für die von ihnen benutzten Wohnungen und sonstigen Objekte

Wieder ist eine Anzahl langjährig beschlagnahmt gewesener Objekte freigegeben worden. Die im Berichtszeitraum bei der Freigabe festgestellten Belegungsschäden beziffern sich auf 439 750 DM.

Wenn auch die Zahl der beschlagnahmten Objekte weiter zurückging, so ist die Zahl der zu bearbeitenden Objektfälle dennoch nicht geringer geworden, weil nämlich für die aus der Beschlagnahme freigegebenen Objekte andere Liegenschaften als Ersatz angemietet oder gepachtet worden sind und die hierfür zu entrichtenden Mieten und Pachten weiterhin vom Amt für Verteidigungslasten gezahlt werden.

Für die benutzten Grundstücke wurden durch Amt 24 Grundsteuern und Gebühren in Höhe von 1,25 Millionen DM gezahlt; die Miet- und Pachtzahlungen beliefen sich auf ca. 43 Millionen DM. Die Anzahl der Anmietungen sowie die Mietzahlungen zeigen eine steigende Tendenz. Die gegenüber dem Zeitraum 1968–1970 um ca. 8 Millionen DM höheren Zahlungen auf diesem Sektor erklären sich durch die gestiegene Zahl der Miet- und Pachtobjekte und durch die Mietsteigerungen im Zuge der Anpassung an das gestiegene allgemeine Kosten- und Preisniveau.



# Rechts-, Sicherheits- und Ordnungsverwaltung

**30 Rechtsamt**

**32 Ordnungsamt**

**33 Statistisches und Einwohnermeldeamt**

**34 Standesämter**

**35 Versicherungsamt**

**37 Feuerwehr**

**38 Amt für Bevölkerungsschutz**

# Amt 30 — Rechtsamt

## Zivil- und Verwaltungsrechtsstreitigkeiten

Bei den vom Rechtsamt bearbeiteten Rechtsstreitigkeiten ist die Zahl der Räumungsklagen im Vergleich zu den Vorjahren erheblich zurückgegangen, während die Arbeitsgerichtssachen verhältnismäßig stark zugenommen haben. Insgesamt gesehen ist jedoch die Zahl der Fälle, in denen Rechtsstreitigkeiten zwischen der Stadt Düsseldorf und Dritten vor den Gerichten ausgetragen wurden, gering geblieben.

### I. Geltendmachung von zivilrechtlichen Forderungen der Stadt (Aktiv-Prozesse)

	1971	1972	1973
<b>A. Mahn- und Klagesachen</b>			
1. Zahlungsbefehle (rechtskräftig) . . . . .	1136	875	652
2. Zahlungsklagen u. in Prozeßverfahren übergeleitete Zahlungsbefehle . . . . .	159	128	47
3. Räumungsklagen . . . . .	87	86	92
4. Sonstige Klagen beim Amtsgericht . . . . .	66	161	132
5. Klagen beim Landgericht . . . . .	18	32	22
6. Arbeitsgerichtssachen . . . . .	26	37	43
<b>B. Zwangsvollstreckungssachen</b>			
7. Verfahren zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung . . . . .	195	221	221
8. Konkurs- u. Vergleichsverfahren . . . . .	34	10	16
9. Zwangsversteigerungen . . . . .	33	40	39
10. Zwangsverwaltungen . . . . .	—	—	1
11. Arreste u. einstweilige Verfügungen . . . . .	8	4	—
<b>II. Verteidigung gegen Forderungen Dritter (Passiv-Prozesse)</b>			
12. Haftpflichtsachen . . . . .	1154	1082	1140
13. darunter Klagen gegen die Stadt . . . . .	43	38	49
14. Sonstige Klagen gegen die Stadt . . . . .	3	2	6
<b>III. Strafsachen</b>			
15. Strafanzeigen . . . . .	—	4	5
16. Strafverteidigungen . . . . .	—	—	—
<b>IV. Verwaltungsrechtsstreitigkeiten</b>			
17. Bauverwaltungssachen . . . . .	—	21	16
18. Bauaufsichtssachen . . . . .	24	34	32
19. Andere Verwaltungsrechtssachen, insbesondere Wohnungssachen, Müllabfuhr, Straßenreinigung u.a. . . . .	68	51	57
20. Sozialgerichtssachen . . . . .	—	—	—

1971 1972 1973

### V. Andere Verfahren

21. Kleingartensachen . . . . .	9	4	9
---------------------------------	---	---	---

### Rechtsgutachten

Die gutachtliche Stellungnahme zu Fragen aus fast allen Rechtsgebieten war einer der Schwerpunkte der Arbeit des Rechtsamtes. Seine Mitwirkung bei der Lösung der rechtlichen Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Kommunalen Neugliederung ergeben, ist besonders zu erwähnen. Hervorzuheben ist außerdem die gutachtliche Mitarbeit des Rechtsamtes bei den Vorbereitungen zum Erlaß und zur Änderung von wichtigen Ortssatzungen und Benutzungsordnungen. In den Jahren 1971, 1972 und 1973 sind insgesamt 963 Gutachten erstattet worden.

### Schadenversicherungen

Seit dem 1. 9. 1970 ist die Stadt Düsseldorf Mitglied des „Schüler-Unfall-Schadenausgleichs westdeutscher Städte“. Über diesen Ausgleich werden die Sach-, Haftpflicht- und Unfallschäden der Kinder und Jugendlichen, die von der Stadt betreut werden, gedeckt. Im übrigen wurde die bisherige Praxis fortgesetzt, zur Einsparung von Prämien Versicherungen nur dann abzuschließen oder aufrechtzuerhalten, wenn die Gefahr großer Schäden besteht und ein vertretbares Verhältnis zwischen der Höhe der Prämie und den zu erwartenden Schäden gegeben ist. Alle anderen Schäden werden weiterhin über die „Eigenschadenversicherung“ der Stadt abgedeckt.

Die Geschäftsergebnisse zeigen folgendes Bild:

	1971	1972	1973
	in Tausend DM		
<b>Haftpflichtversicherung</b>			
Aufwand . . . . .	547	534	676
Schäden . . . . .	811	680	556
<b>Feuerversicherung</b>			
Aufwand . . . . .	898	1186	1403
Erstattungen . . . . .	161	258	134
<b>Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherungen für Kinder und Jugendliche</b>			
Aufwand . . . . .	24	31	33
Schäden . . . . .	58	26	32
<b>Sonstige Versicherungen</b>			
Aufwand . . . . .	1639	1573	354
Erstattungen . . . . .	581	238	48
<b>„Eigenschadenversicherung“</b>			
Entschädigungsleistungen . . . . .	1461	2341	3601
Regreßeinnahmen . . . . .	413	322	546

### Beschlußsachen

Dem Beschlußausschuß haben im Berichtszeitraum insgesamt 151 Sachen zur Entscheidung vorgelegen. Hierbei

handelte es sich um 124 Widersprüche gegen Entscheidungen des Sozialamtes, 24 Anträge auf Genehmigung gewerblicher Anlagen und 3 Anträge auf Rücknahme der Schankerlaubnis.

## Amt 32 — Ordnungsamt

### Abt. 1 — Allgemeine Verwaltungs- und Ordnungsangelegenheiten

Mitte Januar 1971 bezog das Ordnungsamt die vom Sozialamt freigemachten Räume im Dienstgebäude Lorettostr. 1. Leider war das Gebäude nicht groß genug, um die an drei Stellen im Stadtgebiet verteilten Dienststellen des Amtes hier zentral zusammenfassen zu können. Nicht einmal für stark expandierende Sachgebiete im Hause Lorettostraße 1 konnte der in absehbarer Zeit nötige Raum bereitgehalten werden.

#### Bußgeldstelle

Hier war eine weitere erhebliche Zunahme des Arbeitsanfalls zu verzeichnen, und zwar bedingt durch die vom

1970	30 512	Bescheide über 1,4 Mio DM (Geldbuße nebst Kosten)
1971	48 162	Bescheide über 1,9 Mio DM (Geldbuße nebst Kosten)
1972	69 500	Bescheide über 2,8 Mio DM (Geldbuße nebst Kosten)
1973	99 500	Bescheide über 4,6 Mio DM (Geldbuße nebst Kosten)

#### Schöffengewesen

Durch Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes wurde die Zahl der in die Vorschlagslisten aufzunehmenden Personen von 5 auf 3<sup>0/00</sup> der Einwohner gesenkt. Das brachte — erstmals für die Schöffengewahl 1972 — eine Verringerung des Arbeitsaufwandes mit sich (anstelle der bis dahin rd. 3300 Personen waren nur noch ca. 2000 in die Liste aufzunehmen). Eine weitere Vereinfachung ergab sich dadurch, daß nun das Amtsgericht über die später gewählten Personen Führungszeugnisse einholt und eine Anforderung von Auskünften über alle in der Liste aufgenommenen Personen durch das Ordnungsamt entfällt.

#### Schiedsmannswesen

Die alte preußische Schiedsmannsordnung von 1879 wurde 1970 durch eine neue Schiedsmannsordnung des Landes Nordrhein-Westfalen abgelöst. Mit deren Inkrafttreten entfiel die Festsetzung von Ordnungsstrafen durch die Gemeinde. Der Schiedsmann stellt bei Nichterscheinen des geladenen Beschuldigten zum Sühnetermin den Festsetzungsbescheid über das zu erhebende Ordnungsgeld nunmehr selbst zu. Die Gemeinde wird nur noch bei der Einziehung der Ordnungsgelder tätig, wenn der Schiedsmann die Stadtkasse um Vollstreckungshilfe ersucht. — Durch Ratsbeschluß vom 29. 3. 1973 sind die bisherigen Schiedsmannsbezirke 3 und 24 durch Vereinigung mit je einem anderen Bezirk weggefallen, so daß nur noch 24 Schiedsmannsbezirke bestehen.

## Wiedergutmachung

Am 1. 2. 1971 ist das bis zu diesem Zeitpunkt als Abteilung 3 zur Rechtsamt gehörende Amt für Wiedergutmachung in das Amt 35 — Versicherungsamt — eingegliedert worden.

Gesetzgeber fortgesetzte weitere Umwandlung von Übertretungstatbeständen in Ordnungswidrigkeiten (OWi), z. B. durch das neue Gaststättengesetz (1970) und das 4. Strafrechtsänderungsgesetz (1973) sowie auch durch neue OWi-Tatbestände, z. B. 0,8-Promille-Gesetz (1973) und die auf Weisung der Aufsichtsbehörden in einzelnen Bereichen intensivierte Tätigkeit der Kontrollorgane, z. B. auf dem Gebiet der Preisauszeichnung. Die Zahl der eingegangenen Anzeigen, die 1970 noch 37 451 betragen hatte, stieg 1971 auf 54 189, 1972 auf 76 863 und 1973 auf 111 216 an. Die Entwicklung bei den Bußgeldbescheiden war entsprechend:

#### Sammlungswesen

Durch das geänderte Sammlungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wurde ab 9. 6. 1972 die Erlaubnispflicht für Altmaterialsammlungen, insbesondere der Altkleidersammlungen für mildtätige und karitative Zwecke usw. eingeführt. Mit der Beschränkung der Zulassung auf echte Sammlungen ist nunmehr eine klare Trennung zwischen Wohltätigkeit und Gewerbeausübung möglich, so daß die auf diesem Gebiet eingerissenen Mißstände beseitigt werden konnten.

#### Schießerlaubnisse

Durch die Verordnung vom 21. 11. 1972 zur Durchführung des neuen Waffengesetzes Nordrhein-Westfalen vom 19. 9. 1972 ging die Erteilung von Erlaubnissen für Schießstandanlagen pp., für die bis dahin das Ordnungsamt zuständig war, auf die Polizei über.

#### Schichtenbücher

Auch auf diesem Sektor ist mit der Aufhebung der Verordnung über Schichtenbücher für Kraftfahrer und Beifahrer vom 8. 2. 1956 ab 1972 die Zuständigkeit des Ordnungsamtes als Registrierstelle für Schichtenbücher entfallen. Soweit die Kraftfahrer jetzt die erforderlichen „Persönlichen Kontrollbücher für das Fahrpersonal im Straßenverkehr“ führen müssen, ist das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt zuständig.

## Fundbüro

Das mit dem am 23. 6. 1971 erfolgten Umzug des Fundbüros von der Neusser Straße 59—61 zur Heinrich-Ehrhardt-Straße 61 entstandene Problem der Aufbewahrung bzw. Abstellung aufgefundenen herrenloser Kraftfahrzeuge wurde wie folgt gelöst: Am 1. 6. 1971 schloß die Stadt mit der Firma Gebr. Ahrens einen privatrechtlichen Vertrag ab, in dem sich die Firma verpflichtete, vom Fundbüro gemeldete Fahrzeuge unverzüglich zu ihrem besonderen Sicherstellungsgelände an der Ulenbergstraße abzuschleppen und dort gegen ein Standgeld bis zur Freigabe durch das Fundbüro aufzubewahren.

Die getroffene Regelung hat sich bewährt. Nicht zuletzt damit für das Fundbüro eine Entlastung ein, weil die Firma auch die zur Ermittlung des Kfz.-Halters erforderliche Feststellung der Fahrgestellnummer übernahm. Die unzulässige Abstellung von Altfahrzeugen im öffentlichen Straßenraum bereitet dennoch Sorge.

Es wurden an Kraftfahrzeugen

	eingeschleppt	verschrottet	versteigert
1971 . . . . .	515	397	6
1972 . . . . .	618	458	13
1973 . . . . .	522	337	12

## Abt. 3 — Gewerberechtliche Angelegenheiten

Im Berichtszeitraum wurden 38 gewerberechtlich einschlägige Gesetze und Verordnungen geändert.

Wesentliche Auswirkungen ergaben sich in folgenden Bereichen:

### Gaststätten

Am 9. Mai 1971 trat das Gaststättengesetz vom 5. 5. 1970 in Kraft. Durch die Gaststättenverordnung vom 20. 4. 1971 wurde dann für den Vollzug des Gesetzes (Erteilung, Versagung und Widerruf der Erlaubnis, Erteilung von Auflagen, Sperrstundenregelung und laufende Überwachung der Betriebe) die ausschließliche Zuständigkeit der Ordnungsbehörden begründet. Aus der Gaststättenverordnung ergeben sich ferner die Mindestanforderungen an die zu konzessionierenden Räume, worunter jetzt auch sämtliche Nebenräume fallen. Diese Mindestanforderungen bezwecken u. a. auch, Mängel, die nach den alten Vorschriften nicht beanstandet werden konnten, zu beseitigen. Die neuen Bestimmungen sind zum Teil schärfer und konkreter gefaßt als die des bisherigen Rechts. Das hat zu Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der eingereichten Anträge geführt, zumal nach der Ausführungsanweisung zum Gaststättengesetz auch bei Altbetrieben zu prüfen ist, ob die Herstellung eines vorschriftsmäßigen Zustandes zumutbar ist. Deshalb mußte vor allem bei unzureichenden Küchen eine Beschränkung des Speisesortiments vorgenommen werden.

Die Zahl der erlaubnispflichtigen Gaststättenbetriebe hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt; und zwar von 1368 Ende 1953 auf 2835 zu Ende der Berichtszeit.

## Makler

Ein weiterer Aufgabenzuwachs ergibt sich aus dem am 1. 2. 1973 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung vom 16. 8. 1972, das mit dem neuen § 34c u. a. die nachstehend aufgeführten Gewerbe der Erlaubnispflicht und der ordnungsbehördlichen Überwachung unterworfen hat:

- Vermittler von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten, gewerblichen Räumen und Wohnräumen,
- Darlehensvermittler,
- Anlagevermittler,
- Bauherren, die Vermögenswerte von Nutzungsberechtigten verwenden,
- Baubetreuer.

Bis Ende der Berichtszeit waren 568 Anträge zu bearbeiten. Da das Gesetz in erster Linie den Schutz der Allgemeinheit und der Auftraggeber vor Vermögensschäden durch unzuverlässige oder in ungeordneten Vermögensverhältnissen lebende Gewerbetreibende bezweckt, ist eine eingehende Prüfung der Zuverlässigkeit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Antragsteller vorgeschrieben. Die intensive Überwachung der Gewerbebetriebe bedingt auch eine gründliche Überprüfung der Geschäftsunterlagen.

## Abt. 4 — Gesundheitsaufsicht

### Schutz vor Luftverunreinigungen

Durch die ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der Verordnung über Verkehrsbeschränkungen bei austauschbaren Wetterlagen vom 11. 3. 1972 sind die Grenzwerte für die Auslösung des Smog-Alerts herabgesetzt worden. Das war nötig, weil

- a) die für die Auslösung des Smog-Alerts maßgebende Luftverschmutzungs-Komponente Schwefeldioxyd in ihrem Anteil an der Gesamtluftverschmutzung zurückgegangen ist und
- b) vom ärztlichen Standpunkt die bisherigen Alarmwerte als zu hoch bezeichnet wurden.

Darüberhinaus hatten die Erfahrungen gezeigt, daß eine schnellere und effektivere Auswertung der Meßwerte nötig ist; was jedoch nur mit Hilfe der Datenfernübertragung erreicht werden kann.

Da das im Rahmen des 2. Meßprogramms in Düsseldorf eingesetzte Meßgerät den neuen Anforderungen nicht mehr genügte, erhielt Düsseldorf, wie auch andere Städte, von der Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz (LIB) ein neues Gerät. Als geeigneter Standort für das neue Gerät erwies sich das Dienstgebäude Akademiestraße 2 (Rathaus-Fernsprechzentrale). Nach Probelauf und Anschluß an die elektronische Datenverarbeitungsanlage der LIB erfolgte der Einsatz des Gerätes ab Mai 1973.

Die vom Land Nordrhein-Westfalen angeordneten und von der LIB als 4. Meßprogramm durchgeführten Fluor-Messungen erfassen jedoch nur einen Teil des Stadtgebietes Düsseldorf. Um auch einen Überblick des durch dieses Meßprogramm nicht einbezogenen östlichen Teiles des Stadtgebietes zu erhalten, wurde die Forschungsstelle

des Bundesgesundheitsamtes, Außenstelle Düsseldorf, durch Beschluß des Ausschusses für Umweltschutz mit der Durchführung von Anschlußmessungen beauftragt; sie sollen Anfang 1974 aufgenommen werden.

Die am 1.9.1970 in Kraft getretene 8. Verordnung zur Durchführung des Immissionschutzgesetzes erfaßt alle mit festen Brennstoffen befeuerten Einrichtungen zur Raumbeheizung und setzt Immissionsbeschränkungen durch Staub, Ruß und Teer fest. Die Verordnung ermöglichte Aktionen, die als weitere Schritte zur Sauberhaltung der Luft unternommen wurden.

Am 12.11.1971 trat der Ratsausschuß für Umweltschutz zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er ist zuständig für Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Bekämpfung schädlicher Umwelteinflüsse stehen; hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung des Lärms, der Verschmutzung des Wassers, der Verunreinigung der Luft und der Verseuchung des Bodens.

#### Bundesseuchengesetz

Im Stadtgebiet war zunehmend die Eröffnung sog. Massage-salons zu beobachten, in denen z.T. der Prostitution nachgegangen wurde. Um die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten zu verhüten, wurde in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei eine größere Anzahl solcher Institute überprüft, was in einer Reihe von Fällen zu deren Schließung führte. Die gegen die ordnungsbehördliche Anordnung der Schließung eingelegten Rechtsmittel sind von der Aufsichtsbehörde bzw. dem Verwaltungsgericht zurückgewiesen worden.

#### Sanitäre Mißstände

Mit der Änderung der Vergabeordnung der Stadt Düsseldorf im Jahre 1969 ist der Abteilung Gesundheitsaufsicht des Ordnungsamtes die Erteilung von Aufträgen zur Schädlingsbekämpfung und Unratbeseitigung auf städtischen Grundstücken übertragen worden; dies wurde aus haustechnischen Gründen erst 1971 für das Ordnungsamt wirksam. Dadurch, daß diese Aufgabe in die Zuständigkeit des Amtes 32 kam, konnte eine wesentliche Beschleunigung der Maßnahmen zur Abwehr von Gesundheitsgefahren und eine erhebliche Vereinfachung der Verwaltungsarbeit erreicht werden.

Besonders ist die restlose Unratbeseitigung vom weitläufigen Gelände am Aachener Platz zu erwähnen, die mit allem Nachdruck und mit großem Kostenaufwand betrieben wurde.

Die Verhältnisse auf dem ehemaligen Ziegeleigelände am Ratinger Weg im Stadtteil Ludenberg machten 1971 eine Sonderaktion erforderlich. Das Gelände, ohne jegliche sanitäre Einrichtungen, war schließlich als Unterschlupf von etwa 250 jugoslawischen Staatsangehörigen, die z.T. illegal in die Bundesrepublik gekommen waren, in Anspruch genommen worden. In enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt gelang es, das widerrechtlich genutzte Gelände freizumachen und für die legalen ausländischen Arbeitnehmer ein Obdach zu besorgen. Danach wurden die primitiven Behausungen zerstört. Kontrollen durch Polizei und den Außendienst des Ordnungsamtes haben bewirkt, daß das Gelände nicht wieder besetzt wurde.

Auf Veranlassung des Stadtdirektors wurde Mitte 1973 eine Wohnungsaufsichtskommission gebildet, der Beauftragte der Gesundheitsaufsicht des Ordnungsamtes, des Sozial-, Gesundheits-, Bauaufsichtsamtes und des Amtes für Wohnungswesen angehören, das die Federführung übernahm. Die Kommission hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere Herbergen und Ausländerunterkünfte zu sanieren, um menschenunwürdige Zustände zu beseitigen und Mietwucher zu verhindern.

Die Personen in Ausländerunterkünften wurden in unregelmäßigen Zeitabständen durch Ordnungsamt, Ausländerstelle des Einwohnermeldeamtes und Kriminalpolizei überprüft; bei fast jeder Kontrolle sind Ausländer, die sich illegal in Düsseldorf aufhielten, festgestellt und in Abschiebehaft genommen worden.

Die in der Berichtszeit vorgenommene Ausrüstung von drei Dienstfahrzeugen mit Funksprechgeräten hat die zügigere Durchführung von Zwangsmaßnahmen ermöglicht.

#### Lebensmittelüberwachung

Die nach den Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Lebensmittel- und Handelsklassenüberwachung (VVLHü) vom 23.11.1971 vorgesehenen Betriebsbesichtigungen konnten wegen Personalmangels nicht in der vorgeschriebenen Anzahl durchgeführt werden. Die Zahl der Verbraucherbeschwerden sowie die Zahl der Beanstandungen der untersuchten Proben hat sich um über 60% erhöht.

Die zunehmende Zahl von Verbraucherbeschwerden — vermutlich auf die verstärkte Aufklärungsarbeit der Verbraucherverbände zurückzuführen — gab Veranlassung, die Kontrollen im Bereich der Lebensmittelüberwachung schwerpunktmäßig durchzuführen.

Nach dem Ausbau des Chemischen- und Lebensmitteluntersuchungsamtes wurde erstmals im Jahre 1973 Obst und Gemüse gekauft, um es nach der Höchstmengen-VO — Pflanzenschutz — von 1966 daraufhin zu untersuchen, ob durch eine unsachgemäße Verwendung von Pflanzenschutzmitteln eine Gefahr für die Gesundheit des Verbrauchers zu befürchten ist.

#### Abt. 5 — Straßenverkehrsamt

Am 1. März 1971 trat die neue Straßenverkehrsordnung in Kraft, die zahlreiche Maßnahmen zur Umgestaltung im Straßenraum auslöste. Insbesondere die Beschilderung für den ruhenden Verkehr durch die Anordnung von Haltverboten und eingeschränkten Haltverboten war außerordentlich umfangreich. Gleichzeitig mußte eine neue Beschilderung der Vorfahrtstraßen und der Stellen mit Kreisverkehr erfolgen.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr hat auch im Berichtszeitraum stark zugenommen, was weitere Verkehrsbeschränkungen zur Folge hatte. Um den Verkehrsfluß auf den Straßen aufrechtzuerhalten, mußten zahlreiche Haltverbote neu eingerichtet werden. In engen Wohnstraßen konnte durch ein Einbahnstraßen-System ein geordneter Verkehrsablauf gewährleistet werden, ohne daß dringend benötigter Parkraum verloren ging.

Der Sicherung der Schulwege galten die besondere Bemühungen des Amtes. Durch die Trennung der Volksschulen in Grund- und Hauptschulen kam der Schülerlotsendienst fast zum Erliegen: dies machte den forcierten Einsatz von Lichtzeichenanlagen nötig, um Schülern gesicherte Überwege an neuralgischen Punkten zu schaffen. Zwei weitere Schulwegsicherungs-Programme wurden ausgearbeitet und zum großen Teil verwirklicht.

Im Vergleich zu anderen Städten Nordrhein-Westfalens oder des Bundesgebietes sind die Unfallzahlen in Düsseldorf mit Schulkindern rückläufig. Bei einem Wettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiete der Fußgängersicherheit erhielt die Stadt Düsseldorf den Zweiten Platz.

Aufgrund der am 5. 8. 1971 veröffentlichten Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen wurden ab 1. 11. 1971 sog. Sondernutzungsgebühren für die Inanspruchnahme von Straßenraum (durch Verkaufsstände, Bauzäune usw.) erhoben.

Die Überwachungstätigkeit der Verkehrsüberwachung (früher „Hilfspolizei“) ist sowohl durch personelle Verstärkung als auch durch Anwendung rationeller Arbeitsmethoden weiter intensiviert worden.

Nach wie vor wird der ruhende Verkehr — hauptsächlich in der Innenstadt — schwerpunktmäßig überwacht. Auch die Außenbezirke werden — soweit personell möglich — planmäßig überwacht; hierfür stehen drei stadteigene Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Die Verkehrsdisziplin wurde, nach der Anzahl der ausgesprochenen Verwarnungen und Anzeigen zu urteilen, nicht besser. Im Jahre 1972 mußten in 4288 Fällen Anzeige erstattet und 264 732 Verwarnungen („Zahlkarten-Aufforderungen“) ausgesprochen werden. 1973 waren es 14 766 Anzeigen und 265 402 Verwarnungen. Hieraus resultiert, daß die Zahl der grob verkehrswidrigen und rücksichtslosen Zuwiderhandlungen, also die mit einer Anzeige geahndeten Fälle, erheblich gestiegen ist.

Auffallend war die weitere Zunahme von Beschwerden aus der Bevölkerung über vorschriftswidrig abgestellte Kraftfahrzeuge.

Aufgrund eines Beschlusses des Ordnungs- und Verkehrsausschusses ist 1972 die Höchstzahl der zur Personenbeförderung zugelassenen Kraftdroschken von 1115 auf 1204 festgesetzt worden.

Über die Entwicklung des Bestandes an Kraftfahrzeugen in Düsseldorf geben die einschlägigen Tabellen in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt Aufschluß. Als Folge der Ölkrise (die sich später mehr als eine Ölpreiskrise herausstellte) und der nachlassenden Konjunktur in verschiedenen Wirtschaftsbereichen machte sich gegen Ende des Jahres 1973 ein starker Rückgang in der Zahl der Zulassungen von Kraftfahrzeugen bemerkbar.

Mit der Einführung des neuen Kraftfahrzeugbriefs im Jahre 1973 durch das Kraftfahrt-Bundesamt, der nunmehr für alle Fahrzeugarten verwendbar ist, mußte das bisherige Zulassungsverfahren fast gänzlich umgestellt werden, was mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden war.

## Chemisches und Lebensmittel-Untersuchungsamt

Um der Aufgabe — Überwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen — voll gerecht werden zu können, war eine Erweiterung der Chemischen Untersuchungsanstalt erforderlich, die im August 1972 die Bezeichnung Chemisches und Lebensmittel-Untersuchungsamt erhalten hat.

Die Erweiterungsarbeiten im Dienstgebäude Lambertusstr. 1 wurden im Monat der Umbenennung in Angriff genommen; sie waren mit Ablauf des Jahres 1973 nahezu abgeschlossen. Die früher verfügbare Nutzfläche von knapp 400 qm ist dabei auf rd. 850 qm vergrößert worden. Kernstück der Erweiterung ist die neugeschaffene Meßabteilung, die mit einem Gaschromatographen, einem Atomabsorptions-Spektralphotometer und einem Infrarot-Spektralphotometer ausgerüstet wurde. Das Land Nordrhein-Westfalen hat zu den Kosten der Erweiterung einen Zuschuß gewährt, weil sich das Untersuchungsamt schwerpunktmäßig mit der Untersuchung von Bedarfsgegenständen aus Kunststoffen und von aus Kunststoffen auf Lebensmittel übergehenden Bestandteilen befassen wird.

Die Lebensmittel- und Handelsklassenüberwachung wurde für den Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen durch die „Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Lebensmittel- und Handelsklassenüberwachung — VVLHü —“ (gem. RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 23. 11. 1971) neu geregelt. Die gemäß Ziffer 3.11 der VVLHü notwendige, die Zusammenarbeit der beteiligten Dienststellen regelnde Dienstanweisung wurde für den Bereich der Stadt Düsseldorf durch Verfügung des Oberstadtdirektors am 12. 12. 1973 erlassen. Die Aufgaben des Amtschemikers gemäß Ziffer 3.12 der VVLHü werden danach vom Leiter des Chemischen und Lebensmittel-Untersuchungsamtes wahrgenommen.

Überblick über die Untersuchungstätigkeit:

	1971	1972	1973
Untersuchungen			
für die amtliche Lebensmittelüberwachung . . . . .	5511	4999	5698
für Zollbehörde und Auslandsfleischschau . . . . .	553	485	249
für private Auftraggeber . . . . .	483	492	383
Gesamtzahl der Untersuchungen . . . . .	6547	5976	6330
Zahl der Beanstandungen im Rahmen der Lebensmittelüberwachung . . . . .	749	636	1025

Im Jahre 1973 ist die Beanstandungsquote besonders hoch gewesen, weil häufig neu in Kraft getretene Kennzeichnungsbestimmungen nicht beachtet worden waren.

Über die Untersuchungstätigkeit hinaus nahmen die Sachverständigen des Untersuchungsamtes häufig an Betriebsbesichtigungen teil. In mehreren Fällen mußten Bäckereien wegen hygienischer Mißstände vorübergehend geschlossen werden.

## Veterinäramt

Das Stadtgebiet blieb frei von Maul- und Klauenseuche. Zwei Fälle von Schweinepest blieben jeweils auf die betroffenen Viehbestände beschränkt. In 11 Zoohandlungen wurde Psittakose festgestellt, was zur amtsärztlichen Sperrung der betreffenden Geschäfte bis zur Tilgung der Seuche Anlaß gab. In einem Fall ist Psittakose bei einem privat gehaltenen Sittich ermittelt worden. In zwei Bienenbeständen wurde im Mai und September 1973 bösartige Faulbrut nachgewiesen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Veterinäramtes lag weiterhin auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung. Ende 1973 waren 1540 Betriebe erfaßt, die vom Veterinäramt gemeinsam mit dem Ordnungsamt regelmäßig überprüft werden. Bei diesen Überprüfungen wurden in der Berichtszeit 243 Verstöße gegen die Bestimmungen der Hygiene-Verordnung festgestellt, die Bußgeld-Verfahren zur Folge hatten. 497 Lebensmittel tierischer Herkunft sind als amtliche Proben entnommen und im staatlichen Veterinär-Untersuchungsamt Krefeld untersucht worden;

die Beanstandungsquote wegen Verfälschung und irreführender Bezeichnung lag bei 25%. — Von Käufern — insbesondere Verbrauchern — wurden in 327 Fällen Lebensmittel (Fleisch, Wurstwaren, Fisch, Schalen- und Krustentiere, Essensgerichte) zur Untersuchung und Begutachtung gebracht. Aus diesen Untersuchungen von insgesamt 824 Lebensmittelproben resultierten 244 Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz und dessen Folgeverordnungen. — Die Tätigkeit der Veterinärbeamten als Sachverständige vor Gericht hat besonders auf dem lebensmittelrechtlichen Sektor zugenommen.

Eine wesentliche Zunahme hat die Untersuchung von Tieren im Reiseverkehr und zu Ausstellungen erfahren. Allein im Jahre 1973 wurden etwa dreitausend Hunde und Katzen untersucht. Die Mehrzahl dieser Untersuchungen erfolgte vor den Schulferien, was dann zwangsläufig zu Erschwernissen des regulären Dienstbetriebes führte.

In tierschutzrechtlicher Hinsicht wurde das Veterinäramt mehrfach gutachtlich tätig bei angenommenen und tatsächlichen Tierquälereien und unsachgemäßer Tierhaltung.

## Amt 33 — Statistisches und Einwohnermeldeamt

### Organisationsangelegenheiten

Mitte 1973 wurden beim Statistischen Amt aus dem Sachgebiet Meteorologie, Gebiet, Bevölkerung etc. die Aufgabengebiete Große Zählungen, Landwirtschaftliche Erhebungen, Gliederung des Stadtgebietes, Kleinräumige Gliederung des Stadtgebietes (Blockstatistik) und Erhebungen zum Gewerbekataster herausgenommen und dem Aufgabengebiet Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten zugeordnet. Das neu gebildete Sachgebiet erhielt die Bezeichnung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und Zählungen.

Zwei der neun Meldestellen des Einwohnermeldeamtes sind verlegt worden: im Januar 1972 die Meldestelle Gerresheim von Dreherstraße 2 nach Neusser Tor 6, im Februar 1973 die Meldestelle Oberkassel/Heerd von Luegallee 19 nach Hansaallee 14.

### 33/1 — Statistisches Amt

Ein wesentlicher Teil der Arbeiten entfiel auf die Auswertung der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (GWZ 68), der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1970 (VZ 70), auf die Mitarbeit an der Stadtentwicklungsplanung und auf die Bereitstellung von Daten zur Vorbereitung der kommunalen Neugliederung des Raumes Mönchengladbach-Düsseldorf—Wuppertal.

Sachgebiet Meteorologie, Gebiet, Bevölkerung etc.

Nach Vorliegen der ersten Ergebnisse der VZ 70 wurde die

Bevölkerungsfortschreibung auf die neugewonnene Basis — Wohnbevölkerung Düsseldorfs am 27. 5. 1970 = 663 586 Personen — umgestellt.

Aus der Bevölkerungsstatistik ist noch folgendes festzuhalten:

1971 konnte erstmals für einen abgeschlossenen Zeitraum die Zahl der Ausländer, Staatenlosen und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit, die die deutsche Staatsangehörigkeit erwarben, angegeben werden, nachdem im Mai 1970 mit der statistischen Erfassung von Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit begonnen worden war. —

Mit Wirkung vom 1. 1. 1972 wurde die amtseigene Registrierung der Todesursachen eingestellt. Für die weitere Berichterstattung über die Todesursachen der Gestorbenen werden die Angaben im Falle der Information im Vierteljahresbericht „Düsseldorf in Zahlen“ den Veröffentlichungen, im Falle der jährlichen Zusammenstellung für das Statistische Jahrbuch der Stadt einer Sonderauszählung des Statistischen Landesamtes entnommen. — Seit 1. 1. 1973 werden bei den Geburten der Tatbestand der Erwerbstätigkeit der Mutter sowie Körpergewicht und -länge deutscher Neugeborener registriert. — Bei den Sterbefällen wird seit diesem Zeitpunkt festgehalten, ob der Verstorbene zum Zeitpunkt des Todes erwerbstätig war oder nicht.

Seit Jahresbeginn 1972 werden die Kirchenaustritte und -eintritte registriert.

Mit Blick auf die Auswertung der Ergebnisse der VZ 70 auf kleinräumiger Ebene (Blockergebnisse) wurden 1971 ein Blockverzeichnis und ein Straßenverzeichnis nach genau beschriebenen Blockseiten (Straßenabschnitte) zum Stande dieser Großzählung herausgebracht.

Die Beschreibung der innergebielichen kleinräumigen Gliederung hat mit der Herausgabe eines Kartenbandes (insges. 59 Blätter im Maßstab 1 : 5000) im letzten Viertel des Jahres 1972 ihren Abschluß gefunden.

Die Landwirtschaftszählung 1971, die sich an die großen Totalerhebungen in der Land- und Forstwirtschaft 1939, 1949 und 1960 anschließt, wurde in Etappen durchgeführt, und zwar im Mai 1971 die sog. Grunderhebung (sie war mit der Bodennutzungshaupterhebung 1971 verbunden) und von Januar bis März 1972 je eine Voll- und Repräsentativ-Erhebung in den Betrieben der Landwirtschaft, wegen der Vielzahl der Fragen unter Einsatz von Interviewern. Von April bis Juni 1972 schloß sich — ebenfalls im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1971 — eine Repräsentativ-erhebung in den Betrieben der Forstwirtschaft an.

Im Bereich der Gesundheitsstatistik ist für Zwecke der Krankenhausplanung des Gesundheitsamtes in Zusammenarbeit mit diesem Fachamt eine Krankenanstalterhebung für das 1. Halbjahr 1973 durchgeführt worden.

#### Sachgebiet Wirtschafts- und Kulturstatistik

Im Jahre 1971 konnte die Auswertung des sehr umfangreichen Materials (über 2000 Fragebogen) der 1969 im Auftrage des Rates durchgeführten Sondererhebung zur Untersuchung der Situation kinderreicher Familien in Düsseldorf abgeschlossen und dem Jugendwohlfahrtsausschuß ein detaillierter Bericht vorgelegt werden, mit dem konkrete Ansatzpunkte und Prioritäten für differenzierte Maßnahmen bzw. Hilfsangebote zur Verbesserung der speziellen Situation dieser Familien aufgezeigt werden.

Eine gleichfalls vom Rat beschlossene Strukturanalyse des Bestandes an Freizeitanlagen und Sportstätten im Stadtgebiet wurde Ende 1971 kurzfristig erarbeitet und an den zuständigen Fachausschuß weitergeleitet, der diese nach Stadtbezirken, Art und Fläche der Anlagen sowie nach Maßgabe der jeweiligen Bevölkerungsstruktur differenzierte Strukturuntersuchung für die Aufstellung eines Planes zur Schaffung weiterer Einrichtungen angefordert hatte.

Aus arbeitstechnischen und organisatorischen Gründen wurde 1971 die Bau- und Wohnungsstatistik aus dem Sachgebiet Wirtschafts- und Kulturstatistik ausgegliedert und dem Sachgebiet Stadtentwicklungsforschung, dem vorher schon die Auswertung der GWZ 68 übertragen worden war, zugeordnet.

Anfang 1972 trafen die ersten Ergebnisse der zusammen mit der VZ 70 durchgeführten Arbeitsstättenzählung (AZ 70) vom Statistischen Landesamt NW ein, die laufend ausgewertet und veröffentlicht wurden.

Im Rahmen der koordinierten Stadtentwicklungsplanung wurde 1972 für die Teilarbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeitsmarkt ein Tabellenwerk mit Daten über den Wirtschaftsraum Düsseldorf erstellt, das u.a. einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitsstätten- und Beschäf-

tigtenzahlen der verschiedenen Wirtschaftszweige (aufgrund der Arbeitsstättenzählungen 1950, 1961 und 1970) vermittelt. Dieses regional wie wirtschaftssystematisch tief gegliederte Material wurde für die als erste Stufe des Stadtentwicklungsplanes vorgesehene Bestandsaufnahme noch um Zeitreihen über die Industrie-, Arbeitsmarkt- und Bruttoinlandsprodukt-Entwicklung ergänzt.

Ausgehend von den Ergebnissen der AZ 70 ist 1973 eine differenzierte Entwicklungs- und Strukturanalyse der Düsseldorfer Wirtschaft vorgelegt worden. Mit Heft 22 der Reihe „Beiträge zur Statistik und Stadtforschung“, in dem erstmals die Ergebnisse der Totalerhebungen von 1933, 1939, 1950, 1961 und 1970 miteinander verglichen wurden, stellte das Statistische Amt allen Interessenten aus Verwaltung, Wirtschaft und Verbandswesen Grundlegenden über die Entwicklung und Zusammensetzung der Arbeitsplätze in Düsseldorf nach Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößen, Beschäftigtenstruktur und regionaler Verteilung im Stadtgebiet zur Verfügung.

Für die Bestandsaufnahme zum Stadtentwicklungsplan wurde für den Abschnitt Wirtschaft und Arbeit das vorhandene wirtschaftsstatistische Datenmaterial über Beschäftigte, Arbeitsmarktentwicklung, Industrie, Handwerk und Bruttoinlandsprodukt zusammengestellt und zum Teil bereits textlich und grafisch bearbeitet.

Außerdem wurden die Ergebnisse der AZ 70 für Planungszwecke und Gutachten verschiedener Art in kleinräumiger Untergliederung nach Baublöcken bereitgestellt.

#### Sachgebiet Stadtentwicklungsforschung

1971 lag die Arbeit hauptsächlich bei der Auswertung der Gebäude- und Wohnungszählung 1968. Die kleinräumige Aufbereitung des Materials nach Baublöcken konnte für das gesamte Stadtgebiet fertiggestellt und das Tabellenwerk in 10 Bänden veröffentlicht werden.

Die Auswertungen beschäftigten sich besonders mit der Wohnungssituation der Ausländer („Beiträge zur Statistik und Stadtforschung“, Heft 18), der jungen Familien, der älteren Mitbürger und der kinderreichen Familien (Statistische Informationen Nr. 156 bis 158). Mit Hilfe des umfangreichen Zahlenmaterials ist eine Untersuchung über die Miethöhe und die Bestimmungsgründe der Mieten durchgeführt worden. Aus dem vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellten Einzeldatenband konnten hierzu weitere interessante Ergebnisse gewonnen werden.

Die Auswertung der Ergebnisse der Repräsentativ-Befragung der Einwohner von Düsseldorf-Garath für das Planungsamt erbrachte als wichtigstes Ergebnis, daß die oft in der Öffentlichkeit geäußerte negative Kritik von den Betroffenen selbst nur in einem recht geringen Ausmaß geteilt wird.

1972 wurde eine Prognose der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht von 1970 bis 1990 fertiggestellt (in 3 Varianten). Die Ergebnisse für das gesamte Stadtgebiet von 1970 bis 1980 sind in Heft 20 der „Beiträge zur Statistik und Stadtforschung“ veröffentlicht. In der mittleren Variante, die die Bautätigkeit gemäß Standortprogramm berücksichtigt, ist die Prognose weiterhin für die 20 Bezirke Düsseldorfs

sowie für einige ausgewählte Stadtteile erstellt worden. Der außerordentlich große Rechenaufwand für diese Vor- ausberechnung konnte nur durch den Einsatz der elektro- nischen Datenverarbeitungsanlage bewältigt werden.

Die Statistik des Bau- und Wohnungswesens wurde auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. Die Daten der Bautätigkeit (Baugenehmigungen) werden vom Statisti- schen Landesamt NW auf Magnetband bezogen und mit Hilfe des Programmes STAF (Statistical Analysis of Data selected from Files) aufbereitet. Bei Baufertigstellungen wird lediglich noch das Datum der Baufertigstellung sowie die kleinräumige Gliederung (Bezirk bzw. Stadtteil, Straße, Hausnummer) signiert. Die Programmierung für die monat- liche Aufbereitung der Baufertigstellungen konnte abge- schlossen werden.

In der Berichtszeit galt das Interesse besonders Düsseldorf und seinem Umland. Diese Untersuchungen waren ins- besondere für die kommunale Neugliederung wichtig. Unter Zugrundelegung der Daten aus der GWZ 68 und den Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen 1961 und 1970 erstreckten sich diese Arbeiten neben Düsseldorf auf die kreisfreie Stadt Neuss, die Kreise Düsseldorf-Mettmann und Grevenbroich sowie auf die Städte Monheim und Langen- feld im Rhein-Wupper-Kreis (Statistische Informationen Nr. 162 und 165).

Aus der GWZ 68 sind im Jahre 1972 weitere Ergebnisse ausgewertet und in Heft 19 der „Beiträge zur Statistik und Stadtforschung“ veröffentlicht worden. Insbesondere wur- den die Mieten in Düsseldorf analysiert.

Die steigenden Anforderungen an das Statistische Amt, das besonders für die Bereiche Stadtentwicklung und Planung immer mehr Entscheidungshilfen zur Verfügung stellen muß, führten in Zusammenarbeit mit der Abteilung Elektronische Datenverarbeitung des Amtes 10 zur Einrichtung einer Planungsdatenbank, in der Ergebnisse der GWZ 68 sowie der VZ 70 blockweise gespeichert sind. Diese Datenbank sowie die Auswertungsmöglichkeiten mit Hilfe des Pro- grammsystems STAF schildert Heft 21 der „Beiträge zur Statistik und Stadtforschung“ unter dem Titel „Anwen- dungsbeispiele aus einem Planungsinformationssystem“. Die zahlreichen Wünsche, die das Statistische Amt mit Hilfe dieser Planungsdatenbank erfüllen konnte, zeigen, daß hier ein richtiger Weg beschrritten wurde. So sind für das Straßenbauamt Blockdaten aus den drei Zählungen für Verkehrszellen verdichtet zur Verfügung gestellt worden, die im Rahmen eines Programmes zur Verkehrsprognose und Verkehrsverteilung benötigt wurden. In Zusammen- arbeit mit dem Planungsamt und dem Planungsstab Stadtentwicklung erfolgte die Ermittlung sanierungsver- dächtiger Gebiete. Für das Planungsamt wurden zahlreiche Tabellen, Histogramme, Blockkarten und Blockgruppen- karten für das Sanierungsgebiet Düsseldorf-Oberbilk aus der Planungsdatenbank erstellt.

Die Mitarbeit am Schulentwicklungsplan, der ebenso wie die Bestandsaufnahme in der neugeschaffenen Schriften- reihe „Beiträge zur Stadtentwicklung und Stadtforschung“ veröffentlicht worden ist, nahm erhebliche Zeit in An- spruch.

Im Anschluß an die Bevölkerungsprognose konnte unter Zusammenführung mit Ergebnissen der GWZ 68 und der

VZ 70 eine Haushaltsprognose abgeleitet und daran an- schließend eine Prognose des Wohnungsbedarfs und des Wohnungsgemenges bis 1980 erstellt werden (Statistische Informationen Nr. 168), außerdem wurde eine Prognose der Erwerbspersonen in Düsseldorf bis 1985 in zwei Varianten erarbeitet (Statistische Informationen Nr. 171).

Der Bautätigkeit in Düsseldorf galt im Berichtszeitraum besonderes Augenmerk, nicht zuletzt aufgrund der Erge- bnisse der Wohnungsbedarfsprognose. So wurde der Soziale Wohnungsbau von 1965 bis 1972 und die Bautätigkeit im Jahre 1972 näher untersucht (Statistische Informationen Nr. 169 und 174). Die Berichterstattung über die GWZ 68 konnte mit einem Tabellenband abgeschlossen werden, in dem neben bereits veröffentlichten Tabellen Zahlen- material der gesamten Zählung enthalten ist.

Für geplante Aufbereitungen aus der Datei der Wohnungs- suchenden in Düsseldorf, die vom Amt 64 und 10/4 auf EDV übernommen wurden, schrieb das Statistische Amt eine Reihe von Programmen zur Erstellung von Tabellen, Histogrammen und Karten.

Der Strukturatlas Teil 1, in dem Ergebnisse der GWZ 68 nach Baublöcken kartiert sind, wurde zusammen mit der Bestandsaufnahme allen Interessierten zugänglich ge- macht. — Die Vorarbeiten einer derartigen kleinräumigen Darstellung von Zählungsergebnissen in Kartenform für die VZ 70 konnten abgeschlossen werden.

Im Rahmen einer Untersuchung über Ursachen der Obdach- losigkeit in Düsseldorf führte das Emnid-Institut, Bielefeld, im Auftrage der Stadt eine Befragung von Personen in Obdachlosenunterkünften sowie einer Vergleichsgruppe von Personen in Normalwohnungen durch. Parallel dazu fand eine Befragung von Sozialarbeitern der Familien- fürsorge statt. Die Ergebnisse konnten in einem Zwischen- bericht „Untersuchung über Ursachen der Obdachlosigkeit in Düsseldorf — Ergebnisse der ersten Auswertung“ dem Sozialamt zur Verfügung gestellt werden.

Das steigende Interesse an Umlanddaten — nicht zuletzt durch die Diskussion über die kommunale Neuordnung bedingt — führte zu ersten Vorbereitungen für den Aufbau einer Regionaldatenbank. In einer ersten Stufe wurden aus der Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen eine Reihe von Angaben über Umlandgemeinden bezogen. Intensive Arbeiten galten auch der Aufbereitung von Hollerithfahnen über die Pendelwanderung, wobei besonders die Tabellen der Einpendler aus dem Umland in die verschiedenen Düs- seldorfer Stadtbezirke und Stadtteile einen erheblichen Aufbereitungsaufwand verursachten.

#### Sachgebiet Wahlen, Datenerfassung und Lohnsteuerkartenstelle

Im Aufgabengebiet Datenerfassung Einwohnerwesen wur- den Anfang Oktober 1971 zwei Bildschirmeinheiten (Terminals) in Betrieb genommen, die den direkten Zugriff zu dem im Rechenzentrum geführten Einwohnerdaten- bestand ermöglichen. Der Einsatz dieser Geräte hat zu einer wesentlichen Entlastung der Datenerfassungsstelle und zu einer weitgehend fehlerfreien Fortführung des Einwohner- Datenbestandes geführt.

In Zusammenarbeit mit dem Einwohnermeldeamt bzw. der Ausländerstelle erfolgte 1971/72 eine Überprüfung der bei der EDV gespeicherten Daten der registrierten Ausländer und eine sich hieraus ergebende Bereinigung der Dateien.

Zur Klärung der Zuständigkeit für die Ausschreibung der Lohnsteuerkarten wurden 1972 den in Düsseldorf mit Nebenwohnung gemeldeten rd. 27 000 Personen Vordrucke übersandt. In etwa 9000 Fällen waren hiervon betroffene Personen verzogen, ohne sich abgemeldet zu haben. Die Bereinigung des Melderegisters wurde veranlaßt.

Für das Düsseldorfer Adreßbuch 1972 sind dem Verlag Schwann GmbH die erforderlichen Anschriften aus dem Einwohnerdatenbestand zur Verfügung gestellt worden. Das Adreßbuch ist im Dezember 1972 herausgekommen.

Bei der Ausschreibung der Lohnsteuerkarten für 1972 wurden erstmals die den Körperbehinderten und den über 65 Jahre alten Personen zustehenden Freibeträge mit Hilfe der Elektronischen Datenverarbeitungsanlage auf die Lohnsteuerkarten aufgetragen. Damit war es möglich, den rd. 45 000 hiervon betroffenen Arbeitnehmern die Lohnsteuerkarten unmittelbar zuzustellen. Vor Anwendung dieses Verfahrens waren die Lohnsteuerkarten dieser Arbeitnehmer auszusortieren und dem Finanzamt zum Eintragen der Freibeträge zuzuleiten.

Die seit der Übernahme der Einwohnerdaten auf die Elektronische Datenverarbeitungsanlage laufend vorgenommenen Bereinigungen des Datenbestandes und die Verbesserung der Fortschreibungs- und Druckprogramme hatten eine Entlastung der Lohnsteuerkartenstelle zur Folge.

Nach Auflösung des Sechsten Deutschen Bundestages im September 1972 war die Wahl zum Siebenten Deutschen Bundestag vorzubereiten und durchzuführen. Angaben über die Einteilung des Stadtgebietes in Wahlkreise, die kandidierenden Parteien und das Ergebnis der Wahl sind im Anhang des Statistischen Jahrbuches 1972 zu finden.

Im Januar 1972 ist eine Neuauflage des amtlichen Straßenverzeichnisses und im Oktober des gleichen Jahres eine Neuauflage des Straßenverzeichnisses mit den Notfallaufnahmebereichen der Krankenhäuser und den ärztlichen Notfallbezirken herausgegeben worden.

Zur Vorbereitung der für 1974 vorgesehenen Verlegung des Aufgabengebietes Datenerfassung Einwohnerwesen zum Einwohnermeldeamt wurde mit der Einarbeitung von Dienstkräften des Einwohnermeldeamtes in dieses Aufgabengebiet begonnen.

Die Absicht, künftig in den Einwohner-Datenbestand auch die bisher nur als Durchlaufdaten erfaßten bisherigen Anschriften der zuziehenden und umziehenden Personen sowie die künftigen Anschriften bei fortziehenden Personen zu speichern, konnte auch 1973 noch nicht verwirklicht werden. Dieser Maßnahme kommt insofern besondere Bedeutung zu, als erst nach Speicherung dieser Daten die Terminals wirtschaftlich für Auskunftszwecke eingesetzt werden können.

Nach vorausgegangenen Verhandlungen wurden dem Adreßbuchverlag Schwann im September 1973 Datenbänder mit dem zur Erstellung eines neuen Adreßbuches erforderlichen Anschriftenmaterial zur Verfügung gestellt.

Die Datensätze wurden so aufbereitet, daß der für den Druck des Adreßbuches erforderliche Schriftsatz im Lichtsetzverfahren hergestellt werden konnte. Durch Anwendung dieses Verfahrens wird der Zeitraum zwischen der Bereitstellung des Anschriftenmaterials und der Herausgabe des Adreßbuches wesentlich verkürzt.

Durch die Lohnsteuerkartenstelle sind im Oktober 1973 an über 381 000 Arbeitnehmer Lohnsteuerkarten für 1974 ausgegeben worden. Auf die Lohnsteuerkarten von über 51 000 Arbeitnehmern waren Alters- bzw. Körperbehinderten-Freibeträge aufzutragen.

Im Laufe des Jahres 1973 sind auf Antrag nachträglich

für rd. 45 000 Arbeitnehmer Lohnsteuerkarten für ein erstes Arbeitsverhältnis,

für über 4000 Arbeitnehmer Lohnsteuerkarten für ein zweites oder weiteres Arbeitsverhältnis und

für über 4500 Arbeitnehmer Ersatzlohnsteuerkarten

ausgefertigt worden.

Im Aufgabengebiet Wahlen wurde im Rahmen der Vorbereitung der nächsten Landtags- und Kommunalwahl mit der Überprüfung der Einteilung des Stadtgebietes in Stimmbezirke und Kommunalwahlbezirke begonnen. Diese Maßnahme war notwendig, um eine Angleichung der Stimmbezirks- bzw. Wahlkreisgrenzen an die Baublockgrenzen zu erreichen. Bei der Zusammenfassung der Baublöcke zu Stimmbezirken wurden — soweit dies möglich war — die bisherigen Abgrenzungen der Stimmbezirke berücksichtigt. Durch die Bildung der Stimmbezirke aus den Baublöcken wird es möglich, den politischen Parteien künftig für die einzelnen Wahlbezirke bzw. Wahlkreise Strukturdaten zur Verfügung zu stellen und das Wahlverhalten der Bewohner bestimmter Gebiete zu untersuchen.

### 33/3 – Einwohnermeldeamt

Im Jahre 1971 wurden alle Kassen des Amtes mit „Gebührenstemplern“ ausgestattet, womit das umständliche Verfahren der Verwendung von Gebührenmarken aufgehört.

Im gleichen Jahr sind die Melderegisterkarten von Personen, die in der Zeit von Anfang 1960 bis Ende 1969 gestorben oder von Düsseldorf weggezogen sind, auf Mikrofilm aufgenommen worden (405 000 Karteikarten des Nebenregisters). Damit wurde Raum für das neue Nebenregister gewonnen.

Durch das Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vom 18. 3. 1971, in Kraft getreten am 1. 1. 1972, ist das Verfahren für die Beantragung, Ausstellung und Aushändigung von Führungszeugnissen grundlegend geändert worden. Der aus den neuen gesetzlichen Regelungen resultierende geringere Arbeitsaufwand auf dem Gebiet Führungszeugnisse ermöglichte die Streichung von Personalstellen. Mit Inkrafttreten des BZRG wurde die Gebühr auf 5 DM je Antrag erhöht, wovon die Meldebehörde 2 DM erhält.

Für den Bereich Ausländerwesen ist im April 1972 ein Fernschreiber installiert worden, der die Direktwahl und damit eine unmittelbare Korrespondenz mit den deutschen

konsularischen Auslandsvertretungen ermöglicht. Anfang September 1972 wurde dieser Fernschreiber auch an das EDV-System des Ausländerzentralregisters (AZR) in Bonn angeschlossen. Damit besteht die Möglichkeit, Auskünfte unverzüglich und unmittelbar aus den Ausländerdateien des AZR zu erhalten.

Bei der Erfassung der Wehrpflichtigen erfolgte ab 1972 im Zuge der integrierten Datenverarbeitung zwischen den Kommunen und der Bundeswehrverwaltung der Austausch von Datenträgern mit den Grunddaten der Wehrpflichtigen. Die Fragebogen für die Erfassung werden seitdem von der Bundeswehrverwaltung als maschinell lesbare Belege mit den Grunddaten der Wehrpflichtigen ausgedruckt und zur weiteren Bearbeitung dem Einwohnermeldeamt übersandt. Damit entfällt für Amt 33/3 als Erfassungsbehörde die manuelle Erstellung der Wehrstammrolle.

## Amt 34 — Standesämter

Die Anfang 1970 erfolgte Auflösung der Außenbezirks-Standesämter — ausgenommen Benrath — und deren Eingliederung in die Standesamtsbezirke der Innenstadt, hat sich als vorteilhaft erwiesen, nicht zuletzt wegen der dadurch möglich gewordenen Einsparungen an Personal- und Sachkosten. Angesichts des positiven Ergebnisses hat das Hauptamt im Mai 1972 angeregt, die weitere Zentralisierung der Standesämter vorzubereiten, d. h. die 3 Innenstadt-Standesämter (Standesamt Düsseldorf Mitte, -Nord und -Ost) zu einem Standesamt zusammenzufassen, um für die innerbetriebliche Organisation einen weiteren Rationalisierungseffekt zu erzielen. Die räumliche Unterbringung in den Dienstgebäuden (Inselstraße 17 und Rosenstraße 10) sollte bestehen bleiben, so daß für das Aufsuchen der Dienststellen durch die Bürger keine Veränderungen bzw. Nachteile entstehen. Dem Antrag auf Zusammenfassung der Innenstadt-Standesämter vom 10. 5. 1973 hat der Regierungspräsident Düsseldorf durch Verfügung vom 22. 6. 1973 mit Wirkung vom 1. 1. 1974 zugestimmt.

Von diesem Zeitpunkt ab bestehen im Stadtbereich Düsseldorf nur noch 2 Standesamtbezirke bzw. Standesämter, nämlich das

- Standesamt I Düsseldorf und das
- Standesamt II Düsseldorf, das mit dem bisherigen Standesamt Benrath identisch ist.

Das Inkrafttreten des Gesetzes über die rechtliche Stellung des nichtehelichen Kindes am 1. 7. 1970 war wegen seiner Folgewirkung für die standesamtliche Arbeit von besonderer Bedeutung.

Erwähnung verdienen ferner folgende höchstrichterlichen Entscheidungen mit personenstandsrechtlichem Bezug und in eherechtlicher Hinsicht, weil damit eine Klärung recht-

Ab 11. 9. 1972 übernahm Amt 33/3 die Signierung und Verschlüsselung der für die Fortschreibung der Einwohnerdateien aufzubereitenden Ablochbelege. Beteiligt hieran sind das „Melderegister“, die Meldestellen und die Ausländerstelle.

Das Ausländergesetz wurde im Jahre 1972 um den § 24 Abs. 6 a ergänzt, der die Haftung des Arbeitgebers für die Abschiebekosten von nichtdeutschen Arbeitnehmern, die zum Verlassen des Bundesgebietes verpflichtet sind, einführte. Die Kosten werden durch Leistungsbescheide festgesetzt und erforderlichenfalls im Verwaltungsvollstreckungsverfahren beigetrieben.

Die Allgemeine Verwaltungs-Gebührenordnung des Landes NW vom 9. 1. 1973 brachte eine hundertprozentige Erhöhung der Gebühren im Bereich des Meldewesens.

licher Probleme bis zur Verabschiedung in Vorbereitung befindlicher Gesetze erfolgte:

Beschluß des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 12. 5. 1971, der sich zur Frage der Namensführung der Ehefrau bei verschiedener Staatsangehörigkeit der Ehegatten äußert. Abweichend von der bis dahin geübten Rechtsprechung entschied der BGH, daß sich der Name der Frau in einer Ehe, in der einer der Ehegatten die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, nach dem Heimatrecht der Frau bestimmt.

Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes vom 4. 5. 1971, nachdem es gegen Art. 6 Abs. 1 GG verstößt, wenn deutsche Gerichte bzw. Behörden einem spanischen Staatsangehörigen und einer durch ein deutsches Gericht geschiedenen deutschen Frau die Eheschließung verbieten, weil Spanien die deutsche Ehescheidung nicht anerkennt. Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 12. 5. 1971, nach der wegen Art. 33 Abs. 3 GG ein ausländisches Eheverbot bei Religionsverschiedenheit nicht zu beachten ist, wenn der diesem Verbot unterworfenen Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland mit einer deutschen Frau die Ehe schließen will.

Eine für die Verfolgung der Rechtsinteressen nichtehelicher Kinder wichtige Konsequenz ergab sich aus der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 28. 2. 1973 betr. Feststellung der Vaterschaft ausländischer Staatsangehöriger. Demnach ist künftig bei Feststellung der Vaterschaft eines ausländischen Mannes nach deutschem Recht zu entscheiden, wenn dieses das Recht ist, nach dem sich die Unterhaltspflicht des Vaters herleitet.

In der Beurkundungsarbeit war, mitverursacht durch die Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung, eine weitere Abnahme zu verzeichnen. Dagegen ist eine zunehmende Beanspruchung der Standesbeamten für Beurkundungen von Personenstandsfällen ausländischer Staatsangehöriger festzustellen, da sie von den gewohnten Rechtsnormen abweichen.

Vorgenommene und beurkundete	1971	1972	1973
Eheschließungen . . . . .	5080	4726	4324
darunter Ausländer- eheschließungen . . . . .	822	825	746
Beurkundete Geburtsfälle . . . . .	7542	6718	6262
darunter Ausländerfälle . . . . .	1341	1494	1539
Beurkundete Sterbefälle . . . . .	9034	8823	8598
Bearbeitete Anträge auf Befreiung von der Beibringung des Ehesfähigkeitszeugnisses . . . . .	324	305	311
Bearbeitete Anträge auf Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen . . . . .	42	69	71
Ausgestellte Ehesfähigkeits- zeugnisse . . . . .	131	124	134
Ergänzungsbeurkundungen, und zwar bei			
Ehescheidungen . . . . .	1530	1578	1602
Eheaufhebungen . . . . .	2	2	4
Legitimationen . . . . .	241	322	229
Namenserteilungen . . . . .	217	160	110
Adoptionen . . . . .	130	144	138
Vaterschaftsanerkennungen . . . . .	212	544	443
Mutterschaftsanerkennungen . . . . .	4	2	29

	1971	1972	1973
Wiederannahme des früheren Familiennamens . . . . .	92	104	100
Untersagung der Namens- führung . . . . .	9	4	4
Auf Antrag angelegte Familien- bücher . . . . .	152	148	162
Anträge auf nachträgliche Beurkundungen gem. § 41 PStG. . . . .	1	12	6

Staatsangehörige folgender ausländischer Staaten waren bei Eheschließungen und Geburtsfällen im Jahre 1973 am häufigsten vertreten:

	Eheschließungen	Geburten
Frankreich . . . . .	37	19
Griechenland . . . . .	185	427
Großbritannien . . . . .	23	12
Italien . . . . .	57	168
Japan . . . . .	7	62
Jugoslawien . . . . .	73	276
Niederlande . . . . .	53	26
Österreich . . . . .	45	40
Portugal . . . . .	85	20
Spanien . . . . .	38	84
Türkei . . . . .	8	261

Die Gesamtzahl der Beurkundungen, bei denen Ausländer beteiligt waren, bezog sich bei Eheschließungen auf 65 Staaten, bei Geburten auf 48 Staaten.

Standesamt	Vorgenommene und beurkundete Eheschließungen*)			Beurkundete Geburtsfälle*)			Beurkundete Sterbefälle		
	1971	1972	1973	1971	1972	1973	1971	1972	1973
Düsseldorf-Mitte	1453 (265)	1448 (276)	1280 (264)	2912 (606)	2576 (670)	2360 (646)	4150	3883	3694
Düsseldorf-Nord	1734 (359)	1554 (347)	1385 (308)	2172 (330)	1822 (328)	1746 (347)	2346	2280	2236
Düsseldorf-Ost	1363 (142)	1224 (156)	1161 (128)	1530 (254)	1588 (332)	1478 (346)	1692	1874	1904
Düsseldorf-Benrath	530 (56)	500 (46)	498 (46)	928 (151)	732 (164)	678 (200)	846	786	764
	5080 (822)	4726 (825)	4324 (746)	7542 (1341)	6718 (1494)	6262 (1539)	9034	8823	8598

\*) Bei den in Klammern gesetzten Zahlen handelt es sich um Ausländer-Eheschließungen bzw. um Ausländer-Geburtsfälle (Davon-Zahlen).

## Amt 35 — Versicherungsamt

Im Jahre 1972 konnte das Amt — wie übrigens alle Versicherungsämter — auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken (sie sind am 1. 7. 1912 als besondere Abteilungen bei jeder unteren Verwaltungsbehörde errichtet worden).

### Wahlen für die Selbstverwaltungsorgane der Sozialversicherungsträger

Turnusmäßig stehen — zum 5. Male — im Jahre 1974 wieder Wahlen in der Sozialversicherung an. Die Vorbereitungen dazu wurden im Herbst 1973 eingeleitet. Rechtsgrundlage für die Wahlen sind

1. das „Selbstverwaltungsgesetz“ i.d.F.d. 8. Änderungsgesetzes vom 7. 8. 1973.

2. die „Wahlordnung für die Sozialversicherung“ i.d.F.d. 3. Änderungsverordnung vom 13. 8. 1973.

Die grundlegenden Bestimmungen sind geändert worden, um das Wahlverfahren — u.a. durch Erleichterung der Briefwahl — weiter zu vereinfachen.

### Krankenversicherung

Das Zweite Krankenversicherungsänderungsgesetz vom 21. 12. 1970, in Kraft ab 1. 1. bzw. 1. 7. 1971, brachte Verbesserungen der Krankenversicherung, besonders in Bezug auf das Beitrittsrecht und das Leistungswesen. Änderungen in der gesetzlichen Krankenversicherung ergaben sich ferner durch das „Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte“ vom 10. 8. 1972.

Veränderungen im Bestand der unter Aufsicht stehenden Krankenkassen

Aus dem Aufsichtsbereich des Versicherungsamtes schied aus:

1. 5. 1972

die BKK Gutehoffnungshütte Sterkrade AG, Werk Düsseldorf (übernommen von der BKK Gutehoffnungshütte Sterkrade AG, Oberhausen-Sterkrade, da die Leistungsfähigkeit der BKK Werk Düsseldorf durch einen überhöhten Rentneranteil beeinträchtigt war).

Änderungen im Bereich einzelner Betriebskrankenkassen:

1. 7. 1971

Ausscheidung der Betriebe Hilden und Langenfeld sowie des Betriebsteils (Röhrenwerk) Solingen-Ohligs der Kronprinz AG, Solingen, und Aufnahme in den Bereich der BKK Mannesmannröhren-Werke GmbH, Düsseldorf.

1. 4. 1973

Bei der BKK Mannesmannröhren-Werke AG trat insofern eine Bereichsänderung ein, als der Betrieb der ehemaligen Stahl-Union-Export GmbH auf Antrag der Thyssen-Stahl-Union GmbH ausgeschieden und in die AOK Düsseldorf eingegliedert wurde.

Ein Antrag der Mannesmannröhren-Werke AG, Düsseldorf, Betriebsteile des Röhrensektors der Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH aus der BKK Stahl- und Röhrenwerk Reisholz GmbH zum 1. 4. 1973 auszuschneiden, und zwar zu Gunsten der BKK Mannesmannröhren-Werke AG, wurde zurückgezogen.

Aufgrund eines Antrags des Arbeitgebers wurde 1973 bei der Papier- und Kunststoff-Werke Linnich GmbH, Sitz Düsseldorf, ein Errichtungsverfahren für eine Betriebskrankenkasse in die Wege geleitet. Der Antrag scheiterte, weil sich bei der vorgeschriebenen Abstimmung die Mehrheit der Abstimmungsberechtigten gegen die Errichtung der Betriebskrankenkasse ausgesprochen hatte.

Ende 1973 unterstanden der Aufsicht des Versicherungsamtes

- die Allgemeine Ortskrankenkasse Düsseldorf (AOK)
- die Innungskrankenkasse der Kreishandwerkerschaft zu Düsseldorf (IKK)

die allgemeinen Beitragssätze (in Prozent des Grundlohns)

	1971	1972	1973
Allgemeine Ortskrankenkasse . . . . .	8,8	8,8	9,5
Innungskrankenkasse . . . . .	7,8	7,8	9,0
Betriebskrankenkassen . . . . .	(8) 8,4-9,5	(9) 8,4-9,5	(16) 8,4-9,5
(Anzahl)	(3) 7,6-8,0	(4) 7,6-8,0	( 4) 7,0-7,5
	(8) 7,0-7,5	(6) 7,0-7,5	
	(2) unter 7,0	(1) unter 7,0	
die Gesamteinnahmen (Mio DM) . . . . .	330,8	384,8	441,5
die Gesamtausgaben (Mio DM) . . . . .	336,5	380,8	436,5
Mitgliederbestand . . . . .	320 785	315 821	317 951
darunter Rentner . . . . .	88 734	90 281	92 436

sowie folgende 20 Betriebskrankenkassen (BKK):  
(Namen in Kurzform)

- BKK Bagel
- Demag
- Deutsche Bank
- Glashütte
- Hein, Lehmann
- Hille & Müller
- Jagenberg
- Klößner
- Losenhausen
- Mannesmann
- Mannesmannröhren
- Paguag
- Rheinische Bahngesellschaft
- Rheinstahl Gießerei
- Rohde & Dörrenberg
- Schiess
- Schwann
- Stadt Düsseldorf
- Stahl- und Röhrenwerke
- Vereinigte Kesselwerke

11 Revisionen (Prüfung gemäß § 31 RVO) wurden durchgeführt, davon je vier in den Jahren 1971 und 1973.

1971 stellte sich heraus, daß die Ausgaben bei einem großen Teil der Krankenkassen die Einnahmen überstiegen (s. nachstehende Aufstellung), die finanzielle Lage also zu Beitragserhöhungen nötigte. Höhere Arzthonorare, Kostensteigerungen bei den Arzneimitteln und vor allem bei den Pflegesätzen für stationäre Krankenbehandlung waren Ursache der Ausgabeexplosion. 1972 sah sich das Versicherungsamt im Falle einer Betriebskrankenkasse veranlaßt, Maßnahmen gemäß § 391 RVO anzudrohen, um eine dringend erforderliche Beitragserhöhung durchzusetzen.

Bei der AOK und der IKK wurden in Übereinstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft großstädtischer Versicherungsämter die sog. Haustarife für die Krankenversicherung der Angehörigen im öffentlichen Dienst geprüft und der allgemeinen Beitragseinstufung angepaßt.

Näheres über die Entwicklung der Beitragssätze, der Einnahmen und Ausgaben sowie des Mitgliederbestandes ergibt sich aus nachstehender Übersicht.

Bei den unter Aufsicht des Versicherungsamtes stehenden Krankenkassen betragen am Ende des jeweiligen Jahres

## Rentenversicherung/Unfallversicherung

Die Inanspruchnahme des Versicherungsamtes auf ausgewählten Gebieten:

	1971	1972	1973
1. Auskunfts- und Beratungsstelle			
Altenberatungen . . . . .	133	321	305
Anträge auf Nachversicherung, Nachentrichtung, Beitragserstattung ArV, Heilverfahren . . . . .	1 051	807	700
2. Rentenantragstelle			
Rentenanträge in der ArV . . . . .	3 793	3 832	4 498
in der AnV . . . . .	2 004	2 385	2 696
Rentenanträge nach zwischenstaatlichen Sozialversicherungsabkommen . . . . .	294	307	340
3. Kartenausgabestelle			
Aufgereknete Versicherungskarten . . . . .	55 680	70 895	111 284
Anträge auf Vergabe einer Versicherungsnummer . . . . .	62 232	77 247	3 279
4. Erneuerung in Verlust geratener Versicherungsunterlagen			
Antragseingang (Prüfung und Beratung) . . . . .	1 162	1 122	702
5. Amtshilfe			
in der Rentenversicherung (Fälle) . . . . .	1 540	1 095	1 309
in der Unfallversicherung (Fälle) . . . . .	1 369	1 591	1 121
Erteilte Gutachten § 1572 RVO . . . . .	21	20	46
Durchgeführte Vernehmungen . . . . .	2 007	2 231	1 637

### Zu 1. Auskunfts- und Beratungsstelle

Das Rentenreformgesetz — RRG — vom 16. 10. 1973 hat großzügige Verbesserungen in der Rentenversicherung eingeführt (u. a. flexible Altersgrenze/vorgezogenes Altersruhegeld, Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige, Hausfrauen und andere Personen).

Die Folge war im Herbst 1972 eine starke Zunahme der Auskunfts- und Beratungstätigkeit, in die fast alle Sachbearbeiter des Versicherungsamtes eingeschaltet waren.

Auf Initiative des Sozialamtes wurden im Rahmen der Betreuung der alten Mitbürger durch den Auskunftsbeamten des Versicherungsamtes jeweils an einem Nachmittag im Monat Sonderberatungen in Fragen des Rentenrechts durchgeführt, und zwar ab Januar 1970 in der Alten-

heimstatt Flehe, für die Heimbewohner zusätzlich ab Januar 1971 — in Zusammenarbeit mit dem Ev. Gemeindedienst für Innere Mission — in der Altentagesstätte Kleverstraße 75.

### Zu 2. Rentenantragstelle

Die Auswirkungen des RRG zeigten sich hier im Jahre 1973 durch eine Zunahme der Rentenanträge. Der stärkere Zugang bei den Rentenanträgen aus der Arbeiterrentenversicherung war mit besonderen Schwierigkeiten bei den Rentenjahrgängen 1909 bis 1911 verbunden, da deren Versicherungsbestände während des Krieges bei der LVA Rheinprovinz verbrannt und erst zu etwa 40% in Wiederherstellungsverfahren erneuert waren. Hierdurch war die Entgegennahme des Rentenantrages, die gleichzeitig eine Rekonstruktion des Versicherungsverlaufes, also eine Kartenerneuerung im Rentenverfahren erforderlich machte, mit einem erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand verbunden. Nicht nur die Rekonstruktion des Versicherungsverlaufes, sondern auch die Beschaffung beweiskräftiger Unterlagen für die Zeit vor 1945 zurück bis 1923 und noch früher, wenn die Ansprüche erst durch das RRG begründet wurden, bereiteten Schwierigkeiten, was zu Antragslaufzeiten bis zu zwei Jahren führen kann. Hier sind die Versicherten besonders eingehend zu beraten, um sie von der Notwendigkeit der Beweisführung für ihre früheren Versicherungszeiten zu überzeugen.

### Zu 3. Kartenausgabestelle

Durch Auswirkungen der

Verordnung über den vorzeitigen Umtausch von Versicherungskarten vom 27. Mai 1971

ist die Zahl der aufgerekneten Versicherungskarten 1972 erheblich angestiegen. Der Schlußtermin vom 30. 6. 1972, bis zu dem alle Versicherungskarten zum Umtausch vorzulegen waren, wurde zunächst bis zum 31. 12. 1972 und schließlich sogar bis zum 31. 12. 1973 verlängert. Am 1. 1. 1973 trat das neue Verfahren gem. Datenerfassungsverordnung vom 24. 11. 1972 und Datenübermittlungsverordnung vom 18. 12. 1972 in Kraft. Danach werden künftig an Stelle der herkömmlichen Versicherungskarten für die Pflichtversicherten nur noch maschinell lesbare „Versicherungsnachweishefte der Sozialversicherung“ verwandt; die hierin enthaltenen Entgeltbescheinigungen sind von den Arbeitgebern bei den Krankenkassen einzureichen. Das Versicherungsamt wird durch diese Regelung künftig nur noch für Versicherungskarten (alter Art) für die freiwillig Versicherten (Umtausch) in Anspruch genommen werden.

Allerdings waren bis zum 21. 12. 1973 zunächst noch alle Versicherungskarten für die Pflichtversicherten mit den Eintragungen bis 31. 12. 1972 aufzurechnen und an die Versicherungsträger weiterzuleiten. Dies führte 1973 zu dem Rekordergebnis von mehr als 111 000 Versicherungskarten, die aufzurechnen waren.

### Zu 4. Kartenerneuerung

Durch die für die Beantragung von Rente anstehenden Jahrgänge 1909 bis 1911 hat sich — im Gegensatz zur Entwicklung bei der Rentenantragstelle — die Zahl der Anträge hier zwar verringert, doch ist — wie in der Rentenantragstelle — die Bearbeitung wegen Lücken in den Bei-

tragszeiten schwieriger geworden. In Zukunft, wenn die Versicherungsträger den Versicherten — wie vorgesehen ist — die Versicherungsverläufe mit der Empfehlung übersenden werden, für die nicht belegten Versicherungszeiten die Erneuerung der Versicherungsunterlagen zu beantragen, wird das Amt verstärkt auf diesem Gebiet tätig werden, um den Versicherungsverlauf vor dem Rentenantragsverfahren wiederherzustellen.

### Private Versicherungsunternehmen

1971 wurde die Krankenunterstützungskasse der Angestellten der Schiess AG zum 28. 2. aufgelöst. Am 31. 12. 1973 existierten je ein Tier-, Sach- und Krankenversicherungsverein sowie 9 Sterbekassen. Ende 1973 hatten die Versicherungsunternehmen rd. 13 500 Mitglieder. Im Jahre 1973 betrugen die Gesamteinnahmen rd. 745 000 DM, die Gesamtausgaben rd. 368 000 DM. Alle unter Aufsicht stehenden Versicherungsvereine wurden jährlich einmal geprüft.

Der Mitgliederkreis bei der Sterbehilfsgemeinschaft der Beamten und Angestellten der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, umbenannt in Sterbekasse Sozialversicherung — gegründet in der LVA Rheinprovinz — in Düsseldorf erfuhr 1972 eine erhebliche Erweiterung nach langwierigen Verhandlungen mit dem Vorstand der Einrichtung und dem Regierungspräsidenten Düsseldorf über die Einbeziehung aller in der Sozialversicherung tätigen Personen und ihrer Angehörigen in Nordrhein-Westfalen. Die Mitgliederzahl erhöhte sich danach von 3885 Ende 1971 auf 4830 Ende 1973.

Die Geschäftsführung einer Sterbekasse gab Anlaß zu Beanstandungen, die nach Prüfung und Besprechung beim Regierungspräsidenten zu einer Reihe von Auflagen führte.

### Amt für Wiedergutmachung

Am 1. 2. 1971 wurde diese Stelle — sie hatte zuletzt als Abteilung 3 dem Rechtsamt angehört — dem Versicherungsamt als Sachgebiet 06 eingegliedert. Von diesem Zeitpunkt an waren für die Aufgabenerledigung und Abwicklungsgeschäfte zwei Vollzeitbeschäftigte und eine Halbtagskraft unter der Leitung eines Beamten aus dem Stammpersonal des Versicherungsamtes für die Sachgebiete Entschädigungen und Heilfürsorge tätig.

Der am 12. 2. 1957 gebildete Ausschuß für Wiedergutmachung beschloß in seiner Sitzung vom 11. 6. 1971 sich aufzulösen, da er seine Aufgabe nach Bewältigung der wesentlichen Arbeiten in Entschädigungsangelegenheiten als erfüllt ansah. Der Auflösung des Ausschusses hat der Rat dann am 16. 9. 1971 zugestimmt. Soweit erforderlich, sollen die Funktionen des Ausschusses für Wiedergutmachung vom Personalausschuß wahrgenommen werden. Die Originalniederschriften des Wiedergutmachungsausschusses aus der Zeit vom 29. 3. 1957 bis 11. 6. 1971 wurden am 11. 12. 1972 dem Stadtarchiv übergeben.

Im Januar 1972 hat der Hauptausschuß beschlossen, früheren Mitbürgern, die während der NS-Zeit die Stadt aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen ver-

lassen mußten und die ihre Heimatstadt Düsseldorf einmal besuchen wollen, für einen achttägigen Aufenthalt Hotelkosten u. a. Vergünstigungen zu gewähren. Die Federführung wurde in die Hand des Amtes für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung gelegt. Bei der Prüfung der Anspruchsvoraussetzung wird, falls erforderlich, das Amt für Wiedergutmachung beteiligt.

Entschädigungen	Anträge	Ansprüche
Fälle aus zurückliegender Zeit,		
Stand 1. 1. 1971 . . . . .	52	153
Zugang 1971 . . . . .	22	61
(von nicht zuständigen Behörden		
erhaltene Fälle) 1972 . . . . .	6	23
Zusammen	80	237
Davon wurden erledigt . . . . .	70	223

Zahl der Restfälle am 31. 12. 1973 10 Anträge mit 14 Ansprüchen.

Im Arbeitsbereich Entschädigungen waren ferner Nachermittlungsaufträge des Regierungspräsidenten zu einzelnen Ansprüchen, die sich aus Änderungen des Gesetzes und der Rechtsprechung ergaben, sowie Anträge auf Anerkennung von Ersatzzeiten für die Sozialversicherung von Personen, die die Antragsfrist auf Entschädigung versäumt oder aus anderen Gründen keine Entschädigungsanträge gestellt hatten, zu erledigen.

Zahlreichen Amtshilfe- und Beratungersuchen von Gerichten, den Regierungspräsidenten Köln und Düsseldorf, der Landesrentenbehörde, den Sozialversicherungsträgern, dem Sozialamt, dem Ausgleichsamt sowie von auswärtigen Wiedergutmachungsstellen mußte nachgekommen werden (Zahl der Fälle in den einzelnen Jahren der Berichtszeit: 540, 430, 385).

### Heilfürsorge

Während der Arbeitsbereich Entschädigungen sich im Abwicklungsstadium befand, blieben die Aufgaben auf dem Gebiet der Heilfürsorge weiter bestehen.

Eine Bestandsaufnahme der Anspruchsberechtigten wurde zum 31. 10. 1972 durchgeführt; danach waren noch zu betreuen:

Personen der Geburtsjahrgänge 1877—1910	768
1911—1920	214
1921—1945	117
Zus.	1 099

Aus der Tätigkeit des Arbeitsbereichs werden folgende Zahlen genannt:

Bearbeitung von jährlich etwas über 200 Kuranträgen.

Ausgabe von jährlich rund 4000 Krankenbehandlungsscheinen.

Prüfung und Anweisung von Arzt- und Apothekenrechnungen (aus Mitteln des Bundes und des Landes) im Gesamtbetrag von jährlich etwa 750 000 DM.



## „Eigenunfallversicherung der Stadt Düsseldorf“

### — Gesetzliche Unfallversicherung — (EUV)

Von weittragender Auswirkung war das Bundesgesetz über die Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten vom 18. März 1971, das am 1. April 1971 in Kraft trat. Durch dieses Gesetz wurde das gesamte Bildungswesen von der Kindergartenstufe als Elementarbereich des Bildungssystems über die allgemein- und berufsbildenden Schulen bis zu den Hochschulen, einschließlich der Bildungsmöglichkeiten des Zweiten Bildungsweges, in den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz nach dem 3. Buch der Reichsversicherungsordnung einbezogen.

Bei der Eigenunfallversicherung sind seit dem 1. April 1971 alle Kindergartenkinder und Schüler versichert, die Einrichtungen besuchen, deren Sachkostenträger die Stadt Düsseldorf ist. Die Zahl der Versicherten, Anfang 1971 rund 60 000, stieg auf nahezu 140 000 an, womit jeder 5. Einwohner bei der EUV versichert ist.

Am 1. Januar 1973 schieden die Beschäftigten der Klinischen Anstalten der Universität, die Einrichtungen des Landes NW geworden sind, aus dem Zuständigkeitsbereich der Eigenunfallversicherung der Stadt Düsseldorf aus.

### Unfallverhütung

1971 hat der Techn. Aufsichtsbeamte seine Tätigkeit in der Unfallverhütung im vollen Umfang aufgenommen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen erlassen die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung die für die Arbeitssicherheit erforderlichen Vorschriften (Unfallverhütungsvorschriften). Aufgabe der Techn. Aufsichtsbeamten ist es, durch Betriebsbesichtigungen die Befolgung dieser Vorschriften zu überwachen. Die hierbei erhobenen Beanstandungen werden dem Unternehmer (Amts-/Betriebsleiter) schriftlich mitgeteilt und ihm wird aufgegeben, die Mängel innerhalb einer bestimmten Frist zu beheben und die Erledigung mitzuteilen. Der Amts-/Betriebsleiter oder ein von ihm bestimmter Beauftragter sowie der zuständige Sicherheitsbeauftragte nehmen an der Betriebsbesichtigung teil. Der Techn. Aufsichtsbeamte steht den Betrieben zur Beratung bei der Lösung von Unfallverhütungsproblemen zur Verfügung und hält auf Wunsch einschlägige Lichtbildvorträge in den Ämtern und Betrieben.

Amts- und Betriebsleitern, Sicherheitsbeauftragten und Versicherten wird durch Zeitschriften, Merkblätter und anderes Schriftenmaterial, das von der EUV kostenlos verteilt wird, ständig Gelegenheit geboten, sich über Unfallgefahren und deren Verhütung zu informieren. Soweit geeignetes Informationsmaterial aus anderen Quellen nicht zur Verfügung steht, bemüht sich die EUV, eigenes Material zu erarbeiten.

Durch die Einbeziehung der Kindergartenkinder, Schüler und Studenten in den Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung sollen diesem Personenkreis nicht nur die

Leistungen nach einem Unfall zugute kommen, vielmehr soll die Unfallverhütung, wie im Berufsleben, auch im Bereich der Schülerunfallversicherung vorrangig sein. Hier mußten und müssen völlig neue Wege auf dem Gebiet der Unfallverhütung beschritten werden. Ein erster Schritt auf diesem Gebiet war die Schriftenreihe „A B C der Unfallverhütung in Schulen“, die unter Mitwirkung der Eigenunfallversicherung von den Unfallversicherungsträgern der öffentlichen Hand in Nordrhein-Westfalen herausgegeben wurde. — 1972 erschienen zwei Mappen in dieser Reihe, und zwar „Sichere Glastüren“ und „Erste Hilfe“.

1971 hat die Eigenunfallversicherung für die versicherten Arbeitnehmer eine Schriftenreihe „Tips zur Unfallverhütung“ entwickelt. Diese „Tips“ werden mit wechselnden Themen herausgegeben und jeweils den Lohn- bzw. Gehaltsabrechnungen der beschäftigten Versicherten beigelegt.

### Erschienenene Folgen

#### Thema

- 1971 „Einführung“, „Fußböden und Verkehrswege“ (Auflage je 23 000 Exemplare)
- 1972 „Treppen“, „Türen und Fenster“ (Auflage je 23 000 Exemplare)
- 1973 „Elektrische Leuchten“, „Elektrische Geräte“ (Auflage je 16 000 Exemplare)

Die ausländischen Arbeitnehmer bedürfen auch in Fragen der Unfallverhütung besonderer Aufmerksamkeit. Im Jahre 1972 hat die EUV ein Merkheft „Sicheres Arbeiten bei der Stadtreinigung“ in Deutsch, Spanisch und Serbo-Kroatisch herausgegeben. Es enthält eine Zusammenfassung aus den für diesen Bereich einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften. Die Broschüre, die allen bei der Stadtverwaltung in diesem Bereich Tätigen zur Verfügung steht, wurde von vielen gemeindlichen Unfallversicherungsträgern in der Bundesrepublik übernommen.

Die Vertreterversammlung beschloß am 9.9.1971 die Unfallverhütungsvorschriften „Straßenreinigung“ und „Leitern und Tritte“, ferner die Außerkraftsetzung der Unfallverhütungsvorschrift „Leitern und Tritte“ vom 31. 1. 1962, am 26. 10. 1973 den 1. Nachtrag zur Unfallverhütungsvorschrift „Kassen“, außerdem die Außerkraftsetzung der Unfallverhütungsvorschrift „Azetylenanlagen“.

Der Rat der Stadt hat am 14. 12. 1972 die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Eigenunfallversicherung beschlossen. (Hierbei geändert: Höchstbetrag des anrechnungsfähigen Jahresarbeitsverdienstes: 48 000 DM bisher 36 000 DM).

### Die Unfallrenten wurden

- 1971 durch das 13. Rentenanpassungsgesetz um 9,3% erhöht,
- 1972 durch das 14. Rentenanpassungsgesetz um 12,7% und
- 1973 durch das 15. Rentenanpassungsgesetz um 11,9%.

Über Arbeitsumfang und Entschädigungsleistungen gibt die nachstehende Übersicht ein Bild:

	1971	1972	1973
Allgemeine Unfallversicherung			
Gemeldete Unfälle und Berufskrankheiten . . . . .	1700	1688	1702
Bewilligte Renten . . . . .	49	46	39
Rentenempfänger am Jahresende . . . . .	246	238	246
Versicherungsleistungen (in Mio DM) . . . . .	1,33	1,25	1,53

	1971	1972	1973
Schülerunfallversicherung			
Gemeldete Unfälle . . . . .	3689	7126	7615
Bewilligte Renten . . . . .	—	13	29
in Versicherungsleistungen (in Tsd DM) . . . . .	223	820	849
Unfallverhütung			
Betriebsbesichtigungen und Beratungen . . . . .	229	267	385
Ausbildungsveranstaltungen . . . . .	3	1	3

## Amt 37 — Feuerwehr

Am 1. Oktober 1972 bestand die Berufsfeuerwehr Düsseldorf 100 Jahre. Dieses Jubiläum war Anlaß für die Herausgabe einer über 100 Druckseiten starken, reichbebilderten Festschrift

„100 Jahre Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt Düsseldorf 1872—1972“.

Da in dieser Schrift die Entwicklung des Feuerlöschwesens bis 1972 auch auf den Gebieten geschildert ist, die Gegenstand einer Darstellung im Verwaltungsbericht sind, können sich die folgenden Ausführungen auf wenige Sachverhalte, besonders auf solche im Jahre 1973, beschränken.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 63 Stunden pro Woche ab 1.1.1971 und weiter auf 56 Stunden ab 1.10.1973 erhöhte den Personalbedarf beträchtlich.

Am 1. Juli 1973 wurde das Rettungswagensystem eingerichtet, was ebenfalls mehr Personal bedingte (s. hierzu Bericht des Amtes 53).

Der Stellenplan sah Ende 1973 550 Planstellen vor (77 mehr als Ende 1970), von denen 512 Stellen besetzt waren. Der Fahrzeugbestand änderte sich zahlenmäßig nicht wesentlich:

	1971	1972	1973
Lösch- und Sonderfahrzeuge (einschl. Löschboote) . . . . .	43	43	41
Sonstige Kraftfahrzeuge (einschl. Krankenkraftwagen) . . . . .	59	61	61
Anhänger-Fahrzeuge und Tragkraftspritzen . . . . .	21	21	21

Den 37 Abgängen an Fahrzeugen standen in der Berichtszeit 31 Zugänge gegenüber, von denen folgende, besonders im Hinblick auf die Einführung des Rettungswagensystems, von Bedeutung waren:

1971	1 Einsatzleitwagen (ELW)		
	5 Krankentransportwagen (KTW)		
1972	2 Gerätekombi (GK)		
	3 Krankentransportwagen (KTW)		
	2 Rettungswagen (RTW)		
	2 Rettungs-Pkw (RP)		
1973	1 Löschfahrzeug LF 16		
	2 Kraftfahrdrehleitern DL 30 h mit Rettungskorb		
	2 Gerätekombi (GK)		
	6 Rettungswagen (RTW)		

Im übrigen sind hauptsächlich überalterte Fahrzeuge gegen technisch bessere ausgewechselt worden.

Über die Einsätze der Feuerwehr sind Angaben in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt zu finden.

Im Hinblick auf die Einführung des Rettungswagensystems seien hier die im Sanitätswesen durchgeführten Transporte und anderen Hilfeleistungen angegeben:

	1971	1972	1973
Krankentransporte . . . . .	29 101	27 335	26 562
Unfallverletzten-Transporte . . . . .	7 040	9 269	11 480

In den Zahlen von 1973 sind enthalten:

Rettungswagen- und Rettungs-Pkw-Einsätze (Notarzt) . . . . .			je 1 535
--	--	--	----------

Die Abteilung Vorbeugender Brandschutz hat in den einzelnen Berichtsjahren 1562, 1378 und 1189 brandschutztechnische Gutachten erstellt.

Sie nahm ferner vor

	1971	1972	1973
Brandschauen . . . . .	986	1138	988
Nachschaun . . . . .	566	560	580

## Amt 38 — Amt für Bevölkerungsschutz

### Zivile Verteidigung

Nach § 1 des Gesetzes über die Mitarbeit der Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung v. 27. 3. 1962 — GV. NW. Nr. 23/1962 — sind die Gemeinden verpflichtet, Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung zu treffen. Diese Maßnahmen führen die Gemeinden als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung durch. Die nach § 3 bestimmte Stelle, die unter Verantwortung des Hauptverwaltungsbeamten dafür zu sorgen hat, daß die o.g. Aufgaben nach einheitlichen Gesichtspunkten wahrgenommen werden, ist das Amt 38.

Da ein großer Teil dieser Aufgaben unter die Verschlusssachen-Vorschriften fällt, kann insoweit an dieser Stelle über ihre Durchführung nicht berichtet werden.

Im April 1972 erschien erstmalig ein „Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“, das die Gemeinden als Orientierungshilfe zu verwenden haben. Nach dem Willen der Bundesregierung „ist die zivile Verteidigung ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung; in besonderem Maße dient sie dem Schutz der Bürger“.

Bestimmte vorzubereitende Planungsmaßnahmen sind ab 1. 1. 1973 bundeseinheitlich neu gruppiert worden; die kalendermäßige Bearbeitung und Koordinierung mit den zur Ausführung bestimmten Fachämtern ist eingeleitet. — Jährlich wurden auf verschiedenen Ebenen diesbezüglich Informationstagungen und Übungen durchgeführt, davon drei allein im Jahr 1973. — Im Mai 1972 nahmen der OStD, StD, Dez. 011 und Angehörige des Amtes 38 an einem Planspiel (Kat.-Abwehr) in Oberhausen teil. — Zu Lehrgängen bei der Akademie für zivile Verteidigung und dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz wurden je Berichtsjahr durchschnittlich zwei Teilnehmer entsandt.

Die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) bezog sich auf mündlichen Informationsaustausch, Austausch von Fachzeitschriften und eine große Planübung im Oktober 1973. —

### Zivilschutz, Katastrophenschutz

Die Jahre 1971 — 1973 können rückblickend in bezug auf das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes v. 9. 7. 68 — BGBl. I S. 776 — als Jahre der Reformierung und Bewährung betrachtet werden.

Mit RdErl. BMI — GMBI. Nr. 11/72 — erging die Weisung, den bisherigen Luftschutzhilfsdienst — LSHD — in den Katastrophenschutz einzuordnen, d.h. den Sanitätsdienst in die Trägerschaft der Hilfsorganisationen und den Bergungsdienst zum THW zu überführen. Entscheidend dafür war die Frage, ob die Helfer gleichzeitig einer Hilfsorganisation angehörten oder nicht. Letzteres traf für alle LSHD-Helfer zu, und so hatten sie ein diesbezügliches Erklärungsrecht. Bis auf drei Ausnahmen lehnten alle Helfer die Trägerschaft einer Organisation ab, so daß diese Einheiten und Einrichtungen als Regieeinheiten und -einrichtungen der Stadt weiterzuführen sind.

Die Stärke dieser Regieeinheiten (Brand-schutz-, Bergungs-, Sanitär-, ABC- und Fernmeldedienst) betrug Ende 1973 . . . 654 Helfer.

Für die Aufgaben nach dem KatSG wurden bei den Hilfsorganisationen und dem THW verpflichtet . . . . . 450 Helfer.

(Durch die Zustimmung des Amtes 38 für diese zehnjährige Dienstleistung sind diese Helfer vom Wehrdienst freigestellt.)

Zum Katastrophenschutz gehören weiterhin Helfer, die sich auf der Grundlage der Satzungen der Hilfsorganisationen ohne Zeitbegrenzung verpflichtet haben . . . . . 566 Helfer.

Insgesamt standen also Ende 1973 rd. . . . 1670 Helfer zur Verfügung.

Die Ausbildung der stadt-eigenen Einheiten (Regie-) erfuhr eine willkommene Abwechslung mit Nutzeffekt für die Stadt, z.B. beim Abbruch einer großen Holzlagerhalle im März/April 1971 und Demontage eines 25-t-Krans im Oktober 1971 in den Städtischen Häfen, Einsatz im Juli und September 1971 zur Notstromversorgung des Flughafens und beim Einsatz der Kettensägen 1973 im Eller Forst.

Den Regieeinheiten standen Ende 1973 zur Verfügung:

- 3 Geräte-Kraftwagen (GKW)
- 15 Mannschafts-Kw (MKW)
- 6 Funkkommando-Kw (Fukow)
- 4 Kranken-Kw (1972 + 2, 1973 + 1)
- 4 Entgiftungs-Kw
- 36 Lösch- u. Spezial-Kw
- 20 Tragkraftspritzen TS 8/8
- 24 ABC-Entgiftungsanhänger
- 9 Notstromaggregate
- 4 HD-Kompressoren
- 2 Sirenenanhänger

Zusammen 127 Einheiten

Die aus dem Helferkreis gewonnenen Kraftfahrer wurden speziell geschult und fortgebildet. Im Juli 1973 wurde eine „Dienstanweisung für die Kraftfahrer des Katastrophenschutzes (Regie)“ herausgegeben.

Ab September 1973 lief eine Gesamtinventur der verlasteten Fachdienstausrüstung, die am Ende der Berichtszeit aber noch nicht abgeschlossen war.

Als Beitrag zur Hilfeleistung in Äthiopien wurden im Dezember 1973 vier Tornisterfiltergeräte kompl., 8 Fluorex-Leuchtstofflampen und 8 kompl. Kabeltrommeln abgegeben.

Zu den Entwürfen der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (Vwv) wurde eine umfangreiche Ausarbeitung mit Stellungnahmen und Vorschlägen vorgelegt. Am 27. 2. 1972 sind alsdann erschienen:

- |                       |                          |
|-----------------------|--------------------------|
| KatS-Organisation-Vwv | (veröffentlicht im       |
| KatS-Ausbildung-Vwv   | BAnz. Nr. 46 v. 7. 3. 72 |
| KatS-Ausstattung-Vwv  | bzw. im GMBI. Nr. 11     |
| KatS-Kosten-Vwv       | v. 7. 3. 72)             |

Auf dieser Grundlage wurde mit der Aufgabendurchführung begonnen. Es handelt sich

bei der KatS-Organisation-Vwv

um die Mitwirkung aller öffentlichen und privaten Einheiten und Einrichtungen, der Organisation der Zusammenarbeit, die Berufung von Vertretern in den Stab des HVB (§ 7 Abs. 3 KatSG), die Stärkefestsetzung u. Gliederung, die Festlegung der Fachdienstaufgaben, die Aufsicht und Führung und um die verpflichteten Helfer einschließlich ihres Rechtsstatus;

bei der KatS-Ausbildung-Vwv

um die allgemeine und zusätzliche Ausbildung, die Fachausbildung am Standort, die Überwachung der Durchführung der Ausbildung, Ausbildungseinrichtungen, Entsendung zu Lehrgängen, Beurteilung und Verwaltung der Ausbildungsunterlagen;

bei der KatS-Ausstattung-Vwv

um die Beschaffung, Verwaltung, Unterbringung, Wartung und Pflege zur Materialerhaltung, Aussonderung und Ersatzbeschaffung.

Bei der KatS-Kosten-Vwv

wurde ab 1. 1. 1973 die bisherige Abrechnungsregelung abgelöst. Der Mittelbedarf wird nunmehr nach Richtzahlen und Jahresbeträgen berechnet und angefordert. Die Zahlung des pauschalen Mehraufwandes hat auf der Grundlage des § 14 KatSG — persönliche und sächliche Verwaltungskosten tragen die Gemeinden — die Stadt übernommen.

Der große Katastrophenabwehrplan ist 1972 in einer Druckauflage von 150 Stück in seinen wesentlichen Teilen I und II auf Ringbuchform (DIN A 4) umgestellt worden. Im August 1973 wurde ein Neudruck des kleinen Planes als „Notrufverzeichnis der Katastrophen-Abwehrleitung Düsseldorf“ aufgelegt und verteilt.

Den an den Pipelines verursachten Ölunfällen hat das Amt besonderes Augenmerk geschenkt und die Probleme mit dem Ordnungsamt, Kanal- und Wasserbauamt, den Stadtwerken und der Feuerwehr erörtert.

1973 wurden Standorte für bemannte Deko- (Dekontaminierung), ABC-Meß- und Beobachtungsstellen erkundet und festgelegt. Die für den Führungsstab vorgesehenen ABC-Auswerter gingen jährlich zu praktischen Übungen und zur Fortbildung.

Auf dem Gebiet des Zivilschutzes entstanden dem Bund nach Einzelberechnung insgesamt folgende Kosten:

1971 rd. 373 000 DM

1972 rd. 450 000 DM

1973 rd. 327 000 DM (1973 ohne Verpflegungszuschuß und Mehraufwand).

### Besondere Maßnahmen

Die im November 1973 aufgetretene „Ölkrise“ veranlaßte die unverzügliche Durchführung von Sparmaßnahmen und die Vorbereitung und Alternativmaßnahmen. Der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr NW erhielt auf

Anforderung eine Gesamtzusammenfassung des Jahresbedarfs an Vergaser- und Dieselkraftstoff, leichtem und schwerem Heizöl.

Zum Wassersicherstellungsgesetz v. 24. 8. 1965 erschien die 2. WasSVO v. 11. 9. 1973 — BGBl. I S. 1313, die an die vom Leitungsnetz unabhängig zu bauenden Brunnen besondere technische Anforderungen stellt. Auf der Grundlagenplanung Amt 38/Stadtwerke von 1969 sind etwa 100 solcher Brunnen als Ausbauziel gesetzt; bis Ende 1973 waren 39 fertiggestellt, davon 15 allein im Jahr 1973.

### Warn- und Alarmdienst

Das öffentliche Sirenenetz umfaßte nach Ausbau weiterer 63 Sirenen Ende 1973 310 Elektro-Sirenen, die zweimal jährlich durch einen Probelauf auf ihre Funktionsfähigkeit geprüft worden sind. Die Erweiterungs- und Wartungskosten, die der Bund erstattete, beliefen sich auf

rd. 87 000 DM im Jahr 1971

rd. 31 000 DM im Jahr 1972

rd. 80 000 DM im Jahr 1973

Da nach nunmehr 10 Jahren 1973 etwa 140 Standortverträge ausgelaufen sind, wurden sie für weitere 12 Jahre erneuert und die betroffenen Hauseigentümer mit einer Entschädigung abgefunden.

Im September 1973 wurde ein Auftrag für die erste Preßluft sirene (Garath) vergeben, die wegen ihrer hohen Leistung und Stärke die Aufstellung einer größeren Anzahl E-Sirenen dort überflüssig macht.

Wichtige Verwaltungen und lebenswichtige Betriebe sind verpflichtet, durch sog. Warnstellen an das zuständige Warnamt angeschlossen zu sein. 56 solcher Warnapparate sind bis Ende 1973 in Düsseldorf installiert. Sie dienen laufenden Durchsagen über die Luft- und ABC-Lage. Jeden Monat wurde eine Übungsdurchsage durchgespielt. Je drei Bedienstete wurden für die Entgegennahme und Auswertung der Luft- bzw. ABC-Lage ausgebildet.

### Selbstschutz

Nach § 10 KatSG obliegen Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes der Bevölkerung den Gemeinden. Die Vwv-Selbstschutz v. 11. 5. 1971 — BAnz. Nr. 92 v. 18. 5. 1971 —, ein Erlaß des BMI vom 27. 12. 1971 bzw. des IM/NW v. 19. 5. 1972 regeln die Durchführung der gesetzlichen Aufgabe. Die Aufgaben erstrecken sich auf vorbeugende und unmittelbar schützende Maßnahmen, Hilfeleistungen nach Eintritt von Schäden sowie allgemeine Maßnahmen zur mittelbaren Gefahrenabwehr. Der Nutzeffekt erstreckt sich hierbei auch auf die täglichen Unfälle und die Hilfsfähigkeit dabei. Bei dieser großen Aufgabe können sich die Gemeinden des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) bedienen. Ab 1970 wurde die Zusammenarbeit mit der Dienststelle Düsseldorf des BVS auf dieser neuen Grundlage aufgenommen. Aufrufe in Zeitungen und im Amtsblatt appellierten an den guten Willen zur Ausbildung und Aufklärung. Es nahmen an der Ausbildung teil:

1971	3432 Personen
1972	5646 Personen
1973	6169 Personen

Ab 1. 10. 1973 wurde die neugeschaffene Stelle mit einem Sachbearbeiter besetzt, der sich nunmehr ausschließlich dieser Belange annimmt. Das Ziel ist, durch planvolle Vorbeugung und schnelle, fachgerechte Selbsthilfe beizutragen, den Verlust an Menschenleben und Material zu vermindern.

**Schutzbau**

Am 1. 7. 1972 wurde die Mehrzweckanlage ARAG zur Verwaltung und Nutzung nach § 18 Abs. 3 Schutzbaugesetz übergeben. Die erstmalig auf diesem Gebiet formulierten Verträge wurden als Muster dem Deutschen Städtetag und einigen interessierten Großstädten zur Verfügung gestellt.

Dem öffentlichen Schutzbau Rechnung tragend wurde im „Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz — GVFG)“ v. 13. 3. 1972 — BGBl. I S. 502 v. 29. 3. 1972 — im § 12 die Verpflichtung aufgenommen, bei Verkehrsanlagen öffentliche Schutzräume einzurichten, wenn der Bund die entstehenden Kosten trägt. Gemeinsam mit dem U-Bahn-Amt wurden insgesamt 8 Haltestellen für den Ausbau als öffentliche Schutzräume für geeignet vorgesehen. Auf der Grundlage der „Vorläufigen Verfahrensregeln für die Errichtung öffentlicher Schutzräume in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (MZB)“ des BMI i. d. F. v. 1. 10. 1971 wurde am 21. 7. 1972 beim Innenminister ein Antrag auf Förderung von Mehrzweckbauten an 6 Haltestellen (sieben Ordner Material) gestellt. Am 13. 12. 1972 tagte hier die Interministerielle Kommission und entschied sich zunächst für den Bau von Mehrzweckanlagen bei den Haltestellen Nordstraße und Heinrich-Heine-Allee. Mit Erlaß v. 7. 3. 1973 erklärte der BMI diese Vorhaben in zivilschutz-

taktischer Hinsicht für geeignet. Seit April 1973 laufen die diesbezüglichen Vertragsvereinbarungen, die Ende 1973 noch nicht abgeschlossen waren.

**Kampfmittelbeseitigung**

An Fund- bzw. Verdachtsmeldungen eingegangen: 1971 66, 1972 80, 1973 51. An größeren Bomben wurden im Jahresdurchschnitt 7 Stück und an Brandbomben 15 Stück gefunden, dazu Granaten, Gewehrmunition, Panzerfäuste, Spreng- und Zündmittel. Unfälle bei der Kampfmittelbergung sind nicht eingetreten.

**Beirat für Zivilschutz (ZS)**

Der Beirat für Zivilschutz beim Deutschen Städtetag hat in jedem Jahr zwei Sitzungen durchgeführt und hier in den Berichtsjahren sehr umfangreiche Sachprobleme erörtert. Aus dem großen Themenkreis werden einige wichtige Punkte genannt, die als Stellungnahmen, Vorschläge, Kritik und Empfehlungen in schriftlichen Ausarbeitungen vorgelegt wurden: Negativkatalog für die zivile Verteidigung, Richtlinien für die Errichtung von Katastrophenschutzzentren, Weißbuch der Bundesregierung v. April 1972, Katastrophenschutz-Verwaltungsvorschriften, Katastrophenschutz-Materialerhaltungs-Vwv, Festlegung und Stärke des Katastrophenschutzes, Ersatzdienstgesetz, Umweltschutz und Katastrophenabwehr, Selektivrufanlagen und Funkgeräte, Entwürfe der Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen (STAN), Regelung über die Jahresbeträge als Selbstbewirtschaftungsmittel, Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Gebieten, Empfehlungen für betrieblichen Katastrophenschutz, Ministerialentwurf zur Registrierung von Personen in Katastrophenfällen, Musterentwurf eines Ländergesetzes zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse der KatS-Helfer, hauptamtliches Personal für die Wartung von KatS-Gerät, Kostentragung bei öffentlichen Schutzräumen, Ausbildungsvorschriften.

# Schul- und Kulturverwaltung

## 40 Schulverwaltungsamt

### 41/1 Kulturamt

41/201 — Heinrich-Heine-Institut

41/202 — Stadtbüchereien

41/204 — Dumont-Lindemann-Archiv

41/205 — Kunstmuseum

41/206 — Stadtgeschichtliches Museum

41/207 — Schloß Benrath

41/208 — Löbbecke-Museum und Aquarium

41/209 — Naturkundliches Heimatmuseum Benrath

41/210 — Goethe-Museum

41/211 — Orchester („Düsseldorfer Symphoniker“)

41/212 — Robert-Schumann-Konservatorium

41/213 — Kunsthalle

41/215 — Orangerie Benrath

41/216 — Hetjens-Museum

### 42 Theaterverwaltung

## Amt 40 — Schulverwaltungsamt

Die Arbeit des Amtes wurde sehr stark durch die im ganzen Bundesgebiet eingeführten Reformen und Reformversuche im Bildungswesen beeinflusst. Diese reichen von Versuchen mit Vorklassen, Schulkindergärten und Grundschulen über die Einrichtung von Förderunterricht, die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe, die Errichtung von Gesamtschulen, den Versuch der Differenzierung an Realschulen, Versuche zur Reform der beruflichen Bildung, Blockunterricht in Berufsschulen und Versuche zur integrierten Kollegstufe bis zur Planung und Entwicklung von Gesamthochschulen und neuen Formen der Erwachsenenbildung. Das Ergebnis der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern ist im Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung veröffentlicht worden. Die Vorstellungen dieser Kommission und die vom Kultusminister NW herausgegebenen Richtlinien bildeten die Grundlage für den Entwurf eines Schulentwicklungsplanes für den Bereich der Stadt Düsseldorf bis zum Jahr 1985, der im Oktober 1973 vorgelegt wurde. Die in zwei Jahren erarbeiteten Schulentwicklungsdaten geben Auskunft über das voraussichtliche Schüleraufkommen in den Jahren 1975 — 1985 nach Schuljahrgängen, Schulstufen und Schulformen, den voraussichtlichen Schulraumbedarf, über die Möglichkeiten der Entwicklung der Schulstruktur, die Schulstandorte, die Investitionskosten, die zeitliche Verwirklichung und über die Folgekosten.

### Lehr- und Unterrichtsmittel

Die durch die Reformen notwendige Erneuerung der Lernziele, Lerninhalte, Methoden und Arbeitsformen verlangt eine darauf abgestimmte Ausstattung der Schulen mit modernen Lehr- und Unterrichtsmitteln. In der Berichtszeit wurden für Lehr- und Arbeitsmaterial im naturwissenschaftlichen Bereich, für Lehrer- und Schülerbibliotheken, für den Musik- und Werkunterricht und in anderen Bereichen, insbesondere auch für die Ausstattung mit audio-visuellen Geräten sowie anderen modernen Unterrichtsmedien über 6,5 Mio DM aufgewandt. Die für diese Zwecke bereitgestellten Mittel erreichten 1973 eine Steigerung von 50% gegenüber den entsprechenden Mitteln im Jahre 1970. Darüber hinaus wurden für Grund- und Ergänzungsaustattungen an Lehr- und Unterrichtsmitteln in ca. 40 Neu-, Erweiterungs- und Umbauten aus Sondermitteln Aufwendungen von über 2 Mio DM finanziert. Für die städtischen Schulen, seit 1973 in enger Zusammenarbeit mit dem aus Pädagogen, Technikern und Verwaltungsleuten bestehenden Medienpädagogischen Arbeitskreis, wurden von 1971 bis 1973 neben zahlreichen anderen Geräten (z. B. Fernsehgeräte)

- 250 Film- und Diaprojektoren
- 300 Tageslichtprojektoren
- 180 Plattenspieler
- 140 Tonbandgeräte
- 70 Thermo- und Buchkopiergeräte
- 60 Rechenautomaten

beschafft. Die Gesamtschule Kikweg erhielt zur Durchführung des Projektes „Schülertestauswertung“ im Rahmen des Gesamtschulversuches Düsseldorf einen aus

Bundes- und Landesmitteln finanzierten Kompaktrechner mit Zubehör im Gesamtwert von rd. 100 000 DM. Außerdem wurden, wenn auch bisher im begrenzten Umfang, Tischcomputer und Video-Cassetten-Recorder für Gymnasien und berufsbildende Schulen beschafft.

Vorwiegend der Herstellung eigener Arbeitsmaterialien für den Unterricht dienen die bisher installierten 8 Rank-Xerox-Massenkopierer, die vor allem in berufsbildenden Schulen, teilweise aber auch schwerpunktmäßig von mehreren Schulen verschiedener Schulformen benutzt werden.

Weitere Schulen wurden mit Sprachlehranlagen ausgestattet, so daß am 31.12.1973 im folgenden Umfang derartige Anlagen vorhanden waren:

Grund-, Haupt- und Sonderschulen . . . . .	22
Realschulen . . . . .	7
Gymnasien . . . . .	11
Berufsschulen . . . . .	2

### Verwaltung

Die strukturellen Veränderungen bedingten auch ein Anwachsen der Verwaltungsarbeit in den Schulen. Dieser Entwicklung wurde dadurch Rechnung getragen, daß zusätzliche Stellen für Schulsekretärinnen geschaffen wurden. So war es möglich, 15 Schulen für Lernbehinderte, 3 Schulen für Geistigbehinderte (Sonderschulen), 3 Montessori-Schulen und 36 Grundschulen jeweils eine teilzeitbeschäftigte Schulsekretärin zuzuweisen. Für die Einstellung von weiteren 38 Grundschulsekretärinnen wurden Ende 1973 die stellenplanmäßigen Voraussetzungen geschaffen.

### Schülerfahrkosten

Die aufgrund der Verordnung zu § 7 Schulfinanzgesetz bestehende Verpflichtung der Schulträger, unter bestimmten Voraussetzungen die notwendigen Schülerfahrkosten zu zahlen, bestand weiterhin. Die finanzielle Belastung betrug in den 3 Berichtsjahren 4,4 Mio DM, 4,9 und 5,2 Mio DM. Die gestiegenen Aufwendungen sind nicht auf eine zunehmende Zahl der „Fahrschüler“ zurückzuführen, sondern auf die allgemeinen Preiserhöhungen im Personenverkehr der öffentlichen Verkehrsbetriebe.

Mit Beginn des Schuljahres 1973/74 führte die Rheinische Bahngesellschaft AG in Abstimmung mit dem Schulverwaltungsamt eine Jahreskarte für Schüler ein, die dem Berechtigten unnötige Wege zum Kauf einer Wertmarke erspart.

### Lernmittelfreiheit

Die vom Kultusminister NW durch Verordnung zu jedem Schuljahr neu festgesetzten Durchschnittsbeträge für die Beschaffung von Lernmitteln bedingten eine Steigerung der Ausgaben auf dem Gebiet der Lernmittelfreiheit. Durch die sparsame Wirtschaftsführung der Schulleiter und Lehrer war es möglich, die Ausgaben konstant zu halten (in den einzelnen Jahren: 5,5, 4,8 und 5,3 Mio DM).

Für das Schuljahr 1973/74 wurde mit den ortsansässigen Buchhändlern ein Vertrag über die Lieferung von Lernmitteln (Schulbüchern) in Form der Sammelbestellung abgeschlossen, nachdem das Verbot der Sammelbestellung durch Erlaß des Kultusministers NW vom 28. 4. 1972 aufgehoben worden war. Die erzielten Rabatte und die durch Unterschreitung der einzelnen, je Klasse festgelegten Höchstbeträge erzielten Einsparungen werden den Schulen zur Beschaffung von zusätzlichen Lehr- und Unterrichtsmitteln wieder zur Verfügung gestellt.

### Schulbau

Die Bemühungen um die Verbesserung der Schulraumverhältnisse sind fortgesetzt worden.

Folgende Schulneubauten, Erweiterungsbauten und Umbauten wurden fertiggestellt:

im Jahre 1971

Grund-, Haupt- und Sonderschulen Klassenräume

Weberstraße, I. Bauabschnitt (BA)	
Hauptschule	10
Arnstadter Weg, Neubau Grundschule	11
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße, I. BA Sonderschule für Lernbehinderte	12
Schwerinstraße, Erweiterungsbau Grundschule	8
Unterrather Straße, Erweiterungsbau Grundschule	8
Mettmanner Straße, Turnhalle	—
Paulsplatz, Erweiterungsbau	3
Neustrelitzer Straße, Erweiterungsbau	4

Realschulen

Siegburger Straße, Neubau Realschule	18
Schlüterstraße, Neubau Realschule	18
Graf-Recke-Straße, Neubau Aufbau- realschule	20

Gymnasien

Brucknerstraße, Erweiterungsbau Annette-von-Droste-Hülshoff- Gymnasium	8
Graf-Recke-Straße, Erweiterungsbau Rethel-Gymnasium	6

Berufsschulen

Siegburger Straße, Neubau Gewerbl. Mädchenberufsschule	20
---	----

Gesamtschulen

Bauliche Zwischenlösung Piroldstraße	6
--------------------------------------	---

im Jahre 1972

Grund-, Haupt- und Sonderschulen

Diepenstraße, Holzhaus	2
Brinckmannstraße, Sonderschulzentrum, III. u. IV. BA	34

Schillstraße, Erweiterungsbau Klassenräume

Grundschule	15
Lanker Straße, Turnhalle	—
Bernburger Straße, Turnhalle	—
Vennhauser Allee, Neubau Grundschule	12
Steinkaul, Erweiterung (Holzbauweise)	2
Helmutstraße, Erweiterung Montessori-Schule (Holzbauweise)	4

Realschulen

Corellistraße, III. BA (Holzbauweise)	2
---------------------------------------	---

Gymnasien

Hansaallee, Neubau Comenius- Gymnasium	27
---	----

Berufsschulen

Färberstraße, Umbau einer früheren Turn- halle zur Kantine und zur Werkstatt	—
Friedenstraße, Umbau eines Mehr- zweckraums und von Nebenräumen zur Turnhalle für die Kaufm. Schule I	—

im Jahre 1973

Grund-, Haupt- und Sonderschulen

Max-Halbe-Straße, II. BA Neubau Grundschule	8
Gotenstraße, Erweiterungsbau Grundschule	8
Further Straße, Neubau Hauptschule	20
Freiligrathplatz, Neubau Turnhalle	—
Bernburger Straße, Umbau Hauptschule	—
Unter den Eichen, Umbau Grund- und Hauptschule	—

Realschulen

Färberstraße, Umbau Realschule	—
--------------------------------	---

Am 31. 12. 1973 befanden sich folgende Schulbauprojekte in der Ausführung:

Grund-, Haupt- und Sonderschulen Klassenräume

Kirchfeldstraße, Neubau Turnhalle	—
-----------------------------------	---

Realschulen

Schulzentrum Theodor-Litt-Straße für Hauptschule und Realschule	33
--	----

Gymnasien

Scharnhorststraße, Erweiterungsbau Leibniz-Gymnasium	7
Rückertstraße, Neubau Gymnasium	36
Ellerstraße, Großturnhalle Lessing- Gymnasium	—

Berufsschulen

Suitbertusstraße, Neubau Kaufm. Schulen II u. III	64
--	----

Am 31. 12. 1973 befanden sich in der Bauplanung:

Grund-, Haupt- und Sonderschulen	Klassenräume
Franklinstraße, Neubau Sonderschulen für Lernbehinderte	10
Lohbachweg, Neubau von 2 Sonderschulen für Geistigbehinderte	30
Aldekerkstraße, II. BA Hauptschule	6
Weberstraße, II. BA Hauptschule	6
Pestalozzistraße, Neubau Turnhalle	—
Grafenberger Allee, Neubau Turnhalle	—
Schwerinstraße, Neubau Turnhalle	—
Werstener Friedhofstraße, Neubau Grundschule	12
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße, II. BA	6
Adam-Stegerwald-Straße (Übergangsbau)	2
Buchenstraße (Übergangsbau)	4
Kamperweg (Übergangsbau)	2
Deutzer Straße (Übergangsbau)	2
Lacombletstraße (Übergangsbau)	4
Rather Kreuzweg, Erweiterungsbau	12
Itterstraße, Erweiterungsbau	20
Neusser Straße (Übergangsbau)	12
<b>Gymnasien</b>	
Am Poth, Erweiterungsbau	8
<b>Berufsschulen</b>	
Friedenstraße, Umbau für Kaufm. Schule I	—
Kirchfeldstraße, Umbau für Kaufm. Schule III	—
<b>Gesamtschulen</b>	
Gesamtschule Kikweg	
Sekundarstufe I 9 Züge	—
Sekundarstufe II 8 Züge	—

#### Organisatorische Maßnahmen im Bereich der verschiedenen Schulformen

Grund-, Haupt- und Sonderschulen

#### Zusammenlegung und Auflösung von Schulen

zum 1. 8. 1971

Zusammenlegung der Gemeinschaftshauptschule Am Massenberger Kamp mit der Gemeinschaftshauptschule Walter-Rathenau-Straße zur Gemeinschaftshauptschule Walter-Rathenau-Straße

zum 1. 8. 1972

Zusammenlegung der Kath. Grundschule Itterstraße und der Kath. Grundschule Steinkaul zur Kath. Grundschule Itterstraße

zum 1. 8. 1973

Auflösung der Gemeinschaftshauptschule Vennhauser Allee

#### Schulteilungen

zum 1. 8. 1971

Schule für Geistigbehinderte (Sonderschule) Heerstraße geteilt in Schule für Geistigbehinderte (Sonderschule) Heerstraße und Schule für Geistigbehinderte (Sonderschule) Hubert-Hermes-Straße

#### Errichtung von Schulen

zum 1. 8. 1972

Montessori-Schule (Grundschule) Beckbuschstraße  
Montessori-Schule (Grundschule) Reinhold-Schneider Straße

#### Umwandlung von Grundschulen auf Antrag der Erziehungsberechtigten

zum 1. 8. 1972

Ev. Grundschule Ehrenstraße in eine Gemeinschaftsgrundschule

zum 1. 8. 1973

Ev. Grundschule Schillstraße in eine Gemeinschaftsgrundschule

#### Verlegung von Schulen

zum 1. 8. 1971

Gemeinschaftsgrundschule Kirchfeldstraße zur Jahnstraße  
Gemeinschaftshauptschule Jahnstraße zur Weberstraße  
Kath. Grundschule und Gemeinschaftsgrundschule Erfurter Weg zum Arnstadter Weg  
Schule für Erziehungshilfe (Sonderschule für Lernbehinderte) Erfurter Weg, die gastweise im Schulgebäude Kamperweg untergebracht war, zum Erfurter Weg

zum 20. 10. 1971

Kartause-Hain-Schule, Kath. Grundschule Borbecker Straße zur Unterrather Straße

im November 1971

Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) Garath-Ost Stettiner Straße zur Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße

zum 1. 8. 1972

Gemeinschaftshauptschule Lanker Straße zur Comeniusstraße  
Gemeinschaftsgrundschule Konkordiastraße zur Kronprinzenstraße  
Schule für Sprachbehinderte (Sonderschule) Ritterstraße zur Brinckmannstraße  
Kath. Grundschule und Gemeinschaftsgrundschule Bernburger Straße zur Gumbertstraße

zum 1. 8. 1973

Gemeinschaftshauptschule Heiligenhauser Straße zur Fürstenberger Straße  
Gemeinschaftsgrundschule Buchenstraße zur Heiligenhauser Straße  
Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) Hauptstraße zur Buchenstraße

## Namensgebungen und Umbenennungen von Schulen lt. Ratsbeschuß

vom 28. 1. 1971

Städt. Schule für Lernbehinderte Oberbilker Allee  
in Jan-Daniel-Georgens-Schule,  
Städt. Schule für Lernbehinderte Oberbilker Allee

vom 16. 9. 1971

Dumont-Lindemann-Schule,  
Städt. Gemeinschaftshauptschule Jahnstraße  
in Dumont-Lindemann-Schule,  
Städt. Gemeinschaftshauptschule Weberstraße  
Städt. Gemeinschaftsgrundschule Kirchfeldstraße  
in Städt. Gemeinschaftsgrundschule Jahnstraße  
Kath. Grundschule Erfurter Weg  
in Kath. Grundschule Arnstadter Weg  
Gemeinschaftsgrundschule Erfurter Weg  
in Gemeinschaftsgrundschule Arnstadter Weg

vom 27. 1. 1972

Kartause-Hain-Schule,  
Kath. Grundschule Borbecker Straße  
in Kartause-Hain-Schule,  
Kath. Grundschule Unterrather Straße

vom 17. 2. 1972

Schule für Lernbehinderte Garath-Ost, Stettiner Straße  
in Schule für Lernbehinderte Garath-Ost, Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße

vom 15. 6. 1972

Gemeinschaftsgrundschule Konkordiastraße  
in Gemeinschaftsgrundschule Konprinzenstraße

vom 31. 8. 1972

Schule für Sprachbehinderte (Sonderschule) Ritterstraße  
in Rudolf-Hildebrandt-Schule, Schule für Sprachbehinderte (Sonderschule) Brinckmannstraße

vom 8. 2. 1973

Schule für Erziehungshilfe (Sonderschule) Itterstraße  
in Martin-Luther-King-Schule, Schule für Erziehungshilfe (Sonderschule) Itterstraße

vom 14. 6. 1973

Gemeinschaftshauptschule Heiligenhauser Straße  
in Gemeinschaftshauptschule Fürstenberger Straße  
Gemeinschaftsgrundschule Buchenstraße  
in Gemeinschaftsgrundschule Heiligenhauser Straße  
Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) Hauptstraße  
in Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) Buchenstraße

Am 1. 12. 1971 wurden die städt. Schule für Schwerhörige (Sonderschule) und die städt. Schule für Sehbehinderte (Sonderschule) in die Schulträgerschaft des Landschaftsverbandes Rhld. übergeben.

### Förderklassen für Spätaussiedler

Zum 31. 7. 1973 lösten die Kath. Grundschule Einsiedelstraße und die Kath. Grundschule Unterrather Straße ihre Förderklassen für Spätausgesiedelte wegen zu niedriger Schülerzahlen auf.

## Aufbauklassen (Klasse 10) als Schulversuch

An folgenden Hauptschulen wurden 10. Klassen eingerichtet:

Zum 1. 8. 1971

Christoph-Steinmeyer-Schule,  
Gemeinschaftshauptschule Aachener Straße  
Gemeinschaftshauptschule An der Golzheimer Heide  
Gemeinschaftshauptschule Stettiner Straße

zum 1. 8. 1972

Gemeinschaftshauptschule Borbecker Straße  
Gemeinschaftshauptschule Emil-Barth-Straße  
Albert-Schweitzer-Schule,  
Gemeinschaftshauptschule Ottweiler Straße  
Gemeinschaftshauptschule Pestalozzistraße  
Adolf-Reichwein-Schule, Gemeinschaftshauptschule Schmiedestraße  
Gemeinschaftshauptschule Walter-Rathenau-Straße  
Karl-Röttger-Schule, Tagesvolksschule Diepenstraße  
eine zweite 10. Klasse an der Gemeinschaftshauptschule Graf-Recke-Straße

zum 1. 8. 1973

Matthias-Claudius-Schule, Gemeinschaftshauptschule Blücherstraße  
Kath. Hauptschule Itterstraße  
eine zweite 10. Klasse an der Christoph-Steinmeyer-Schule, Gemeinschaftshauptschule Aachener Straße  
eine zweite 10. Klasse an der Käthe-Kollwitz-Schule, Gemeinschaftshauptschule Am Hackenbruch

## Schulversuch „Vorklasse“

Zum 11. 1. 1971 sind von der Stadt Düsseldorf auf freiwilliger Basis an folgenden Grundschulen Vorklassen eingerichtet worden, die nicht mit in den Schulversuch aufgenommen werden konnten:

Kath. Grundschule Citadellstraße  
Kath. Grundschule Rather Kreuzweg  
Gemeinschaftsgrundschule Walter-Rathenau-Straße  
Gemeinschaftsgrundschule Sonnenstraße  
Gemeinschaftsgrundschule Heerstraße  
Karl-Röttger-Schule, Tagesvolksschule Diepenstraße

Die Vorklasse der Gemeinschaftsgrundschule Walter-Rathenau-Straße wurde am 1. 8. 1972 zur Henri-Dunant-Schule, Gemeinschaftsgrundschule Am Massenberger Kamp, verlegt.

## Legasthenikerklassen

Zum 1. 8. 1973 wurden an folgenden Schulen Legasthenikerklassen eingerichtet:

Henri-Dunant-Schule,  
Gemeinschaftsgrundschule Am Massenberger Kamp  
Gemeinschaftshauptschule Gotenstraße

Die Legasthenikerklasse der Gemeinschaftsgrundschule Richardstraße kam zum 1. 8. 1973 zur Gemeinschaftsgrundschule Leuthenstraße.

## Schulkindergärten

Mit Ratsbeschluß vom 25. 11. 1971 wurden folgende Schulkindergärten aufgelöst:

- Kath. Grundschule Citadellstraße
- Kath. Grundschule Essener Straße
- Gemeinschaftsgrundschule Richardstraße

Durch Ratsbeschlüsse wurden die nachstehenden Schulkindergärten anderen Schulen zugeordnet:

zum 1. 8. 1973

- Kath. Grundschule Pempelfort/Ehrenstraße zur Matthias-Claudius-Schule, Gemeinschaftsgrundschule Ehrenstraße
- Kath. Grundschule Reinhold-Schneider-Straße zur Gemeinschaftsgrundschule Ricarda-Huch-Straße
- Gemeinschaftsgrundschule Walter-Rathenau-Straße zur Henri-Dunant-Schule, Gemeinschaftsgrundschule Am Massenberger Kamp

Mit Ratsbeschluß vom 25. 10. 1973 wurde an der Gemeinschaftsgrundschule Max-Halbe-Straße ein selbständiger Schulkindergarten errichtet.

## Grundschulen im Schulversuch zur Erprobung der neuen Lehrpläne

Weitere Grundschulen sind in diesen Schulversuch aufgenommen worden:

zum 1. 8. 1971

- Heinrich-Heine-Schule, Gemeinschaftsgrundschule Heerdtter Landstraße
- Joachim-Neander-Schule, Gemeinschaftsgrundschule Rather Markt
- Kath. Grundschule Itterstraße
- Gemeinschaftsgrundschule Bernburger Straße
- Kath. Grundschule Bernburger Straße
- Kath. Grundschule Erfurter Weg
- Kath. Grundschule Kamperweg
- Gemeinschaftsgrundschule Vennhauser Allee
- Gemeinschaftsgrundschule Lennéstraße
- Gemeinschaftsgrundschule Leuthenstraße

zum 1. 8. 1972

- Gemeinschaftsgrundschule Siegstraße
- Elsa-Brandström-Schule, Evang. Grundschule Kalkumer Straße
- Gemeinschaftsgrundschule Adam-Stegerwald-Straße
- Evang. Grundschule Benderstraße
- Kath. Grundschule Im Dahlacker
- Kath. Grundschule Höhenstraße

Seit dem 1. 8. 1973 werden in den 1. Klassen aller Grundschulen neue Lehrpläne erprobt.

## Schulversuch „5-Tage-Woche“

Zum 1. 8. 1971 sind 8 Grundschulen in den Schulversuch „5-Tage-Woche“ aufgenommen worden. Eine Ausdehnung auf weitere Schulen wurde zurückgestellt, da eine gesetzliche Regelung für die Einführung der „5-Tage-Woche“ erwartet wird.

Im Zuge der Energiesparmaßnahmen erteilte der Kultusminister im November 1973 die Genehmigung, die 5-Tage-Woche an Schulen unter bestimmten Voraussetzungen zu praktizieren. Von dieser Möglichkeit machten insgesamt 60 Grund-, Haupt- und Sonderschulen Gebrauch.

## Vorbereitungsklassen und Nationalunterricht für ausländische Kinder

Der Nationalunterricht und die Einrichtung von Vorbereitungsklassen für ausländische Kinder wurde weiter ausgebaut. Am Ende der Berichtszeit waren vorhanden:

	Vorbereitungs- klassen	National- unterricht (Gruppen)
für griechische Kinder . . . . .	23	10
für italienische Kinder . . . . .	7	18
für spanische Kinder . . . . .	3	9
für portugiesische Kinder . . . . .	3	1
für jugoslawische Kinder . . . . .	4	4
für türkische Kinder . . . . .	—	4
für arabische Kinder . . . . .	—	2

## Hauptschul-Abschlußzeugnis bzw. Volksschul-Abschlußzeugnis

Zum 1. 4. und 1. 10. eines jeden Jahres wurden Prüfungen zur Erlangung des Hauptschulabschlußzeugnisses bzw. Volksschulabschlußzeugnisses abgenommen. In den drei Berichtsjahren haben sich 536 Schüler dieser Prüfung unterzogen, hiervon haben 312 bestanden.

## Allgemeinbildende Schulen

Die Entwicklung der Klassen- und Schülerzahlen an den Grund-, Haupt- und Sonderschulen war wie folgt:

	Klassen	Schüler
im Jahre 1971		
Grundschulen . . . . .	1 018	35 706
Hauptschulen . . . . .	472	16 096
Sonderschulen . . . . .	242	3 864
im Jahre 1972		
Grundschulen . . . . .	1 007	35 227
Hauptschulen . . . . .	489	15 812
Sonderschulen . . . . .	242	3 959
im Jahre 1973		
Grundschulen . . . . .	1 034	33 387
Hauptschulen . . . . .	480	15 149
Sonderschulen . . . . .	262	4 068

## Realschulen und Gymnasien (ohne Zweiter Bildungsweg)

Die Schülerzahl wies besonders an den Gymnasien eine stark steigende Tendenz auf.

Gymnasien	Klassenzahl	Schülerzahl
1971 . . . . .	617	17 528
1972 . . . . .	629	18 252
1973 . . . . .	664	19 037
<b>Realschulen</b>		
1971 . . . . .	220	7 391
1972 . . . . .	232	7 728
1973 . . . . .	248	8 012

Bezogen auf die 4. Grundschulklassen wechselten 1973 36,3% der Schüler zum Gymnasium und 18,2% zur Realschule über. Stark war auch der Anstieg der Schülerzahlen beim Abendgymnasium. In der Berichtszeit stieg die Zahl der Klassen von 31 auf 32 und die Zahl der Studierenden von 551 auf 649. Die Abendrealschule war 1973 von fast 200 Schülern in 8 Klassen besucht.

Die im Namen der Mädchengymnasien geführte Bezeichnung „Schule“ ist 1971 durch Ratsbeschluß durch die Bezeichnung „Gymnasium“ ersetzt worden. Das Mädchengymnasium Gerresheim, erhielt zum Schuljahresbeginn 1971/72 die Bezeichnung „Marie-Curie-Gymnasium“.

Zum 1. 8. 1971 wurde die Aufbaurealschule durch Zusammenlegung der vorher an den Realschulen Luisenstraße, In der Lohe, Wersten und Franklinstraße geführten vier Aufbautzüge als selbständige Schule für Jungen und Mädchen errichtet. Die Schule konnte zusammen mit der Abendrealschule gleichzeitig ihr neues Schulgebäude Graf-Recke-Straße beziehen. Zum gleichen Zeitpunkt wurden auch die Realschulgebäude Siegburger Straße 38 und Schlüterstraße fertiggestellt. Mit dem Umzug in den Schulneubau an der Schlüterstraße ist an der bis dahin am Hermannplatz untergebrachten Realschule Gemeinschaftsunterricht beider Geschlechter (Koedukation) eingeführt worden. Die Schule erhielt die Bezeichnung „Realschule für Jungen und Mädchen an der Schlüterstraße“. Die Realschule für Jungen und Mädchen an der Siegburger Straße erhielt ein Jahr später die Bezeichnung „Benzenberg-Realschule“.

Zum Schuljahresbeginn 1972 wurde die Realschule für Jungen und Mädchen Oberkassel im Schulgebäude Lanker Straße mit zunächst zwei Anfangsklassen errichtet. Das Comenius-Gymnasium und das Abendgymnasium zogen zur gleichen Zeit in den Schulneubau Hansaallee 90 um.

An den nachstehenden Schulen wurde die Koedukation eingeführt:

zum 1. 8. 1972

- Realschule Luisenstraße
- Realschule Franklinstraße
- Realschule Wersten
- Benzenberg-Realschule
- Comenius-Gymnasium
- Cecilien-Gymnasium
- Humboldt-Gymnasium
- Lise-Meitner-Gymnasium
- Helene-Lange-Gymnasium

zum 1. 8. 1973

- Stephanien-Realschule
- Werner-von-Siemens-Realschule
- Gymnasium an der Koblenzer Straße
- Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium
- Clara-Schumann-Gymnasium
- Lessing-Gymnasium
- Marie-Curie-Gymnasium
- Luisen-Gymnasium

Zum 1. 8. 1972 wurden

- dem Gymnasium an der Rückertstraße ein mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig,
- dem Rethel-Gymnasium ein mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig,
- dem Schloß-Gymnasium ein neusprachlicher Zweig mit der Anfangsfremdsprache Englisch,
- dem Cecilien-Gymnasium ein erziehungswissenschaftliches Gymnasium,
- dem Comenius-Gymnasium ein neusprachliches Gymnasium, mathematisch-naturwissenschaftliches Gymnasium und ein wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Gymnasium in Aufbauform,
- dem Lise-Meitner-Gymnasium ein sozialwissenschaftliches Gymnasium

angegliedert. Diese Änderungen wurden mit der Maßgabe getroffen, daß

- beim Rethel-Gymnasium das neusprachliche Gymnasium besonderer Art mit Latein als Anfangsfremdsprache,
- beim Comenius-Gymnasium das altsprachliche und neusprachliche Gymnasium mit Latein als Anfangsfremdsprache,
- beim Lise-Meitner-Gymnasium das Gymnasium für Frauenbildung

auslaufen soll.

Nach einem Runderlaß des Kultusministers vom 19. 4. 1972 über die Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II sollen in Zukunft die bisherigen Schultypen an Gymnasien entfallen und in der Oberstufe die Klassenverbände durch ein Kurssystem mit Grund- und Leistungskursen abgelöst werden. Weitere wesentliche Merkmale der Reform sind Leistungsbeurteilung und -nachweis durch ein Punktsystem und Gleichwertigkeit der Unterrichtsfächer im Hinblick auf die Wahl als Leistungs- und damit Prüfungsfach für die schriftliche Reifeprüfung. Zur Vorbereitung und als Voraussetzung hierfür entfallen künftig auch schon ab Klasse 9 an den Gymnasien die verschiedenen Schultypen. In den Klassen 9 und 10 haben die Schüler bei 28 Wochenstunden Pflichtbereich in einem 4 Stunden umfassenden Differenzierungsbereich die Möglichkeit zur individuellen Schwerpunktbildung.

1972 sind an den Gymnasien zur Einführung der Oberstufenreform folgende Maßnahmen eingeleitet worden:

Einführung der differenzierten Mittelstufe ab Klasse 9

- Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium
- Geschwister-Scholl-Gymnasium

Goethe-Gymnasium  
 Helene-Lange-Gymnasium  
 Leibniz-Gymnasium  
 Rethel-Gymnasium  
 Gymnasium an der Rückertstraße  
 Schloß-Gymnasium Benrath

nur Einführung der Übergangsstudenten- und Klassen-12

Lessing-Gymnasium  
 Aufbaugymnasium

Differenzierung in Klasse 9 und Einführung der Übergangsstudenten- und Klassen-12

Cecilien-Gymnasium  
 Comenius-Gymnasium  
 Gymnasium Gerresheim  
 Lise-Meitner-Gymnasium  
 Marie-Curie-Gymnasium

Differenzierung in Klasse 9 und Einführung der Oberstufenreform nach dem Modell der Kultusminister-Konferenz in Klasse 11

Clara-Schumann-Gymnasium.

Im Schuljahr 1973 folgten die übrigen Gymnasien mit der Einführung der Differenzierung ab Klasse 9. Darüber hinaus führten folgende Gymnasien in Klasse 11 die Oberstufenreform nach dem Modell der Kultusminister-Konferenz ein:

Cecilien-Gymnasium  
 Comenius-Gymnasium  
 Gymnasium Gerresheim  
 Geschwister-Scholl-Gymnasium  
 Marie-Curie-Gymnasium  
 Aufbaugymnasium.

In ähnlicher Weise ist eine Reform der Realschule geplant. Bisher hat nur die Aufbaurealschule ab Klasse 9 die Differenzierung eingeführt.

Während umfangreicher Umbau- und Renovierungsarbeiten sind Klassen von 2 Realschulen und Klassen eines Gymnasiums in andere Schulgebäude verlegt worden. In einem Fall wurde aus diesem Grunde der Unterricht in den Nachmittagsstunden erteilt. Die Verlegungen konnten zum Teil im Laufe der Berichtszeit aufgehoben werden.

#### Gesamtschule

Zum 1. 8. 1971 wurde die Gesamtschule Kikweg errichtet. Sie begann zunächst mit sechs Schülergruppen der Klasse 5 als Ganztagschule. Im Schuljahr 1973/74 war sie sechszugig auf drei Jahrgänge (18 Gruppen des 5. – 7. Schuljahrganges) mit insgesamt 613 Schülern angewachsen. Wegen des starken Andrangs zu dieser Schule, die verschiedene Schulabschlüsse ohne Einteilung der Schüler in bestimmte Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) vermittelt, wurden die aufzunehmenden Schüler im Hinblick auf die begrenzte Aufnahmekapazität nach einem bestimmten Verfahren ausgelost.

Zunächst wurde die Gesamtschule auf dem Grundstück Piroldstraße in einem aus Fertigbauteilen errichteten Pavillon untergebracht. 1973 übernahm sie das frühere Hauptschulgebäude Vennhauser Allee.

#### Berufsbildende Schulen (ohne die nur anzeigepflichtigen Privatschulen – sog. Ergänzungsschulen)

Die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen:

	Schüler		Klassen	
	insg.	in Berufs- schulen	insg.	in Berufs- schulen
15. 10. 1971	25 590	21 832	1 061	901
15. 10. 1972	25 609	21 481	1 050	873
15. 10. 1973	25 777	21 502	1 072	885

Nach den Erprobungsrichtlinien des Kultusministers vom 26. 6. 1972 und 3. 4. 1973 ist an folgenden Berufsschulen teilweise sog. Blockunterricht\*) eingeführt worden, und zwar:

zum 1. 8. 1972

an der Kaufmännischen Schule II  
 mit Fachklassen für Industriekaufleute  
 an der Kaufmännischen Schule III  
 mit Bezirksfachklassen für Reisebürokaufleute  
 an der Kaufmännischen Schule IV  
 mit Bezirksfachklassen für Drogisten

zum 1. 8. 1973

an der Kaufmännischen Schule III  
 mit Fachklassen für Speditionskaufleute

Für die Berufsgrundschulen hat der Kultusminister mit Runderlaß vom 3. 8. 1971 Berufsfeld-Abgrenzungen eingeführt. Dies hatte zur Folge, daß das gewerblich-technische Berufsfeld der Berufsgrundschule an der Metallgewerblichen Berufsschule II aufgeteilt wurde und am 1. 8. 1972 getrennte Klassen für das Berufsfeld Chemie/Physik/Biologie und das Berufsfeld Metall/Elektrotechnik gebildet wurden. Vom letztgenannten wurde dann das Gebiet Elektrotechnik abgezweigt, das mit Wirkung vom 1. 8. 1973 ein eigenständiges Berufsfeld wurde. Für das Berufsfeld Elektrotechnik konnten jedoch keine Schüler aufgenommen werden, weil die speziellen Werkstätten und Lehrer an dieser Schule fehlen und zudem zu beachten war, daß das Berufsgrundschuljahr durch die Anrechnungsverordnung des Bundesministers für Wirtschaft als 1. Ausbildungsjahr der dem Berufsfeld zugeordneten Berufe anzurechnen ist. Überdies kommt dieses Berufsfeld der Metallgewerblichen Berufsschule I zu, an der jedoch wegen Raum- und Lehrermangels eine solche Berufsgrundschulklasse ebenfalls nicht gebildet werden konnte.

Im Berichtszeitraum wurden weitere Berufsgrundschulen errichtet, und zwar

am 1. 8. 1971

an der Elly-Heuss-Knapp-Schule  
 für das Berufsfeld Haus- und Ernährungswirtschaft  
 an der Gewerblichen Berufsschule für Mädchen  
 für das Berufsfeld Körper- und Gesundheitspflege  
 an der Kaufmännischen Schule I  
 für das Berufsfeld Verwaltung und Wirtschaft

\*) Für den Blockunterricht erfährt der Teilzeitunterricht eines bestimmten Zeitraumes eine Zusammenlegung, so daß die Schüler während der „Blockzeit“ täglich Unterricht erhalten und im übrigen Zeitraum ohne Unterbrechung durch Berufsschulunterricht ihre betriebliche Ausbildung erhalten.

am 1. 8. 1972

an der Elly-Heuss-Knapp-Schule  
für das Berufsfeld Sozialwesen

am 1. 8. 1973

an der Franz-Jürgens-Schule  
für das Berufsfeld Metall

Die Berufsaufbauschulen an der Albrecht-Dürer-Schule und der Elly-Heuss-Knapp-Schule, die zur Fachoberschulreife führten, liefen 1971 aus. Die übrigen Berufsaufbauschulen, angegliedert der Metallgewerblichen Berufsschule I, der Franz-Jürgens-Schule und der Kaufmännischen Schule I, erfuhren durch die ministerielle Einführung des Lehrplanes der Klasse 10 der Fachoberschule ab 1. 8. 1969 eine Umwandlung, die bei den Teilzeitschulen erst 1971 ihren Abschluß fand. Diese zur Fachoberschulreife führenden Einrichtungen und ebenso die 1969 bzw. 1970 an der Franz-Jürgens-Schule und der Kaufmännischen Schule IV für besonders befähigte Hauptschulabsolventen ohne Berufsausbildung errichteten Klassen 10 der Fachoberschule führen nun die durch Runderlaß des Kultusministers vom 23. 2. 1971 eingeführte Bezeichnung „Vorklasse der Fachoberschule“. Sie unterscheiden sich damit in der Bezeichnung von den 10. Klassen – Aufbauklassen –, die seit dem 1. 8. 1971 vermehrt an Hauptschulen eingerichtet wurden.

Die zweijährigen Berufsfachschulen, die auch zur Fachoberschulreife führen, wurden um eine Berufsfachschule für Textil und Bekleidung vermehrt, die am 1. 8. 1972 an der Gewerblichen Berufsschule für Mädchen errichtet wurde.

Zum 1. 8. 1971 wurden zusätzlich

der Kaufmännischen Schule I  
eine Fachoberschule für Wirtschaft – Klasse 12 –  
in Teilzeitform und  
der Metallgewerblichen Berufsschule II  
eine Fachoberschule für Technik (Chemie)  
– Klasse 12 B –

angegliedert. Am Ende des Schuljahres 1970/71 fanden die ersten Fachoberschul-Reifepfungen statt.

Der Fachschulsektor wurde ebenfalls weiter ausgebaut. An der Elly-Heuss-Knapp-Schule wurde am 1. 8. 1971 eine Fachschule für Sozialpädagogik errichtet. Aufgabe dieser Schule ist die Ausbildung zu staatlich anerkannten Erziehern (Erzieherinnen). Die erste Abschlußprüfung wurde 1973 abgehalten. Der Franz-Jürgens-Schule wurden am 1. 2. 1972 Technikerfachschulen für Feinwerktechnik sowie für Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik und der Albrecht-Dürer-Schule eine Technikerfachschule für Druck angegliedert. An der 1970 errichteten Fachschule für Hauswirtschaft erreichten nach dreijähriger Ausbildung Ende des Schuljahres 1972/73 21 Absolventen erstmals den Abschluß „Staatlich geprüfter Oekotrophologe“. Schulen dieses Typs wurden durch Runderlaß des Kultusministers vom 28. 4. 1973 mit Wirkung vom 1. 8. 1973 in zweijährige „Fachschulen für Ernährung und Hauswirtschaft“ umgewandelt.

Die Städtische Peter-Behrens-Werkkunstschule ist nach Übereinkunft mit dem Lande Nordrhein-Westfalen am

1. 8. 1971 in der zu diesem Zeitpunkt gegründeten Staatlichen Fachhochschule Düsseldorf aufgegangen. Sie bildet dort die Fachbereiche Design und Architektur.

Für das Städtische Seminar für werktätige Erziehung hat der Rat der Stadt am 24. 6. 1971 eine neue Prüfungsordnung und eine neue Gebührensatzung erlassen. Für danach neu aufgenommene Studierende wurde demgemäß die Vollzeitausbildung von zwei auf drei Semester und die Teilzeitausbildung von 10 auf 6 Semester umgestellt.

Der vom Staatlichen Pädagogischen Fachinstitut der Pädagogischen Hochschule Rheinland (Leverkusen) am Städtischen Seminar für werktätige Erziehung einmalig durchgeführte dreijährige Lehrgang zur Ausbildung von Fachlehrern für die Fächer Werken und Kunststerziehung fand im September 1971 seinen Abschluß.

Es wurde mit dem Land Nordrhein-Westfalen wegen der Übernahme des Seminars für werktätige Erziehung verhandelt. Abgesehen von der Vereinbarung, daß das Land die auf die Ausbildung von immatrikulierten Lehramtsstudenten im Fach Werken seit dem 1. 9. 1971 entfallenden Kosten der Stadt Düsseldorf erstattet, konnte bis zum Schluß der Berichtszeit das Verhandlungsziel noch nicht erreicht werden.

Nach dem Umzug der Gewerblichen Berufsschule für Mädchen in den Schulneubau an der Siegburger Straße 137 wurden zu Beginn des Schuljahres 1971/72 die Fachklassen der Floristen von der Gartenbaulichen und Landwirtschaftlichen Berufsschule und die Arbeiterinnen – mit Ausnahme der in der Hauswirtschaft beschäftigten – von der Elly-Heuss-Knapp-Schule an diese Schule verlegt.

Im gleichen Zeitraum wurden die Klassen der gewerblichen Arbeiter mit Hauptschul-Abschlußzeugnis an der Metallgewerblichen Berufsschule II und die Klassen der gewerblichen Arbeiter ohne vergleichbares Zeugnis an der Metallgewerblichen Berufsschule I konzentriert.

## Personalsituation

Die Personallage war an allen Düsseldorfer Schulen weiterhin angespannt. Zur Behebung des Lehrermangels sind verschiedene Maßnahmen getroffen worden, z.B. Überstundenleistung hauptamtlicher Lehrer und Einsatz von Aushilfskräften. Ende 1973 waren bei den Grund- und Hauptschulen rd. 90% und bei den Sonderschulen rd. 75% der Stellen besetzt.

Bei den Realschulen und Gymnasien stieg die Zahl der freien Stellen im Berichtszeitraum an, und zwar

an den Realschulen von 22 auf 28 Stellen und  
an den Gymnasien von 15 auf 77 Stellen.

Die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen bei den berufsbildenden Schulen erhöhte sich von 135 im Jahre 1970 auf 240 im Jahre 1973. Diese ungünstige Entwicklung ist mit darauf zurückzuführen, daß sich die den berufsbildenden Schulen zustehende Lehrerstellenzahl durch die Einführung der Relation „Zahl der Schüler je Lehrerstelle“ gemäß Gesetz zur Änderung des Schulfinanzgesetzes vom 18. 4. 1973 stark erhöht hat.

## Hausaufgabenbetreuung

An drei Düsseldorfer Schulen wird eine Hausaufgabenbetreuung als schulische Veranstaltung durchgeführt. Die Betreuung findet unter Leitung einer Lehrkraft und in der Verantwortung der Schule statt. Die Kosten trägt die Stadt Düsseldorf.

## Silentien

Nach einem Erlaß des Kultusministers vom 7. 7. 1971 wurden Ende 1972 an der Benzenberg-Realschule und am Gymnasium Koblenzer Straße für Schüler der Klassen 5 und 6, die einer besonderen Förderung bedurften, Silentien als Schulversuch eingerichtet. Die Kosten für die Leiter der Silentien übernahm das Land, während die Stadt als Träger der Einrichtung die Honorare für die Gruppenleiter zahlte. Nachdem das Silentium an der Benzenberg-Realschule Ende 1973 in eine engere wissenschaftliche Begleitung einbezogen wurde, übernahmen Bund und Land hier 75% der gesamten Personalkosten.

## Schülerlotsendienst und Schulwegsicherung

Im Rahmen des Schulwegsicherungsprogrammes sind inzwischen fast alle gefährvollen Übergänge durch Signalanlagen gesichert worden. Die Zahl der Schülerlotsen konnte dadurch gesenkt werden. Ende 1973 befanden sich rd. 200 Schülerlotsen an 32 Straßenübergängen im Einsatz.

## Ferischwimmaktion

Wie bereits in früheren Jahren wurde während der Sommerferien in Zusammenarbeit mit den Bäderbetrieben der Stadtwerke und den Düsseldorfer Schwimmvereinen eine Ferischwimmaktion durchgeführt, an der sich insgesamt 11 243 Kinder beteiligten. 4 193 Kinder erhielten das Freischwimmerzeugnis, 2 870 das Fahrtenschwimmerzeugnis und 918 den Jugendschwimmpaß.

## Bundesjugendspiele

An den Bundesjugendspielen beteiligten sich die Schüler der Düsseldorfer Schulen wie folgt:

	Sommerspiele	Winterspiele
1971 . . . . .	21 440 Schüler	4 680 Schüler
1972 . . . . .	18 169 Schüler	2 360 Schüler
1973 . . . . .	20 791 Schüler	1 859 Schüler

## Konzerte, Opern, Schauspiele

Den Schülern und Schülerinnen der Düsseldorfer Schulen wurden Besuche in Museen, im Opernhaus, Schauspielhaus und Schultheater des dramaturgischen Instituts, ferner verschiedene Konzertaufführungen geboten. Hinzu kamen Aufführungen des Rheinischen Marionettentheaters sowie der Kammerspiele.

## Schulpsychologische Beratungsstelle

Von Eltern, Lehrern, Schulräten, Ärzten, Sozialarbeitern usw. wurden in der Berichtszeit 5306 Kinder und Jugendliche angemeldet. 4175 Schüler wurden psychologisch, z.T. auch medizinisch untersucht und die Eltern, Lehrer usw. beraten. 1556 schriftliche Gutachten wurden erstattet. Bei einem Teil der gemeldeten Schüler ließ sich die Betreuung auf ein „allgemeines Beratungsgespräch“ mit den Erziehungsberechtigten beschränken. Die Schulpsychologische Beratungsstelle führte außerdem empirische Untersuchungen mit verschiedenen Fragestellungen durch, wie z.B. Eignung für bilingualen Unterricht an einem Gymnasium, Probleme im Zusammenhang mit der Oberstufendifferenzierung, Probenunterricht. 1552 Schüler nahmen an solchen Gruppenuntersuchungen in Schulen teil.

Im September 1971 wurde die Schulpsychologische Beratungsstelle in das Institut für Lebensberatung eingegliedert und zog zur Goethestraße 56 um. Ab 1972 wurden zusätzliche Sprechstunden in Garath eingerichtet. — In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut wurden Informations- und Trainingskurse für Lehrer durchgeführt und auch in der Elternarbeit wurden Gruppenkurse abgehalten.

## Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie

Die Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie, die im Oktober 1972 ihr 50jähriges Bestehen feiern konnte, nimmt auch weiterhin mit ihrem hochschulmäßig ausgerichteten berufsbegleitenden Bildungsangebot für durchschnittlich 1735 Vollhörer jährlich eine führende Stellung unter den entsprechenden Bildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen ein.

Neben den verwaltungswissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen hat die Akademie zusätzlich Fachveranstaltungen aus Teilbereichen der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung angeboten, die in der Berichtszeit von mehr als 1600 Gasthörern besucht worden sind. Im gleichen Zeitraum haben 98 Studierende das Akademiadiplom erworben, und zwar das

Kommunal-Diplom . . . . .	9
Verwaltungs-Diplom . . . . .	14
Verwaltungs-Diplom sozialwissenschaftlicher Fachrichtung . . . . .	4
Wirtschafts-Diplom . . . . .	2
Wirtschafts-Diplom betriebswirtschaftlicher Fachrichtung . . . . .	69

Einzelheiten über die Studienzulassung, das Lehrangebot, die Abschlußmöglichkeit und die Zusammensetzung des Lehrkörpers sind dem Vorlesungsverzeichnis, das vor Beginn eines jeden Semesters herausgegeben wird, zu entnehmen.

## Volkshochschule

In der Berichtszeit gelangte der Bereich Weiterbildung stärker als je zuvor in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Gesetzgeber, kommunale Spitzenverbände und Gutachter-

gremien stellten übereinstimmend fest, daß die Weiterbildung zu einem integrierenden Bestandteil unseres Bildungssystems geworden ist und nachhaltiger Förderung durch Bund, Länder und Gemeinden bedarf. Nachdem schon 1970 die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates in ihrem Strukturplan die institutionalisierte Weiterbildung als einen umfassenden nachschulischen Bildungsbereich bezeichnet hatte, stellte auch die Bund-Länder-Kommission in ihrem Bildungsgesamtplan die Weiterbildung als Hauptbereich des Bildungswesens heraus. Die sich aus der Anerkennung der Weiterbildung als Teil des Bildungssystems ergebenden personellen, räumlichen und didaktischen Probleme wurden im Jahr 1973 sowohl von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung in ihrem Gutachten Volkshochschule als auch von der Planungskommission Erwachsenenbildung und Weiterbildung des Kultusministers NW eingehend untersucht. Darüber hinaus liegt dem Landtag der Entwurf eines neuen VHS-Gesetzes vor, von dem eine wesentlich stärkere Förderung von Seiten des Landes zu erwarten ist. Mit den vorerwähnten Maßnahmen wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die in der Berichtszeit auch sehr deutlich im Bereich der VHS Düsseldorf zu verzeichnen war.

So hielt die Nachfrage nach Studienkursen, also nach Kursen für organisiertes Lernen mit einem bestimmten Ziel, unvermindert an. Ziel ist in vielen Fällen der Erwerb eines der 13 VHS-Zertifikate, die an der VHS Düsseldorf vergeben werden. Hieraus resultiert die Tatsache, daß sich die Zahl der Kurse in den Fachbereichen „Manuelles und musikisches Arbeiten, Hauswirtschaft usw.“ in den drei Jahren nur um 9%, die der Studienkurse dagegen um 46% erhöhte. Die Gesamtentwicklung ist mit folgenden Zahlen zu belegen:

	Unter- richts- stunden	Kurs- teil- nehmer	Kurse zus.	davon Studien- kurse
1971 . .	34 446	25 228	1 082	786
1972 . .	42 168	29 205	1 276	934
1973 . .	50 954	34 852	1 480	1 150

Die VHS bemühte sich, ihr Programm bedarfsorientiert und aktuell anzubieten, die Entwicklung in der Weiterbildung zu erkennen und den Motiven der Teilnehmer zu entsprechen, um allen Schichten der Bevölkerung geeignete Veranstaltungen anzubieten, für die im Rahmen des gesamten Bildungsangebotes der Stadt Bedarf vorhanden ist. Dabei wurde nicht nur an Zielgruppen gedacht, bei denen der quantitative Weiterbildungsbedarf sehr groß ist. Die VHS fühlte sich auch verpflichtet, Minderheiten und Randgruppen zu berücksichtigen.

Dem verstärkt festzustellenden Wunsch nach Beratung wurde u.a. dadurch entsprochen, daß Einstufungstests durchgeführt werden, mit denen die geeignete Kursstufe ermittelt wird. Darüber hinaus wurde die Einrichtung einer Zentralstelle für Bildungsinformation und Bildungsberatung mit den Abteilungen Schulbildung und Weiterbildung vorbereitet. Hier sollen künftig dem ratsuchenden Bürger schulische Bildungswege und Weiterbildungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Als Ereignis besonderer Art ist die Gründung des Filmforums der VHS zu vermerken, das am 1. 3. 1972 seine

Arbeit aufnahm. Diese neue Bildungseinrichtung vermittelt dem Bürger die Möglichkeit, mit dem künstlerisch hochstehenden Film bekanntzuwerden. Sie zählt trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits heute zur Spitzengruppe der kommunalen Kinos in der Bundesrepublik.

Das rasche Anwachsen der Hörerzahlen der VHS hat zugleich auch das Problem vergrößert, Unterrichtsräume in erforderlichem Umfang bereitzustellen. Der Rat der Stadt hat dem Bereich Weiterbildung im Rahmen des Kulturbauprogrammes Priorität eingeräumt und die Verwaltung beauftragt, die Vorarbeiten zur Errichtung eines Weiterbildungszentrums, in dem VHS, Zentralbibliothek und Landesbildstelle zusammengefaßt werden sollen, in Angriff zu nehmen. Hier lag in der Berichtszeit ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der VHS. Zu erwähnen ist auch die Errichtung von Nebenzentren in den Außenbezirken. Während die Arbeit im Nebenzentrum Reisholz bereits 1973 aufgenommen werden konnte, steht die Inbetriebnahme eigener Unterrichtsräume in Garath und Unterrath noch bevor.

### Städtische Musikschule

Der Unterricht wird von 72 haupt- und 117 nebenberuflichen Lehrkräften in 108 Unterrichtsgebäuden erteilt. Die Schülerzahl stieg in der Berichtszeit von 8047 auf 8778. Die seit dem 1. 2. 1968 betriebene Unterrichtung von 4-6jährigen Schülern – musikalische Früherziehung bzw. vorschulische Musikerziehung – wurde weiter intensiviert.

Bei den durch den Verband Deutscher Musikschulen regelmäßig veranstalteten Musizierwettbewerben erhielten Schüler der Düsseldorfer Musikschule alljährlich Auszeichnungen auf Regional-, Landes- und Bundesebene. Die seit 1969 regelmäßig durchgeführten Austauschkonzerte mit holländischen und belgischen Lehrer- und Schüler-Orchestern wurden durch Reisen des aus ca. 100 Schülern bestehenden Jugend-Sinfonieorchesters der Städtischen Musikschule nach Frankreich, Österreich und Südtirol erweitert.

Am 17. 2. 1972 beschloß der Rat der Stadt die Umbenennung der Städt. Jugenmusikschule in Städt. Musikschule sowie eine Neufassung der Gebührensatzung.

### Pädagogisches Institut

Zum 1. 8. 1971 wurde das Pädagogische Institut der Stadt Düsseldorf als Fortbildungseinrichtung für Lehrer und Erzieher aller Schulformen einschließlich der Einrichtungen der Vorschulerziehung und der Erwachsenenbildung errichtet. Das Kuratorium, das die allgemeinen Richtlinien für die Arbeit des Instituts festlegt, setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Rates, Vertretern der Verwaltung, einem Vertreter des Schulrätekollegiums, Vertretern der wissenschaftlichen Hochschulen und Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen. Hochschullehrer, Fachleiter und Lehrer wurden als Mitarbeiter gewonnen, so daß die Fortbildungsveranstaltungen von 127 nebenamtlichen Referenten durchgeführt werden.

Die Veranstaltungen des Instituts waren am Ende der Berichtszeit bereits in 13 verschiedene Fachbereiche gegliedert. Insgesamt führte das Institut bis Ende 1973 260 Veranstaltungen für 3861 Teilnehmer durch.

Neben den Veranstaltungen sollen die Veröffentlichungen des Instituts den Lehrern Anregungen und Hilfen für die Planung und Durchführung des Unterrichts geben. In der Schriftenreihe werden grundlegende Arbeiten zu erziehungswissenschaftlichen, fachdidaktischen und schulpraktischen Fragen veröffentlicht. In den Beiheften werden aktuelle Informationen kurzfristig herausgegeben und in den Sonderheften werden Beiträge veröffentlicht, die nur für einen speziellen Personenkreis von Interesse sind. Die Bibliothek des Instituts ist allen Lehrern Düsseldorfer Schulen unmittelbar zugänglich. Weiter verfügt das Institut über eine Reihe von modernen Unterrichtsmedien, die den Referenten zur Durchführung eines zeitgemäßen Unterrichts zur Verfügung stehen.

Das Institut wurde zunächst behelfsmäßig im Gebäude der ehemaligen Kammgarnspinnerei an der Brückenstraße untergebracht. Da in diesem Hause nicht ausreichend Unterrichtsräume vorhanden sind, finden die Veranstaltungen zu einem Teil in Schulen im Stadtgebiet statt. Ein

## Amt 41/1 — Kulturamt

Die Arbeit des Amtes verlagerte sich mehr und mehr auf diejenigen Aufgaben, die unabhängig von den Kulturinstituten durchzuführen sind. Diese Entwicklung führte Ende 1973 dazu, daß die Institute auch verwaltungsmäßig Selbständigkeit erlangten. Bis dahin noch im Kulturamt tätig gewesene Verwaltungssachbearbeiter für die Institute waren von da ab in den Institutsgebäuden tätig und dem jeweiligen Institutsleiter auch disziplinarrechtlich unterstellt. Damit ist bis auf wenige Ausnahmen die Dezentralisierung der Verwaltungsgeschäfte für die Kulturinstitute vorgenommen.

Das personell kleiner gewordene Amt ist jetzt ausschließlich für den Bereich nicht institutsgebundener und institutsübergreifender Aufgaben zuständig.

Die Arbeit des Amtes konzentrierte sich immer mehr auf zwei Aufgabengruppen

1. Raum- und Bauplanung, Künstlerförderung, Denkmalschutz und Stadtgeschichte,
2. Veranstaltungen und kulturelle Repräsentation, Heine-Forschung und Förderung des Theaterwesens (mit Ausnahme der Oper).

### Bau- und Raumplanung

Der Sektor Bau- und Raumplanung, welcher Neubauten, Wiederaufbau-, Erweiterungs- und größere Instandsetzungsarbeiten sowie alle planerischen Maßnahmen für bestehende und in Aussicht genommene Kultureinrichtungen umfaßt, gewann erhöhte Bedeutung; entsprechend vergrößerte sich auch sein Volumen. Der Akzent lag wie in den voran-

Neubau für Verwaltung und Bibliothek ist Auf'm Hennekamp, auf dem Grundstück des Geschwister-Scholl-Gymnasiums, geplant.

### Medienpädagogischer Arbeitskreis

Im Februar 1973 wurde der Medienpädagogische Arbeitskreis gegründet, dessen Zielsetzung die fachdidaktische Auseinandersetzung um den Einsatz von Medien in einzelnen Unterrichtsfächern für verschiedene Schulformen ist. Dieser Arbeitskreis besteht aus Pädagogen, Technikern und Verwaltungsleuten und berät insbesondere das Schulverwaltungsamt bei der Anschaffung der verschiedensten Unterrichtsmedien.

### Schulgärten

In der Berichtszeit besuchten insgesamt 7705 Schüler die Führungen im Zentralschulgarten am Rauscherweg.

Für den Zentralschulgarten sowie für die Außengärten wurden jährlich ca. 50 000 Jungpflanzen herangezogen. Die Zahl der von Schulen bebauten Gärten hat sich von 1971 bis 1973 um ein Drittel verringert.

gegangenen Jahren deutlicher bei den planerischen Maßnahmen. Im einzelnen ist hierzu folgendes anzuführen:

### Robert-Schumann-Institut

Nach dem Überleitungsvertrag zwischen dem Land NW und der Stadt Düsseldorf vom 21. 12. 1972 wird das frühere Robert-Schumann-Konservatorium mit Wirkung vom 1. 4. 1972 unter der Bezeichnung Robert-Schumann-Institut Düsseldorf der Musikhochschule Rheinland vom Land NW weitergeführt. Die Stadt Düsseldorf hat sich verpflichtet, als ersten Bauabschnitt einen Neubau zu erstellen. Eine erneute Überprüfung der Baukosten führte am 29. 3. 1973 zu einem dritten Baubeschluß des Rates. Die Baukosten waren mit nunmehr 7,7 Mio DM angesetzt, zu denen das Land NW einen Zuschuß von 2 Mio DM bewilligte. Weitere Mittel bis zu 50% wird der Bund nach dem Hochschulbauförderungsgesetz zur Verfügung stellen.

### Tonhalle

Die Willensbildung über den Neubau der Tonhalle wurde fortgesetzt. Am 27. 5. 1971 hob der Rat seinen Beschluß vom 22. 1. 1970 über die Durchführung eines Stufenwettbewerbs auf. Am 24. 6. 1971 begrenzte er durch seinen Beschluß, das Grundstück am Grabbeplatz für die Landesgalerie zur Verfügung zu stellen, die Überlegungen auf den Standort Kennedy-Damm. Die Beratung des Raumprogrammes wurde im September 1971 unterbrochen durch den Vorschlag der Architekten Hentrich, Petschnigg & Partner, die Rheinhalle zur Tonhalle umzugestalten.

Die Verwaltung wurde beauftragt, dieses Projekt und alle damit zusammenhängenden Fragen in einer Denkschrift zu untersuchen. Bei der weiteren parlamentarischen Behandlung des Projektes kam es schließlich zu dem Auftrag an die Verwaltung, alle anstehenden Projekte auf dem Kultursektor zusammenzufassen und in einem sogenannten Kulturbauprogramm zur Entscheidung zu stellen.

#### Kunstmuseum

Die Umgestaltung einer Fläche von etwa 400 qm im früheren Hetjens-Museumsgebäude und deren Anbindung an das Museum wurde im Jahre 1972 zum Abschluß gebracht.

Ausgelöst durch Einbruch-Diebstähle beschloß der Rat am 15. 6. 1972, das Kunstmuseum durch eine Alarmsicherungs- und Feuermeldeanlage besser zu schützen (rd. 900 DM Kosten). Die Arbeiten waren am Ende der Berichtszeit noch nicht abgeschlossen.

#### Stadtgeschichtliches Museum

Der Wiederaufbau des ehemaligen Palais Spee, der den ersten Bauabschnitt für die Unterbringung des Museums darstellt, wurde fortgeführt. Mit der Übergabe wird im Jahre 1974 gerechnet.

#### Naturkundliches Heimatmuseum Benrath

Nach erneuter Einschaltung des Landeskonservators sind die Restaurierungsarbeiten am westlichen Schloßflügel fortgeführt worden. Sie waren Ende 1973 noch im Gange.

#### Orangerie Benrath

Mit der Restaurierung der Kapelle ist der Wiederaufbau des Gesamtkomplexes Orangerie Benrath bis auf einige Restarbeiten abgeschlossen.

Die Gesamtkosten beliefen sich auf rd. 2,8 Mio DM.

#### Schloß Benrath

Am 14. 12. 1972 verabschiedete der Rat den Kosten- und Zeitplan der Verwaltung, der das Restaurierungsprogramm für die endgültige Wiederherstellung dieses bedeutenden Baudenkmals umfaßt. Innerhalb der nächsten 6 Jahre sollen mit finanzieller Unterstützung durch das Land NW insgesamt 9,8 Mio DM für die Restaurierung aufgewendet werden. Wegen der Einschaltung des Landeskonservators Rheinland konnten die Arbeiten im Jahre 1973 noch nicht aufgenommen werden.

#### Stadtbüchereien

Hinsichtlich der im Berichtszeitraum erzielten Fortschritte wird auf die Ausführungen des Instituts verwiesen.

#### Kulturbauprogramm

Das Kulturbauprogramm, das der Rat am 27. 9. 1973 verabschiedete, ist mehr als ein Bauprogramm. Hier wurde erstmals ein auf längere Sicht bemessener Plan für die städtische Kulturpolitik vorgelegt, der Zug um Zug nach den finanziellen Möglichkeiten realisiert werden soll.

Er umfaßt folgende Bereiche:

#### Weiterbildungszentrum

Für die Erwachsenenbildung soll ein Gebäude konzipiert werden, das die Volkshochschule, die fehlende Zentralbücherei und die Bildstelle aufnehmen soll.

#### Opernhaus

Durch Umbauten und Erweiterungen soll das Theater in einen technisch einwandfreien Zustand gebracht werden (siehe hierzu auch den Bericht des Amtes 42).

#### Aquarium

Die ins Auge gefaßte Unterbringung im Gebäude der sog. neuen Kunstakademie im Nordpark wurde verworfen. An der Stelle des 1973 abgebrochenen Gebäudes soll nach einem Wettbewerb der Neubau des Aquariums (zusammen mit Gemeinschaftseinrichtungen für den Stadtteil Stockum) errichtet werden.

#### Denkmalpflege

Die Verwaltung wurde beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, unter Denkmalschutz stehende Gebäude zu erwerben und mit Auflagen wieder zu veräußern. Damit soll erreicht werden, daß die Zahl der erhaltenswerten Häuser nicht weiter abnimmt.

#### Stadtgeschichtliches Museum

Als 2. Bauabschnitt für das Museum wird das frühere Palais Hompesch wiederaufgebaut. Die Kosten betragen 3,6 Mio DM.

#### Bilker Straße 7, 9 und 11

Hier sollen nach dem Willen des Rates die städtische Musikschule, das Institut Français nebst weiteren Seminarräumen, eine Kellergalerie und ein kleiner Kammermusiksaal untergebracht werden. Die Kosten belaufen sich auf rd. 2,9 Mio DM für die Häuser 7 und 9 und rd. 1,1 Mio DM für das Haus Nr. 11.

#### Bilker Straße 14

In dem langfristig angemieteten Haus, dessen Umgestaltung rd. 880 000 DM erfordern wird, werden das Heinrich-Heine-Institut und erstmals eine Heine-Gedenkstätte aufgenommen werden.

#### Schloßturm

Nach dem Willen des Rates soll hier künftig eine Stätte der Begegnung für Bürgerschaft, bildende Künstler und Literaten entstehen.

#### Seitenflügel Schloß Benrath

Neben dem Naturkundlichen Heimatmuseum soll im Westflügel auch das Löbbbecke-Museum seinen Platz finden. Hinsichtlich der späteren Verwendung des Ostflügels, in dem zur Zeit noch das Schloßgymnasium Benrath untergebracht ist, sind noch Vorschläge zu erarbeiten.

## Tonhalle

Hierfür beschloß der Rat, den Vorschlag der Architekten Hentrich, Petschnigg & Partner aufzugreifen und die heutige Rheinhalle zur Tonhalle mit ansteigendem festem Gestühl umzubauen. Bis Ende 1974 sollen die Planungen abgeschlossen sein.

Die Kosten dürfen 35 Mio DM nicht überschreiten.

Die Neubaurücklage enthielt am 31. 12. 1973 rd. 22,2 Mio DM. Im Zusammenhang damit bekundete der Rat seinen Willen, die D-Halle des alten Messegeländes zu einer Stadthalle umzugestalten.

## Stadtbüchereien

Der Aufbauplan für die Stadtbüchereien, der neben der fehlenden Zentralbücherei Zweigstellen in allen größeren Stadtteilen und zwei weitere Fahrbüchereien vorsieht, wurde gebilligt. Insbesondere die Projekte in den Stadtteilen Unterrath, Rath und Oberbilk sollen forciert werden.

## Künstleratelierhaus

Die Verwaltung hat den Antrag, zu untersuchen, wo für Düsseldorfs bildende Künstler ein Atelier- und Werkstatt-haus errichtet werden kann.

## Schauspielhaus-Vorplatz

Die allgemein als unbefriedigend angesehene Gestaltung des Platzes soll geändert werden. Vorschläge hierzu müssen noch erarbeitet werden.

## Künstlerförderung

Herausragendes Ereignis war die Ausstellung „Düsseldorf – Stadt der Künstler“, die anlässlich der Eröffnung der neuen Messe in Stockum 1971 im Vortragszentrum mit rd. 300 Werken von 126 Düsseldorfer Künstlern durchgeführt wurde (18 000 Besucher).

Eine wesentliche Vorbereitung für die Einrichtung von Kunstbeiräten waren drei öffentliche Hearings, die 1972 mit Vertretern der bildenden Kunst, der Literatur und der Musik durchgeführt wurden. 1973 wurden dann diese Kunstbeiräte gebildet, in denen Vertreter des Rates, der Verwaltung und der Künstlerschaft über grundsätzliche und detaillierte Fragen der Künstlerförderung beraten. Im einzelnen konnten folgende Förderungsmaßnahmen durchgeführt werden:

### 1971 Verfügbar 40 000 DM

Es bewarben sich insgesamt 37 Künstler, von denen 6 Schriftsteller und 4 Musiker finanziell gefördert wurden.

### 1972 Verfügbar 40 000 DM

Finanziell gefördert wurde u. a. eine Ausstellung Düsseldorfer Künstler im Guggenheim-Museum in New York. Ferner wurden die Schriftsteller-Lesungen im „Sassafras“ finanziert.

### 1973 Verfügbar 100 000 DM

#### Bildende Kunst:

5 Einzelzuschüsse,  
Ausstellung im Gallery House in London,  
1 Filmkostenzuschuß.

#### Musik:

1 Instrumentenzuschuß,  
Zuschüsse zu den Konzertveranstaltungen „3×neu“ und „Studio II“.

#### Literatur:

2 Zuschüsse zu Veröffentlichungen,  
24 Einzelzuschüsse,  
weitere Zuschüsse für Schriftsteller-Lesungen im „Sassafras“ und in den Stadtbüchereien.

Was die Neuaufstellung von Brunnen, Plastiken und Denkmälern im Stadtgebiet anbetrifft, so ist folgendes festzuhalten:

Aufstellung der Plastik „Habakuk“ von Max Ernst vor der Kunsthalle; Leihgabe des Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen an die Stadt (1971).

Aufstellung einer Plastik von Erich Hauser vor der Börse; Schenkung der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf und der Rheinisch-Westfälischen Börse an die Stadt (1971).

Aufstellung einer Plastik von Chillida vor dem Thyssen-Haus; Schenkung der Thyssen AG an die Stadt (1971). Einweihung des Heimatbrunnens von Karl Klein auf dem Gericusplatz in Gerresheim (1973).

Die Anzahl der Veranstaltungen und kulturellen Repräsentationen blieb hinter der der Jahre 1968 bis 1970 zurück. Diese Tendenz, die schon in den vorangegangenen Jahren zu verzeichnen war, hat angehalten. Im letzten Bericht wurde dazu festgestellt, daß Gedenk- und Feierstunden alten Stils überholt sind und daß sich in diesem Bereich neue Formen entwickeln werden. Diese neuen Formen sind noch nicht gefunden worden. Es ist zu vermuten, daß zukünftig die Präsentation wichtiger Ereignisse von der Bürgerschaft nur noch vermerkt, nicht aber bewußt miterlebt oder gar mitgestaltet wird.

Die von 1971 bis 1973 in diesem Bereich durchgeführten Veranstaltungen werden hier nur noch unter dem Gesichtspunkt einer Kulturchronik der Stadt erwähnt.

### 4. 4. 1971

Eröffnung der Ausstellung „Europäische Barockplastik am Niederrhein – Gruppello und seine Zeit“ im Kunstmuseum.

### 15.–19. 10. 1972

Internationaler Heine-Kongreß aus Anlaß des 175. Geburtstages von Heinrich Heine in Düsseldorf.

Über 300 Teilnehmer aus 18 Ländern nahmen an Veranstaltungen, Seminaren, Arbeitsgemeinschaften und an einer Podiumsdiskussion teil, die von 25 Wissenschaftlern aus 9 Ländern durchgeführt wurden.

13. 12. 1972

Die Stadt Düsseldorf verlieh am 175. Geburtstag von Heinrich Heine in Anwesenheit des Bundespräsidenten zum ersten Male den mit 25 000 DM dotierten Heine-Preis. Preisträger ist Dr. Carl Zuckmayer. Dieser Heine-Preis und weitere 7 Förderpreise sind aus den früheren Kunstpreisen (Cornelius-, Immermann- und Schumann-Preis) hervorgegangen.

Die Förderpreise für 1972 erhielten:

Dr. Michael Werner	– Geisteswissenschaften
Bernd Jansen	– Bildende Kunst
Wolfgang Kliege	– Bildende Kunst
Josephine Engelskamp	– Musik
Michael Gaiser	– Musik
Ferdinand Kriwet	– Literatur
Wolf Seesemann	– Literatur

Während der Heine-Preis und der Förderpreis für Geisteswissenschaften nur alle 3 Jahre verliehen wird, werden die Förderpreise für bildende Kunst, Musik und Literatur jährlich verliehen.

6. 4. – 20. 4. 1973

22. Deutsches Mozart-Fest in Düsseldorf mit Kammer-, Chor-, Meister- und Symphoniekonzerten. Höhepunkt war das Symphoniekonzert der Düsseldorfer Symphoniker unter Karl Böhm.

27. 6. – 1. 7. 1973

Im Rahmen des 15. Deutschen Evangelischen Kirchentages wurden in den städtischen Kulturinstituten Ausstellungen, Filmvorführungen, Vortragsveranstaltungen und Konzerte dargeboten.

14. – 23. 9. 1973

Österreich-Woche 1973; sie enthielt ein umfassendes kulturelles Programm: Gastspiele des Wiener Burgtheaters, Aufführungen des Salzburger Straßentheaters, die Pradler Ritterspiele, Konzerte der Wiener Philharmoniker, der Salzburger Mozart-Spieler und der Wiener Sängerknaben, Dichterlesungen, Kunstausstellungen, folkloristische Musik- und Trachtendarbietungen.

14. 10. 1973

Eröffnung der Ausstellung „Islamische Keramik“ im Hetjens-Museum.

13. 12. 1973

Verleihung der Förderpreise 1973 an:

Lioba Winterhalder	– Bildende Kunst
Sigi Zahn	– Bildende Kunst

Bernhild Thormaehlen – Musik

Werner Compes – Musik

Ilse Ritter – Literatur

Karin Struck – Literatur

Im Bereich der Heine-Forschung war das Erscheinen des ersten Bandes aus der geplanten 16-bändigen historisch-kritischen Gesamtausgabe im März 1973 für alle Beteiligten ein sichtbares Zeichen, daß die langjährigen Vorarbeiten sich gelohnt haben. Den Erfolg, den dieser Band, der als Maßstab für die folgenden Bände anzusehen ist, sowohl in der Fachkritik als auch im Buchhandel und damit in der Öffentlichkeit erzielte, rechtfertigte das Engagement der Stadt Düsseldorf. Die anderen Bände sollen jetzt im Abstand von jeweils etwa einem Jahr folgen. Neben diesem Band der Heine-Ausgabe, der leider etwas verspätet zum Heine-Jahr herauskam, gab es im Heine-Jahr 1972 zahlreiche Heine-Publikationen, von denen hier stellvertretend die ausgezeichnet illustrierte Heine-Biographie von Dr. Eberhard Galley, dem Leiter des Düsseldorfer Heine-Instituts, genannt sein soll.

Auf dem Gebiet der Literaturförderung ist noch erwähnenswert, daß von der auf 5 Bände angelegten Werkausgabe Immermanns von Prof. Dr. Benno von Wiese, die von der Stadt Düsseldorf zusammen mit dem Land NW subventioniert wurde, die beiden ersten Bände im Jahre 1972 und die Bände 3 und 4 1973 erschienen sind. Der letzte Band wird 1974 folgen.

Das traditionsreiche Düsseldorfer Schauspielhaus erlebte das Ende einer Ära. Nach einer 17-jährigen Intendanz legte Prof. Karl-Heinz Stroux am Ende der Saison 1971/1972 sein Amt nieder. Gefeiert wie sein Vorgänger Gustaf Gründgens verließ er in den Worten wirklicher Bedeutung die Düsseldorfer Bühne, hochdekoriert durch den Bundespräsidenten und ausgezeichnet von der Stadt Düsseldorf. Zu seinem Nachfolger wurde der Kasseler Intendant Ulrich Brecht gewählt. Gleichzeitig wurde Dr. Ernst Schmidt in die mit dem Generalintendanten gleichgestellte Position des kaufmännischen Geschäftsführers berufen.

Die Ergebnisse der Spielzeiten 1972/73 und 1973/74 erfüllten jedoch nicht die Hoffnungen, die die Öffentlichkeit an den Stroux-Nachfolger stellte. Platzausnutzung und Abonnement gingen zurück.

Im Bereich der Privattheater in Düsseldorf trat kein wesentlicher Strukturwechsel ein. Die Zahl der schon vorhandenen Privatbühnen vergrößerte sich um ein Zimmertheater und ein Jugendtheater, „Das Kleinewelt-Theater“, die aber nur kurzlebig waren, und um ein weiteres Privattheater, „Glück-Schicksal-Theater“, das z. Zt. aber schon keine Aufführungsmöglichkeiten mehr hat. Die Subventionierung der Privattheater konnte dank der größeren Mittelbereitstellung durch den Rat umfassender und konzentrierter fortgesetzt werden.

## 41/201 — Heinrich-Heine-Institut

Nach der Übergabe der Buchbestände der ehemaligen Landes- und Stadtbibliothek an die Universität Düsseldorf hatte sich das Heinrich-Heine-Institut im letzten Jahr der vorigen Berichtszeit (1. 10. 1970) aus dem Heine-Archiv und der Handschriftensammlung als eigenes städtisches Institut konstituiert. Mit dem neuen Namen (seit 1. 4. 1971) ist dokumentiert, daß der Schwerpunkt der Aufgaben des Instituts in der Sammlung und Pflege des Werkes Heinrich Heine zu sehen ist.

Der Bestand an Heine-Handschriften konnte trotz des im allgemeinen geringen Angebotes nicht unwesentlich vermehrt werden. Erwähnt sei der Erwerb einer Reihe sehr früher Gedichthandschriften Heines im Jahre 1971 und 1972 der Kauf von 13 Werkmanuskripten, 17 Briefen Heines und 46 Briefen an ihn.

Der äußeren Darbietung seiner Bestände und damit einer breiteren Wirkung in der Bevölkerung waren dem Institut durch das Fehlen eigener Ausstellungsmöglichkeiten gewisse Schranken gesetzt. In dieser Hinsicht war es auf die Gastfreundschaft anderer Institute angewiesen. Vom August 1970 bis Juli 1972 konnte im Stadtgeschichtlichen Museum eine kleine Heine-Ausstellung aus dem Besitz des Instituts gezeigt werden. Ab August 1972 befindet sich diese mit geringen zeitlichen Unterbrechungen im Goethe-Museum. Anlässlich des Heine-Kongresses im Oktober 1972 wurde die Ausstellungsfläche im Goethe-Museum für das Heine-Institut wesentlich erweitert. Zur Feier des 175. Geburtstags von Heine am 13. Dezember 1972 und der Preisverleihung des Heinrich-Heine-Preises konnte in Zusammenarbeit mit dem Stadtgeschichtlichen Museum in den Räumen der Stadt-Sparkasse Düsseldorf an der Berliner Allee eine umfangreiche Heine-Ausstellung gezeigt werden, die wegen des ihr von einem breiten Publikum entgegengebrachten Interesses bis zum 2. 2. 1973 verlängert werden mußte. In dieser Zeit haben über 20 000 Besucher die Ausstellung besichtigt. Das Heine-Institut konnte seinen Teil dieser Ausstellung noch einmal im September/Oktober 1973 in der Stadtparkasse Solingen mit ähnlich gutem Erfolg

zeigen. Darüber hinaus unterstützte das Institut durch Leihgaben Heine-Ausstellungen in der Königlichen Bibliothek in Stockholm (Ende 1972) und in Cuxhaven (Oktober/November 1973).

Die vom Heine-Institut mitgestaltete Heine-Ausstellung des Goethe-Instituts in München wurde nach mehreren erfolgreichen Darstellungen in verschiedenen südamerikanischen Städten, 1972 in Tel Aviv, Athen und Saloniki gezeigt. Ab Herbst 1973 wurde sie in einigen französischen Städten vorgestellt (Nancy, Straßburg).

Auch das allgemeine Literatur-Archiv des Heine-Institutes konnte durch wertvolle Ankäufe und Schenkungen erweitert werden. So erwarb das Institut Briefe und Manuskripte u. a. von Robert Schumann, Mendelssohn, Cornelius, Rethel, Jacobi, Immermann und Eulenberg. Außerdem wurden Geschenke bzw. durch testamentarische Übereignung einige Nachlässe von Schriftstellern dem Institut übergeben, die mit Düsseldorf bzw. mit Düsseldorfer Schriftstellern verbunden waren.

Mit ihrem Bestand an mittelalterlichen Handschriften war das Institut an folgenden Ausstellungen beteiligt: 1972 „Rhein und Maas, Kunst und Kultur 800 bis 1400“ im Schnütgen-Museum in Köln und im Museum in Brüssel; 1973 „Dirk Martens“ in Aalst in Belgien.

Als Institutsveröffentlichungen erschienen in den Jahren 1971 bis 1973 die Jahrgänge 10 bis 12 des Heinrich-Heine-Jahrbuchs. Aufgrund der Bestände des Institutes konnte außerdem 1973 ein Band nachgelassener Schriften von Victor Meyer-Eckhardt „Der Herzog von Enghien“ veröffentlicht werden.

Die Notwendigkeit einer besseren äußeren Repräsentation des Heine-Instituts und der Behebung der allgemeinen Raumschwierigkeiten führten dazu, für das Heine-Institut ein eigenes Haus in der Bilker Straße (Haus Nr. 14) anzumieten, das im Laufe des Jahres 1974 zu einem für die Museums- und Forschungsaufgaben des Instituts zweckdienlichen Gebäude umgebaut werden soll.

## 41/202 — Stadtbüchereien

In der Zeit der Voruntersuchungen über Raumprogramm und Standort für den Neubau einer Zentralbücherei erschien im April 1972 der erste Bericht der Planungskommission Erwachsenenbildung und Weiterbildung des Kultusministers NW. Die Vorschläge dieser Kommission bestätigten die inzwischen gewonnene Erkenntnis der Verwaltung, daß es sinnvoll ist, Zentralbücherei und Volkshochschule unter einem Dach unterzubringen. Der Rat der Stadt beschloß in seiner Plenarsitzung am 27. Sept. 1973 ein Kulturbauprogramm, im Rahmen dessen vorrangig die Errichtung eines Weiterbildungszentrums für die Erwachsenenbildung, bestehend aus Volkshochschule, Zentralbücherei und Bildstelle vorgesehen ist. Die Verwaltung wurde beauftragt, das Raumprogramm und die Kostenrechnung den zuständigen Ratsgremien zur Beratung vorzulegen. Die Standortfrage

war am Ende der Berichtszeit noch nicht endgültig geklärt. Der 1970 aufgestellte und vom Kulturausschuß gebilligte Aufbauplan für die Stadtteil- und Fahrbüchereien ist intensiv weiterverfolgt worden. Folgende Projekte wurden verwirklicht:

- |                |  |
|----------------|--|
| März 1971      | Wiedereröffnung der räumlich erweiterten und reorganisierten Bücherei Oberkassel               |
| September 1971 | Indienststellung der ersten Fahrbücherei zur Versorgung der nördlichen Stadtbezirke            |
| Oktober 1971   | Wiedereröffnung der räumlich erweiterten und reorganisierten Musikbücherei (Berliner Allee 59) |

Juni 1972 Eröffnung der Bücherei Bilk (Bilker Allee 75)  
 Oktober 1973 Eröffnung der Bücherei Hassels (Altenbrückstraße 14)

Von den im Aufbauplan – ohne Zentralbibliothek – vorgesehenen 15 Allgemeinbüchereien (sog. Stadtteilbüchereien), 7 Sonderbüchereien und 3 Fahrbüchereien waren in Betrieb

	am 1. 1. 1971	am 31. 12. 1973
Allgemeinbüchereien	8	10
Sonderbüchereien	5	5
Fahrbüchereien	–	1

Das für die Aufnahme der Bücherei Flingern vorgesehene Mietobjekt Hoffeldstraße 69 stand am Ende der Berichtszeit kurz vor der Fertigstellung.

Die Freizeitstätte Garath, in die die Bücherei für diesen Stadtbezirk einziehen soll, wurde im Rohbau fertiggestellt. Für die Bücherei Rath ist das Grundstück Westfalenstraße 65 angekauft worden.

Noch kein Standort konnte für die geplanten Büchereien in Oberbilk, Wersten und Zoo festgelegt werden, doch zeichnen sich Lösungsmöglichkeiten ab.

Der starken Nachfrage wegen ist bevorzugt der Bestand an Sach- und Fachliteratur sowie an Bibliographien vergrößert worden, insbesondere für die Bücherei Stadtmitte, die später in die Rolle der Zentralbibliothek hineinwachsen soll. Für die ausländischen Arbeitnehmer wurde weiter fremdsprachige Literatur angeschafft.

Bei den Stadtteilbüchereien, und zwar zunächst in Ansätzen bei einzelnen Büchereien, ist das bisherige Angebot an Büchern, Zeitschriften und Schallplatten durch Kassetten, Dias, Spiele, Film- und Fernsehvorführungsmöglichkeiten erweitert worden.

In der Musikbücherei wurde neben dem Präsenzbestand, der nach wie vor nur an Ort und Stelle abgehört ist, ein Bestand an Schallplatten zum Ausleihen bereitgestellt.

Von der Leihstelle wurden allein 1973 7211 Bestellungen bearbeitet; von diesen entfielen 3751 Anfragen auf den internen Leihverkehr, während 613 Bestellungen von anderen Bibliotheken einliefen. Dagegen gingen 2875 Anfragen nach auswärts.

Durch die Verbesserung des Angebotes, verbunden mit der Zunahme der Ausleihstellen und Verlängerung der Öffnungszeiten, ist die Büchereibenutzung sprunghaft angestiegen. Einer Vergrößerung der Bestände um 34,90% steht eine Zunahme der Leser um 53,75% und der Entleiher um 88,54% gegenüber (Steigerung von 1970 bis 1973).

#### Bücherbestand, Leser, verliehene Bücher 1973

Bücherei	Bücherbestand (Bände)	Leser	verliehene Bücher
Stadtmitte . . . . .	107 230	20 694	413 477
Benrath . . . . .	35 044	4 482	129 013
Bilk . . . . .	16 273	2 261	63 341
Derendorf . . . . .	33 227	4 442	116 703
Eller . . . . .	26 453	3 531	88 180
Gerresheim . . . . .	28 556	2 638	88 065
Hassels . . . . .	10 325	803	7 372 <sup>1)</sup>
Kaiserswerth . . . . .	17 033	1 184	38 193
Oberkassel . . . . .	25 789	2 565	93 223
Rath . . . . .	24 065	1 752	72 465
Unterrath . . . . .	19 333	1 176	52 569
Altenheim Flehe . . . . .	2 200	288	7 132
Altenheim Gallberg . . . . .	1 901	76	2 050
Fahrbücherei . . . . .	17 995	1 862	88 216
Schulzentrum Hennekamp . . . . .	15 826	1 585	34 203
Universitätskliniken . . . . .	16 964	817 <sup>2)</sup>	64 154
	398 214	50 156	1 358 356
Musikbücherei . . . . .	16 132	2 677	28 494
<b>Zusammen</b>	<b>414 346</b>	<b>52 833</b>	<b>1 386 850</b>

#### Schallplatten

	Bestand	Platten abgehört	Platten verliehen
Bücherei Bilk . . . . .	706	628	4 525
	2 945 <sup>3)</sup>	5 206	–
Musikbücherei . . . . .	1 715 <sup>4)</sup>	–	20 270
<b>Zusammen</b>	<b>5 366</b>	<b>5 834</b>	<b>24 795</b>

1) nur 2 Monate geöffnet. 2) ohne Patienten. 3) Präsenz-Bestand. 4) Ausleihe-Bestand.

Die Anmietung einer Etage im Hause Berliner Allee 59 brachte für die dorthin verlegten Abteilungen Lektorat, Zugang und Katalog sowie für die Musikbücherei im kleineren Umfang Entfaltungsmöglichkeiten, doch für die Bücherei

Stadtmitte mit ihrem Bestand von inzwischen über hunderttausend Bänden trat keine wesentliche räumliche Entlastung ein.

Die vielen Neuzugänge geben Veranlassung, den Neuerwerbungskatalog zweimal im Jahr erscheinen zu lassen, und zwar jeweils in drei Teilverzeichnissen.

Für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit wurden zwei bebilderte Faltprospekte für das Büchereisystem und die Autobücherei entwickelt. Für den gleichen Zweck sind zwei spezielle Büchereiplakate herausgebracht worden. — Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wurde durch ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm besonders gefördert.

Neben Buchbesprechungs- und Diskussionsabenden fanden Autorenlesungen mit Rolf Bongs, Klas Ewert Everwyn

und Eva Zeller statt. Im Rahmen der Schriftstellerförderung der Stadt, die durch den 1972 gebildeten Literaturbeirat ermöglicht wurde, lasen die Autoren Rose Ausländer, Barbara Mandok und Astrid Gehlhoff-Claes.

Der „Bibliotheksplan 1973“ und die Neubearbeitung des KGSt-Gutachtens „Öffentliche Bibliothek“ sowie die „Empfehlungen zum Ausbau des Bibliothekswesens in Nordrhein-Westfalen“, alle aus dem Jahre 1973, haben neue Maßstäbe gesetzt, die für die Weiterentwicklung auch der Düsseldorfer Stadtbüchereien in den kommenden Jahren von Bedeutung sein werden.

## 41/204 — Dumont-Lindemann-Archiv

Im 25. Jahre seines Bestehens zog das Archiv von seinem Standort Ehrenhof 3 in das Haus Alt Pempelfort 2 um. Der Umzug fand im Mai 1972 statt. Bei der Beschilderung des neuen Standortes wurde unter die Bezeichnung Dumont-Lindemann-Archiv der Zusatz Städt. Theaterarchiv angebracht, um die Zweckbestimmung des Institutes vor allem für Jugend und Neubürger deutlich zu machen. Auf die neue Lage in der Stadtmitte wird zurückgeführt, daß die Inanspruchnahme des Archivs erheblich zugenommen hat.

Mit der Herausgabe eines neuen illustrierten Prospektes (Auflagenhöhe 10000) gab das Dumont-Lindemann-Archiv seinen neuen Standort bekannt.

Nach dem Ankauf der Bühnenbilder von Herta Boehm und Walter von Wecus sowie des umfangreichen Nachlasses von Paul Henckels konnte das Archiv den Nachlaß von Theodor Haerten und das Theaterfotoarchiv von Liselotte Strelow erwerben. — Anlässlich seines 40jährigen Bestehens schenkte der Heimatverein „Düsseldorfer Jonges“ dem Dumont-Lindemann-Archiv den literarischen Nachlaß von Hans Müller-Schlösser.

Auf Initiative des Stadtkämmerers begann das Institut mit dem Aufbau einer Gustaf-Gründgens-Sammlung.

## 41/205 — Kunstmuseum

Die Berichtszeit ist gekennzeichnet durch eine beträchtliche räumliche Erweiterung des Museums und seine verstärkte Orientierung zur modernen Kunst hin, Fakten, die als sehr bedeutungsvoll in der Geschichte des Kunstmuseums angesehen werden können. Durch Qualität und Umfang seiner Neuerwerbungen, ferner durch Intensivierung seiner Aktivität auf allen Gebieten hat das Museum es verstanden, allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen und sich den Anschluß an den internationalen Standard zu sichern.

Auf dem baulichen Sektor ist vor allem der Anschluß und Ausbau des ehemaligen Hetjens-Museums bemerkenswert. Dieser bis dahin separate Bauteil wurde durch einen gedeckten Glasgang mit dem Kunstmuseum verbunden. Die Moderne Abteilung konnte damit in den Hetjens-Museumbau hinein bis zum Anschluß des alten Flügels erweitert werden. Sie bildet nunmehr einen durchgehenden Komplex von 6 Sälen und 3 Kabinetten. Die Eröffnung fand im Sommer 1971 statt; sie war mit einer erstmaligen zusammenfassenden Übersicht der bis dahin erworbenen ZERO-Gruppe verbunden. Der alte Flügel des früheren Hetjens-Museums wurde der Pädagogischen Abteilung zugewiesen und als Kindermalhaus eingerichtet. Hier finden seitdem die Mal- und Bastelkurse für Kinder statt.

Veranlaßt durch einen Einbruchsdiebstahl im Februar 1972 wurde das ganze Museum mit einer Alarmanlage ausge-

rüstet. Damit ist sowohl ein kompletter Außenschutz des Gebäudes als auch ein Objektschutz im einzelnen verbunden. Der Einbau dieser Anlage dauerte nahezu 1 1/2 Jahre; die Arbeiten brachten erhebliche Beeinträchtigungen des Museumsbetriebes mit sich und führten zur zeitweisen Schließung der einzelnen Abteilungen.

Im rechten Flügel des Erdgeschosses wurden die schlauchartigen Galerien zum Ehrenhof hin durch Einziehen von Scherwänden in Kabinette aufgeteilt, mehrere Räume erhielten Wandvittrinen unterhalb der Fensterzone. Damit wurde nicht nur erheblich mehr Ausstellungsfläche, vor allem für Möbel und Kunstgewerbe, sondern auch die Möglichkeit gewonnen, die mittelalterlichen Glasfenster zu zeigen, die viele Jahre im Magazin gelagert hatten. Alle Räume wurden reichlich mit Deckenstrahlern versehen und im Anschluß an den Einbau der Alarmanlage einheitlich weiß gestrichen.

Der Schwerpunkt der Neuerwerbungen lag in der Modernen Abteilung und in der Glasabteilung. In ersterer wurde durch einen mit Hilfe des Landes finanzierten Sammelankauf von 17 Objekten der Grundstock zu einer umfassenden Sammlung der europäischen Kunst der 50er und 60er Jahre gelegt mit dem Schwerpunkt auf der Gruppe ZERO und den verwandten Strömungen. Dieser Grundstock, vermehrt durch den bereits vorhandenen Bestand, vergrößerte sich durch Ankäufe, Schenkungen und Dauerleihgaben des Museums-

vereins schnell. Er erreichte seinen krönenden Abschluß durch die Übergabe einer Kollektion von 21 Meisterwerken der europäischen Avantgarde aus dem erweiterten ZERO-Bereich als langfristige Leihgabe durch die Familie Koch. Hierfür wurde innerhalb der Modernen Abteilung ein besonderer Raum eingerichtet. Die Einweihung dieses „ZERO-Raumes“ (Titel auch des Kataloges) am 8. 6. 1973 war mit einem Künstlerfest im Ehrenhof verbunden.

Als Folge dieser Ausweitung der Modernen Abteilung wurde auch die Gemäldegalerie im rechten Flügel des Obergeschosses neu gehängt und dabei die Düsseldorfer Malerschule des 19. Jh. auf die Oberlichtsäule reduziert. Die Kabinette zum Ehrenhof hin wurden dem Expressionismus und der Malerei zwischen den Kriegen gewidmet, so daß der Besucher dieses Flügels von Anfang an mit der Modernen Kunst konfrontiert wird.

Der Zustrom von Jugendstilgläsern aus der Sammlung Hentrich setzte sich in erfreulichem Maße fort, warf jedoch Raumprobleme auf. Dazu kam eine bedeutende Sammlung von böhmischen Jugendstilgläsern ins Haus mit der Sammlung Barlach Heuer, die vom Museumsverein als Dauerleihgabe übergeben wurde. Für diese Sammlung, die zunächst 119 Gläser umfaßte, sehr bald jedoch durch weitere Leihgaben Barlach Heuers auf über 180 anwuchs, mußten wegen der Auflage einer ständigen Ausstellung die zwei ersten Räume der Plastik- und Kunstgewerbeabteilung freigemacht werden. Hierher wurden nach dem Abschluß der mit der Alarmanlage verbundenen Bauarbeiten auch die Tiffany-Gläser der Sammlung Hentrich überführt, so daß die gesamte Gruppe der lüstrierten Gläser jetzt in einem einzigen Komplex vereinigt ist. Neben dem Jugendstil lagen die Neuerwerbungen vor allem auf dem Gebiet des orientalischen und des modernen Glases. Herausragend sind hier eine achämenidische Schale aus dem 5. Jh. v. Chr. sowie Arbeiten der amerikanischen Glaskünstler Harvey Littleton und Marvin Lipofsky.

Das Kupferstichkabinett setzte die Komplettierung der modernen Druckgrafik durch systematische Ankäufe europäischer und amerikanischer Grafik der 60er und 70er Jahre fort. Als besondere Bereicherung erhielt es im Jahre 1971 das druckgrafische Gesamtwerk Antonio Calderaras, wobei der Künstler auch seine künftige Produktion miteinschloß. Das Düsseldorfer Kupferstichkabinett ist damit eine der reichsten Sammlungen italienischer Graphik außerhalb Italiens geworden. In der alten Graphik gelang der Erwerb einer Zeichnung von Joseph Anton Koch „Der Zug der Hlg. 3 Könige“, dessen zugehöriges Gemälde die Gemäldegalerie bereits besaß.

Die Ausstellungstätigkeit litt weiterhin unter dem Mangel an eigenen Ausstellungsräumen und an Mitteln. Infolgedessen fanden an größeren Ausstellungen nur statt:

- Europäische Barockplastik am Niederrhein –  
Grupello und seine Zeit 4. 4.–20. 6. 1971
- Revolutionsarchitektur/Boullée –  
Ledoux – Lequeu 25. 6.–12. 9. 1971
- Jef Verheyen –  
Kreislauf der Farben 2. 10.–11. 11. 1973
- Böhmisches Glas der Gegenwart 14. 11. 1973–6. 1. 1974

Alle Ausstellungen waren von illustrierten Katalogen begleitet. Kleinere Ausstellungen fanden regelmäßig im Ausstellungsraum des Kupferstichkabinetts statt. Sie stellten in erster Linie Künstler der Gegenwart vor, berücksichtigten aber auch die alte Graphik.

Außerhalb des Hauses veranstaltete das Museum ebenfalls einige wichtige Ausstellungen. Von diesen sind zu nennen:

- Düsseldorf, Stadt der Künstler  
im Vortragszentrum der  
Neuen Messe 9. 9.–23. 9. 1971
- Landschaft aus vier Jahrhunderten  
Aus Hollands großer Malerei  
in der Kunsthalle Bielefeld 2. 1.–25. 3. 1973
- Meisterwerke der Glaskunst von der  
Antike bis zum Jugendstil  
in der Volkshochschule Kempen 23. 9.–14. 10. 1973

sowie 12 Ausleihausstellungen für den Städtebund in Nordrhein-Westfalen.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Museums konnte durch die Einstellung eines weiteren pädagogischen Assistenten im Frühjahr 1973 erheblich gesteigert werden. Neben den Schulführungen, die ca. 8000 Schüler jährlich ins Museum brachten, und den bis auf 6 Kurse pro Halbjahr erweiterten Mal- und Bastelkursen wurde die pädagogische Arbeit auch auf die Studierenden der pädagogischen Hochschulen und auf Erwachsene ausgedehnt. In jedem Semester fanden Seminare mit Studierenden der Kunstakademie und des pädagogischen Institutes statt. Die Absolventen des künstlerischen Lehramtes an der Kunstakademie haben es sich inzwischen zur Gewohnheit gemacht, am Ende jeden Semesters ihre Abschlußarbeiten über künstlerische Themen im Kupferstichkabinett zu schreiben.

Besonders eng war die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule. In der Berichtszeit wurden mehrfach Semesterkurse über die verschiedensten Fachgebiete – Grundlagen moderner Kunst, Farbe in der bildenden Kunst, Sehen lernen u. dgl. – abgehalten, an denen sich alle wissenschaftlichen Mitarbeiter des Museums beteiligten. Seit einiger Zeit konnten auch die großen Wirtschaftsunternehmen wie Henkel & Cie., Kaufhof AG. u. a. in die kunstpädagogische Betreuung aufgenommen und in Kursen und Seminaren an das Museum und die künstlerischen Begriffe herangeführt werden.

Vorträge und Führungen durch die Sammlungen und durch Sonderausstellungen nahmen wiederum einen breiten Raum ein. Besonders hervorzuheben ist hier der Besuch des Internationalen Glaskongresses anläßlich seiner Tagung in Köln im Juli 1973.

Die wissenschaftliche Arbeit des Museums kam sowohl in Katalogen als auch in zahlreichen Einzelaufsätzen der wissenschaftlichen Mitarbeiter zum Ausdruck. Unter den ersteren sind zu nennen: Katalog I Bd. 2 „Glassammlung Hentrich Jugendstil und 20er Jahre“, bearbeitet von Helga Hilschenz, von der Thyssen-Stiftung mit einem Stipendium bezuschußt; Katalog „ZERO-Raum“, bearbeitet von Gerhard Storck; Bildheft Bd. 8 „Handzeichnungen und Aquarelle 1800–1850“, bearbeitet von Dieter Graf.

## 41/206 — Stadtgeschichtliches Museum

Der Beginn des ersten Bauabschnittes zur Wiederherstellung des ehem. Palais Spee verzögerte sich; die Instandsetzung der östlichen Gebäudeteile begann im Februar 1972. Hierbei handelte es sich um die Wiederherstellung eines noch erhaltenen historischen Baues nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten, wobei die restauratorischen Maßnahmen sich während der Arbeiten umfänglicher als zunächst angenommen herausstellten. Bis Ende der Berichtszeit waren die Arbeiten an Dach und Fach abgeschlossen, Heizung und Fenster eingebaut.

Mit den fortschreitenden Bauarbeiten mußte das Stadtmuseum auch seine in wenigen Räumen noch mögliche Ausstellungstätigkeit im Juli 1972 einstellen. Die Museumsleitung war jedoch bemüht, mit Ausstellungen außerhalb des Hauses weiterhin in die Öffentlichkeit zu wirken.

In den engen Räumen der Verwaltung, Depots, Bibliothek und Werkstätten, beeinträchtigt durch mehrmalige Umzüge, wurden die Arbeiten am Sammlungsbestand (Sichtung, Erfassung in Karteien, Restaurierung) und die umfangreiche fachliche mündliche Auskunft- und Beratungstätigkeit fortgeführt. Besonders erwähnt seien die Bereitstellung und Erläuterung von Unterlagen und Dokumenten für die Inventarisierung der Kunstdenkmäler durch den Landeskonservator Rheinland und für das Institut für Geschichte der Medizin an der Universität Düsseldorf.

Die Aufgaben der „Bodenpflege“ wurden mit Beobachtungen der zahlreichen Erdbewegungen im Stadtgebiet weiterhin wahrgenommen, die Funde stadthistorisch ausgewertet und die Ergebnisse pflichtgemäß dem Rheinischen Landesmuseum in Bonn mitgeteilt.

Durch Ankäufe, Schenkungen und Vermächtnisse konnte der Sammlungsbestand mit Werken zur Geschichte, Kulturgeschichte und zum Bild der Stadt von dokumentarischer und auch künstlerischer Bedeutung vergrößert werden, darunter Autographen, Druckwerke, Gemälde, Graphik, Möbel und Kleinkunst, von denen ein Empire-Salon aus einer alten Düsseldorfer Familie, Nikutowskis Darstellung eines Leichenzuges, Künstler- und Selbstbildnisse von W. v. Schadow, J. C. Scheuren, E. Bosch, P. Cornelius, O. Dix besonders erwähnenswert sind. Mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen erwarb das Museum einen großen Jugendstil-Schrank, den Prof. Oeder für seine Sammlung entworfen hatte. Ebenfalls mit Hilfe des Landes

und mit Unterstützung einer Düsseldorfer Bürgerin sowie der „Düsseldorfer Jonges“ gelangten J. P. Hasenclevers berühmtes Selbstbildnis und mit Hilfe des Freundeskreises des Stadtmuseums A. Kaufmanns „Drei Mädchen“ sowie als Geschenk des Freundeskreises J. P. Kiederichs Bildnis Carl Arndts in die Sammlung. Ferner kamen als Geschenke von Düsseldorfer Bürgern u. a. Werke von v. Gebhardt, Lauenstein, J. B. H. Hundt, Schneider-Didam, Gessner, Beucker, Uzarski hinzu.

In großzügiger Weise sorgte die Gesellschaft der Freunde und Förderer des Düsseldorfer Schiffahrtsmuseums mit der Übereignung folgender Modelle für den weiteren Ausbau der Sammlung:

Oderschleppdampfer, Oderschleppkahn,  
Donauschleppdampfer, Donauschleppkahn,  
Doppelschraubenheckdampfer,  
Rheingüterdampfer sog. Karlsruherboot,  
Rheinfloß.

Folgende Ausstellungen wurden gezeigt (im Museumsgebäude):

- 1971 „Düsseldorf im Winter“  
„Düsseldorf zur Zeit Grupellos“ (mit Katalog)  
„Erwerbungen der letzten fünf Jahre“
- 1972 „Gemälde und Möbel des Barock“  
„Klaus Pfeffer, Düsseldorfer Aquarelle“ (Faltblatt)

Außerhalb des Hauses wurden gezeigt:

- 1971 im Landesmuseum Volk und Wirtschaft „Jahrhunderte der Rheinschiffahrt“
- 1972 in der Stadt-Sparkasse zusammen mit dem Heinrich-Heine-Institut „Heinrich Heine, eine Ausstellung zum 175. Geburtstag“ (mit Katalog)
- 1973 in der Orangerie Benrath „German Becera, Menschen in der Stadt“ (Faltblatt)  
„Schiffahrtsmuseum Düsseldorf“  
in der Ausstellung INTEROCEAN „Vom Strom zur See, Modelle des Schiffahrtsmuseums“  
im Künstlerverein Malkasten zusammen mit dem Künstlerverein eine Ausstellung zum 125jährigen Bestehen „Der Künstlerverein Malkasten – Die Anfänge“ (mit Katalog)

## 41/207 — Schloß Benrath

Nach weitgehender Fertigstellung der Räume des Obergeschosses und nach Sicherung der Kuppelkonstruktion des Schlosses stand ab 1971 die Restaurierung des Kuppelsaales, der Gartensäle sowie der Räume im Appartement des Kurfürsten an.

Nachdem im Frühjahr 1971 Stuckrosetten aus der Dekoration der Kuppel abgeplatzt waren – der Kuppelsaal mußte deswegen gesperrt werden –, sich auch neue schwere

Schäden an den Skulpturen des Außenbaues zeigten und Baumaßnahmen in den Flügelbauten bevorstanden, setzten Verhandlungen ein, um die haushaltrechtlichen Voraussetzungen für die Restaurierungsarbeiten zu schaffen. Der vom Hochbauamt im Sommer 1972 erstellte Katalog aller noch notwendigen Restaurierungsmaßnahmen an Außen- und Innenbau der Haupt- und Nebengebäude in Form eines Kosten- und Zeitplanes wurde mit den vorgesehenen Arbei-

ten für neue technische Anlagen wie Heizung, Feuermelde- und Sicherheitsanlagen koordiniert. Der Plan sieht Arbeiten über einen Zeitraum von fünf Jahren mit veranschlagten Kosten in Höhe von 9,8 Millionen DM vor. Von Herbst 1972 bis Juni 1973 wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Landeskonservator anhand der Befunduntersuchungen der Plan differenziert und die Richtlinien für die zum Teil äußerst schwierigen Arbeiten in den Gartensälen festgelegt. Auf dieser Grundlage sind für diese Arbeiten geeignete Restaurierungsfirmen gesucht und diese nach Probearbeiten am Ende der Berichtszeit zur Abgabe von Angeboten aufgefordert worden.

Die Sammlung im Schloß Benrath konnte mit spätbarocken, dem Bauwerk in Qualität und Charakter entsprechenden

Möbeln und Werken der Kleinkunst aus der Bauzeit ergänzt werden. Erworben wurden u. a. eine fünfteilige Sitzgarnitur, Frankreich um 1765, aus dem ehemaligen Besitz des Herzogs von Choiseul und eine weitere neunteilige, François Reuze signierte. Hinzu kamen u. a. Frankenthaler Porzellane, darunter die große Figurengruppe „Kurfürst trauert um den Wegzug des Hofes nach München“ sowie französische Kaminuhren, Wand-Appliken und ein Gemälde von Joseph Hauber „Huldigung der Künste an Kurfürst Carl Theodor“. Trotz der inzwischen erfolgten Schließung von Kuppelsaal und östlichem Gartensaal erfreute sich Schloß Benrath eines regen Besuches:

1971 49 863 Personen, 1972 46 176 und 1973 45 020.

## 41/208 — Löbbecke-Museum und Aquarium

Die Berichtszeit war gekennzeichnet durch den Neubeginn in mehreren Bereichen.

So wurde die neue Terrarienabteilung mit 22 Terrarien und eine neue Abteilung für tropische Meerestiere mit 7 Becken eröffnet, die Ausstellung „Allgemeine Mineralogie“ neu gestaltet und die Ausstellung „Regionale Mineralogie“ neu geschaffen.

Die Abteilung Paläontologie ist ganz neu gestaltet und als Ausstellung „Geschichte des Lebens“ wiedereröffnet worden; sie enthält als Novum in der Museumsgeschichte eine Tonfilmschau, die in eine „Lebensuhr der Erdgeschichte“ integriert ist und vom Besucher gestartet werden kann. Erstmals in einem Aquarium kann der Besucher auf Knopfdruck einen Film über ausgestellte Tiere abrufen.

Als erstes Aquarium in Deutschland hat das Institut mit regelmäßigem Biologie-Unterricht für Schulklassen begonnen und Seminare zur Lehreraus- und -fortbildung veranstaltet.

Zur pädagogischen Aktivität gehörten ferner:

Die Erneuerung der gesamten Aquarienbeschriftung mit dem Ziel, einen leichtverständlichen Text mit größerer Aussage zu bieten,

die Weiterführung und Neubelebung naturwissenschaftlicher Arbeitskreise,

die Herausgabe eines neuen „Aquarienführers“, der überall ein sehr gutes Echo fand und dessen schneller Ausverkauf schon bald eine zweite Auflage nötig machte.

1972 befand sich das Institut ein Vierteljahrhundert im Bunker, wo der zweimillionste Besucher begrüßt werden konnte.

Die Besucherzahlen rechtfertigen die Anstrengungen und Aufwendungen für die Neugestaltung von Museum und Aquarium noch im alten Haus:

	1971	1972	1973
Besucher insgesamt	98 500	108 000	104 000
Schulklassen	275	325	335
mit ... Schülern	8 086	8 397	9 028

Dennoch zeigt sich immer deutlicher, besonders an der gerade erst begonnenen pädagogischen Praxis, daß die behelfsmäßige Unterbringung im Bunker dem Institut abträglich ist und nicht länger verantwortet werden kann. Deshalb beschloß der Rat der Stadt im September 1973, einen Architektenwettbewerb für einen Neubau im Nordpark auszuschreiben. Die Planungsvorbereitungen wurden sogleich aufgenommen.

## 41/209 — Naturkundliches Heimatmuseum Benrath

Im April 1971 ist das Museum geschlossen worden. Die Bestände wurden vollständig ausgelagert. Da aber keine geeigneten und permanenten Lagerräume zur Verfügung standen, mußte das auf verschiedene Stellen verteilte Museumsgut mehrmals umgelagert werden; hierdurch und wegen mangelnder Pflegemöglichkeit sind vermutlich

Schäden an den Objekten entstanden. Die Bibliothek wurde in der des Löbbecke-Museums untergestellt.

Die Arbeiten zur baulichen Neugestaltung des Museums begannen nur zögernd und gingen nur schleppend voran; sie waren am Ende der Berichtszeit noch immer nicht beendet.

## 41/210 — Goethe-Museum

Für die Erweiterung der Sammlung wurden rd. 323 000 DM ausgegeben, hiervon sind durch Schenkungen 95 500 DM aufgebracht worden.

Für die Bibliothek wurden 428 Werke für rd. 57 000 DM erworben. Das Land gab einen Zuschuß von 4000 DM, 42 300 DM sind vom Freundeskreis des Goethe-Museums und von anderen Stellen und Persönlichkeiten zugesteuert worden, die sich z. T. auch an der Erweiterung der Sammlung des Museums finanziell beteiligt haben.

Folgende Ausstellungen wurden gezeigt:

27. 8.–14. 11. 1971 Johann Nepomuk Hummel – Komponist der Goethe-Zeit – und sein Sohn Carl – Landschaftsmaler des späten Weimar
8. 4.–18. 6. 1972 Die Silhouette und ihre Technik
16. 4.–14. 5. 1972 Die Leiden des jungen Werthers. Goethes Roman im Spiegel seiner Zeit (im Wilhelmshaus Stuttgart)
26. 5.–18. 6. 1972 Dieselbe Ausstellung im Kulturamt der Stadt Wetzlar
24. 6.–29. 10. 1972 Dieselbe Ausstellung im Goethe-Museum Düsseldorf
4. 11.–16. 1. 1973 Felix Mendelssohn Bartholdy – Zum 125. Todestag
19. 1.– 4. 3. 1973 Sachsen-Weimarische Mandate und Patente 1709–1815
17. 2.– 7. 3. 1973 Vom Hexentanz zum Mummenschanz
31. 3.–23. 4. 1973 Wolfgang Amadeus Mozart – Aus den Beständen der Musik-Abteilung des Goethe-Museums  
Zum 22. Deutschen Mozartfest in Düsseldorf
4. 5.–11. 6. 1973 Neuerwerbungen 1972
28. 8.–16. 12. 1973 Gesang und Rede, sinniges Bewegen. Goethe als Theaterleiter

2. 10.–21. 10. 1973 Zum 175. Geburtstag von Eugène Delacroix. Ausstellung von Illustrationen zu Götz von Berlichingen und Faust

Das Goethe-Museum hat Leihgaben z. B. für die 14. Europarat-Ausstellung in London „Zeitalter des Neoklassizismus“ und für das Wallraf-Richartz-Museum in Köln „Sehnsucht nach Italien“ sowie Villa Hügel Essen „Pompeji – Leben und Kunst in den Vesuvstädten“ zur Verfügung gestellt.

Seit Herbst 1972 befindet sich – bis zur Einrichtung der Ausstellungsräume des Heine-Instituts im vorgesehenen Domizil Bilker Straße – eine Heine-Ausstellung im Goethe-Museum.

Die Reihe der Museumsveröffentlichungen wurde fortgesetzt. An Katalogen erschienen:

Johann Nepomuk Hummel (Komponist der Goethe-Zeit) – und sein Sohn Carl (Landschaftsmaler des späten Weimar)  
Veröffentlichung des Hummel-Nachlasses (1971)

Die Leiden des jungen Werthers. Goethes Roman im Spiegel seiner Zeit (1972)

Felix Mendelssohn Bartholdy – Zum 125. Todestag (1972)  
Gesang und Rede, sinniges Bewegen. Goethe als Theaterleiter (1973)

Die Farbenlehre im Goethe-Museum (1973)

Neuerwerbungen 1970/71 und 1972

Für Zeitungen, Zeitschriften und das Düsseldorfer Museums-Bulletin wurden 21 Aufsätze mit Themen zu Objekten des Museums geschrieben. Der Direktor hielt in verschiedenen Städten der Bundesrepublik zehn Vorträge zu Themen des Goethe-Museums. Außer den ständigen öffentlichen Führungen sowie den Führungen von interessierten Gruppen (Volkshochschule, Goethe-Gesellschaft), konnte die Werther-Ausstellung 1972 und die Ausstellung Goethe als Theaterleiter 1973 in großem Maße museumspädagogisch ausgewertet werden, indem zahlreiche Unterrichtsgespräche und Führungen für Klassen verschiedener Schulformen stattfanden.

## 41/211 — Orchester („Düsseldorfer Symphoniker“)

Henryk Czyz, der schon als Gastdirigent bei der Deutschen Oper am Rhein gewirkt hatte, war Generalmusikdirektor von Anfang der Spielzeit 1971/72 bis Ende der Spielzeit 1973/74. Von den 12 Symphoniekonzerten bzw. 24 Aufführungen in jeder Spielzeit hat er 8 Konzerte bzw. 16 Aufführungen selbst dirigiert.

Die Zahl der Abonnements für Symphonie- und Meisterkonzerte hat weiter zugenommen:

	Abonnements in der Spielzeit		
	1971/72	1972/73	1973/74
Symphoniekonzerte	1 913	2 034	2 148
Kammerkonzerte	171	158	145
Meisterkonzerte	784	805	939

Die Reihe der Musica-Viva-Konzerte wurde nicht fortgesetzt. Czyz baute die neue Musik in die Programme ein, doch

widmete er jeweils ein Konzert der Symphoniekonzertreihe ganz dem zeitgenössischen Schaffen. Seine Idee, für diese Konzerte Komponisten zu gewinnen, die ihre Werke selbst darstellten, konnte er in den drei Jahren mit den Komponisten Hans Werner Henze, Werner Egk und Witold Lutoslawski verwirklichen.

Mit besonderer Liebe pflegte er das Werk Arthur Honeggers, dessen drei große Oratorien er auf das Programm setzte: Judith, Johanna auf dem Scheiterhaufen und König David. In den beiden ersten Spielzeiten wurden zyklische Konzerte veranstaltet, die einem Musikfest gleichkamen:

1972 mit „Düsseldorfer Tage für neue Musik“,

1973 mit dem Mozartfest.

Während die „Düsseldorfer Tage für neue Musik“ einen repräsentativen Querschnitt durch das zeitgenössische Schaffen brachten (mit mehreren Uraufführungen), gewann das Mozartfest besondere Bedeutung durch ein Gastkonzert mit Karl Böhm.

Seiner Tätigkeit in Düsseldorf hat Henryk Czyz einen krönenden Abschluß mit der Schallplattenaufnahme von Robert Schumanns „Das Paradies und die Peri“ verliehen. Dieses Werk wurde zuvor auf einer Gastspielreise in Salzburg im großen Festspielhaus an zwei Abenden von den

Düsseldorfer Symphonikern und dem Städt. Musikverein mit großem Erfolg aufgeführt.

Die Düsseldorfer Symphoniker haben bei folgenden ausländischen Gastspielen der Deutschen Oper am Rhein mitgewirkt:

1971 Holland-Festival in Scheveningen:  
Zwei Aufführungen „Die Soldaten“ von Zimmermann  
Warschauer Herbst:

Zwei Vorstellungen „Die Soldaten“  
und „Lulu“ von Berg (in Warschau)  
Zwei Aufführungen eines Ballettabends „Die Jahreszeiten“ von Vivaldi und „Le Sacre du Printemps“ von Strawinsky (in Lodz)

1972 Maggio Musicale in Florenz:  
Zwei Aufführungen „Odysseus“ von Dallapiccola  
Zwei Aufführungen „Die Soldaten“

Edinburgh-Festival:  
Zwei Aufführungen „Die Soldaten“

1973 Zagreb:  
Zwei Aufführungen „Die Soldaten“  
Stockholm:  
Zwei Aufführungen „Moses und Aron“ von Schönberg und „Die Soldaten“

## 41/212 — Robert-Schumann-Konservatorium

Die Umwandlung des Konservatoriums zu einem ausschließlich berufsbildenden Institut für alle Ausbildungszweige der Musik war Ende 1971 praktisch abgeschlossen. Es unterschied sich – abgesehen vom Fehlen einer Schulmusikabteilung – weder in seiner Struktur noch nach seinem Niveau von den Musikhochschulen, was übrigens auch in einem Gutachten des Deutschen Musikrates vom 9. 3. 1972 zum Ausdruck gekommen ist. Im Jahre 1972 wurde das Konservatorium in den Hochschulbereich übernommen, und zwar als „Robert-Schumann-Institut Düsseldorf der Staatlichen Hochschule für Musik Rheinland“ mit Wirkung vom 1. 4. 1972. Dem Übernahmevertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Düsseldorf vom 21. 12. 1972 hat der Rat der Stadt am 8. 2. 1973 zugestimmt.

Über die Zahlen der Studierenden in den einzelnen Studienbereichen und Semestern sind Zahlenangaben in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt 1971, 1972 und 1973 zu finden.

## 41/213 — Kunsthalle

Die Kunsthalle hat ihre Bemühungen fortgesetzt, den Ansprüchen eines international angesehenen Ausstellungshauses für Kunst des 20. Jahrhunderts gerecht zu werden, ohne die besonderen Verpflichtungen eines städtischen Institutes zu vernachlässigen. Die publizistische Resonanz in Funk, Fernsehen und den führenden deutschen Zeitungen

Mit Wirkung vom 1. 10. 1971 erhielt der Direktor des Robert-Schumann-Konservatoriums, Prof. Jürg Baur, einen Ruf für das Fach Komposition an die Musikhochschule Köln. Bis Ende März 1972 hat er aber die Leitung des Instituts kommissarisch beibehalten. Als seinen Nachfolger wählte noch der Rat der Stadt am 24. 4. 1972 Dr. Helmut Kirchmeyer. Nach der Ratifikation des Übernahmevertrages wurde der neue Leiter vom Minister für Wissenschaft und Forschung unter gleichzeitiger Ernennung zum Professor als Dekan mit der Leitung des Robert-Schumann-Instituts betraut.

Regelmäßige öffentliche Konzerte der Dozenten und Studierenden fanden großen Zuspruch und stellten den hohen Leistungsstand des Instituts unter Beweis.

Anfang Mai 1973 wurde mit dem Neubau des Institutsgebäudes an der Fischer-/Homberger Straße begonnen.

und Zeitschriften – über alle größeren Ausstellungen hat insbesondere „Der Spiegel“ ausführlich berichtet – war anhaltend gut.

Das Jahr 1971 begann mit der Retrospektive Kurt Schwitters. Diese Ausstellung eines „Klassikers“ der modernen Kunst, die von der Kunsthalle organisiert und anschließend in

Berlin, Stuttgart, Basel und Hamburg gezeigt wurde, war mit mehr als 20000 Besuchern besonders erfolgreich. Überdurchschnittliche Beachtung fanden außerdem die Ausstellungen Jim Dine, Mark Rothko, Hannah Höch und Prospect 71 – Projection. Prospect, die Weltpremiere einer avantgardistischen Ausstellung von Werken bildender Künstler in den Medien Fotografie, Diapositive, Film und Video wurde aufgrund des Erfolges vom Museum Louisiana in Dänemark übernommen.

Das Programm der Sonderveranstaltungen wurde mit zahlreichen Vorträgen, Konzerten und Multimedia-Veranstaltungen (Laser-Vorführungen von Reuterswaerd, Mixed Media von Kriwet) fortgesetzt. Die Gesamtbesucherzahl betrug 96000 Personen.

Folgende Ausstellungen haben 1971 stattgefunden:

15. 1.– 3. 3.	Kurt Schwitters
15. 1.– 7. 2.	George Grosz
12. 2.–12. 3.	Edgar Negret
12. 3.–11. 4.	Bridget Riley
16. 3.–12. 4.	Objektive Architektur
20. 4.–23. 5.	The Photographers Eye
23. 4.– 6. 6.	Jim Dine
4. 6.–20. 6.	Rumänische Ikonen
15. 6.–17. 6.	Between 6
26. 6.–15. 8.	Freie Berufe sammeln
24. 8.– 3.10.	Mark Rothko
27. 8.–26. 9.	Andreas Moritz
8. 10.–17. 10.	Prospect 71 – Projection
29. 10.–28. 11.	Hermann Ratjen
29. 10.–28. 11.	Wolff Buchholz
29. 10.–28. 11.	Hannah Höch
10. 12.– 9. 1. 1972	Graphik der GEMINI-PRESS

Bei Francis Bacon erzielte die Kunsthalle mit über 30000 Besuchern 1972 die bisher höchste Besucherzahl in einer Ausstellung eines zeitgenössischen Künstlers. Rd. 24000 Besucher wurden bei Le Parc gezählt (besonders viele Schulklassen ließen sich von dem Spielraum des argentinischen Künstlers anregen), mehr als 22000 bei dem international bekannten Düsseldorfer ZERO-Künstler Heinz Mack. Besonderen Erfolg verzeichnete die experimentelle Ausstellung des Belgiers Broodthaers über „Adler“, die in veränderter Form auf der 5. documenta in Kassel gezeigt wurde. Die erste Retrospektive des Amerikaners Ad Reinhardt wurde von Museen in Eindhoven, Zürich, Wien und Paris übernommen. Düsseldorfer Künstler waren mit Baisch, Janssen, Ostendorf und Levin vertreten, die internationale Avantgarde mit dem Armenier Sarkis, dem Exilspanier Arroyo und dem Exilgriechen Tsoclis. Ende des Jahres zeigte die Kunsthalle die erste größere Retrospektive des rheinischen „Klassikers“ Campendonk. Die Ausstellung ging anschließend nach Bonn und Brüssel.

Unter den Sonderveranstaltungen sind Konzerte mit Kagel und Reich sowie ein moderner Tanzabend mit Merce Cunningham und John Cage hervorzuheben.

Im September 1972 verließ Direktor Karl Ruhrberg die Kunsthalle, um die Leitung des Büros des Berliner Künstlerprogramms des DAAD zu übernehmen; Nachfolger wurde Jürgen Harten.

Aufgrund des Rufes der Stadt Düsseldorf als eines Zentrums zeitgenössischer Kunst wurde die Kunsthalle eingeladen, den Düsseldorfer Teil einer europäischen Ausstellung für das Guggenheim Museum, New York, zu organisieren. Die Ausstellung „Amsterdam–Paris–Düsseldorf“ wurde im Anschluß an New York in Pasadena/Kalifornien, und Dallas/Texas, gezeigt.

Obwohl in anderen, vergleichbaren Instituten der Bundesrepublik Deutschland bereits ein leichter, allgemeiner Rückgang der Besucherzahlen beobachtet wurde, konnte die Kunsthalle 1972 ihre Besucherzahl im Vergleich zum Vorjahr wieder steigern, und zwar auf knapp 115 000.

1972 fanden folgende Ausstellungen statt:

21. 1.–27. 2.	Le Parc
21. 1.–27. 2.	System Design
29. 2.– 4. 3.	Hundertwasser
7. 3.– 7. 5.	Francis Bacon
16. 5.– 9. 7.	Broodthaers „Der Adler vom Oligozän bis heute“
16. 5.–11. 6.	R. Ch. Baisch
16. 5.– 9. 7.	Peter Janssen
16. 6.– 9. 7.	Hans Ostendorf
21. 7.– 3. 9.	Costas Tsoclis
21. 7.– 3. 9.	Pol Bury
21. 7.– 3. 9.	Julo Levin
15. 9.–15. 10.	Ad Reinhardt
15. 9.–15. 10.	Sarkis
29. 9.–29. 10.	Arroyo
27. 10.– 5. 12.	Heinz Mack
12. 12.–21. 1. 1973	Heinrich Campendonk
12. 12.–14. 1. 1973	Otmar Alt

Die erfolgreichsten Ausstellungen des Jahres 1973 waren die Retrospektive Wewerka, die Thementausstellung „Die Straße“ (einschl. der Dokumentation „Profitopolis“, der Plakate zum Bundestagswahlkampf und der zeitkritischen Filme Düsseldorfer Filmer), außerdem „Monumente“ (mit Kienholz u. a.) und Panamarenko. Mit den Holzschnitten Wilhelm Rudolphs über die Zerstörung Dresdens war erstmals ein Künstler der DDR vertreten. Die Düsseldorfer Cremers, Jungheim, Sackenheim und Walter Breker hatten Einzelausstellungen. An dem Experiment „between 7“ – einer von Düsseldorfer Künstlern in eigener Regie durchgeführten kommunikativen Veranstaltung – nahmen mehr als 80 Künstler aus Düsseldorf und Umgebung teil. Trotz scharfer Kritik in der Presse konnte Prospect 73 – Malerei neben der wesentlich attraktiveren IKI sein Publikum halten. Zahlreiche Konzerte, in diesem Jahr auch von jungen Düsseldorfer Gruppen, ergänzten ebenso wie Vorträge und Filmabende das Programm.

Mit nicht ganz 84000 Besuchern konnten 1973 die Besucherzahlen der Vorjahre nicht erreicht werden. Wenn 1969 die kulturevolutionäre Haltung eines Teiles der jungen Generation einen begrenzten Besucherrückgang bewirkt hat, so dürfte die seit Beginn des Jahres 1973 in Meinungsumfragen (Allensbach) festgestellte Staatsverdrossenheit und Polarisierung der Gesellschaft nicht ohne Folgen auf das Besucherinteresse geblieben sein. Möglich ist auch, daß eine gewisse antikünstlerische Indoktrination in der Schülerschaft die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit mo-

derner bildender Kunst beeinträchtigt hat. Hinzu kommt die Entwicklung in den Künsten selbst. Einerseits sind Werke im Bereich der Konzeptkunst zunehmend unanschaulich geworden, andererseits besteht das Bedürfnis nach Rückbesinnung (Nostalgie). Eine Ausstellung wie Agam (Rheinische Post: . . . „wieder eine große Ausstellung in der Kunsthalle“) hat trotz attraktiver Aufmachung nur rd. 8000 Besucher gehabt.

Andere Institute im In- und Ausland, die mit der Kunsthalle gemeinsame Ausstellungstourneen durchführten (Amsterdam, Berlin, Bern, Eindhoven) meldeten ebenfalls fallende Besucherzahlen. Es ist versucht worden, durch zusätzliche Werbung, Information und Sonderveranstaltungen diese Tendenz in Düsseldorf in Grenzen zu halten.

Die publizistische Resonanz der Kunsthalle entsprach nach wie vor der in der Bundesrepublik führenden Stellung des Hauses.

#### Ausstellungen 1973:

- |               |             |
|---------------|-------------|
| 30. 1.– 2. 3. | Panamarenko |
| 30. 1.–14. 2. | G. Cremers  |

- |                     |  |
|---------------------|--|
| 16. 2.–18. 3.       | Michael Jungheim                                     |
| 16. 2.–18. 3.       | Lobo   |
| 17. 3.–22. 4.       | Die Straße   |
| 23. 3.–23. 4.       | Profitopolis   |
| 30. 3.– 5. 4.       | Düsseldorfer Filmer                                  |
| 6. 4.–29. 4.        | K. Staeck, Plakate zum Bundestagswahlkampf between 7 |
| 2. 5.– 6. 5.        | Rolf Sackenheim                                      |
| 2. 5.–27. 5.        | Agam   |
| 16. 5.–17. 6.       | Ber Warzager   |
| 29. 5.–24. 6.       | Monumente  |
| 26. 6.–19. 8.       | Wilhelm Rudolph                                      |
| 4. 8.–26. 8.        | Bruce Nauman   |
| 28. 8.–23. 9.       | Jensen   |
| 28. 8.–23. 9.       | Prospect 73 – Malerei                                |
| 28. 9.– 7. 10.      | Walter Breker  |
| 12. 10.–25. 11.     | Stephan Wewerka                                      |
| 12. 10.–25. 11.     | Anatol   |
| 1. 9.–15. 10.       | Abraham David Christian „Prinzip Mensch“             |
| 22. 11.–25. 11.     | Christo  |
| 30. 11.–13. 1. 1974 | Surimono   |
| 14. 12.–23. 1. 1974 |  |

## 41/215 — Orangerie Benrath

Mit der Restaurierung der Kapelle wurde der Wiederaufbau des Gesamtkomplexes Orangerie Benrath bis auf einige Restarbeiten abgeschlossen.

Die Benutzung der Räume in der Orangerie Benrath ist

stärker geworden. 1971 fanden 721, 1972 829 und 1973 919 Veranstaltungen statt. Von zusammen 2469 Veranstaltungen waren 1394 von der Stadt ausgerichtet, bei 17 handelte es sich um Kunstausstellungen.

## 41/216 — Hetjens-Museum

In den 5 Jahren seiner Selbständigkeit im Palais Nesselrode haben 90 000 Personen das Hetjens-Museum besucht. Eine so hohe Besucherzahl ist in keiner vergleichbaren Zeitspanne während der vorangegangenen 60 Jahre im alten Museumsgebäude (Ehrenhof) auch nur annähernd erreicht worden; die Zahl spricht nicht nur für das steigende Interesse an der Keramik, sondern ist in erster Linie das Ergebnis vielbeachteter Ausstellungen, Sonderveranstaltungen und Publikationen.

Die einzigartigen Bestände des Hetjens-Museums an Siegburger Steinzeug bearbeitete Ekkart Klinge im 1972 erschienenen Bestandskatalog, der mit ausführlicher Literatur und der eingehenden Darstellung von Geschichte und Formen zum Handbuch für Museen und Sammler wurde.

Vom 12. 9. bis 14. 11. 1971 bot die Ausstellung „Deutsche Keramik 71“ mit der Beteiligung von 102 zeitgenössischen Keramikern erstmals einen repräsentativen Überblick über die aktuelle Töpferkunst. Der Katalog war bereits während der Ausstellung vergriffen und auch die Neuauflage reichte nicht aus, die bis heute anhaltende Nachfrage zu befriedigen.

Im selben Jahr würdigten Ausstellung und Bildheft „Keramik von Hubert Griemert“ die individuelle Leistung eines Keramik Künstlers, dessen Schaffen für die heutige Töpfergeneration vorbildlich wurde.

Der ästhetische Reiz fernöstlicher Blumengestecke in modernen Gefäßen internationaler Keramiker verhalf der IKEBANA-Ausstellung des Jahres 1972 zu beträchtlichem Erfolg.

Im Rahmen der pädagogischen Bemühungen des Museums schloß sich die „Begegnung mit Ton in Schule und Museum“ an, die als Resultat der Zusammenarbeit mit Kunsterziehern keramische Arbeiten von Schülern vorstellte.

Vom 8. 10. bis 4. 11. 1972 gab die Ausstellung „Keramik von Carlo Zauli“ Gelegenheit, Skulpturen und Architekturteile eines führenden italienischen Keramikers der Gegenwart kennenzulernen.

Internationale Resonanz fand im Herbst 1973 die Ausstellung „Islamische Keramik“. Als erste Veranstaltung ihrer Art seit 1910 bot sie mit Leihgaben aus europäischem

Museums- und Privatbesitz einen lückenlosen Abriss der islamischen Keramik von den Anfängen bis ins 19. Jahrhundert. Im Umfang die größte wurde sie auch die bislang erfolgreichste Ausstellung des Hetjens-Museums, die zudem den Rahmen für ein internationales Symposium von

Islam-Forschern abgab. Der wissenschaftliche Katalog mit historischer Zusammenfassung, ausführlichem technischem Glossar und gründlicher Untersuchung der einzeln abgebildeten Ausstellungsstücke wurde bis heute in über 1500 Exemplaren verkauft.

## Amt 42 — Theaterverwaltung

Der 1955 zwischen Düsseldorf und Duisburg geschlossene Theatergemeinschaftsvertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Musiktheaters ist durch Ratsbeschlüsse – in Düsseldorf am 14. 6. 1973 und in Duisburg am 12. 6. 1973 – verlängert worden. Aufgrund der guten Zusammenarbeit wurde die bisherige Laufzeit von jeweils 3 Jahren auf 5 Jahre ausgedehnt. Somit ist der Fortbestand des Gemeinschaftsunternehmens „Deutsche Oper am Rhein“ zunächst bis zum 31. 7. 1979 weiter gesichert.

Auch der Vertrag des seit 1964 amtierenden Generalintendanten Prof. Dr. Grisca Barfuss konnte durch Beschlüsse des Düsseldorfer Hauptausschusses vom 19. 3. 1973 und des Duisburger Rates vom 26. 3. 1973 ebenfalls um 5 Jahre verlängert werden.

Die gleiche Laufzeit der Verträge hat die Dispositionsmöglichkeiten erheblich verbessert.

Der Raummangel im Opernhaus, das vertragsgemäß der Deutschen Oper am Rhein voll funktionsfähig zur Verfügung zu stellen ist, hat dem Rat der Stadt am 26. 10. 1972 Veranlassung gegeben, dem Bau eines Probenhauses zuzustimmen. An den Gesamtkosten von 2,45 Millionen DM für das in Düsseldorf-Oberkassel, Niederkasseler Kirchweg 36, gebaute Probenhaus beteiligte sich das Land mit 800 000 DM. Bis zur Fertigstellung dieses Hauses Ende 1973/Anfang 1974 haben die Ämter 40 und 80 Räume für den Probenbetrieb von Oper und Ballett zur Verfügung gestellt.

Die Auflagen der Feuerwehr und des Bauaufsichtsamtes in Hinsicht auf die Sicherheit der Fluchtwege im Opernhaus konnten erfüllt werden, nachdem der Theaterverwaltung ein großer Teil der Räume des früheren Leihamtes, Reuter-Kaserne, zur Verfügung gestellt worden ist. Dorthin wurden dann im November 1973 5500 Kostüme ausgelagert. Es handelte sich um einen Kostümbestand für 40 Inszenierungen, der einen Wert von fast 6 Millionen Mark darstellt. Auch ein Teil des Perückenbestandes konnte dort untergebracht werden.

Die technischen Unzulänglichkeiten im Opernhaus haben den Rat der Stadt veranlaßt, am 27. 9. 1973 im Rahmen des Kulturbauprogrammes nachstehend benannte bauliche Veränderungen im Bühnentrakt zu beschließen, die schon lange notwendig geworden waren:

Ausbau der Seitenbühne	2 285 500 DM
Anschaffung von Bühnenwagen der Seitenbühne	338 000 DM
Einbau eines Prospektaufzuges	246 500 DM
Einbau von 44 Prospektzügen	3 127 500 DM
Einbau einer Untermaschinerie	3 996 500 DM
Anschaffung von Bühnenwagen der Hinterbühne mit Drehscheibe	365 000 DM
Zusammen: 10 359 000 DM	

Diese Arbeiten sollen im Laufe der nächsten Jahre während der Theaterferien und – soweit es der Probenbetrieb erlaubt – auch während der Spielzeit durchgeführt werden.

Die Werbemaßnahmen zur Steigerung der Besucherzahlen, die sich seit Jahren bewährt haben, wurden weiter ausgebaut. In einer Zeit, in der die Abonnentenzahlen bei den meisten Theatern wesentlich zurückgingen, blieben sie in Düsseldorf nahezu konstant:

Spielzeit 1971/72	11 776 Abonnenten
Spielzeit 1972/73	11 257 Abonnenten
Spielzeit 1973/74	11 457 Abonnenten

Hinzu kommen die Besucher der aufgelegten Sonderabonnements bzw. feste Besuchergruppen für folgende Veranstaltungen:

Der Ring der Nibelungen  
Mozart-Zyklus  
Strauß-Zyklus  
Zyklus Heiteres Musiktheater

Der Platzbedarf des „Düsseldorfer Jugendringes“, der die Betreuung der Schulpflichtigen mit übernommen hatte, lag zwischen 12 000 und 15 000 Karten je Spielzeit. (Die Düsseldorfer Schüler haben übrigens darüber hinaus die Möglichkeit, Karten mit 50% Preisnachlaß an der Abendkasse zu lösen.)

Die Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks an die Deutsche Oper am Rhein wurden in den Rechnungsjahren 1972 bis 1974 in gleicher Höhe gewährt (Land Nordrhein-Westfalen jeweils 800 000 DM, Westdeutscher Rundfunk jeweils 625 000 DM).

Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf haben sich wie folgt entwickelt:

Spielzeit 1971/72	2 628 000 DM
Spielzeit 1972/73	2 636 000 DM
Spielzeit 1973/74	2 874 000 DM

Im September 1971 gastierte die Deutsche Oper am Rhein anlässlich des „Warschauer Herbstes“, einem alljährlich stattfindenden Musikfestival, mit Zimmermanns „Die Soldaten“, Bergs „Lulu“, Vivaldis „Die vier Jahreszeiten“ und Stravinskys „Le sacre du printemps“ in Lodz und Warschau. — Das Ensemble der Oper von Lodz erwiderte den Besuch mit zwei Gastspielen am 19. und 20. Oktober 1972. Zur Auf-führung kamen die polnische Nationaloper „Halka“ von Moniuszko und „Die Sache von Johannes und Herodes“ (Tragedia) von Twardowski.

Als Dank an Stadt und Land für die Errichtung des Proben-hauses für das Ballett- und Opernensemble veranstaltete die Deutsche Oper am Rhein im Düsseldorfer Opernhaus vom 14. bis 30. Oktober 1973 einen zusammenhängenden Ballett-Zyklus, der das Ballettschaffen des Institutes wider-spiegelte. Das Experiment, 14 aufeinanderfolgende Ballett-abende zu bieten, hatte einen nicht voraussehbar gewordenen künstlerischen und finanziellen Erfolg. Im Rahmen dieses Zyklus, der bis auf vier Vorstellungen ausverkauft war,

gastierten auch das „Nederlands Dans Theater“, Amsterdam und das „Ballett Rambert“, London.

Im Rahmen der Bemühungen, die Besucherzahlen des Musiktheaters zu steigern, wurde der Kreis der Konzert-besucher mit 8 Sonntags-Matineen unter dem Titel „Lieder – Kantaten – Spirituals“ angesprochen. In diesen Matineen, die von Mal zu Mal steigende Besucherziffern aufwiesen, traten Solisten der Deutschen Oper am Rhein als Liedersänger auf.

Der Rat der Stadt billigte durch Beschlüsse vom 29.11.1973 die Abgabe ermäßigter Eintrittskarten für Senioren (50% Nachlaß) und Abonnenten der anderen Theater in Nord-rhein-Westfalen (20% Nachlaß). Letztere Aktion ging auf die Initiative des Deutschen Bühnenvereins zurück (im Rahmen allgemeiner Theaterwerbung sollte den Abonnen-ten aller Bühnen Nordrhein-Westfalens die Möglichkeit gegeben werden, auch das Repertoire benachbarter In-stitute kennenzulernen). Diese Aktion hat allerdings kein großes Echo gehabt.

In den Geschäftsberichten, die jährlich von der Deutschen Oper am Rhein herausgegeben werden, sind weitere Einzel-heiten über den Theaterbetrieb sowie Übersichten über die Jahresrechnungen, die Vorstellungen und deren Besucher zu finden. Auch auf die Statistischen Jahrbücher der Stadt wird, was die Vorstellungen und die Besucherzahlen des Düsseldorfer Opernhauses anbelangt, hingewiesen.



# Sozial- und Gesundheitsverwaltung

**50 Sozialamt**

**51 Jugendamt**

**52 Sportamt**

**53 Gesundheitsamt**

**54 Städtische Krankenanstalten**

**55 Ausgleichsamt**

## Amt 50 — Sozialamt

Die dem Amt gestellten Aufgaben haben sich nicht wesentlich geändert; der Arbeitsumfang ist jedoch weiter gewachsen. Das Stellen-Soll — es hatte Ende 1970 635 hauptamtliche Mitarbeiter betragen — erhöhte sich bis Ende 1973 auf 672 Kräfte. Seit geraumer Zeit besteht ein empfindlicher Mangel an Sachbearbeitern, insbesondere in den Bezirksfürsorgestellen, an Sozialarbeitern und an Pflegekräften für die Städt. Alten- und Pflegeheime.

Der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter wurde besondere Bedeutung beigemessen. Die Sozialarbeiter und -praktikanten erhielten laufend Praxisanleitung und Supervision durch eigene Fachkräfte, und auch die Mitarbeiter der die Leistungen gewährenden Dienststellen des Amtes wurden — insbesondere durch die „Innenprüfung“ — beraten. Darüber hinaus wurden vor allem spezielle Seminare, die das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Düsseldorf in Verbindung mit dem Sozialamt abhielt, sowie Lehrgänge des Fortbildungswerkes des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt, belegt. Alle vertretbaren Möglichkeiten und sich anbietenden Organisations-techniken und -mittel wurden genutzt, um dem Engpaß „Personal“ zu begegnen. Seit dem 1. 4. 1971 werden die Zahlung und weitgehend auch die Berechnung von Sozialhilfeleistungen, Leistungen der Tbc-Hilfe, der Kriegsopferfürsorge und von Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz mit Hilfe der EDV-Anlage vorgenommen.

1973 begann das Hauptamt auf Antrag des Sozialamtes mit einer Struktur- und Organisationsuntersuchung der Abteilung 50/5 — Familienfürsorge —.

Zum 1. Januar 1972 wurde ein Sachgebiet Sozialplanung für den Bereich des Sozialamtes eingerichtet, das sich schwerpunktmäßig folgender Aufgaben annahm:

Sicherung von Grundstücken für die Altenhilfe, Behindertenhilfe, Obdachlosenhilfe und Nichtseßhaftenhilfe,

Mitarbeit in der einschlägigen Arbeitsgruppe des Planungstabes Stadtentwicklung,

Untersuchung über die Ursachen der Obdachlosigkeit,

Investitionsplanung in Abstimmung u. a. mit den Wohlfahrtsverbänden, dem Landschaftsverband und dem Land,

Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe mit anderen Ämtern der Stadt zur Konzipierung eines Modells für den geplanten sozialen Dienst in Garath/Hellerhof.

Die Regelsätze, die wesentliche Berechnungsgrundlage in der Sozialhilfe, mußten vom Sozialausschuß in der Berichtszeit fünfmal angehoben werden, und zwar für den Haushaltsvorstand

(ab 1. 6. 1970: 160 DM = 100 gesetzt)

ab 1. 6. 1971 auf 197 DM (123%)  
ab 1. 6. 1972 auf 211 DM (132%)  
ab 1. 6. 1973 auf 223 DM (139%)  
ab 1. 10. 1973 auf 230 DM (144%)  
ab 1. 1. 1974 auf 240 DM (150%)

Entsprechend änderten sich auch die Regelsätze für Haushaltsangehörige.

Die Diätzulagen wurden wie folgt erhöht:

für Diabetiker von 30 DM (= 100 gesetzt)

ab 1. 6. 1971 auf 40 DM (133%)

ab 1. 6. 1973 auf 45 DM (150%)

ab 1. 1. 1974 auf 49 DM (163%)

für Sonstige von 20 DM (= 100 gesetzt)

ab 1. 6. 1971 auf 25 DM (125%)

ab 1. 6. 1973 auf 28 DM (140%)

ab 1. 1. 1974 auf 35 DM (175%)

Die Zahl der Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge ist z. T. beträchtlich gestiegen. Es erhielten:

Geldleistungen außerhalb von Anstalten und Heimen

(1970 11 083 Personen = 100 gesetzt)

1971 12 665 Personen (114%)

1972 13 996 Personen (126%)

1973 15 659 Personen (141%)

Hilfe in Anstalten, Heimen usw.

(1970 3 397 Personen = 100 gesetzt)

1971 3 567 Personen (105%)

1972 3 683 Personen (108%)

1973 3 927 Personen (116%)

Besonders gravierend ist der Anstieg der Fallzahlen bei der Hilfe zur Pflege außerhalb von Anstalten und Heimen:

(1970 551 Personen = 100 gesetzt)

1971 741 Personen (134%)

1972 892 Personen (162%)

1973 980 Personen (178%)

und der Gewährung von Leistungen zur Begleichung von Telefongrundgebühren:

(1970 108 Personen = 100 gesetzt)

1971 275 Personen (255%)

1972 303 Personen (280%)

1973 318 Personen (294%)

Das Taschengeld für Hilfeempfänger in Anstalten und Heimen wurde vom Rat der Stadt zum 1. 1. 1972 und erneut zum 1. 1. 1973 angehoben; es beträgt seitdem für Erwachsene monatlich 70 DM.

Wegen der ständig steigenden Kosten hat der Rat der Stadt die Heimpflegesätze für die Altenheimstatt Flehe und für das Städt. Alten- und Pflegeheim Gallberg zum 1. 1. 1971, 1. 1. 1972, 1. 1. und 1. 10. 1973 erhöht. Seit der letzten Erhöhung betragen die täglichen Pflegesätze zwischen 16,85 DM (Mehrbettzimmer im Altenheim Gallberg) und 48,05 DM (Einbettzimmer für Schwerpflegebedürftige in der Altenheimstatt Flehe).

Die Zahl der Empfänger von Tuberkulosehilfe ist da von 469 auf 414 weiter zurückgegangen, obwohl auch hier die Leistungsvoraussetzungen laufend verbessert worden sind. Die Abnahme der Fallzahl ist nicht zuletzt darauf zurück-

zuführen, daß die Kinder-Tbc praktisch ausgerottet ist und die einstmals große Ansteckungsgefahr dieser Krankheit heute aufgrund der medizinischen Möglichkeiten weitgehend als gebannt gilt. Durch organisatorische Maßnahmen ist zudem sichergestellt, daß sich nunmehr alle Empfänger von Tuberkulosehilfe ständig ärztlich behandeln lassen.

Weitere Übersichten über die Hilfeempfänger und die Ausgaben des Sozialamtes – das gilt sowohl für die Sozialhilfe wie auch für die Kriegsopferversorgung – sind in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt veröffentlicht.

Bei den Aufgaben nach dem Schwerbeschädigtengesetz ist eine deutliche Zunahme der Anträge auf Gleichstellung (§ 2 SchwBG) festzustellen. Die Zahl der nach den Richtlinien des Arbeits- und Sozialministers NW vom 5. 10. 1965 in Verbindung mit dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten sowie von anderen Behinderten im Nahverkehr vom 27. 8. 1965 ausgestellten Ausweise ist weiter gestiegen. Insgesamt sind bis Ende 1973 13 530 Ausweise für Schwerbeschädigte ausgegeben worden, davon 7204 mit Berechtigung zur Freifahrt auf Ortslinien.

Der steigende Anteil der alten Mitbürger an der Gesamt- einwohnerzahl Düsseldorfs erfordert und erfordert für die Zukunft eine ständige Ausweitung des Angebots auf dem Gebiet der offenen Altenhilfe. Am 31. 12. 1973 lebten in Düsseldorf 98 082 65jährige oder ältere gegenüber 87 892 Personen Ende 1970.

Die Zahl der Altenklubs erhöhte sich von 104 auf 126 bei rd. 8000 festen Mitgliedern. In Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden wurde das Angebot an Altentagesstätten auf 16 erweitert (1970 waren es 9). Eine Untersuchung im August 1972 ergab, daß die täglichen Besucherzahlen zwischen 10 und 60 schwanken. Zwei Altentagesstätten befinden sich im Bau. Mittel- bzw. langfristig sind weitere 10 solcher Einrichtungen geplant.

Um nicht nur das quantitative Angebot, sondern auch das qualitative Angebot zu verbessern, werden seit kurzer Zeit getrennt für Altenklub- und Altentagesstättenleiter Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Diese Veranstaltungen haben zum Ziel, über die Leiter solcher Einrichtungen bei den Mitgliedern bzw. Besuchern mehr Eigeninitiative zu wecken und durch Informationen eine Ausweitung des Veranstaltungsprogramms in den Einrichtungen zu erreichen (z. B. Informationen über die musische, schöpferische und praktische Gestaltung von Klubnachmittagen). Neben den Altenberatungsstunden, die von den städt. Familienfürsorgerinnen durchgeführt werden, besteht die Möglichkeit der Beratung für ältere Menschen bei den 6 Wohlfahrtsverbänden. Die Rentenberatung, die bisher mit in der Altenheimstatt Flehe stattfand, wurde ab Januar 1971 auf die Altentagesstätte Klever Straße ausgedehnt. Vom Angebot der Rentenberatung haben in den Jahren 1971 – 1973 rd. 800 Personen Gebrauch gemacht.

Die Öffentlichkeitsarbeit hat in der offenen Altenhilfe mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Hierzu gehörte im wesentlichen

der im letzten Bericht genannte „Soziale Ratgeber“. (Über die dem „Sozialen Ratgeber“ beigefügte Notruf-

Postkarte sind grob geschätzt bis Ende 1973 1150 Hilfeersuchen gekommen.)

Im Januar 1973 ist in Zusammenarbeit zwischen den Wohlfahrtsverbänden, dem Presseamt und Sozialamt ein bebildertes Falblatt „Sonne für den Herbst des Lebens“ herausgegeben worden, das – an alle Düsseldorfer Haushaltungen gerichtet – über die vorhandenen und geplanten Angebote der Altenhilfe informiert hat (Auflagenhöhe 240 000).

Ein mit den Wohlfahrtsverbänden abgesprochenes Plakat weist seit Anfang 1973 auf Beratungsstellen und Altentagesstätten hin. Das auf diesem Plakat gezeigte Emblem soll bei allen Veranstaltungen der Altenhilfe verwendet werden und als Kennzeichen der Altenhilfe in das Bewußtsein der Bevölkerung, insbesondere der älteren Mitbürger, eingehen.

In regelmäßig durchgeführten Schülerpraktika (9. Klasse Hauptschule) wurde in der Altenheimstatt Flehe sowohl über die Einrichtungen der geschlossenen Altenhilfe als auch über die Aktivitäten auf dem Gebiet der offenen Altenhilfe in Düsseldorf informiert, um bei jungen Menschen Verständnis für die Probleme des Alters zu wecken. In halbjährlichen Presseveröffentlichungen wird auf Angebote und Veranstaltungen der offenen Altenhilfe hingewiesen.

Die Veranstaltungen der Aktion „Treffpunkte am Nachmittag“ wurden in den einzelnen Berichtsjahren von 14 917, 19 420 und 28 466 Personen besucht. Herauszuheben ist hierbei das steigende Interesse an Sprach- und Tanzkursen sowie an Gymnastikstunden. – Seit 1971 unterhält das Deutsche Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit den Stadtbüchereien eine fahrbare Bücherei. Betagten Bücherfreunden, die stark gehbehindert sind oder wegen Erkrankung die Wohnung nicht oder nur schwer verlassen können, werden zweimal monatlich mit einem Büchereiwagen etwa 500 Bücher zur Ausleihe angeboten. Trotz wiederholter Presseveröffentlichungen wurde dieser Dienst nur von ca. 45 Personen regelmäßig in Anspruch genommen. Die Wohlfahrtsverbände haben für den „Mahlzeitendienst für alte Menschen“ 13 Fahrzeuge, zwei mehr als 1970, eingesetzt. Fünfmal in der Woche machen etwa 660 Personen täglich von diesem Angebot Gebrauch.

Seit April 1970 bietet das Deutsche Rote Kreuz im Stadtbad an der Kettwiger Straße einmal wöchentlich einen Schwimmlehrgang für ältere Mitbürger an, der von etwa 25 Personen regelmäßig besucht wird. Anfang 1973 wurden in anderen Stadtteilen 2 weitere Lehrgänge, ebenfalls in Lehrschwimmbecken, eingerichtet.

Die Erholungshilfen für alte Menschen, zu denen das Land finanziell beiträgt, wurden intensiviert. Für betagte Mitbürger, die keine größeren Reisen mehr unternehmen können oder wollen, wurden erstmalig im Mai und Juli 1973 10-tägige Freizeiten (jeweils montags bis freitags mit Unterbrechung am Wochenende) in einem Erholungsheim in Ratingen veranstaltet.

Im Oktober 1973 wurde die Seniorenkarte für einkommensschwache ältere Menschen eingeführt, die eine 50%ige Ermäßigung des Eintrittspreises bei 2 Theaterbesuchen und einer Konzertveranstaltung bewirkt.

Die erste Seniorenkarte dieser Art galt für das letzte Quartal 1973. Sie enthielt ferner Gutscheine über mtl. 6,75 DM = 50% des Ausgabepreises der Seniorenkarte der Rheinbahn. Dieses Angebot wurde – bei ca. 5600 Anspruchsberechtigten – von rd. 1800 Personen wahrgenommen. Durch die Ausgabe der Seniorenkarten für das letzte Quartal 1973 sind Kosten von rd. 38 000 DM entstanden.

Auf dem Gebiet der Behindertenhilfen hat das Sozialamt seine Bemühungen, neue Hilfemöglichkeiten zu schaffen, weiter verstärkt. Im Januar 1973 erschien ein „Bericht über die Situation der Behinderten in Düsseldorf“, dessen wesentlicher Teil neben einer ausführlichen Bestandsaufnahme eine mittelfristige Planung auf dem Behinderten-sektor darstellt. Hervorzuheben sind hier die Planung einer Werkstatt für Behinderte und mehrerer Wohnheime. Träger der Werkstatt, die einmal 360 Körper-, Geistes- oder/und Sinnesbehinderten angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten bieten wird, ist die „Werkstatt für angepaßte Arbeit GmbH“. Gesellschafter dieser GmbH sind die Stadt Düsseldorf (mit 75% Kapitalanteil) und die „Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte“, ein Dachverband der Behindertenorganisationen. Der Vorentwurf für die Werkstatt war im Herbst 1973 fertig. – Von den Aktivitäten der Eltern- und Selbsthilfeverbände auf dem Sektor der Behindertenhilfen ist vor allem die Einrichtung einer „Frühförderung für geistig behinderte Kinder“ durch den Verein „Lebenshilfe für geistig Behinderte“ zu erwähnen. Die Frühförderung strebt eine heilpädagogische Förderung der geistig behinderten Kinder vom ersten Lebensjahr bis zur Aufnahme in den Sonderkindergarten an. Die Betreuung – sie erfolgt meistens in der Wohnung des Behinderten – ist mit einer Beratung der Eltern verbunden. Betreut werden jährlich ca. 70 Kinder. Die Kosten dieser Betreuung trägt weitgehend das Sozialamt.

Für die Sprachheiltherapie sind 8 weitere Ambulanzstellen im Stadtgebiet eingerichtet worden, so daß Ende 1973 insgesamt 28 solcher Einrichtungen zur Verfügung standen, in denen 40 neben- und 5 hauptamtliche Fachkräfte (an wöchentlich insgesamt 350 Übungsstunden) tätig sind.

Die Inanspruchnahme des Vertriebenen- und Flüchtlingsamtes spiegelt sich in folgender Übersicht wider:

	1971	1972	1973
Einweisung aus			
Polen . . . . .	440	326	250
Rumänien . . . . .	69	80	116
Ungarn . . . . .	18	7	4
CSSR . . . . .	34	19	12
Jugoslawien . . . . .	11	16	23
UdSSR . . . . .	5	12	14
DDR . . . . .	161	119	139
	738	579	558

Die aus Bundesmitteln zu gewährenden Leistungen nach dem Häftlingshilfegesetz sind ab Juli 1971 durch die 5. Novelle weiter verbessert worden. Es wurden nach diesem Gesetz gezahlt

1971	213 000 DM
1972	351 000 DM
1973	516 000 DM

Für Spätaussiedler wurden 1973 4 Sprachkurse eingerichtet. 100 Teilnehmer haben hier ihre Deutsch-Kenntnisse verbessert. Ende 1973 richtete sich das Vertriebenenamt auf die Betreuung von angekündigten Flüchtlingen aus Chile ein.

1973 ging die Geschäftsführung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer – sie lag bisher beim Diakonischen Werk der Ev. Kirche im Rheinland – auf die Stadt über. Stadtdirektor Dornscheidt wurde in der Sitzung am 31. 1. 1973 zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gewählt.

Zum 1. Januar 1973 wurde beim Sozialamt die Stelle eines hauptamtlichen Koordinators für ausländische Arbeitnehmer eingerichtet. Es handelt sich um einen Sozialbereich voller Problematik. Aus der Tätigkeit des Koordinators zwei Beispiele: In Verhandlungen konnte erreicht werden, daß den in Düsseldorf wohnenden Moslems ein Gebetsraum zur Verfügung steht und im Düsseldorfer Schlachthof Tiere nach mohamedanischem Ritus geschlachtet werden.

Das seit Jahren gute partnerschaftliche Verhältnis zwischen den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem Sozialamt hat sich auch in der Berichtszeit bewährt. Für den ehrenamtlichen Helferdienst – rd. 500 Helfer – wurde vom Sozialamt eine Reform angestrebt, mit der sich die Wohlfahrtsverbände zunächst im eigenen Bereich beschäftigen konnten. – Abgesehen von kostendeckenden Individualverrechnungen in allen sozialen Bereichen, soweit sie das Sozialamt betreffen, leistete die Stadt wieder beachtliche globale Finanzhilfen an die Wohlfahrtsverbände, von denen die wesentlichsten nachstehend angeführt sind:

	1971	1972	1973
Zweck	DM	DM	DM
Globalzuschuß an die Verbände . . . . .	800 000	880 000	950 000
Zuschuß zur Instandsetzung und Modernisierung von Altenheimen . . . . .	450 000	450 000	350 000
Mahlzeitendienst . . . . .	105 000	147 000	175 000
Investitionshilfen für Alten- und Pflegeheime	1 512 840	913 195	144 308

Erstmalig sind 1971 und 1972 Betriebskostenzuschüsse für die Anlaufzeit von Alten- und Pflegeheimen der Wohlfahrtsverbände, und zwar für 9 Einrichtungen in Gesamthöhe von rd. 490 000 DM gezahlt worden. – Es besteht nach wie vor ein erheblicher Mangel an Pflegebettplätzen, während der Nachfrage nach Plätzen in Altenheimen inzwischen weitgehend entsprochen werden kann. Mehrbettzimmer in Altenheimen, vor allem älterer Bauart, werden zunehmend als Einbettzimmer oder aber als Pflegebettplätze hergerichtet. Die zwischen dem Sozialamt und den Wohlfahrtsverbänden abgestimmte Investitionsplanung für Alteinrichtungen ist daher ausschließlich auf den Bau von Altenkrankenheimen und Altenwohnhäusern abgestellt.

Bestandteil dieser Zielplanung ist auch der Neubau der städtischen Alteinrichtung auf dem Gallberg, bestehend aus 2 Altenkrankenheimen mit nunmehr 220 Pflegebetten

und einem Altenwohnhaus. Für dieses Projekt konnten die Bauplanung sowie die Finanzierungsverhandlungen weitgehend abgeschlossen werden. Die Vorplanung für eine gleichfalls mehrstufige städtische Alteneinrichtung am Niederkasseler Lohweg wurde aufgenommen. Die Weiterentwicklung der sozialen Aufgaben ließ vor allem auch den Tätigkeitsbereich der Familienfürsorge in den letzten Jahren nicht unberührt. Die bereits erwähnten Arbeitsuntersuchung hat vor allem zum Ziel, die Inhalte der Arbeit der Familienfürsorge auf zeit- und problemgerechte Sozialarbeit zu befragen und entsprechende organisatorische Veränderungen herbeizuführen. Als Ergebnis der Arbeitsuntersuchung im Gesundheitsamt wurde die Familienfürsorge inzwischen von der Teilnahme an Mütterberatungen und Impfterminen entlastet zugunsten der Behinderten- und Psychischkrankenhilfe. Diese beiden Hilfearten treten immer mehr in den Vordergrund. Den Sozialarbeitern der Familienfürsorge wurde in der Behindertenhilfe die Aufstellung und Überwachung des Gesamthilfeplanes nach dem Bundessozialhilfegesetz in Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten übertragen.

Zunehmende psychosoziale Notstände lassen erkennen, daß die persönliche Hilfe als der berufsspezifische Schwerpunkt der Sozialarbeiter auch in der Familienfürsorge noch mehr als bisher verwirklicht werden muß. Für die Jugend- und Familienproblematik sei nur hingewiesen auf die erschreckende Zahl der Drogengefährdeten und auf die ständig höheren Ehescheidungsziffern. Zudem erfordern die steigende Zahl der alten Menschen, die große Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer und die neu hinzukommenden Spätaussiedler von der Familienfürsorge ein hohes Maß an Hilfe und Beratung.

Schwerpunkte sozialer Arbeit waren insbesondere die Neubaugebiete Garath und Reisholz. Die hier angesiedelten sozial schwachen Familien bedürfen in besonderer Weise der helfenden Stützung und Begleitung, um die Integration in das neue Wohngebiet bewältigen zu können. Intensive materielle und immaterielle Hilfen haben hier zahlreiche Menschen vor erneutem Abgleiten bewahren können.

## Amt 51 — Jugendamt

Die Neufassung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 6. 8. 1970 hat sich nicht unerheblich auf Art und Umfang der wahrzunehmenden Aufgaben ausgewirkt. Die tiefgreifende Neuregelung auf dem Gebiet des Pflegekinderschutzes und auch hinsichtlich der Stellung des Jugendamtes im Vormundschaftswesen komplizierte die Arbeitsvorgänge im Unterhaltsbereich erheblich, was eine beträchtliche Mehrbelastung mit sich brachte. — Die Neufassung des JWG und auch das am 1. 1. 1972 in Kraft getretene 2. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 21. 12. 1971 (Kindergartengesetz) sowie die 1972 erlassenen Verordnungen führten zu erheb-

Die in den letzten Jahren erprobte Mitarbeit von Hauswirtschaftsmeisterinnen in der Obdachlosenhilfe hat sich bewährt. Die wirtschaftliche Beratung durch diese Fachkräfte unterstützt die Arbeit der Familienfürsorge erheblich; sie ermöglicht durch Einübung und Planung ein besseres wirtschaftliches Verhalten, um die Betroffenen vor Obdachlosigkeit zu bewahren.

Neue Ansätze sind auch die soziale Gruppenarbeit und die Gemeinwesenarbeit in der Obdachlosenhilfe, die im übrigen auch in der allgemeinen Familienhilfe intensiviert wurde. Die Zahl der Obdachlosen verringerte sich von 1817 Parteien mit 8269 Personen auf 1282 Parteien mit 6181 Personen. — Im August 1972 wurde die Stadtunterkunft Tichauer Weg abgerissen. — Im Vergleich zu den Jahren 1968 — 1970 waren die Möglichkeiten des Amtes für Wohnungswesen, Wohnungen zuweisen zu können, eingeschränkt. Wesentlich geholfen werden konnte jedoch durch Wohnungen, die das Liegenschaftsamt der Stadt zur Verfügung stellte. Die Abschwächung der Zahl der Zugänge im Obdachlosbereich ist nicht zuletzt ein Erfolg der intensivierten Vorsorgemaßnahmen des Sozialamtes. Durch den Rückgang der Belegungszahl war es möglich, den z. T. beengt wohnenden Familien mehr Wohnfläche zu bieten. Konnten 1972 durchschnittlich 7,4 qm pro Person zur Verfügung gestellt werden, so betrug die durchschnittliche Unterkunftsfäche 1973 je Person 8,2 qm. Der familiengerechten Unterbringung von Großfamilien, in der Regel ab 8 Personen, wurde dadurch Rechnung getragen, daß Einfamilienhäuser je Familie am Hasseler Richtweg oder in Benrath bereitgestellt wurden. Mehr als 80 Familien konnte so geholfen werden. Darüber hinaus wurden durch Umbaumaßnahmen geschlossene Wohneinheiten für Familien geschaffen. —

In der Berichtszeit ist übrigens der Versuch unternommen worden, Verwalter nicht mehr im Obdachlosbereich wohnen zu lassen. Ob die Maßnahme zweckmäßig ist, muß sich noch erweisen. — Die Vereinnahmung von Nutzungsentgelt für Obdachloseneinrichtungen erfolgt seit 1973 mit Hilfe der EDV-Anlage.

lichen organisatorischen Umstellungen in der Verwaltung des Jugendamtes. Mit diesen letzten Änderungen des Gesetzes für Jugendwohlfahrt war übrigens keine umfassende und abschließende Reform verbunden. Ein neues Jugendhilferecht ist in den nächsten Jahren zu erwarten.

In Kraft getreten ist ferner das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) vom 26. 8. 1971, in dem der Rechtsanspruch auf eine individuelle Förderung der Ausbildung festgelegt ist.

Den im Jugendwohlfahrtsgesetz verankerten Vorschriften über die Schaffung von Einrichtungen der Kinder- und

Jugendhilfe entsprechend konnte durch die Übernahme des früheren Kinderheimes des St.-Anna-Klosters, Eulerstraße 46, und durch die Einrichtung eines Jugend- und Elternberatungsdienstes zu einem Teil Rechnung getragen werden.

Der erhebliche Aufgabenzuwachs durch die gesetzlichen Bestimmungen und die Initiativen des Jugendwohlfahrtsausschusses als Teil des Jugendamtes gab Anlaß, die gesamte Verwaltung des Jugendamtes neu zu gliedern. Die entsprechenden Maßnahmen waren Anfang 1973 abgeschlossen. — Durch den anhaltenden Aufgabenzuwachs ist übrigens die Zahl der Mitarbeiter, einschließlich derjenigen in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in den 3 Jahren um 170 auf 513 angestiegen.

### Organisation und Aufgabenstellung

Die Verwaltungen des Jugendamtes, die in Zusammenarbeit mit der Organisationsabteilung des Amtes 10 umorganisiert wurde, umfaßte Ende 1973 folgende Abteilungen:

- 1 Allgemeine Jugendhilfe und Verwaltungsangelegenheiten
- 2 Kindergärten
- 290 Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder
- 3 Jugendförderung
- 4 Amtsvormundschaft und -pflugschaft
- 5 Erziehungshilfe
- 6 Wirtschaftliche Erziehungshilfe
- 7 Jugend- und Elternberatungsdienst im Institut für Lebensberatung
- 8 Kinderhilfzentrum
- 9 Amt für Ausbildungsförderung

### Planungsangelegenheiten

Die Weiterentwicklung der Jugendhilfe, insbesondere bei Beachtung des Dritten Jugendberichtes der Bundesregierung, erfordert eine ständige Anpassung des Jugendhilfeangebotes an die sich ändernden Verhaltensweisen der Minderjährigen und deren Erwartungen. Um die nötigen Hilfen anbieten zu können, ist es zunächst erforderlich, eine Gesamtkonzeption der künftigen Jugendhilfearbeit zu erarbeiten, die dann weiterzuentwickeln wäre. Mit dieser Aufgabe wurde die Sachgruppe Jugendhilfeplanung beauftragt; im einzelnen zählen hierzu:

- Erarbeitung einer Gesamtkonzeption der Jugendhilfe einschl. eines kommunalen Jugendhilfeplanes
- Koordination der Planungsvorhaben der einzelnen Fachabteilungen
- Zusammenarbeit mit der Sozialamtsplanung
- Mitarbeit bei der Planungsgruppe Stadtentwicklung
- Planung und Durchführung von Fortbildungsangeboten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Redaktion des amtseigenen Informationsdienstes

Die Arbeitsgruppe, die auch den Planungsbeauftragten des Jugendamtes stellt, hat 1973 ihre Tätigkeit aufgenommen.

### Kindergartenangelegenheiten

Die Arbeit in der Abteilung Kindergärten wurde wesentlich durch das Kindergartengesetz (2. Gesetz zur Ausführung des JWG) vom 21. 12. 1971 und die dazu erlassenen Verordnungen bestimmt. Das Gesetz, das am 1. 1. 1972 in Kraft trat, setzte Akzente für die Bildungsarbeit im Kindergarten und regelt die Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Beginn der Schulpflicht.

Bereits 1969 war ein Kindergartenplan, welcher den Bestand und den Bedarf an Kindergartenplätzen in Düsseldorf auswies, erstellt worden, der fortgeschrieben wurde. Mit dem Kindergartengesetz wurden die Jugendämter beauftragt, einen Bedarfsplan aufzustellen und dafür zu sorgen, daß für 75% aller im Kindergartenalter befindlichen Kinder des Wohnbereichs Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. In Düsseldorf wurde 1971 eine Versorgungsquote von 37,2%, 1972 von 44,5% und 1973 von 52,8% erreicht. Dieses Ergebnis ist das Resultat einer intensivierten Bautätigkeit im Kindergartenbereich bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der in Düsseldorf lebenden Kinder. Mit der Fertigstellung des Kindergarten-Bedarfsplanes ist im Jahre 1974 zu rechnen.

### Förderungszentrum für körperbehinderte Kinder

Im Mai 1971 wurde der Neubau des Förderungszentrums für Körperbehinderte an der Brinckmannstraße fertiggestellt. Einschließlich des Gebäudes Eisenstraße stehen nun 2 Kindertagesstätten für insgesamt 50 Kinder zur Verfügung. Für weitere ca. 250 Kinder können ambulante krankengymnastische, sprach- und beschäftigungs-therapeutische Behandlungen durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der von der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der in der Behindertenhilfe tätigen Fachämter erarbeitete Bericht über die Situation der Behinderten im Januar 1973 veröffentlicht wurde. Er enthält erstmals für Düsseldorf eine genaue Bestandsaufnahme der Hilfeangebote für Behinderte sowie einen ausführlichen Abschnitt über mittelfristige Sozialplanung auf dem Behindertensektor. Die Herausgabe eines gedruckten Ratgebers für Behinderte ist vorgesehen.

### Jugendförderung

Die Jahre 1971 bis 1973 waren durch eine Konsolidierung der Arbeit der Bezirksjugendpfleger gekennzeichnet, denen die Anregung, Beratung, Koordinierung und gegebenenfalls Durchführung von Tätigkeiten auf dem Gebiet der sozialpädagogischen und jugendfördernden Hilfen in den einzelnen Bezirken obliegt.

### Amtsvormundschaft und -pflugschaft

Das Gesetz über die rechtliche Stellung des nichtehelichen Kindes (Nichtehelichengesetz) vom 18. 8. 1969, das am 1. 7. 1970 in Kraft getreten war, hatte eine beträchtliche Mehrbelastung für die zuständige Abteilung zur Folge. Dies führte in der ersten Hälfte des Jahres 1971 zu einer voll-

ständigen Neuordnung der Abteilung. Die Anforderungen, die die Amtspflegschaft an die mit der Wahrnehmung der Aufgaben beauftragten Mitarbeiter stellt, sind im Vergleich zu denen der früheren Unterhaltspflegschaft qualifizierter und umfangreicher geworden. Im Bereich der Amtsvormundschaften ergeben sich aus dem Recht und der Pflicht, für die Person des Mündels zu sorgen, für den Amtsvormund pädagogische Aufgaben, die in letzter Zeit verstärkt zu einer persönlichen Betreuung der Mündel geführt haben. Erwähnt sei, daß im Rahmen der Neugestaltung des Nicht-ehelichenrechts die Bestimmung aufgenommen worden ist, daß bei Vormundschaften und Pflegschaften über Volljährige die Vorschriften über Minderjährige entsprechende Anwendung finden und somit das Jugendamt dann zum Vormund bestellt werden kann, wenn eine als Einzelvormund oder Pfleger geeignete Person nicht vorhanden ist.

Da sich aber immer weniger Bürger bereitfinden, das Ehrenamt eines Vormundes oder Pflegers zu übernehmen, und auch die freien Träger der Jugendhilfe immer weniger in der Lage sind, solche Aufgaben wahrzunehmen, hat das Jugendamt in den letzten 3 Jahren eine große Anzahl von Vormundschafts- und Pflegschaftsfällen übernehmen müssen.

### Erziehungshilfe

Schwerpunkt der Arbeit war die Aktivierung des Pflegekinderwesens und die Überprüfung der Heimerziehung von Kindern, die aus den unterschiedlichsten Gründen in der eigenen Familie nicht aufwachsen können. Es wurde ein neuer Spezialdienst für Heimkinder mit zunächst 4 Fachkräften eingerichtet, die die persönlichen Daten und Vorgeschichten von 1482 Heimkindern überprüften und zusammentrugen. Diese Arbeit war Voraussetzung für die nachfolgende Überprüfung des Entwicklungsstandes, des Hilfebedarfs und die Aufstellung eines Erziehungsplanes für jedes in einem Heim lebende Düsseldorfer Kind. Der Erfolg dieser Arbeit zeigt sich in folgenden Zahlen:

Von August 1971 bis Dezember 1972 konnten 138 Kinder aus der Heimbetreuung entlassen werden, davon wurden untergebracht

in der Elternfamilie . . . . .	67 Kinder
bei Verwandten . . . . .	9 Kinder
in Pflegefamilien . . . . .	53 Kinder
in Adoptionsfamilien . . . . .	9 Kinder

Es hat sich gezeigt, daß ein großer Bedarf an Pflegefamilien besteht. Aus diesem Grunde wurde – in Zusammenarbeit mit den freien Jugendhilfeträgern und einer Bürgerinitiative – in der ersten Hälfte des Jahres 1972 eine Pflegestellenwerbung durchgeführt; durch sie konnten 35 Pflegestellen für das Jugendamt gewonnen werden. Nach Vorstellung von Heimkindern in Zeitschriften haben sich weitere 32 Familien bereitgefunden, Heimkinder in Pflege zu nehmen.

Das Heimunterbringungsverfahren wurde mit dem Ziel neu organisiert, die Zahl der in Heimen lebenden Kinder nach und nach zu verringern. Die Aktivitäten haben dazu geführt, daß 1971 59 Kinder, 1972 69 und 1973 70 in Adoptionsfamilien untergebracht werden konnten (1970 sind es

45 Kinder gewesen): Durch diese Maßnahmen haben sich die Aufwendungen für die Unterbringung von Kindern in Heimen trotz erheblichen Kostenanstiegs nur geringfügig erhöht.

### Kinderhilfezentrum

Am 1.7.1971 übernahm die Stadt Düsseldorf das bisher von den „Schwestern vom Armen Kinde Jesu“ geführte Säuglings- und Kinderheim an der Eulerstraße. Es wird als Städtisches Kinderhilfezentrum weitergeführt und ist organisatorisch dem Jugendamt als eigenständige Abteilung zugeordnet. Im Laufe der Berichtszeit wurde das Heim nach modernen strukturellen, pädagogischen und therapeutischen Gesichtspunkten umgestaltet und damit den besonderen Anforderungen angepaßt. Neben einer Verringerung der Gruppen und Gruppenstärken – das Heim war bei der Übernahme mit 160 Kindern, Ende 1973 mit 94 Kindern belegt – entstand ein breites und differenziertes Erziehungsangebot:

#### Abteilung für verhaltensgestörte Kinder

Das Erziehungsziel liegt darin, schwererziehbaren und mehrfach behinderten Kindern durch intensivierte und mehrdimensionale Hilfen bessere Chancen für eine spätere Lebensbewältigung zu geben.

#### Heilpädagogisches Tagesheim

Durch erzieherische und therapeutische Maßnahmen soll erreicht werden, daß verhaltensgestörte Kinder in der Familie verbleiben können. Durch gezielte Zusammenarbeit zwischen der Familie, dem Kind und dem Heim sollen Konflikte abgebaut werden.

#### Abteilung Kinderheim

Kinder, die von ihren Eltern verlassen wurden, oder die aus anderen Gründen eine Ersatzerziehung benötigen, sollen in den zwei Gruppen dieser Abteilung ein neues Zuhause finden.

#### Abteilung für Säuglinge und Kleinkinder

Das Erziehungsziel liegt darin, heimbefürhtigen Säuglingen und Kleinkindern durch gezielte Elternarbeit und durch enge Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Abteilungen des Jugendamtes und den freien Trägern der Jugendhilfe die Rückkehr in die eigene Familie zu ermöglichen oder, falls dies nicht erreicht werden kann, sie in eine Pflegestelle zu integrieren.

#### Abteilung Krankenstation

Die Station hat 6 Krankenbetten für erkrankte Heimkinder; sie führt auch ambulante Behandlung durch.

#### Abteilung Kinderschutz

In dieser Abteilung werden verlassene, mißhandelte oder streunende Minderjährige aufgenommen. Durch diagnostische Untersuchungen, Erstellung von Erziehungsplänen und Unterbringungsvorschlägen werden der zuständigen Abteilung des Jugendamtes und den freien Trägern der Jugendhilfe Entscheidungshilfen für die weitere Betreuung der Kinder gegeben.

### **Kindertagesstätte**

Für die Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde 1972 eine Tagesstätte mit 18 Plätzen eingerichtet.

Das im Krieg zerstörte Gebäude des Kinderhilfezentrums ist nach 1945 wieder aufgebaut worden. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Räumlichkeiten den Anforderungen nicht entsprechen. Um das Haus in den nächsten Jahren betriebsfähig zu erhalten und um eine bessere Funktionsfähigkeit zu erreichen, sind umfangreiche Sanierungs- und Umbaumaßnahmen geplant.

### **Amt für Ausbildungsförderung**

Anfang 1972 erhielt das ursprünglich der Abteilung 1 des Jugendamtes zugeordnete Sachgebiet „Amt für Ausbildungsförderung“ den Status einer Abteilung. Entscheidend für die Tätigkeit dieser Abteilung war das Bundesausbildungsförderungsgesetz, welches das Ausbildungsförderungsgesetz vom 19. 9. 1969 abgelöst hat. Durch eine gezielte Werbeaktion wurde die Öffentlichkeit im Jahre 1971 auf das Inkrafttreten des neuen Gesetzes hingewiesen. Von 9 Mitarbeitern des Amtes für Ausbildungsförderung wurden in der Zeit von August 1971 bis Dezember 1973 5334 Anträge auf Ausbildungsförderung bearbeitet; von diesen mußten 775 wegen fehlender Voraussetzungen zurückgewiesen werden.

### **Eigene Einrichtungen des Jugendamtes**

In den 3 Jahren der Berichtszeit wurden vom Jugendamt folgende neue Einrichtungen für Kinder in Betrieb genommen:

- Kindergarten, Hort und Tagesstätte Katharinenstraße  
Hort, Werstener Feld  
(die Betriebsführung übernahm die kath. Kirchengemeinde)
- Kindertagesstätte Himmelgeister Straße  
Spielstube Schmiedestraße
- Kindertagesstätte, Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße  
(erstmalig mit einer Gruppe für sprachgestörte Kinder)
- Kindertagesstätte Chemnitzer Straße  
(erstmalig mit einer Familiengruppe für Kinder von 6 Monaten bis 6 Jahren)
- Spielstube Rückertstraße
- Kindertagesstätte Rathenower Straße
- Kindergarten Heiligenhauser Straße

Der Hort an der Aachener Straße mußte wegen baulicher Unzulänglichkeiten aufgegeben werden. — Die Spielstube in der Notunterkunft am Tichauer Weg ist mit der Auflösung und dem Abbruch des Gebäudes aufgegeben worden. — Die Kindertagesstätte an der Himmelgeister Straße ging 1972 mit der Universität Düsseldorf in die Trägerschaft des Landes über.

Die Zahl der städtischen Tageseinrichtungen für Kinder stieg in den Jahren 1971 bis 1973 auf 35 an. Die älteren Einrichtungen wurden weitgehend verbessert. Die Verbesserungen bezogen sich ebenfalls auf Spielplätze an den Tageseinrichtungen, die das anders gewordene Spielverhalten der Kinder bislang nicht berücksichtigten.

Der Versuch, in den städtischen Einrichtungen den betreuten Kindern Tiefkühlkost als Mittagsverpflegung zu verabreichen, bewährte sich. Alle städtischen Kindertagesstätten wurden danach entsprechend ausgestattet.

Im September 1970 lief in Nordrhein-Westfalen ein auf 5 Jahre angelegter wissenschaftlich begleiteter Versuch in Vorklassen und Modellkindergärten an. Die Ergebnisse sollen zur Herbeiführung der Entscheidung darüber dienen, ob die Betreuung der 5jährigen dem Elementarbereich (Kindergarten) oder dem Primärbereich der Schule zugeordnet werden soll. Die Kindertagesstätte an der Siegburger Straße wurde in den Versuch einbezogen.

Im Bereich der offenen Jugendarbeit wurde verstärkt die Bildung neuer Jugendclubs gefördert. Folgende neue Clubs wurden gegründet:

- Jugendclub Nordstraße
- Jugendclub Ulmenstraße
- Jugendclub Altenbergstraße
- Jugendclub Reisholz
- Jugendclub Garath
- Jugendclub Media
- Jugendclub Chemnitzer Straße

Es hat sich gezeigt, daß die Jugendclubarbeit ausgebaut werden muß. Größere Schwierigkeiten bereitet nach wie vor die Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten.

### **Maßnahmen des Jugendamtes auf dem Gebiet der Kinderhilfe und der Jugendförderung**

Von Juni bis Oktober 1973 hat das Jugendamt einen Ideenwettbewerb über die Gestaltung von Kinderspielplätzen unter dem Motto „Wie und wo möchte ich gerne draußen spielen“ veranstaltet. Es beteiligten sich 564 Kinder und Jugendliche mit Arbeiten, 10 Entwürfe wurden prämiert und im November 1973 der Öffentlichkeit in einer Ausstellung in den Räumen der Stadt-Sparkasse, Berliner Allee, vorgestellt.

Das Angebot der Ferienmaßnahmen für Kinder aus sozialen Brennpunkten und das Angebot der Stadtranderholung wurde im Berichtszeitraum um Reisen für Schüler vergrößert. Auch die Kinder- und Ferienholungsmaßnahmen der Wohlfahrts- und Jugendverbände, die vom Jugendamt bezuschußt werden, konnten erheblich erweitert werden.

Im Oktober 1972 hat sich der Jugendwohlfahrtsausschuß dafür ausgesprochen, im Stadtgebiet sog. Abenteuerspielplätze einzurichten. Noch im gleichen Jahr konnte im Stadtteil Oberkassel ein solcher Platz errichtet werden; ihm folgte 1973 der Abenteuerspielplatz Eller. Die Vorbereitungen für 2 weitere Spielplätze dieser Art, und zwar in Garath und Mörsenbroich, wurden 1973 abgeschlossen. Auf den Abenteuerspielplätzen wird Kindern verschiedener Altersstufen unter pädagogischer Anleitung ein Übungsfeld für soziale, rational-emotionale und motorische Erfahrungen geboten. Das Spiel auf solchen Plätzen soll zu vielfältigen und neuen Lernprozessen und damit verbundenen Erfahrungen führen. Die eingerichteten Abenteuerspielplätze werden von Bürgerinitiativen und Interessengruppen an Fachhochschulen für Sozialpädagogik und Sozialarbeit

getragen. Die Stadt stellt die hauptberuflichen Mitarbeiter und gewährt in erheblichem Umfang Zuschüsse zum Betrieb dieser Plätze.

Im Herbst 1971 besuchte eine Delegation von Jugendleitern aus Israel unter Leitung des Bürgermeisters der Stadt Haifa Düsseldorf. Es wurden Freizeit- und Jugendeinrichtungen besichtigt. Im Frühjahr 1973 nahm die Stadt

Düsseldorf eine Gegeneinladung der Stadt Haifa wahr. Eine Delegation aus Vertretern des Jugendwohlfahrtsausschusses, der Jugendverbände und des Jugendamtes war Gast der Stadt Haifa und vertiefte die begonnenen freundschaftlichen Beziehungen. Für die kommenden Jahre ist ein verstärkter deutsch-israelischer Jugendaustausch geplant.

## Amt 52 — Sportamt

Die Sporttechnische Abteilung — Abt. 2 — des Amtes erhielt im Dezember 1970 die Bezeichnung „Abteilung für Sportförderung und sporttechnische Angelegenheiten“.

Im Rheinstadion konnten ab September 1972 wieder Großveranstaltungen stattfinden; von ihnen hatten folgende eine herausragende Bedeutung:

- 1972 Fußball-Länderspiel Deutschland/Schweiz
- 1973 Fußball-Länderspiel Deutschland/CSSR
- Fußball-Pokalendspiel
- 1. FC Köln/Borussia Mönchengladbach
- Evangelischer Kirchentag
- Internationaler Wachturm-Kongreß

Mit dem ausverkauften Länderspiel Deutschland/Schweiz hat die offizielle Eröffnung der ausgebauten Hauptkampfbahn des Rheinstadions stattgefunden, die nun ein Fassungsvermögen von rd. 68 000 Zuschauern hat.

Diese Sportveranstaltung und auch das Fußballspiel Deutschland/CSSR waren als Testveranstaltungen für die Fußballweltmeisterschaft (WM) 1974 gedacht, in deren Rahmen auch in Düsseldorfer Rheinstadion Spiele stattfinden. Der Test fiel in jeder Hinsicht positiv aus: das Stadion wurde für die WM-Spiele '74 als gut geeignet und bestens gerüstet bezeichnet.

1973 hat der Rat der Stadt den restlichen Ausbau des Rheinstadions zum Mehrzweckstadion beschlossen, der im wesentlichen folgende Einrichtungen bzw. Baumaßnahmen einschließt:

- Elektrische Anzeigetafel
- Begehbarer Kabelkanal
- Zeit- und Weitemessung
- Kunststofflaufbahn

Die Gesamtausbaukosten sind hierdurch und durch die zwischenzeitlich erfolgten Lohn- und Preissteigerungen auf 52,6 Millionen DM angestiegen. Es wird erwartet, daß Bundes- und Landeszuschüsse sowie Zuweisungen aus der Fernsehlotterie „Glücksspirale“ diesen Betrag um 30,5 Millionen DM mindern werden.

Die Eingänge des Rheinstadions einschließlich Freibad sind im Zuge des Ausbaues der Gesamtanlage neu gebaut und mit den notwendigen Einrichtungen, z.B. Kassen, Toiletten, Erste-Hilfe-Station, ausgestattet worden. Gleichzeitig wurden zusätzliche Parkmöglichkeiten an der Ostseite für die Sportler bzw. Freibadbesucher geschaffen. Die

Gesamtaufwendungen beliefen sich hierfür auf rd. 2,91 Millionen DM.

Das Freibad des Rheinstadions erhielt im Oktober 1972 eine wertvolle Ergänzung durch ein kombiniertes Hallenfreibad (3,9 Mio DM Gesamtkosten). Nach dem Teleskopsystem können ein Teil der Dachkonstruktion und eine Seitenwand der Badehalle geöffnet werden. Das neue Hallenfreibad ermöglicht die ganzjährige Benutzung des Stadionbades.

1973 wurde im Rheinstadion auch die neue Schulsport- und Jedermann-Anlage — die sog. Kleine Kampfbahn — für den Sportbetrieb freigegeben.

Von den durchgeführten weiteren Baumaßnahmen für Sportausübung und Freizeitgestaltung seien hier die wichtigsten angegeben:

Im Stadtgebiet konnten 7 neue Sportflächen, und zwar auf den städtischen Sportanlagen Niederrheinstraße, Meisenweg, Schorlemer Straße, Windscheidstraße, Am Heerdter Hof und Unter den Eichen in Betrieb genommen werden (Gesamtkosten rd. 4,14 Mio DM).

Im Eisstadion sind unter dem Stehwall-Nord neue, für die Abwicklung von Eishockey-Veranstaltungen erforderliche Einrichtungen geschaffen worden z. B. Umkleide-, Wasch- und Toilettenräume für Mannschaften und Schiedsrichter. Außerdem wurden an anderer Stelle Zuschauertoiletten und weitere, für die Abwicklung des öffentlichen Eislaufbetriebes erforderliche Räumlichkeiten gebaut (Gesamtkosten 1,18 Mio DM).

3,90 Millionen DM wurden für besonders förderungswürdige Maßnahmen ausgegeben. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um zweckgebundene Zuschüsse an Turn- und Sportvereine zur Förderung des Jugendsportes, für die Teilnahme Düsseldorfer Sportler an Meisterschaften, für die Benutzung der Schwimmhallen, für die Übernahme der Reinigungs- und Bereitschaftsgebühren der Schulhausmeister bei der Benutzung der Turnhallen, für den Bau und die Verbesserung von Vereinsheimen, Sport- und Tennis hallen, Trainingsbeleuchtungsanlagen, sanitären und sonstigen Einrichtungen auf Sportplätzen, für die Beschaffung von Sportgeräten und schließlich von Geräten zur Pflege der Sportplätze.

Die aufgrund des vom Land NW aufgestellten „Förderungsplanes Leistungssport“ im Jahre 1969 eingeleiteten Maßnahmen zur Bildung von Leistungsgruppen wurden intensiviert. Es konnten bereits für 9 Sportarten Leistungsgruppen gebildet werden.

## Amt 53 — Gesundheitsamt

### Krankenhauswesen

Entsprechend dem Grundsatzbeschluß des Rates über Art und Umfang der Förderung von Baumaßnahmen der freien gemeinnützigen Krankenhäuser vom 4. 12. 1961 i. d. F. vom 29. 10. 1970 wurde der Neu- und Umbau von Krankenhäusern bis zum Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) von der Stadt Düsseldorf bis zur Höhe von 20% der anerkannten Baukosten gefördert. Vom Jahre 1973 an entfiel dann die städtische Bezuschussung, da das Land NW im Rahmen des KHG die Kosten für solche Baumaßnahmen ganz zu übernehmen hat, allerdings die Kreise und kreisfreien Städte durch eine Umlage beteiligen wird.

Der Zusatzbeschluß des Rates vom 30. 10. 1969, nach dem der Neubau von Schwestern- bzw. Personal-Woh-

nungen sowie -Wohnheimen bis zu 25% der anerkannten Kosten zu fördern ist, blieb gültig, da das Land NW die Bezuschussung solcher Gebäude im Rahmen des KHG noch ablehnt.

Der seit 1961 gebildeten Rücklage für den Um- und Neubau der freien gemeinnützigen Krankenhäuser sind bis Ende 1973 44,39 Millionen DM zugeführt worden. Hieraus wurden den Krankenhäusern bis Ende 1973 Beträge in Höhe von 41,11 Millionen DM zweckgebunden gezahlt. In den Jahren 1971 – 1973 sind insgesamt 12,50 Millionen DM verausgabt worden; dieser Betrag verteilt sich auf die einzelnen Häuser wie folgt:

	1971	1972	1973	Zusammen
	DM	DM	DM	DM
Augusta-Krankenhaus . . . . .	–	–	139 700	139 700
Diakoniewerk Kaiserswerth . . . . .	7 084 150	591 125	–	7 675 275
Dominikus-Krankenhaus . . . . .	850 000	569 354	–	1 419 354
Ev. Krankenhaus . . . . .	–	1 553 558	–	1 553 558
Frauenklinik Flurstraße . . . . .	–	40 257	–	40 257
Marien-Hospital . . . . .	130 025	1 469 687	–	1 599 712
St. Martinus-Krankenhaus . . . . .	99 000	–	–	99 000
Theresien-Hospital . . . . .	–	–	28 500	28 500
Klinik Golzheim . . . . .	–	–	30 000	30 000
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	8 163 175	4 223 981	198 200	12 585 356
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
Abzügl. Rückerstattungen des Marien-Krankenhauses Kaiserswerth . . . . .	22 741	2 130	55 711	80 582
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	8 140 434	4 221 851	142 489	12 504 774

Neben der Bauförderung wurden den hiesigen freien gemeinnützigen Krankenhäusern in der Berichtszeit Zuschüsse zur Rationalisierung und Modernisierung des Krankenhausbetriebes in Höhe von 4,37 Millionen DM und für die Bereithaltung von Infektionsbetten 300 000 DM gewährt.

### Rettungswagensystem

In seiner Sitzung am 27. 1. 1972 beschloß der Rat, zu dem bestehenden Krankentransportwesen ein Rettungs-Transportwesen mit notärztlicher Betreuung einzurichten. Damit ist die Möglichkeit geschaffen worden, Menschen bereits am Unfall- oder Erkrankungsort eine spezielle ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen.

Die beiden seit 1. 7. 1973 eingerichteten Rettungswachen (bei den Feuerwachen Münsterstraße und Hüttenstraße), die nun über je einen Rettungs-Pkw und je einen Rettungswagen verfügen, werden wegen der geforderten speziellen ärztlichen Hilfeleistung ausschließlich mit Ärzten der Klinischen Anstalten der Universität, der Städtischen Krankenhäuser und der freien gemeinnützigen Krankenhäuser besetzt, die in der Intensiv-Medizin ausgebildet sind. Sie fuhren im 2. Halbjahr 1973 1535 Einsätze, darunter waren 168 Fehleinsätze (weil in diesen Fällen ein Krankenwagen genügt hätte). Bei 233 Einsätzen enthielt der vom Rettungsarzt erstellte Dokumentationsbogen keine Angaben über

eine ärztliche Hilfeleistung. Diese Fahrten dürften den Fehleinsätzen zuzuschlagen sein. 305 Personen traf der Rettungsarzt in lebensbedrohlichem Zustand an. In 165 Fällen fand er den Erkrankten bzw. Verunglückten tot vor.

Die jährlichen Personal- und Materialkosten – soweit sie durch Amt 53 aufzubringen sind – betragen voraussichtlich ca. 340 000 DM (ohne eine weitere bei Amt 54 geführte Arztplanstelle). Diese Kosten können durch Einnahmen aus der Inrechnungstellung der ärztlichen Leistungen und des verbrauchten Materials nur zu etwa einem Drittel gedeckt werden.

### Medizinalaufsicht

#### Umweltschutz

Innerhalb der Arbeitsgruppe Umweltschutz der Stadtverwaltung wurde die Facharbeitsgruppe „Sektion Luft“ unter Federführung des Gesundheitsamtes gebildet. Diese Facharbeitsgruppe hielt 1972 und 1973 an je 4 Tagen Sitzungen unter Beteiligung verschiedener Ämter der Stadtverwaltung ab. Es wurden Fachfragen, die die Reinhaltung der Luft betreffen, behandelt, Vorschläge zur Verbesserung der Luft ausgearbeitet und diese der Arbeitsgruppe Umweltschutz der Stadtverwaltung zugeleitet. Folgende Punkte sind vorrangig behandelt worden:

1. Ergänzende Fluor-Pegelmessungen in den vom 4. Meßprogramm des Landes NW nicht erfaßten Stadtgebieten

2. Gezielte Fluormessungen zur Erfassung von Schwerpunkten von Fluoremittenten
3. Feststellungen von Fluorschäden an Pflanzen im Stadtgebiet
4. Ausbau der vorhandenen Smog-Warndienststelle im städt. Dienstgebäude Akademiestr. 2 zu einer Mehrkomponentenmeßstation mit Anschluß an das telemetrische System der Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz (LIB)

Während die ergänzenden Fluor-Pegelmessungen für das Jahr 1974 beschlossen wurden, ist die Entscheidung über die 3 anderen Vorschläge erst im Jahre 1974 zu erwarten.

### Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Bereich des Gesundheitsamtes

Im Bereich der Nebenstellen sowie in der Abteilung Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst waren verschiedene räumliche Veränderungen notwendig. So wurden seit 1971 folgende Nebenstellen fertiggestellt und bezogen:

- Erfurter Weg 45 (als Ersatz für eine unzureichende alte Nebenstelle auf dem Sandträgerweg 29)
- Fürstenberger Str. 10 (als Ersatz für die Nebenstelle Schillstr. 7)
- Weberstr. 3 (als Ersatz für die Nebenstelle Talstr. 74)

Die durch den Umzug der Nebenstelle freigewordenen Räume im Dienstgebäude Talstr. 74 fanden zur notwendig gewordenen Erweiterung der dort befindlichen Beratungsstelle für Körperbehinderte Verwendung. In der Nebenstelle Luegallee war für die Mütterberatungsstelle und den zahnärztlichen Gesundheitsdienst ein größerer Umbau erforderlich.

Gegen Ende der Berichtszeit befanden sich nachstehende Nebenstellen im Bau:

- Bernburger Str. 35/46 (die bisher benutzten Schulräume werden von der Schule benötigt)
- Suitbertusstr. 165/167 (als Ersatz für die Nebenstelle Aachener Str. 21)
- Freizeit zentr. Garath, (als Ersatz für die Nebenstelle Josef-Frankfurter Straße Kleesattel-Str. 13)

Mit der Gründung des Instituts für Lebensberatung wurde 1971 der Psychiatrische und Neurologische Gesundheitsdienst von der Benrather Str. 7 zur Goethestr. 56 verlegt.

### Amts- und stadtärztlicher Gutachterdienst

Eine Ausweitung der gutachtlichen Aufgaben ergab sich vor allem durch das Gesetz über die unentgeltliche Beförderung im Nahverkehr in Verbindung mit der Neuregelung des Schwerbeschädigten- und Schwerbehindertengesetzes.

### Gesundheitsfürsorge

– Berufsschulärztlicher Dienst für die weibliche Jugend –

Im Vordergrund stand das Drogen- und Alkoholproblem. Weil die Dunkelziffer der Süchtigen bzw. Gefährdeten unter den Berufsschülern hoch veranschlagt werden muß, wurde entsprechendes Gewicht in der Vortragstätigkeit gerade auf dieses Thema gelegt. Jugendliche mit Drogen- und Alkoholproblemen wurden intensiv betreut.

Im letzten Jahr war ein deutliches Ansteigen des Alkoholkonsums bei den 15 bis 16jährigen zu beobachten. Bei den ärztlichen Untersuchungen wurden Akzente bei Harnwegerkrankungen und Fettsucht gesetzt. Etwa 30% aller Berufsschülerinnen haben ein nicht unerhebliches Körperübergewicht. Da die Fettsucht multiple Erkrankungen zur Folge hat, ist in extremen Fällen die hiesige Stoffwechselklinik eingeschaltet worden.

In der neu eingerichteten Informationsstelle für gesundheitliche Probleme aller Art in den Berufs- und höheren Fachschulen wird durch Vorträge über aktuelle Themen vor dem Kollegium der Berufsschullehrer eine intensive Unterrichtung geboten.

Die zunehmenden Konfliktsituationen Jugendlicher in der Familie oder am Arbeitsplatz machten eine noch engere Zusammenarbeit mit der schulpsychologischen Beratungsstelle, den Eltern und Arbeitgeberern erforderlich.

– Berufsschulärztlicher Dienst für die männliche Jugend –

Vorträge vor Klassen der berufsbildenden Schulen waren nach folgendem Inhalt angelegt:

Der Bürger und die persönliche, öffentliche und geschlechtliche Gesundheit. In die Gesundheitsaufklärung wurde selbstverständlich auch das Drogenproblem einbezogen. Bei Befragung in der Klasse – also bei einer nicht ausgewählten Gruppe im Drogenberatungszentrum oder in einer Klinik – ergab sich ein günstigeres Ergebnis als nach Statistiken der Auffangstellen von Drogenabhängigen zu erwarten war. Von 25 Schülern erklärten durchschnittlich 5 „probiert“ zu haben, und von diesen war im Durchschnitt 1 Schüler länger dabeigeblichen.

### Zahnärztlicher Gesundheitsdienst

Die drei zurückliegenden Jahre bedeuteten für die zahnärztliche Betreuung von Kindern und Jugendlichen einen großen Schritt nach vorn. Die Gesundheitsinformation als nachhaltigstes Hilfsmittel in der Zahngesundheitssicherung erfuhr weitgehende Unterstützung durch die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Nordrhein-Westfalen. Es hat sich gezeigt, daß neben dem gesprochenen Wort Großplakate, Dias und Filme – kurz: das audiovisuelle Programm – in der Gesundheits-erziehung seinen festen Platz gefunden hat. Durch Filme und eine umfangreiche Modellschau mit kieferorthopädischen Fällen konnte das Anschauungsmaterial für die tägliche Beratung erheblich erweitert werden. An alle Schulanfänger und 1973 auch an alle Kinder in Kinder-

gärten konnte der beliebte Zahnpflegebeutel (Beutel, Zahnbecher, Zahnbürste, Zahnpasta und Informations-schrift) verteilt werden. Auch hierfür wurden die Kosten von der Landesarbeitsgemeinschaft getragen.

### **Tuberkulosefürsorge**

Die Arbeit in der Tuberkulosefürsorge vollzog sich auf dem Hintergrund eines zögernden Rückganges der Tuberkulose-Erkrankungen. Als wichtigste Neuerung ist die Einführung einer neuen, für das Bundesgebiet einheitlichen Tuberkulosestatistik anzusehen.

Eine bedeutende Effektivitätssteigerung konnte in der Zusammenarbeit mit der Röntgenschirmbildstelle im Rheinischen Tuberkulose-Ausschuß erreicht werden. Die Betriebsröntgenreihenuntersuchungen in Düsseldorf ergaben 1971 48 837, 1972 54 625 und 1973 41 447 Röntgenschirmbilder. Die Röntgenleistungen der Ärzte in der Tbc-Abteilung stiegen unter Einbeziehung der gesteigerten Zahlen der Untersuchungsstelle nach dem Bundesseuchengesetz auf über 90 000 Beurteilungen von Röntgenaufnahmen im Jahr.

### **Geschlechtskrankenfürsorge und Gefährdetenhilfe**

Es konnten Erfahrungen über das Handhaben der am 1.7.1970 in Kraft getretenen Novelle des Geschlechtskrankengesetzes gemacht werden, wonach gemäß § 11 a jeder Arzt, der eine Geschlechtskrankheit behandelt, verpflichtet ist, dem Gesundheitsamt – ohne Nennung des Patienten-Namens – diesen Erkrankungsfall zu melden. Nach über dreijähriger Beobachtung und Erfahrung kann gesagt werden, daß diese Anordnung nahezu nicht befolgt wird. Der Beratungsstelle für Geschlechtskranke stehen für die Aufstellung statistischen Materials im Grunde nur die Fälle zur Verfügung, für welche die Hauptberatungsstelle Köln zur Übernahme der Behandlungskosten in Anspruch genommen wird. Das war von jeher so; es kann daher gefolgert werden, daß der Aufwärtstrend der dem Gesundheitsamt bekanntgewordenen Erkrankungsfälle gerade im Jahre 1971 in der Geschlechtskrankenstatistik echt und nicht etwa eine Auswirkung der Verordnung über die Meldepflicht ist.

Nachdem schon 1970 – nach einem Zeitraum von 8 Jahren – mit 2385 Fällen die für eine Stadt wie Düsseldorf schon bedenkliche Zweitausender-Marke überschritten worden war, stieg die Zahl der dem Gesundheitsamt bekanntgewordenen Fälle im Jahre 1971 auf über 3000 an; sie erreichte damit eine Höhe wie in den ersten Jahren nach dem Krieg.

Interessant ist übrigens die Tatsache, daß nur die Gonorrhoe zu dieser Entwicklung geführt hat. Bei der Lues stagnieren seit 1969 die Zahlen.

In Düsseldorf kamen in den Jahren 1971 3033, 1972 2849 und 1973 2687 Fälle von Geschlechtskrankheiten zur Meldung.

An Lues erkrankten 1971 211, 1972 214 und 1973 193 Personen.

An Gonorrhoe erkrankten 1971 2822, 1972 2635 und 1973 2494 Personen.

Zwar ist ein Abwärtstrend in der Berichtszeit zu erkennen, doch sind es Zahlen, die 23 – 25 Jahre nicht mehr vorgekommen sind. Man kann nach den Erfahrungen und den eingangs aufgezeigten Gegebenheiten hinsichtlich der Wahrnehmung der Meldepflicht davon ausgehen, daß die tatsächlichen Geschlechtskrankenziffern etwa zwei- bis dreimal höher liegen als die dem Gesundheitsamt bekanntgewordenen.

Der Anteil jugendlicher Geschlechtskranker blieb mit 21 bis 22% an der Gesamtkrankenzahl in den Jahren 1971 bis 1973 annähernd gleich. Die Überwachung von hwG-Personen, sofern sie in festen Dirnenunterkünften ihrem Gewerbe nachgehen, bereitete keinerlei Schwierigkeiten. Die Erfassung jedoch der Straßendirnen und der Frauen, die in vielfältiger Form der Prostitution – z.B. als „Mas-seusen“, „Fotomodellen“ oder „Hostessen“ – nachgehen, war bzw. ist außerordentlich schwierig. Die stationäre Unterbringung von wohnsitzlosen geschlechtskranken Mädchen bzw. Frauen ist nach wie vor ein Problem. Da es sich vorwiegend um Jugendliche bzw. solche Personen handelt, die wegen ihrer Hilflosigkeit, selbst zu einer Resozialisierung zu finden, auch einer intensiven fürsorgerischen Betreuung bedürfen, ist ein Klinikaufenthalt für sie nicht angebracht. Die Mädchenheime aber sind ständig überfüllt, und es mangelt dort an sozialfürsorgerisch-qualifiziertem Personal.

Die Zusammenarbeit mit Jugendamt, Sozialamt, Fürsorgeverbänden, Gerichten, Polizei und auswärtigen Gesundheitsämtern machte im wesentlichen keine Schwierigkeiten. Es haben sich hier im Laufe der Jahre bestimmte Koordinierungsschemata und Kompetenzabgrenzungen herausgebildet, die eine sachliche und positive gesamt-fürsorgerische Tätigkeit gewährleisten.

### **Psychiatrischer und Neurologischer Gesundheitsdienst**

Die Psychiatrische und Neurologische Abteilung des Gesundheitsamtes ist 1971 mit der Schulpsychologischen Beratungsstelle des Schulverwaltungsamtes und dem Jugend- und Elternberatungsdienst des Jugendamtes zu einem einheitlichen Beratungsdienst, nämlich zum „Institut für Lebensberatung“, Goethestr. 56, zusammengelegt worden. Der rat- und hilfeschende Bürger hat jetzt die Möglichkeit, bei psychosozialen Problemen bei Kindern und Erwachsenen unter einem Dach Rat und Hilfe zu finden. Die Einrichtung hat bei der Bevölkerung großen Widerhall gefunden; sie wurde wiederholt in der Presse und im Fernsehen als lobenswerte Einrichtung dargestellt und gilt in der Bundesrepublik, vor allem bei den Großstädten, als Modelleinrichtung, da sie durch die Zusammenführung von Ärzten, Psychologen, Sozialarbeitern und psychotherapeutisch tätigen Mitarbeitern nicht nur gezielten Rat, sondern auch entsprechende Hilfen gibt.

Der Psychiatrische und Neurologische Gesundheitsdienst wurde in seinem Mitarbeiterteam durch neue Fachrichtungen, insbesondere durch die Mitarbeit einer Psychologin, ferner durch die Einrichtung eines Labors und Aufstellung eines Elektro-Encephalographen zum Ableiten von Hirnstrombildern erweitert.

Es ist übrigens festzustellen, daß die bürgerliche Gesellschaft mehr Verständnis für die psychisch Kranken aufbringt als früher. Die Zusammenarbeit der Abteilung mit verschiedenen Bürgerinitiativen, wie „Elan“ und „Aktion Pro“ ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Das Psychischkrankenhilfegesetz hat sich in den drei Jahren eingespield. Die Zusammenarbeit mit Ordnungsamt, Polizei, niedergelassenen Ärzten und dem Landeskrankenhaus ist als sehr gut zu bezeichnen. Das Schwergewicht liegt bei den Hilfen, nicht bei Schutzmaßnahmen.

Hinsichtlich des Drogenmißbrauchs bei Jugendlichen ist festzustellen, daß am Anfang der Berichtszeit ein beachtlicher Anstieg zu verzeichnen war, was die Mitarbeiter der Abteilung sehr beansprucht hat. Nachdem die Beratungsstelle des Vereins Drogenberatung E.V. einen eigenen Leiter und hauptamtliche Mitarbeiter erhalten hatte, konnte diese Mehrarbeit abgebaut werden. Nachdem zunächst hauptsächlich Studenten und Oberschüler zu Drogen griffen, ist der Drogenmißbrauch inzwischen auch bei Schülern anderer Schulen, vornehmlich Berufsschulen, zu konstatieren. Was die Drogenkrankenhilfe anbetrifft, so wurde der Psychiatrische und Neurologische Gesundheitsdienst zahlenmäßig fast unverändert in Anspruch genommen. Es fehlen noch immer Möglichkeiten für eine länger dauernde Behandlung. Maßnahmen des Strafvollzuges (Auflagen, Bewährungshilfen) beginnen sich durchzusetzen. Einschneidend empfinden die Jugendlichen auch solche Maßnahmen, die eingeleitet werden, um ihre Tauglichkeit zum Führen eines Kraftfahrzeuges zu prüfen. Oft gelang es erst unter diesem Druck, therapeutische Hilfen durchzuführen.

Seitdem Trunksucht durch ein Urteil des Bundessozialgerichtes vom 17. 10. 1969 als Krankheit anerkannt ist, hat die Behandlung des Alkoholismus mehr Aussicht auf Erfolg. Viele, die früher nicht mit sozial-psychiatrischen Maßnahmen erreicht werden konnten, sind jetzt für entsprechende Hilfen zugänglich. Eine enge Zusammenarbeit hat sich mit der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft zur Rehabilitation Suchtkranker entwickelt, die auch in den meisten Fällen die Kosten der stationären Heilmaßnahmen trägt. Die Düsseldorfer Arbeitsgemeinschaft für Alkoholkrankenhilfe, der auch das Gesundheitsamt angehört, baut den Erfahrungsaustausch aus, sie konnte mit Erfolg manche Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Nachdem für die ärztliche Betreuung der Schüler in Sonderschulen für Lernbehinderte eine Ärztin eingesetzt ist, war es möglich, nicht nur die Schüler bei den Einschulungs- und Entlassungsuntersuchungen, sondern auch in der Mitte der Schulbesuchszeit (5. Klasse) schulärztlich zu betreuen, um geeignete heilpädagogische Maßnahmen zum Besten der Schüler zu ergreifen bzw. vorzuschlagen.

Da nicht alle Schüler der Sonderschulen für Lernbehinderte die Schulen wegen einer Minderbegabung, sondern wegen erzieherischer Schwierigkeiten durch gestörte häusliche Verhältnisse besuchen, ist vorgesehen, diesen Störungen mit sozialpsychiatrischen/sozialpädagogischen Maßnahmen (Elternberatung, gruppentherapeutische Hilfen bei Schülern usw.) durch Einstellung einer gesprächs- und verhaltenstherapeutisch geschulten Sozialpädagogin nachzugehen.

Im Bereich der Hilfe für Geistigbehinderte ist ein Ansteigen der Untersuchungszahlen festzustellen, und es ist anzunehmen, daß die Zahl der Fälle von Behinderungen zunehmen wird. Das Ansteigen der Behindertenzahlen dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Säuglingssterblichkeit zurückgeht. Es bleiben mehr Säuglinge lebensfähig, die sonst wegen körperlicher und geistiger Behinderung gestorben wären. Unzulänglich ist noch die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen für körperbehinderte Kinder sowie die Betreuung von Mehrfachbehinderten. Die Koordination der Zusammenarbeit wird durch Vorurteile von Eltern erschwert, die ihr Kind lieber in die Gruppe der Körperbehinderten eingeordnet sehen als bei den Geistigbehinderten.

#### Ärztliche Beratungsstelle für körperlich Behinderte

Die Inanspruchnahme der Beratungsstelle hat zugenommen (1970 2271 Akteneingänge, dagegen in den einzelnen Jahren der Berichtszeit 2685, 3255, 3305). Trotz der Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen nahmen im Behindertenbereich die Schwierigkeiten zu. Dies dürfte auf das Bewußtwerden der Behindertensituation im gesamtgesellschaftlichen Gefüge zurückzuführen sein. Bei diesem Personenkreis macht sich in gravierendem Maße Unzufriedenheit breit. Das ungelöste Freizeitproblem spielt u. a. dabei eine Rolle und wohl auch die Unzulänglichkeit der nichthäuslichen Pflege.

## Amt 54 — Städtische Krankenanstalten

In der Berichtszeit, die durch eine rege Bautätigkeit gekennzeichnet war, konnten nachstehende Bauobjekte auf dem Gelände an der Moorenstraße fertiggestellt und ihrer Bestimmung übergeben werden:

	Fertigstellung
Werkstattgebäude — 2. Bauabschnitt	Mai 1972
Umbau und Erweiterung der Orthopädischen Klinik und Poliklinik.	November 1972

Kinderkrankenpflegeschule . . . . .	Okt./Nov. 1971
Umbau und Erweiterung der Apotheke . . . . .	Juli 1972
Anbau an die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik . . . . .	September 1972
Umbau und Erweiterung der Hauptküche einschl. Errichtung einer Milchküche . . . . .	1972

Für folgende Bauvorhaben für die Kliniken an der Moorenstraße ist die Planung fortgeführt worden:

- Neubau eines Schwesternwohnheimes an der Redinghovenstraße
- Blutbank
- Um- und Ausbau des Keller- u. Erdgeschosses der Neurochirurgischen/Urologischen Klinik
- Medizinisch-Neurologische Klinik
- Neubau einer Zentralküche
- Errichtung eines Wohnhauses für Krankenhauspersonal an der Witzelstraße

Die Pflegekosten in den Kliniken Moorenstraße sind des öfteren erhöht worden. Nachstehend die Sätze zu Beginn der Berichtszeit und zum Zeitpunkt des Übergangs der Universitätskliniken in die Trägerschaft des Landes NW:

	Stand am	
	1. 1. 1971	31. 12. 1972
I. Sonderklasse	DM	DM
Einbettzimmer		
Erwachsene und Kinder . . . . .	109,90–111,90	159–161
Gesunde		
Neugeborene . . . . .	18,65	26,80
Zweibettzimmer		
Erwachsene und Kinder . . . . .	75,45–76,45	112,25–113,25
Gesunde		
Neugeborene . . . . .	18,65	26,80
II. Gemeinschaftsklasse		
Erwachsene und Kinder – für RVO Kassenpatienten u. Gleichgestellte	55,95	80,50
Gesunde Neugeborene – für RVO Kassenpatienten und Gleichgestellte	18,65	26,80

Am 15. Oktober 1971 hatten Verhandlungen mit dem Land NW wegen der Übernahme der Kliniken an der Moorenstraße in ihre Trägerschaft begonnen. Sie zogen sich bis Dezember 1972 hin und führten zum Abschluß eines Vertrages Stadt/Land vom 18. 12. 1972, womit die Übernahme der Städtischen Kliniken an der Moorenstraße ab 1. 1. 1973 durch das Land vereinbart wurde.

Der Übergang der Universitätskliniken an der Moorenstraße auf das Land NW erforderte für die als Einrichtungen der Stadtverwaltung verbleibenden Krankenhäuser Benrath und Gerresheim sowie für die zentralen Dienste dieses Bereiches die Bildung eines neuen Amtes zum 1. 1. 1973. Diese Organisationseinheit, zu der auch der Altbau Krankenhaus Benrath als Quarantäne- und Isolierstation, ferner das Schwestern-Altenheim „Haus Morp“ in Erkrath gehören,

erhielt wieder die Bezeichnung Städtische Krankenanstalten Düsseldorf; sie wird im Verwaltungsgliederungsplan der Stadt als Amt 54 mit folgender interner Gliederung ausgewiesen:

- 1 – Verwaltungsabteilung
- 2 – Wirtschaftsabteilung
- 3 – Technische Abteilung
- 4 – Apotheke
- 5 – Krankenhaus Gerresheim
- 6 – Krankenhaus Benrath

Die Diensträume der Amtsleitung befinden sich im Gebäude des Krankenhauses Gerresheim, Gräulinger Straße 120.

Die nachstehenden Ausführungen betreffen die neue Organisationseinheit Städtische Krankenanstalten, auch für die Jahre 1971 und 1972:

Nach einer Bauzeit von 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Jahren konnte das Krankenhaus Gerresheim mit 6 Fachabteilungen und 520 Betten am 8. 9. 1971 seiner Bestimmung übergeben werden. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens mit einem Volumen von 148 840 cbm betragen 57,3 Millionen DM einschließlich der Außenanlagen. Hiervon entfielen auf das Krankenhausgebäude 46,5 Millionen DM und auf die Wohnheime mit 322 Heimplätzen und 12 Wohnungen 10,9 Millionen DM. Dazu kamen die Kosten für die bewegliche Einrichtung beim Krankenhaus in Höhe von 8,1 und bei den Wohnheimen in Höhe von 1,6 Millionen DM. Die Krankenpflegeschule wurde am 1. 10. 1971 mit dem ersten Lehrgang eröffnet.

Wegen des Personalmangels im Bereich des Krankenpflegedienstes sind erneut Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen aus Korea angeworben worden. Der Verbesserung der Personalsituation im Krankenhaus Gerresheim diente auch die Errichtung eines Betriebskindergartens mit 60 Plätzen, für den Bau- und Einrichtungskosten von 780 000 DM entstanden. Die Eröffnung erfolgte am 1. 9. 1973.

Die veränderte Situation beeinflusste die Erweiterungsplanung für die beiden städtischen Krankenhäuser, die sich unter Berücksichtigung des medizinischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Verbundes in den Behandlungsmöglichkeiten ergänzen sollen. In der Zielplanbesprechung des Landes NW vom 15. 10. 1973 wurden beide Häuser auf Dauer in den Krankenhausbedarfsplan aufgenommen; nachstehende Zielplanung wurde festgelegt:

#### Krankenhaus Benrath

Chirurgie . . . . .	132 Betten
Kinderchirurgie . . . . .	15 Betten
Behandlungszentrum Schwerverbrannte	6 Betten
Neuro-Traumatologie . . . . .	48 Betten
Urologie . . . . .	42 Betten
Innere Medizin . . . . .	96 Betten
Gynäkologie und Geburtshilfe . . . . .	65 Betten
Hals, Nasen, Ohren . . . . .	54 Betten
Geriatric . . . . .	60 Betten
Neurologie . . . . .	48 Betten
	<hr/>
	566 Betten

## Krankenhaus Gerresheim

Chirurgie . . . . .	148 Betten
Innere Medizin . . . . .	142 Betten
Infektion . . . . .	14 Betten
Gynäkologie und Geburtshilfe . . . . .	100 Betten
Pädiatrie . . . . .	120 Betten
Geriatric . . . . .	60 Betten
Radiologie . . . . .	16 Betten
Pathologie . . . . .	—
	600 Betten

Das Krankenhaus Gerresheim ist für die klinisch-praktische Ausbildung von Studierenden der Medizin, die ab 1975 durch eine Änderung der Approbationsordnung für Ärzte notwendig wird, als akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Düsseldorf vorgesehen. Nach Verhandlungen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung, die am Ende der Berichtszeit aber noch nicht abgeschlossen waren, ist beabsichtigt, insgesamt 40 Studienplätze in den Städtischen Krankenhausanstalten einzurichten.

Für die Erweiterung der Kliniken und des Wohnbereichs in Gerresheim konnte vom Landschaftsverband Rheinland ein angrenzendes Grundstück mit 26 691 qm erworben werden. Um bessere Voraussetzungen für die Personalwerbung zu schaffen, genehmigte der Rat der Stadt 1973 den Bau einer Betriebskindertagesstätte für das Krankenhaus Benrath. Vorgesehen sind 2 altersgemischte Gruppen sowie 1 Kinderhort mit insgesamt 50 Plätzen. Nach dem Kostenschlag sind für Bau und Einrichtung 990 000 DM erforderlich. Im Genehmigungsverfahren befindet sich ferner der Neubau von Personalwohnungen.

## Amt 55 — Ausgleichsamt

### Änderungen und Neuerungen in den Aufgaben

Im Verlaufe der Berichtsjahre sind weitere 5 Änderungsgesetze zum Lastenausgleichsgesetz (LAG) und das Gesetz zur Abwicklung der unter Sonderverwaltung stehenden Vermögen von Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (WAbwG) in Kraft getreten, mit denen der Ausgleichsverwaltung neue Aufgaben gestellt wurden. Es sind dies das

- 24. ÄndG LAG vom 22. 2. 1972
- 25. ÄndG LAG vom 24. 8. 1972
- 26. ÄndG LAG vom 24. 8. 1972
- 3. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz  
— 3. UAG vom 27. 4. 1971 —
- 4. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz  
— 4. UAG vom 7. 7. 1972 —
- WAbwG vom 21. 3. 1972

Mit dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze — KHG —, das im Berichtszeitraum in Kraft trat, wurde die bisherige Finanzierung der Krankenhäuser auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt. Die Städtischen Krankenanstalten erhielten Fördermittel für die Wiederbeschaffung von kurzfristigen Anlagegütern und zur Abgeltung der Lasten, die sich in der Vergangenheit durch die Aufnahme von Darlehen für förderungsfähige Investitionen ergeben haben. Zur Anpassung an das neue Recht beschloß der Rat am 29. 11. 1973 eine Änderung der Aufnahme-, Untersuchungs- und Behandlungsbedingungen der Städtischen Krankenanstalten Düsseldorf, die ab 1. 1. 1974 gültig sind.

Die durch den Übergang der Universitätskliniken in die Trägerschaft des Landes veränderten Voraussetzungen führten zu einer Festsetzung neuer Pflegesätze für beide Krankenhäuser. Den vorgehaltenen Fachabteilungen und der medizinisch-technischen Einrichtung entsprechend stufte der Gutachterausschuß NW das Krankenhaus Gerresheim in die Gruppe S und das Krankenhaus Benrath in die Gruppe A ein.

Die Pflegesätze der Gemeinschaftsklasse haben nachstehende Erhöhungen erfahren:

	Gerresheim	Benrath
1. 1. 1971 . . . . .	—	61,55 DM
8. 9. 1971 . . . . .	65,45 DM	65,45 DM
1. 1. 1973 . . . . .	86,55 DM	81,50 DM
1. 5. 1973 . . . . .	92,60 DM	87,40 DM
1. 7. 1973 . . . . .	102,00 DM	90,00 DM
1. 10. 1973 . . . . .	109,25 DM	96,40 DM

Mit dem 24. ÄndG LAG wurde der sog. Eingliederungszeitraum über den 31. 12. 1971 hinaus bis Ende 1974 verlängert. Bis dahin können an lastenausgleichsberechtigte Personen Aufbaudarlehen zur Gründung einer Existenz oder ihrer Festigung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der Freien Berufe, der Landwirtschaft und des Wohnungsbaues gewährt werden.

Das 25. ÄndG LAG hat die Sätze der Unterhaltshilfe ab 1. 1. 1973 erneut erhöht. Bedeutsam ist die Einfügung des neuen § 277 a, der die Dynamisierung der Unterhaltshilfe ab 1. 1. 1974 vorsieht. Von diesem Zeitpunkt an sind die jährlichen Anpassungen der Sozialversicherungsrenten im gleichen Umfange auch für die Erhöhung der Unterhaltshilfesätze maßgebend, womit sich künftig in diesem Bereich besondere gesetzgeberische Maßnahmen erübrigen. Außerdem brachte das 25. ÄndG LAG wiederum eine Verlängerung der Frist zur Beantragung von Kriegsschadenrente und von vergleichbaren Leistungen für Personen, die nach

dem 16. Lebensjahr bis zum Schadenseintritt mindestens 10 Jahre selbständig tätig oder von einem selbständigen Tätigen wirtschaftlich abhängig waren. Ebenso wurde die Frist verlängert für Anträge auf Gewährung von Kriegsschadenrente wegen Erwerbsunfähigkeit.

Durch das 26. ÄndG LAG ist in das Lastenausgleichsrecht ein „sogenannter“ Härteausgleich – § 301 b LAG – eingefügt worden. Hiernach können in außergewöhnlichen Härtefällen aus Billigkeitsgründen vom Ausgleichsfonds verschiedene Kannleistungen für lastenausgleichsähnliche Schäden gewährt werden, soweit diese Schäden nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht feststellungsfähig sind.

Das 3. UAG bewirkte eine Erhöhung der Freibeträge für Sozialversicherungsrenten und gleichartige Renten sowie der Selbständigenzuschläge.

Mit dem 4. UAG wurden der Satz der Unterhaltshilfe, die Selbständigenzuschläge, der Erhöhungsbetrag der Pflegezulage und die Einkommenshöchstbeträge der Entschädigungsrente aufgestockt. Außerdem wird in Fällen, in denen Berechtigte außer Kriegsschadenrente keine anderen Einkünfte oder nur solche haben, die bestimmte Höchstgrenzen nicht übersteigen, zusätzlich ein sog. Sozialzuschlag gewährt.

Die Ausgleichsverwaltung wurde an der Durchführung des WAbwG beteiligt. Es handelt sich hierbei um das unter Sonderverwaltung stehende Vermögen von etwa 200 Kreditinstituten aus den deutschen Ostgebieten und etwa 300 Kreditinstituten aus Mitteldeutschland.

Während vor Inkrafttreten dieses Gesetzes Ansprüche gegen solche Institute im Rahmen des Lastenausgleichs abgewickelt werden konnten, sind nunmehr eine Vielzahl von Anträgen zurückzustellen, Gläubigeraufrufe zu verfolgen, Schriftverkehr mit den Treuhändern zu führen und der Ausgang des Abwicklungsverfahrens zu verfolgen. Trotz Teilnahme der Geschädigten an der Abwicklung hat das Ausgleichsamt im Anschluß daran wegen der unterschiedlichen Umstellungsverhältnisse in der Bundesrepublik und in Mitteldeutschland in vielen Fällen noch Teilschäden festzustellen und zu entschädigen.

## Entwicklung der Arbeitsgebiete

### a) Schadensfeststellung und Zuerkennung von Hauptentschädigung

Nach dem Ablauf der allgemeinen Antragsfrist am 31. 12. 1970 wurde konzentriert an dem Abbau des noch vorhandenen alten Antragsbestandes nach dem Feststellungsgesetz (sog. Bodensatzfälle) gearbeitet mit dem Ziel, auch über diese schwierigen Fälle nach und nach zu entscheiden. Die Arbeitsleistung wurde jedoch durch den ständigen Neuzugang von Anträgen Spätberechtigter, deren Bearbeitung gleichfalls in Angriff zu nehmen war, nicht unerheblich beeinträchtigt.

Die Ausschußfrist nach dem Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz (BFG) am 31. 12. 1972 für Verluste in der DDR ließ den Antragseingang sprunghaft auf 8641 Anträge ansteigen. Hierbei handelt es sich in vielen Fällen um Mehrfachschäden. Hauptsächlich

wurden beantragt die Feststellung von Verlusten an privatrechtlichen geldwerten Ansprüchen und Anteilen an Kapitalgesellschaften oder an Geschäftsguthaben bei Genossenschaften. Es folgen dann die Verluste an Grund- und Betriebsvermögen, Hausrat, land- und forstwirtschaftlichem Vermögen.

Nach dem Reparationsschädengesetz (RepG) liegen ca. 680 Anträge vor.

### b) Erfüllung von Hauptentschädigung

Für die Barerfüllung von Hauptentschädigung wurden im Berichtszeitraum Mittel in ausreichendem Umfang bereitgestellt, so daß im Anschluß an das Zuerkennungsverfahren Hauptentschädigung einschließlich Zinsen an die Geschädigten ausgezahlt werden konnte. In den 3 Berichtsjahren wurden ausgezahlt:

	Gesamtleistungen	darunter Barleistungen
1971	13,1 Millionen DM	10,1 Millionen DM
1972	13,5 Millionen DM	11,4 Millionen DM
1973	10,6 Millionen DM	9,0 Millionen DM

### c) Kriegsschadenrente und vergleichbare Leistungen

Die Änderungsgesetze machten es erforderlich, alle laufenden Fälle der Kriegsschadenrente mehrfach zu überarbeiten und den Verbesserungen anzupassen. Die Dynamisierung der Kriegsschadenrente durch das 25. ÄndG LAG hat zur Folge, daß sich diese Kriegsfolgeleistung in Zukunft öfter und erheblich schneller erhöhen wird als während der vergangenen 25 Jahre. Der Kreis der Empfänger von Kriegsschadenrente wurde auf einen weiteren Geburtsjahrgang – bei Männern 1906 und bei Frauen 1911 – ausgedehnt. Durch Gesetzesverbesserungen und verstärkten Zugang von Spätaussiedlern aus den ehemals deutschen Ostgebieten sind relativ viele Neuansprüche eingegangen. Mit weiteren Zugängen muß gerechnet werden.

Obwohl die Zahl der Bezieher von Kriegsschadenrente und von vergleichbaren Leistungen von ca. 4000 im Dezember 1970 auf ca. 3400 im Dezember 1973 zurückgegangen ist, werden durch die ständige Erhöhung der Unterhaltshilfe und der Entschädigungsrente noch immer ca. 11 Millionen DM jährlich gezahlt.

Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Kriegsschadenrente erweist sich immer mehr als vorteilhaft. Das Programm für die Rentenberechnung und Zahlung wird ständig ausgebaut, so daß heute nahezu alle Rentenfälle als sog. Rechenfälle in der EDV-Anlage gespeichert sind. Von den Bewilligungsbescheiden abgesehen brauchen deshalb Bescheide nicht mehr manuell gefertigt zu werden. Trotz der Verringerung der Zahl der Sachbearbeiter für die laufenden Rentenfälle konnten die von der EDV-Anlage nicht übernommenen qualifizierten Aufgaben einschließlich der Betreuung der Rentenberechtigten voll wahrgenommen werden. Schwerpunktartig werden seit einigen Monaten die Vorbereitungen für die Zwischenrechnung der Kriegsschadenrente auf die Hauptentschädigung vorgenommen.

#### d) Aufbaudarlehen

Durch das 22. ÄndG LAG vom 29. 8. 1969 und durch das 24. ÄndG LAG vom 22. 2. 1972 wurden Mittel für die Gewährung von Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die Freien Berufe, die Landwirtschaft sowie den Wohnungsbau noch einmal für die Jahre 1970 bis 1974 zur Verfügung gestellt. Unabhängig davon können sog. Spätberechtigte (Spätaussiedler) vorerst noch für einen unbegrenzten Zeitraum Aufbaudarlehen beantragen.

Für verschiedene Vorhaben im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe wurden be-  
ligt

1971	73 000 DM
1972	54 000 DM
1973	150 000 DM

Für den Wohnungsbau sind

1971	335 000 DM
1972	390 000 DM
1973	710 000 DM

an Darlehen zuerkannt und gezahlt worden. Über sog. Sammeldarlehen, die in den vorgenannten Gesamtbeträgen enthalten sind, wurde in den Jahren 1971 bis 1973 der Bau von 194 Wohnungen gefördert.

Im Berichtszeitraum sind außerdem 128 Änderungsbescheide erteilt und für 238 Anträge, über die andere Ausgleichsämter als Bauort endgültig zu entscheiden hatten, die Antragsvoraussetzungen geprüft und bestätigt worden.

In 129 Fällen wurden während der vergangenen 3 Jahre Bescheide über die Anerkennung als bevorzugter

Anwärter für Wohnraum nach § 347 LAG bzw. Wohnberechtigungsbestätigungen erteilt.

Während der Bedarf an Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die Freien Berufe zurückgeht, woraus zu schließen ist, daß sich der in Betracht kommende Personenkreis inzwischen wieder wirtschaftlich eingegliedert hat, sind Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft, hier insbesondere für Nebenerwerbsstellen, und für den Wohnungsbau nach wie vor gefragt.

Erheblicher Verwaltungsaufwand entsteht dadurch, daß Hauseigentümer höhere Mieten für mit LA-Mitteln geförderte Wohnungen verlangen oder Kündigungen aussprechen, Aufbaudarlehen vorzeitig tilgen möchten oder versuchen, Wohnungen zweckentfremdet zu verwenden. Alle Fälle dieser Art müssen überprüft und entschieden werden.

In vielen Fällen müssen noch Bescheinigungen über das Antragsrecht auf Aufbaudarlehen für die Landwirtschaft ausgestellt und Geschädigte über die Möglichkeiten der Darlehensgewährung aus dem Lastenausgleich unterrichtet werden.

#### e) Übrige Arbeitsgebiete

Bei der Ausbildungshilfe, dem Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebenen, der Altsparerentschädigung und den Härtefondsleistungen war der Antragseingang nicht mehr nennenswert. Bei der Hausratentschädigung gingen jedoch zahlreiche Neuanträge von Spätaussiedlern ein, die zügig bearbeitet wurden.

#### f) Umfang der Leistungen

Die Leistungen des Ausgleichsamtes betragen in der Berichtszeit 75,4 Millionen DM. Damit erhöhten sich die Gesamtleistungen auf 839,9 Millionen DM.

18. 12. 1972

Die Wohnungswirtschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

Die Wohnungswirtschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

**Entwicklung der Arbeitskräfte**

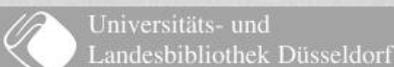
Die Entwicklung der Arbeitskräfte in der Wohnungswirtschaft ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitskräfte ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitskräfte ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

Die Wohnungswirtschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

Die Wohnungswirtschaft hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Wohnungen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

**Entwicklung der Arbeitskräfte**

Die Entwicklung der Arbeitskräfte in der Wohnungswirtschaft ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitskräfte ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitskräfte ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.



# Bauverwaltung

## **60 Bauverwaltungsamt**

## **61 Planungsamt**

## **62 Vermessungs- und Katasteramt**

## **63 Bauaufsichtsamt**

## **64 Amt für Wohnungswesen**

## **65 Hochbauamt**

## **66 Straßenbauamt**

## **67 Kanal- und Wasserbauamt**

## **68 Garten-, Friedhofs- und Forstamt**

## **69 Brücken- und Tunnelbauamt**



### Innenrevision

Auf dem Hochbausektor wurden die Arbeiten im zunehmenden Umfang schlüsselfertig ausgeschrieben. Hierauf ist im wesentlichen der Rückgang der Zahl der Eröffnungstermine (s. Abt. 1) gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum zurückzuführen, da die Ausschreibung von einzelnen Gewerken durch die schlüsselfertige Ausschreibung entfällt. Ende 1973 wurde erstmals ein Hochbauprojekt (Gesamtschule Kikweg) durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft ausgeschrieben (Bausumme ca. 20 Mio DM).

### Abteilung 1 — Bauverwaltung

Bei beschränkter Ausschreibung fanden 1886 und bei öffentlicher Ausschreibung 508 Eröffnungstermine statt (1968—1970: 2500 bzw. 642).

### Abteilung 2 — Verwaltungsangelegenheiten der Planung und Bodenordnung

Im Rahmen der Bauleitplanung wird seit Frühjahr 1973 aufgrund eines Ratsbeschlusses verstärkte Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Damit wird eine frühzeitige Unterrichtung des Bürgers über die wesentlichen Planungsabsichten bezweckt, um sein Interesse sowie die Bereitschaft, an der Planung mitzuarbeiten, zu wecken. Dies geschieht bereits an Hand von Bebauungsvorschlägen, die der Bevölkerung in den betreffenden Stadtteilen in Erörterungsterminen erläutert werden. Die vom Umfang und der Bedeutung her sehr unterschiedlichen Planungsabsichten haben zum Teil ein lebhaftes Interesse gefunden. Durch die Öffentlichkeitsarbeit ist auch eine frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange notwendig. Verständlicher Weise ergibt sich dadurch ein erweiterter, längerer Verfahrensablauf. Aufgrund des geänderten Ablaufs eines Bebauungsplanverfahrens wird zur Sicherung der Planung jeweils ein Aufstellungsbeschluss vom Rat gefaßt. Dadurch stieg die Zahl der Aufstellungsbeschlüsse beträchtlich (in der Berichtszeit 43). Darüber hinaus waren 29 Satzungen über Veränderungssperren bzw. deren Verlängerungen und 5 Satzungen über besondere Vorkaufsrechte nach §§ 25 und 26 Bundesbaugesetz (BBauG) erforderlich.

In den Jahren 1971—1973 wurden dem Rat der Stadt 37 Pläne zur Änderung des Flächennutzungsplanes (vorbereitende Bauleitpläne) und 91 Bebauungspläne (verbindliche Bauleitpläne) zur Beschlußfassung über die Durchführung der Bauleitplanverfahren nach dem BBauG vorgelegt. Daneben ergaben sich zahlreiche Änderungen der im Berichtszeitraum und in den Vorjahren aufgestellten Bauleitpläne aufgrund von Bedenken und Anregungen oder Verfügungen des Regierungspräsidenten. Weiterhin wurden für 279 Bebauungsvorschläge, die die Grundlage für die Ausarbeitung von Bauleitplänen bilden, die Abstimmungen mit den verschiedenen Ämtern und Behörden herbeigeführt.

Bedeutende anstehende Flächennutzungsplanänderungen betreffen u. a. die Gebiete „Hellerhof“ und „Wersten-West“,

die Ortskerne Benrath, Gerresheim und Oberlörick sowie das Gebiet südlich des Benrather Schloßparkes und die Bereiche Hildener Straße/Einsiedelstraße, Wiebachweg/Lohbachweg sowie das Gebiet südlich der Straße Am Pesch. Andere Pläne beinhalten das Altenheim Gallberg, die Gesamtschule Kikweg und den Fernmeldeturm im Hafen. Verkehrsplanungen haben ihren Niederschlag gefunden in den Plänen für die U-Bahn und den „Nordring“ mit seinen Anschlußstraßen.

Für die genannten Gebiete bzw. Objekte sind ebenfalls die entsprechenden Bebauungspläne im Verfahren oder rechtsverbindlich abgeschlossen worden. Darüber hinaus wurden weitere Bebauungspläne aufgestellt für die Universität, den Hauptsammler Mitte sowie für Gebiete an der Rathelbeckstraße, Am Seestern/Emanuel-Leutze-Straße und Benrather Schloßallee/Im Diepentel.

Aufgrund der Vielzahl städtebaulicher Planungsmaßnahmen und deren Sicherung ergaben sich zum Teil durch die Änderung, Aufhebung oder Beschränkung der bisher zulässigen Nutzung u. a. Wertminderungen der Grundstücke und auch Vermögensnachteile. Hierfür hat der Gesetzgeber in den §§ 18 und 40—44 BBauG Entschädigungsregelungen getroffen. Im Berichtszeitraum wurden 15 solcher Entschädigungsanträge gestellt und bearbeitet.

Zur Herbeiführung einer ordnungsmäßigen Bebauung oder zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände brauchten nur in 9 Fällen Grenzregelungsverfahren (§§ 80—84 BBauG) eingeleitet zu werden, da viele Fälle in Verbindung mit Baugenehmigungen und Teilungen im Einvernehmen mit den Beteiligten geregelt werden konnten.

Für Grunderwerbs- und Freilegungsmaßnahmen, insbesondere für bedeutende Verkehrsstraßen wie Himmelgeister Straße, Verlängerungen der Bernburger Straße, der Karlsruher Straße und der Danziger Straße, Nordring und Umgehungsstraße Süd-Süd sind rd. 11,5 Millionen DM aufgewendet worden.

Im Rahmen der fortschreitenden industriellen Entwicklung im Raum Düsseldorf sind Verträge in Verbindung mit Werks-erweiterungen abgeschlossen worden (Gerresheimer Glashütte AG, Henkel GmbH). Darüber hinaus wurden mit Versorgungsunternehmen weitere Gestattungsverträge für die Verlegung von überörtlichen Leitungen und Anlagen vorbereitet (RWE AG, Chemische Werke Hüls AG, Wasserwerk Baumberg GmbH).

Aufgrund von landes- und bundesrechtlichen Vorschriften war die Bauverwaltung weiterhin beteiligt an über 120 Verfahren, so z. B. für den Neubau der A 140 (Nordring) zwischen Reichswaldallee und Stadtgrenze, der A 201 (früher B 326) im Raum Neuss/Fleher Brücke, Süd-Süd/Südring, für die 1. Ausbaustufe der S-Bahn Düsseldorf-Flughafen bis Solingen-Ohligs (Streckenabschnitt Flughafen-Unterrath) und für den Neubau von Straßenbahn-Gleisanlagen im Zuge der Franklinbrücke und der Umgestaltung des Brehmplatzes.

Durch die Neufassung der gesetzlichen Bestimmungen über die Schaffung von Stellplätzen und Garagen (§ 64 der Bauordnung für das Land NW) haben sich für die Gemeinden

neue Aufgaben ergeben. Es besteht nunmehr die Möglichkeit, von den Bauherren, die nicht in der Lage sind, die für ihre Bauvorhaben geforderten Stellplätze oder Garagen nachzuweisen, die Zahlung eines Geldbetrages zu verlangen, der zur Herstellung zusätzlicher Parkeinrichtungen in zumutbarer Entfernung von den jeweiligen Baugrundstücken zu verwenden ist. In diesem Zusammenhang hat die Stadt Düsseldorf im Jahre 1971 eine Ortssatzung erlassen, die als Grundlage für die Festsetzung der von den Bauherren zu zahlenden „Ablösungsbeträge“ dient. In Düsseldorf werden die auf diese Weise eingenommenen Geldbeträge in Ermangelung anderer Möglichkeiten zur Anlegung neuer Parkbuchten im öffentlichen Straßenraum verwendet. In der Berichtszeit wurden Vereinbarungen über die Ablösung von ca. 1600 Stellplätzen getroffen.

In den Jahren 1971–1973 sind 5 weitere Parkplätze zur Ausübung der Fahrzeugbewachung an die Verkehrswacht Düsseldorf e. V. verpachtet worden, und zwar mit der Absicht, durch diese Maßnahme einen geordneten Verkehrsablauf auf den Parkplätzen sicherzustellen.

Im Bodenverkehr wurden über 7500 Anträge auf Erteilung einer Genehmigung oder eines Zeugnisses nach dem BBauG für Grundstücksverträge bearbeitet. Für die Parzellierung der Grundstücke wurde über mehr als 950 Teilungsanträge entschieden. Trotz der großen Zahl der getroffenen Entscheidungen mußten nur 16 Widerspruchsverfahren durchgeführt werden.

Zur Vorbereitung von Bauvorhaben und für die Beleihung von Grundstücken wurden über 1750 Bescheinigungen über das Bestehen bzw. Nichtbestehen des gesetzlichen Vorkaufsrechtes (z. B. bei Verkehrs-, Versorgungs- und Grünflächen) und 40 Löschungsbewilligungen erteilt. Neben einer Vielzahl von internen Überweisungen von Flurstücken innerhalb der einzelnen Fachbereiche der Verwaltung, die u. a. nicht mehr zweckgebunden waren (z. B. ehemaliges Straßenland), sind zur Vorbereitung von Bauvorhaben und zur Erschließung von Grundstücken 320 Straßenlandabtretungs- bzw. Rücküberweisungsverträge abgeschlossen worden.

### Abteilung 3 – Erschließungsangelegenheiten

Am 1. 10. 1970 trat das Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. 10. 1969 in Kraft. Aus diesem Grunde mußten verschiedene Satzungen, die sich auf das preußische Kommunalabgabengesetz vom 14. 7. 1893 stützten, durch entsprechende neue Beitragssatzungen ersetzt werden. Dies geschah u. a. durch die Satzung über Beiträge für die Herstellung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlage der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 16. 12. 1971. Mit der Satzung wurde der Gebührensatz von 3 DM je qm Geschoßfläche des angeschlossenen Grundstückes auf einen Beitragssatz von 5,50 DM je qm Geschoßfläche erhöht. Am 15. 6. 1972 wurde dann die Satzung über Beiträge für straßenbauliche Maßnahmen beschlossen. Aufgrund dieser Satzung werden die Grundstückseigentümer bei Verbesserungen und Erweiterungen von Erschließungsanlagen für den durch diese Maßnahmen gebotenen Vorteil zum teilweisen Ersatz der Aufwendungen herangezogen.

Bisher wurden solche Beiträge für Verbesserungen der Ständehausstraße, Paulsmühlenstraße, Emmericher Straße und der Straße Urdenbacher Acker gefordert. Weitere Beitragsverfahren, insbesondere für die zum Fußgängerbereich umgebauten Altstadtstraßen, befinden sich in der Vorbereitung. Eine große Anzahl endgültig hergestellter Erschließungsanlagen bzw. Teilanlagen wurde gem. § 127 ff. BBauG abgerechnet, so daß die Beitragspflichtigen der angrenzenden Grundstücke zur Zahlung von Erschließungsbeiträgen herangezogen werden konnten. Darüber hinaus war die Einleitung weiterer Abrechnungsmaßnahmen möglich, da zwischenzeitlich durch die Verwaltungsgerichte strittige Rechtsfragen geklärt wurden. Trotzdem stand gegenüber dem vorangegangenen Dreijahreszeitraum im Erschließungsbeitragsrecht eine erhöhte Zahl von Widerspruchs- und Klageverfahren an. Dies ist auf die verstärkte Abrechnung von Erschließungsanlagen, insbesondere im Wege der Kostenspaltung, zurückzuführen. Für Bauvorhaben auf bisher nicht erschlossen gewesenen Grundstücken wurden mit Bauträgern bzw. Bauherren zur Sicherung der Erschließung ihrer Grundstücke 90 Verträge und Vereinbarungen abgeschlossen, von denen Erschließungsmaßnahmen mit Kostenschätzungen in folgender Höhe erfaßt wurden:

Straßenausbau	ca. 7,00 Millionen DM
Straßenbeleuchtung	ca. 0,24 Millionen DM
Herstellung von Kanalleitungen	ca. 5,60 Millionen DM
Längsverlegung von Gasversorgungsleitungen	ca. 0,33 Millionen DM
Längsverlegung von Wasserversorgungsleitungen	ca. 0,40 Millionen DM
Längsverlegung von Stromversorgungsleitungen	ca. 0,18 Millionen DM

Für 80 weitere Erschließungsabsichten sind die Kosten ermittelt worden. Zu den durchgeführten oder begonnenen größeren Projekten gehört u. a. die Erschließung von Bauvorhaben Am Schneisbroich, am Gatherweg, an Rheinbaben- und Glockenstraße, Im Diepental, Lewitstraße, Peter-Roos-Straße, Am Gentenberg, Willicher Straße, Im Luftfeld und Annostraße, Am Rethert und Landsberger Straße.

In Absprache mit der Umlegungsbehörde und den übrigen beteiligten Ämtern hat das Amt 60 im Jahre 1971 als zusätzliche Aufgabe die Koordinierung der Erschließung in den Umlegungsgebieten übernommen. Auch hierauf ist zurückzuführen, daß die Zahl der Erschließungsmaßnahmen zugenommen hat. In einigen Fällen wurden Zuwendungen aus Landesmitteln zur Förderung dieser städtebaulichen Maßnahmen bewilligt.

Der Rat der Stadt beschloß in seiner Sitzung am 31. 8. 1972 die Bildung einer Kommission zur Prüfung der Hinderungsgründe, die der Verwirklichung von Bebauungsplänen mit mehr als 50 ausgewiesenen Wohnungen entgegenstehen. Die Kommission trat am 20. 12. 1972 erstmals zusammen und überprüfte in den folgenden Sitzungen 67 rechtsverbindliche Bebauungspläne als Voraussetzung für weiteren mehr oder minder umfangreichen Wohnungsbau. Es wurden die Möglichkeiten der Erstellung von Wohnungsbau erörtert und Vertretern von Wohnungsbaugesellschaften und Eigentümern größerer bebaubarer Flächen Gelegenheit zur Darlegung der Bauabsichten und der diesen entgegen-

stehenden Schwierigkeiten gegeben. Soweit dies möglich oder notwendig war, wurden von der Kommission Aufträge an die Verwaltung erteilt bzw. Anregungen an einzelne Ratsgremien gegeben.

Das Bauverwaltungsamt setzte seine Mitwirkung im Baugenehmigungsverfahren fort. Festzustellen ist, daß als Folge der konjunkturdämpfenden Maßnahmen im Berichtszeitraum die Anzahl der Bauanträge sinkende Tendenz aufweist.

#### **Abteilung 4 – Koordinierungsstelle Garath und Messe**

Das Arbeitsgebiet der Koordinierungsstelle umfaßte alle verwaltungsmäßigen Arbeiten, z. B. Verhandlungen mit den beteiligten Gesellschaften, Institutionen und Personen, Bearbeitung der Ausschuß-Angelegenheiten, Koordinierung der Erschließungsarbeiten, Abwicklung der haushaltsrechtlichen Angelegenheiten, Durchführung der Planverfahren, Berechnung der Grundstückspreise, Erteilung von Bodenverkehrs-genehmigungen, Bearbeitung der Baugesuche, Anträge auf Zuteilung von Baugrundstücken sowie von gewerblichen Grundstücken einschließlich der hierzu erforderlichen Finanzierungsverhandlungen für die Aufgabenbereiche

neuer Stadtteil Düsseldorf-Garath,  
neuer Stadtteil Düsseldorf-Hellerhof,  
neue Messe Stockum.

Über die in der Berichtszeit durchgeführten Maßnahmen sind in den Berichten der in Frage kommenden Fachämter Ausführungen zu finden.

Die Tätigkeiten für die Messe haben – bis auf die Erstellung der Schlußabrechnung – mit Ablauf des Berichtszeitraumes ihren Abschluß gefunden.

#### **Abteilung 5 – Städtebauförderung**

Bei dem am 1. 8. 1971 in Kraft getretenen Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) handelt es sich um ein neues Gesetz auf dem Gebiet des Planungs- und Bodenrechts. Es enthält Vorschriften über die Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen. Da der Schwerpunkt dieser Aufgaben beim

technischen Dezernat liegt, wurde im September 1971 beim Amt 60 eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die sich bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen der Fachämter bedient. Aus der Koordinierungsstelle ist dann am 24. 8. 1973 die Abteilung Städtebauförderung entstanden.

Die Tätigkeit der mit der Sanierung beauftragten Mitarbeiter mußte sich zunächst zwangsläufig darauf beschränken, einen ersten Überblick über mögliche Sanierungsgebiete zu erhalten. In Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen städt. Dienststellen werden nunmehr – nachdem die ersten Erfahrungen mit den neuen gesetzlichen Vorschriften vorliegen – in Voruntersuchungen unter Einsatz der EDV sanierungsbedürftige Gebiete ermittelt, die dann in Form eines endgültigen Programmes mit Festlegung entsprechender Prioritäten für die Durchführung der einzelnen Maßnahmen dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Hierdurch soll sichergestellt werden, daß die systematische Realisierung der Projekte bei gezieltem Einsatz der knappen Mittel erfolgen kann.

Unabhängig davon wurde das Verfahren für die z. Z. bereits anstehende Sanierungsmaßnahme Grafenberger Allee eingeleitet. Am 14. 6. 1973 beschloß der Rat für dieses Projekt den Beginn der vorbereitenden Untersuchungen nach dem StBauFG. Erst nach Vorlage des Berichtes über das Ergebnis dieser Untersuchungen kann entschieden werden, ob das Sanierungsgebiet durch Satzung förmlich festgelegt werden soll. Danach kann mit der Durchführung des Projektes begonnen werden.

In Verbindung mit der Abteilung 4 werden weiterhin Vorbereitungen für die Durchführung der Entwicklungsmaßnahme Hellerhof getroffen.

Die Landesregierung NW beabsichtigt, noch bis Ende des Jahres 1974 die Neugliederung des Raumes Mönchengladbach/Düsseldorf/Wuppertal zum Abschluß zu bringen. Die für die Stadt Düsseldorf anfallenden Aufgaben im Zusammenhang mit Angelegenheiten der Gebietsreform sind im November 1972 in verwaltungsmäßiger Hinsicht (z. B. Vorbereitung der Sitzungen des Fachausschusses, Schriftführung im Ausschuß, Ausführung der Beschlüsse des Fachausschusses etc.) der Abteilung 5 übertragen worden.

### **Amt 61 – Planungsamt**

Ende 1970 ist das Amt intern wie folgt gegliedert worden:

- 61/1 – Abteilung Stadtforschung,  
vorbereitende Bauleitplanung
- 61/2 – Abteilung Verbindliche Bauleitplanung
- 61/3 – Abteilung Planungsaufgaben in besonderen  
Schwerpunktgebieten
- 61/4 – Abteilung Sicherung der Bauleitplanung

#### **Grundlagenforschung – vorbereitende Bauleitplanung**

Aufgrund einer Verfügung des Regierungspräsidenten vom 6. 8. 1971 wurden die folgenden, das Standortprogramm der Stadt vorbereitenden Denkschriften erarbeitet:

1. Wohnungsbau in Düsseldorf / Versuch einer Vorausschau bis 1985 v. 7. 10. 1971

2. Standortprogramm und Wohnungsbau in Düsseldorf / Versuch einer Vorausschau bis 1985/1990 (1. Fassung) v. 5. 1. 1972

3. desgleichen 2. Fassung v. 15. 2. 1972

4. Standortprogramm der Landeshauptstadt Düsseldorf / Entwurf der Anzeige v. Mai 1972.

Es handelt sich hier um die Anzeige an die Aufsichtsbehörde betr. Aufstellung eines „Standortprogrammes mit mittel- und langfristigem Zielhorizont“, ein Entwicklungs- und Finanzierungsplan der Stadt gemäß der Aufforderung der Landesregierung NW im Nordrhein-Westfalen-Programm (NWP 75).

Im Zusammenhang mit der in Aussicht genommenen kommunalen Neugliederung sind Untersuchungen von Stadtumlandbegrenzungen durchgeführt und die verfügbaren Statistiken der Gemeinden des Verflechtungsraumes Düsseldorf ausgewertet worden.

Für den Raum des engeren Düsseldorfer Südens (Hamm – Volmerswerth – Flehe – Stoffeln) wurde eine Bestandsaufnahme des demographischen, sozialen und funktionalen Gefüges angefertigt. Der Stadtteil Oberbilk, insbesondere die Gebiete Oberbilker Stahlwerk/Hauptbahnhof, Oberbilker Markt/Kölner Straße und Ellerstraße/Kruppstraße, ist wegen verschiedener Planungsmaßnahmen untersucht worden.

Ein Sanierungsprogramm für Düsseldorf wurde vorbereitet, Prioritäten innerhalb der Untersuchungsgebiete gesetzt, Daten von Großzählungen wurden mit Hilfe der Planungsdatenbank ausgewertet und danach die Sanierungsdringlichkeit, zunächst der einzelnen Blöcke in Oberbilk, festgestellt, die nun nach einem Zeitmaßnahmeplan für die Neuordnung von Oberbilk weiter untersucht werden.

Im Rahmen der Planerausbildung, die auf Weisung des Regierungspräsidenten für durchschnittlich 20 Referendare der Fachgebiete Städtebau, Hochbau und Stadtbauwesen beim Planungsamt betrieben wird, sind Arbeiten von Referendaren in folgenden Veröffentlichungen der Abteilung Grundlagenforschung herausgegeben worden:

Teilgebietsplanungen, Alternativmodelle im Entwicklungsraum Düsseldorf-Süd	Okt. 1972,
Citynahes Wohnen	Dez. 1972.

Ein neuer Rahmenleitfaden für die Referendar-Ausbildung wurde erstellt und die Mitarbeit an der Reform der Planerausbildung auf Landes- und Bundesebene fortgesetzt.

Das Planungsamt war an der Erarbeitung der Bestandsaufnahme für den Stadtentwicklungsplan und Schulentwicklungsplan Düsseldorf beteiligt und bei der Bearbeitung der Stellungnahme zu Bauleitplanverfahren der Nachbargemeinden eingeschaltet.

#### Städtebauliche Entwürfe, allgemeine Planung

Auf diesem Gebiet sind zahlreiche Flächennutzungsplanänderungen, Bebauungsvorschläge, Bebauungsplanentwürfe einschl. der vorgeschalteten Bestandsaufnahmen und Untersuchungen gemacht worden. Aus diesem umfangreichen Komplex seien genannt:

#### Stadtgebiet Nordost:

Flächennutzungsplanänderung im Bereich der neuen Osttangente,

Bebauungsvorschläge und Bebauungspläne vom Wohngebiet Rather Kreuzweg (Mannesmann), Kerngebiet Oberrather Straße/Kanzlerstraße, Wohngebiet Im Dämmergrund, Sannierungsgebiet Torbruchstraße, Erweiterung des Krankenhauses Gerresheim, Erweiterung des Klinikums des Landschaftsverbandes Rheinland und der Gehörlosenschule des Landschaftsverbandes Rheinland, Gräulinger Straße.

Bebauungsvorschlag und vorbereitende Untersuchungen vom Sanierungsgebiet Grafenberger Allee im Bereich der ehem. Gutehoffnungshütte.

#### Stadtgebiet Nordwest:

Abschluß der Planung für das neue Messegelände (Stockum),

Eingliederung der Nordringplanung in das Stadtgebiet, Bebauungsvorschläge und Bebauungspläne,

Bebauungsvorschlag und Bebauungsplan Oberlörick-Nord (nördl. Oberlöricker Straße),

Bebauungsvorschlag und Bebauungsplan vom Kerngebiet Am Seestern,

Bebauungsvorschlag Lichtenbroich nördl. Volkardeyer Weg (Sanierung),

Bebauungsvorschläge im Bereich der geplanten Verlängerung der Rather Straße (Flughafenzufahrt).

#### Stadtgebiet Mitte:

Bebauungspläne für den City-Entlastungsbereich am Kennedydamm,

Standortuntersuchungen: Fernmeldeturm in Düsseldorf,

Standortuntersuchung: Weiterbildungszentrum im Raum des Bahnhofes Bilk,

Strukturuntersuchung für Derendorf – südl. Johannstraße,

Vorbereitung und Vorprüfung für Gutachten: Bebauung altes Messegelände,

Vorbereitung für die Wettbewerbe: Regierungsviertel Haroldstraße und Kunstsammlung NW am Grabplatz.

#### Stadtgebiet Süd:

Erstellung eines 3-Stufenplanes zur künftigen Einwohnerentwicklung für den Raum Wersten, Holthausen, Himmelgeist, Itter,

Flächenermittlung und Standortuntersuchung zur Schulversorgung in diesem Raum,

Flächennutzungsplanung Wersten, Holthausen, Himmelgeist, Itter, Volmerswerth und Flehe,

Vorbereitende Untersuchung zur Flächennutzungsplanung Stoffeln,

Verbindliche Bauleitplanung für den Raum Wersten, Bebauungsplanstudie für Stoffeln (westl. Siegburger Straße), Volmerswerth (westl. Volmerswerther Straße) und Itter.

## Koordinierung der Universität Düsseldorf

Erstellung eines Maßnahmenkataloges zur Versorgung der Universität, Bildung eines Arbeitskreises, um die Maßnahmen zur Erschließung der Universität zu koordinieren.

### Stadtgebiet Südost und Südwest:

Bebauungsvorschläge und Bebauungspläne für Gebiete in Volmerswerth und Eller (Kamperweg, Rothenbergstraße, Kikweg, am Schloßpark Eller),

Bebauungsvorschläge für das Sportzentrum am Niederheider Wäldchen und das Gewerbegebiet westlich Paul-Thomas-Straße,

Bebauungsvorschläge und Bebauungspläne für Himmelgeist und Itter (Geeststraße, Kaldenbergstraße), für Benrath und Urdenbach (Benrather Schloßallee, Benrather Schloßufer, südl. Benrather Schloßpark), Sanierung Benrath – Mitte und Schwarzer Weg.

### Planungsaufgaben in besonderen Schwerpunktbereichen

#### – Garath –

Die Arbeiten in Düsseldorf-Garath konnten weitgehend abgeschlossen werden; besondere Erwähnung verdienen

Aufnahme des Straßenverkehrs auf der Autobahn A 170 (bisher als EB 8 bezeichnet) ab Auffahrt Frankfurter Straße (B 8) bis zur Abfahrt Monheim,

Fertigstellung und Bezug der Wohn- und Geschäftshäuser im Hauptzentrum Ost zwischen Frankfurter Straße und den Schulgrundstücken,

Baubeginn der städt. Freizeitstätte mit Räumen für Jugendarbeit, Altentagesstätte, Volkshochschule, Zweigstellen der Stadtbücherei, des Sozial- und Gesundheitsamtes und Mehrzwecksaal mit Restauration, Baubeginn und Teilfertigstellung von Wohn- und Geschäftshäusern zwischen Frankfurter Straße und A 170 im Hauptzentrum Ost,

Abschluß einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland (Bundesstraßenverwaltung) und der Landeshauptstadt Düsseldorf über die Unterbauung der A 170 mit Läden im Hauptzentrum Ost,

Einrichtung eines Wochenmarktes auf dem Parkplatz nordwestlich des S-Bahnhofes an der Koblenzer Straße.

Für die zusätzliche Versorgung der Bevölkerung in den Wohnvierteln wurden Standorte für Kioske ausgewiesen, die auf öffentlicher Verkehrs-Fußgängerfläche bzw. öffentl. Grünfläche errichtet werden.

Als Ersatz für den bisherigen Ausstellungsraum an der Hermann-Ehlers-Straße im Hauptzentrum West wurde der neue Ausstellungsraum im Hauptzentrum Ost an der Fritz-Erler-Straße (bei der Fußgängerbrücke) eingerichtet. Hier wird zusätzlich neben den Plänen und Modellen des Stadtteils Garath die Planung des neuen Stadtteils Hellerhof ausgestellt und der Bevölkerung sowie den Besuchern die Möglichkeit geboten, sich zu informieren.

Für die Planungs-, Bau- und Gestaltungsmaßnahmen wurden im einzelnen vom Planungsbüro Garath folgende Arbeiten durchgeführt:

- 91 Bebauungsvorschläge
- 33 Außenanlagen- und Grünflächenpläne
- 16 Lagepläne
- 42 städtebauliche Ausführungs- und Detailpläne.

Teilungsanträge und Baugesuche der Bauvorhaben wurden in städtebaulicher Hinsicht geprüft. Den Planungen und Baumaßnahmen gingen mündliche Beratung und Abstimmung mit den Betreuern, Trägern, Bauherren, Ing.-Büros, Architekten und Gartenarchitekten voraus.

#### – Hellerhof –

Die Bebauungsvorschläge der beauftragten Gutachterarchitekten wurden ausgearbeitet und den Erfordernissen angepaßt, das Bebauungsplanverfahren für den 1. Bauabschnitt nördlich des Hellerhofweges eingeleitet. Der Gesamt-Flächennutzungsplan mit Wohnbauland für ca. 5000 Wohneinheiten ist vom Regierungspräsidenten genehmigt worden. Für Teilflächen wurden Flächennutzungsänderungspläne und für den Ostteil Bebauungspläne ins Verfahren gebracht. Die Bebauungspläne für die Verkehrsflächen der Frankfurter Straße (B 8) und des Hellerhofweges sind rechtsverbindlich.

Gutachten für Gewerbeansetzung und Branchenausweisung sowie Untersuchungen über erforderlichen Umweltschutz wurden erstellt. Bebauungsvorschläge, Entwürfe für Wohnungstypen, Wohnblockgestaltung und städtebauliche Varianten über vielfältige Nutzungsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Freizeitbedürfnisse sind erarbeitet worden.

Mit dem Arbeitskreis der Bevölkerung wurde ein Planungsprogramm aufgestellt; Trägergebiete im Bereich des 1. Bauabschnittes und die Hochbauentwürfe für die ersten 500 Wohnungen zum überwiegenden Teil abgestimmt.

Die städtebaulichen Ausführungsplanungen des 1. Bauabschnittes sind abgeschlossen worden, für weitere Bauabschnitte südlich des Hellerhofweges wurden Bebauungsvorschläge, Varianten für die Zentrumsplanung und Erschließungsanlagen erarbeitet.

Für den Bereich Hellerhof wurden im einzelnen im Planungsbüro Garath folgende Plan- und Modellarbeiten durchgeführt:

- 62 Flächennutzungs-, Bebauungsvorschläge, Bebauungsplanentwürfe und Rahmenpläne
- 25 Grün-, Freiflächen und Außenanlagenpläne
- 29 Lagepläne
- 17 städtebauliche Ausführungs- und Detailpläne
- 33 Bebauungsvorschläge für Hochbauten, Typenentwürfe, Schaubilder, Zeit- und Netzpläne
- 4 Baumassen- und Detailmodelle.

Alle städtebaulichen Planungen erfolgten in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten städt. Ämtern unter Koordination des Amtes 60/4.

Von den Arbeiten im Zusammenhang mit Bauleitplanverfahren ist folgendes zu berichten:

Für die 39 Sitzungen des Planungsausschusses in der Berichtszeit wurden vorbereitet und zur Weiterempfehlung an den Rat der Stadt vorgetragen:

Planverfahren für Flächennutzungspläne	63
Planverfahren für Bebauungspläne	133
Bedenken und Anregungen zu Bauleitplänen	195
Aufstellungsbeschlüsse (§ 33 BBauG)	43
Veränderungssperren (§ 14 BBauG)	29
Anträge auf Befreiung (§ 31 (2) BBauG)	147

Auf dem Gebiet Grünplanung – Umweltschutz wurden folgende Voruntersuchungen vorgenommen und Stellungnahmen zum Thema Grünplanung und Umweltschutz abgegeben:

Für die Erholungsplanung Urdenbacher Kämpe, zum Grünordnungsplan des Amtes 68, eine Überarbeitung des Generalkleingartenplanes, zum Generalwegeplan des Amtes 66, zum Aufgabenbereich des Amtes 61 in Sachen Umweltschutz für die Arbeitsgruppe Umweltschutz, eine Stellungnahme zum Gebietsentwicklungsplan – Entwurf Düsseldorf-Neuss der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland, zu Norm-Entwürfen und Runderlassen.

Bezüglich der Bauleitplanung erfolgten Koordinierungsmaßnahmen in Sachen Grünplanung, Landschaftsschutz und Umweltschutz.

## Amt 62 – Vermessungs- und Katasteramt

Die Lage am Arbeitsmarkt in der Berufsgruppe Vermessung hat sich weiter zugespitzt; zeitweise waren bis zu 10% der Personalstellen unbesetzt. Auf der anderen Seite sind dem Amt neue Aufgaben zugewachsen. Dem daraus resultierenden Ungleichgewicht zwischen Aufgabenvolumen und Arbeitskräftezahl mußte durch verschiedene Investitionen, verbesserte Arbeitsabläufe, Anwendung neuer Technologien und schließlich durch eine erweiterte Auftragsvergabe begegnet werden.

Am 26. Oktober 1971 wurde eine neue Abteilung errichtet; sie erhält die Bezeichnung 62/6 – Abteilung Geodätische Grundlagen –.

Aufgrund des § 8 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen v. 21. 10. 1969 hat der Rat der Stadt die Neufassung der Satzung über Beiträge für straßenbauliche Maßnahmen am 15. 6. 1972 beschlossen. Unterlagen für die Abrechnung von Erschließungsbeiträgen nach der neuen Satzung sind nun zusätzlich zu den Unterlagen für Abrechnungen nach dem Bundesbaugesetz zu erstellen.

Das Vermessungs- und Katastergesetz (NW) vom 11. 7. 1972 macht es den Grundstückseigentümern zur Pflicht, neuerstellte Gebäude einmessen zu lassen. Die Vermessungs- und Katasterverwaltungen haben zu verfolgen, ob

Es wurden Planentwürfe erstellt für

die Erweiterung des Strandbades Lörick,  
die Bezirkssportanlage Lörick,  
das Sportzentrum Niederheider Wäldchen,  
die Sportanlage Lohausen – Im Grund,  
den Gerresheimer Höhenweg,  
die Freizeitanlage Ulenbergstraße,  
die Kleingartenanlage Am Schönenkamp.

Das Amt war beteiligt am Forschungsvorhaben „Freiraumplanung“ des Innenministers NW in Form einer Pilotstudie gemeinsam mit den Städten Bielefeld und Wuppertal.

### Öffentlichkeitsarbeit

Von den Mitarbeitern des Planungsamtes wurden etwa 2500 Besucher aus dem In- und Ausland betreut und mit den Planungen der Stadt vertrautgemacht. Den Ausstellungspavillon des Baudezernates an der Zollstraße, der an den Wochenenden für die Bevölkerung geöffnet ist, besuchten rd. 16000 Personen. Außerdem fanden jeweils in den Winterhalbjahren im Pavillon Vorträge (1972: 4, 1973: 13) statt.

Informationsmaterial wurde an Städte und wissenschaftliche Institute im In- und Ausland gegeben, Bürgerversammlungen in den einzelnen Stadtteilen vorbereitet und fachlich betreut.

Das Sonderheft Düsseldorf der österreichischen Fachzeitschrift „der aufbau“, herausgegeben im Zuge der Österreich-Woche im Herbst 1973 in Wien, wurde vom Planungsamt zusammengestellt.

der Gebäudeeinmessungspflicht nachgekommen wird. Diese neue Aufgabe brachte einen erheblichen Arbeitszuwachs mit sich.

1972 hat das Amt damit begonnen, ein zentrales Leitungskataster (Kataster der Kanal-, Mineralprodukten-, Ferngas- und Sonderleitungen) aufzubauen; grundlegende Entwicklungsarbeit war zu leisten. Im ersten Schritt übernahm Amt 62 die Führung der Kanalbestandskarten von Amt 67; inzwischen folgte der Leitungsnachweis weiterer Fachsparten. Mit Beginn des U-Bahnbaues wurde dem Amt 62 die Beweissicherung übertragen. Das Verfahren der Beweissicherung mußte von Grund auf entwickelt werden; eine Anlehnung an Verfahren anderer U-Bahn-Städte war kaum möglich. Die nach Höhengaufnahmen angefertigten Höhenkarten sind bisher ungeordnet abgelegt worden. Es wurde damit angefangen, die älteren Höhenkarten zu sammeln, zu ordnen und zu einem geschlossenen Höhenkartenwerk zusammenzustellen.

In der Bauleitplanung wurde 1973 mit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Das hatte Auswirkungen auf mehrere Sachgebiete: Bei der Auslegung der Bauleitpläne wurde ein größeres Engagement nötig; die amtlichen Veröffentlichungen wurden wesentlich ausführlicher und mit Kartenausschnitten ergänzt.

In der Berichtszeit wurden weitere 23 neue Rahmenblätter der Flurkarte und der Stadtgrundkarte im Maßstab 1 : 1000 und 5 Rahmenblätter 1 : 500 fertiggestellt. Von insgesamt 395 Blättern sind nunmehr 322 ins Kataster übernommen.

Zur Durchführung von Umlengungsmaßnahmen wurden zwecks Aufstellung von Umlengungsbeschlüssen und Verteilungsverzeichnissen für die bereits bestehenden und noch nicht zum Abschluß gebrachten Umlengungsgebiete sämtliche vermessungstechnischen Arbeiten wie Berechnung der Absteckungsmaße für die neuentstandenen Grundstücke, Absteckung der neuen Grenzen und Anfertigung der Umlenkungskarten ausgeführt. Für die hinzugekommenen neuen Umlengungsgebiete 50 bis 55 waren umfangreiche Neuvermessungen, Berechnungen und Kartierungen erforderlich.

Im Hinblick auf die aufzubauende Grundstücksdatenbank wurde eine gründliche Überarbeitung der Lagefestpunkte notwendig. Rund 10% der städtischen Polygonpunkte wurden dabei neu bestimmt, was einer Zunahme von 60% gegenüber dem letzten Berichtszeitraum entspricht. Zugleich wurden damit von der Gesamtlänge des städtischen Polygonnetzes (rd. 2000 km) in den drei Berichtsjahren ca. 200 km von Grund auf erneuert.

Wenn dies ohne wesentliche Verstärkung des Personaleinsatzes sowohl messungstechnisch als auch rechnerisch bewältigt werden konnte, so ist das hauptsächlich auf den überwiegenden Einsatz elektronischer Streckenmeßgeräte (Di 10 der Firma Rhein. Braunkohle AG) und die Benutzung des weiterentwickelten EDV-Systems (Teleprocessing-Datensichtstation mit Drucker) zurückzuführen.

Auch an anderen Stellen hat sich die Datenfernverarbeitung gut eingeführt und bewährt. Zur Zeit verfügt das Amt über drei Datensichtstationen. Entsprechend ist der Anteil an der CPU-Zeit der Zentralen Datenverarbeitungsanlage stetig gestiegen (s. Bericht Amt 10).

Nachdem sich die Photogrammetrie für die Herstellung und Laufendhaltung der Stadtgrundkarte in einem Versuchsgebiet als brauchbar und wirtschaftlich erwiesen hat, sind weitere Teile der Stadt befliegen und die Aufnahmen ausgewertet worden. Für mehr als ein Viertel des Stadtgebiets (4300 ha von 15830 ha) liegt derzeit Luftbildmaterial vor.

Von insgesamt 59 Blättern der Deutschen Grundkarte im Maßstab 1 : 5000 wurden 19 Blätter generalüberholt. Die Sonderkarte Düsseldorf-Garath 1 : 5000 wurde auf den neuesten Stand gebracht und neu gedruckt.

Neu erstellt worden ist 1971 die „Amtliche Stadtkarte der Landeshauptstadt Düsseldorf“ im Maßstab 1 : 10000. Wegen des großen Formates von 2,40 m × 2,40 m mußte die zwölf farbige Darstellung auf 16 Einzelblättern gebracht werden. Ein nach Planquadraten neu zusammengestelltes Straßenverzeichnis erleichtert das Auffinden gesuchter Objekte.

Die „Amtliche Stadtkarte der Landeshauptstadt Düsseldorf“ im Maßstab 1 : 20000 wurde als Folgekarte aus der Stadtkarte 1 : 10000 entwickelt und im Jahre 1972 gedruckt. Bekanntgeworden ist insbesondere die elf farbige Version entweder als Wandkarte oder im Taschenformat mit Umschlag. Weniger gefragt war der drei- und vierfarbige Druck.

Schließlich konnte 1973 die „Amtliche Stadtkarte der Landeshauptstadt Düsseldorf“ im Maßstab 1 : 50000 als Übersichts- und Grundlagenkarte herausgegeben werden. Die Nachfrage sowohl nach der vierfarbigen als auch nach der achtfarbig ausgeführten war sehr groß. Insbesondere auf der Grundlage dieses Werkes beruht eine Vielzahl von Kartenbeilagen zu den Bänden 1 und 2 der „Beiträge zur Stadtentwicklung und Stadtforschung“, deren redaktionelle Bearbeitung der Kartographie bei Amt 62 lag.

Um der steigenden Nachfrage nach reproduktionstechnischen Arbeiten begegnen zu können, war ein weiterer Ausbau der Reproduktionsanlage erforderlich; so wurden u. a. außer einer zweiten Reproduktionskamera eine weitere Bürooffsetdruckmaschine und eine Lichtpausmaschine mit eingebauter Schneidautomatik angeschafft.

Die Fortführung des Liegenschaftskatasters durch Änderungen im Bestand und in der Bezeichnung der Grundstücke und Gebäude erfolgte in ca. 35000 Fällen. Für die Verwaltung, Beleihung und Veräußerung von Grundstücken sind rd. 20600 Auszüge, Abschriften und Abzeichnungen gefertigt worden.

Die Fortführung des Lagerbuches durch Übernahme von Veränderungen (wie die Eintragung von Erbbaurechten An- und Verkäufen, Vormerkungen und Leitungsrechten) erfolgte in etwa 5400 Fällen.

Die vorbereitenden Arbeiten zur Umstellung des neuen Liegenschaftskatasters auf elektronische Datenverarbeitung wurden besonders vorrangig behandelt; sie können als abgeschlossen angesehen werden. Mit der Übernahme auf die Datenbank wurde begonnen. Von den ca. 43000 Eigentumsbeständen wurden inzwischen 6000 übernommen.

Im Gebiet von Düsseldorf-Garath sind weitere Flächen (3. und 4. Bauabschnitt westlich der Frankfurter Straße) durch Sonderung nach dem Ausführungsplan übernommen worden. Ebenso wurden Flächen südlich der Südallee (Corellistraße u. a.) durch Sonderungen dem Grundstücksverkehr geöffnet. Die entsprechenden Schlußvermessungen stehen zum großen Teil noch aus. Umfangreiche Schlußvermessungen lagen für Bachprojekte (z. B. Eselsbach, Pillebach, Kittelbach) zur Prüfung und Übernahme vor. In den Gemarkungen Hamm, Flehe, Volmerswerth, für die nur ein mangelhaftes Katasterzahlenwerk vorhanden ist, wurde es durch Zuschüsse des Regierungspräsidenten möglich, Neuvermessungsarbeiten für eine Gesamtfläche von etwa 66,5 ha an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure zu vergeben. Die örtlichen Vermessungsarbeiten sind abgeschlossen, die Übernahme der Vermessungsergebnisse ist im Gange. Die hierbei anfallenden, umfangreichen Berechnungen erfolgen durch die EDV-Anlage.

Rund 4200 Anträge auf Ausfertigung von Vermessungsunterlagen wurden erledigt. Die Aufstellung eines Kopiergerätes am Arbeitsplatz zur beschleunigten Herstellung der Vermessungsunterlagen und zur schonenden Behandlung der Dokumente hat sich bewährt. Darüberhinaus werden zur Zeit Möglichkeiten geprüft und Erhebungen darüber angestellt, inwieweit die Mikroverfilmung zur Sicherung des beweiskräftigen Katasterzahlenwerkes und gleichzeitig zur weiteren Rationalisierung der Herstellung von Vermessungsunterlagen genutzt werden kann.

Die vermessungstechnischen Arbeiten im Außendienst haben sich weitgehend auf zwei große Bereiche konzentriert. Das sind zum einen die hoheitlichen Funktionen des Amtes, wie Überwachung und Unterhaltung des Lage- und Höhenfestpunktfeldes, Feldvergleich für die Laufendhaltung der amtlichen Kartenwerke und Fortführungsmessungen in eigener Sache; zum anderen sind es die aus den Bauverträgen der Stadt äußerstenfalls notwendigen Absteckungs- und Kontrollmessungen, die in Amtshilfe für die bauenden technischen Ämter vorgenommen werden. Bei den letztgenannten Vermessungstätigkeiten hat es sich in der Berichtszeit als sehr nützlich erwiesen, von den bauausführenden Firmen ein „Meßprogramm“ vor Baubeginn zu verlangen.

Der Düsseldorfer Grundstücksmarkt war in den letzten Jahren sehr bewegt. Als Folge der Schwankungen in Wirtschaft und Währung sowie der Baulandknappheit war die Nachfrage an bebauten Grundstücken und Wohnungseigentum groß. Auch wurden weiterhin bebaute Grundstücke aufgekauft, die vorhandenen Baulichkeiten abgebrochen und diese durch Neubauten mit erheblich höherer Rendite ersetzt. Zur Zeit verteilen sich die Käufe zu etwa 25% auf unbebaute, 35% auf bebaute und 40% auf Wohnungseigentum (Neugründungen und Weiterverkäufe). Die Ver-

lagerung des Grundstücksgeschäftes auf bewertungstechnisch schwierigere und wertvollere Objekte bereitete der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses erhebliche Schwierigkeiten. Um stark differierende Kaufpreise richtig deuten zu können, waren umfangreiche Marktanalysen durchzuführen. Allein die Berücksichtigung der baulichen Ausnutzbarkeit (Geschoßflächenzahl) belastet die Geschäftsstelle außergewöhnlich stark.

Einige wichtige Aufgaben, wie die Mietpreissammlung, die Registrierung und die Auswertung von Verkäufen von Wohnungseigentum und Bauten, die im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues erstellt worden sind, mußten noch zurückgestellt werden.

Neue Bewertungsaufgaben stellte das Städtebauförderungsgesetz. Allein das erste Düsseldorfer Sanierungsgebiet Grafenberger Allee erforderte bereits Gutachten mit 231 Seiten und über 73 umfangreiche Gebäudebewertungen.

Um dem Bürger über Grundstückspreise außerhalb der Innenstadtlage eine gegenwartsnahe Marktübersicht vermitteln zu können, wurden im Januar 1971 und März 1973 Richtwertkarten gemäß § 143 Bundesbaugesetz im Amt 62 aufgestellt.

## Amt 63 — Bauaufsichtsamt

### Organisation

Die im letzten Verwaltungsbericht angekündigte organisatorische Änderung wurde mit Wirkung vom 1. 1. 1971 durchgeführt. Aus den bisherigen 6 Aufsichtsbezirken wurden 4 selbständige Abteilungen gebildet (je eine Technische Abteilung Mitte, Nord, Ost, Süd). Das bis dahin selbständige Sachgebiet Ölheizungsanlagen ist in diese Abteilungen integriert worden.

Danach gliederte sich das Amt intern wie folgt:

- 63/1 — Verwaltungsabteilung
- 63/2 — Abteilung Sonderbauten, generelle technische Angelegenheiten
- 63/3 — Technische Abteilung Mitte
- 63/4 — Technische Abteilung Nord
- 63/5 — Technische Abteilung Ost
- 63/6 — Technische Abteilung Süd
- 63/7 — Abteilung Baustatik

### Baugesuche

Im Zuge der Neuorganisation und aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung ist die interne Statistik weggefallen, so daß Zahlenangaben über die genehmigten, abgelehnten und zurückgezogenen Baugesuche sowie über die generellen Anfragen nicht mehr gemacht werden können. Nach den Eintragungen im Annahmeprotokoll sind in den einzelnen Jahren der Berichtszeit 2973, 3176 und 2546 Baugesuche eingegangen. Ein Vergleich mit den Zahlen vorangegangener Jahre ist nicht möglich, da Nachtragsgenehmigungen und Vorbescheide im Annahmeprotokoll nicht erfaßt werden.

### Baugenehmigungsverfahren

An den rechtlichen Grundlagen hat sich nichts geändert; doch hat eine strengere Auslegung der BauO NW bezüglich der Ausnahmen und Befreiungen zu einer Häufung von Widersprüchen geführt, so daß deren Anzahl im Baugenehmigungs- und Verwaltungsverfahren trotz geringer gewordener Baugesuchszahlen unverändert hoch geblieben ist.

### Werbeanlagen

Von den Möglichkeiten, die die Ortssatzung über bewegliche Lichtwerbung vom 27. 6. 1968 bietet, wurde bisher nicht in dem Umfang Gebrauch gemacht, wie erwartet worden ist. Ende 1973 gab es ca. 70 bewegliche Lichtwerbeanlagen in Düsseldorf.

Was die Anträge auf Genehmigung anderer Werbeanlagen anbelangt, so trifft für die Berichtszeit das Gleiche zu, was darüber im letzten Verwaltungsbericht gesagt wurde. In den einzelnen Jahren der Berichtszeit sind 1549, 2000 und 1507 Anträge auf Werbeanlagen eingegangen.

### Gebühren

Durch die am 9. 3. 1973 in Kraft getretene Allg. Verw. Geb.O vom 9. 1. 1973 ist das Gebührenaufkommen trotz rückläufiger Bautendenz größer geworden.

Das Ist-Aufkommen an Gebühren für Baugenehmigungen, Befreiungen und Genehmigungen von Werbeanlagen belief sich in den einzelnen Berichtsjahren auf 4,38, 5,41 und 4,92 Millionen DM.

## Baustatik

Die Berichtszeit ist gekennzeichnet durch die andauernde Neugestaltung der technischen Baubestimmungen, die den Umbruch in den Erkenntnissen der Baustatik und über das Verhalten der Baustoffe widerspiegelt. Ein neues Sicherheitskonzept, fußend auf der mathematischen Wahrscheinlichkeitstheorie, findet stufenweise seinen Niederschlag in allen Konstruktionsbereichen. Insbesondere betraf dies den Komplex des Stahlbetonbaues mit allen tangierenden Bereichen, wo sich die Umstellung auf völlig neue theoretische Grundlagen fast vollzogen hat. Die Verwissenschaftlichung der Bautechnik macht sich im steigenden Umfang der statischen Nachweise bemerkbar, hat jedoch andererseits die konstruktiven Gestaltungsmöglichkeiten erweitert. Der Übergang bei den betroffenen Architekten, Statikern, Bauunternehmen und Betonwerken vollzieht sich – wie nicht anders erwartet werden konnte – nicht ganz reibungslos.

Die Verwendung von Transportbeton nimmt weiter zu, jedoch scheint die vorgeschriebene Überwachung durch die Güteschutzgemeinschaft nicht ganz ausreichend zu sein. An den teilweise vorgefertigten Elementdecken treten nämlich häufig Rißschäden durch mangelhafte Herstellung und unsachgemäßen Transport zur Einbaustelle auf. – Spezielle Regeln für die Schadenverhütung wurden von der Abteilung entwickelt. Weitere Mängelschwerpunkte waren: Verankerungen von Fassadenplatten und von Flachdächern, bestimmte Typen von Fertigtreppe, Giebelunterfangungen, hochbelastetes Mauerwerk sowie Stahlbauten von ausländischen Unternehmern. An mehreren großen Gebäuden aus der Zeit von 1948 bis etwa 1955 wurden bei Umbauarbeiten Minderheiten von Baustoffen bzw. Mängel an der Konstruktion in solchem Umfang festgestellt, daß Verstärkungen bis zur Vollsanierung, in einem Falle sogar die so-

fortige Räumung mit anschließendem Abbruch erforderlich wurden.

Neu sind Richtlinien für den Bau und Betrieb von Traglufthallen; für tragende Konstruktionen aus Kunststoff ist der Nachweis der Brauchbarkeit nur über ein ministerielles Zustimmungsverfahren zu führen.

Erstmals wurden einige Konstruktionsglieder bei verschiedenen Bauten in Leichtbeton hergestellt. Bei der Verarbeitung dieses neuen Baustoffes müssen Erfahrungen auf der Seite der Hersteller wie auf Seiten des Bauaufsichtsamtes noch gesammelt werden.

## Heizölanlagen

Die Erfassung der Lagerbehälter an Hand der Zollerlaubnis-scheine wurde fortgesetzt. Wie sich herausgestellt hat, ist dies die einzige Möglichkeit, ungenehmigte Heizanlagen mit flüssigen Brennstoffen zu erfassen. Die Umstellung von festen auf flüssige Brennstoffe ist in sehr vielen Fällen nicht, wie es die BauO NW vorschreibt, beantragt worden.

Die Verwendung von leichtem Heizöl hat auch nach den Geschehnissen im Herbst 1973 (Verknappung und Preisanstieg) nicht nachgelassen.

## Baulasten (gem. § 99 und 100 BauO NW)

Die Eintragung von Baulasten, die von Grundstückseigentümern für die Sicherung von Kfz-Stellplätzen, Bauwischen und Abstandsflächen, Anordnung von Versorgungs- und Entwässerungsanlagen, Sicherung von Fensterrechten etc. in Anspruch genommen werden, hat weiterhin zugenommen. Viele Erwerber von Grundstücken informieren sich vor dem Kauf über eine etwaige Baulasteintragung.

Die Anzahl der eingetragenen Baulasten betrug in den einzelnen Berichtsjahren 197, 201, 189.

## Amt 64 — Amt für Wohnungswesen

### Wohnungsbauförderung

Die Wohnungsbaufinanzierungsbestimmungen des Landes NW sind im Laufe der drei Jahre mehrmals geändert worden. Im größeren Umfang geschah dies zuletzt am 15. 3. 1973. Dabei wurden auch alle Anschlußbestimmungen (Annuitätshilfe-, Darlehenssatz-, Festbetrags-, Altenwohnungsbestimmungen usw.) geändert. In der Hauptsache wurden damit die Finanzierungssätze wegen der gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten erhöht, um tragbare Mieten weiterhin zu gewährleisten.

Der Förderung mit Annuitätshilfen und Aufwendungsbeihilfen bzw. Aufwendungsdarlehen aus öffentlichen Mitteln wurde wieder Vorrang vor der Finanzierung mit öffentlichen Darlehen gegeben. Im Berichtszeitraum bestand die Möglichkeit, bei geringer Inanspruchnahme von Landesmitteln auch Wohnungen für solche Personenkreise zu fördern, bei denen die Einkommensgrenzen bis zu 30 bzw. 40% überschritten wurden. (Diese Wohnungen gelten nicht als öffentlich gefördert.)

Der Finanzierungsabteilung des Amtes oblag es, die von Bund und Land bereitgestellten Wohnungsbaumittel in geeignete Darlehensanträge zu verplanen und nach Bearbeitung zur Bewilligung an die Kämmerei bzw. bei Wohnungen aus nicht öffentlichen Mitteln an die Wohnungsbauförderungsanstalt weiterzuleiten. In den drei Jahren waren dies Anträge für die Finanzierung von insgesamt 5403 Wohnungen und 365 Heimplätzen in Schwestern- und Altenwohnheimen.

Wegen der im letzten Jahr außerordentlich angespannten Lage auf dem Markt für erst- und zweitstellige Hypotheken konnten die vom Land bereitgestellten Mittel nicht ganz vergeben werden. Es ist aber sichergestellt, daß diese unverbrauchten Mittel im Jahre 1974 der Stadt wieder zur Verfügung gestellt und zur Finanzierung von weiteren Wohnungen Verwendung finden werden.

In fast allen Finanzierungsfällen mußten neben den Bundes- und Landesmitteln auch erhebliche städtische Aufwendungsbeihilfen gewährt werden, um die Vollfinanzierung

bzw. um tragbare Mieten zu ermöglichen. Die städtische Beteiligung nahm von Jahr zu Jahr zu; gegen Ende 1973 hatte sie eine Höhe erreicht, die einem kapitalisierten Betrag von 23 bis 25 Tsd. DM, in bestimmten Fällen sogar darüberhinaus, pro Wohnungseinheit (WE) entsprach.

Die Gesamtzahl der geförderten Wohnungen verteilt sich auf 5212 Mietwohnungen und 191 Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen.

Unter den aufgeführten Mietwohnungen sind zweckgebunden

- für alte Menschen 795 WE
- für kinderreiche Familien 331 WE
- für Tbc-Fälle und Schwerbehinderte 62 WE

In allen Fällen der mit Landesmitteln und städtischen Mitteln geförderten Wohnungen oblag dem Amt für Wohnungswesen die Bearbeitung der Anträge in verwaltungsmäßiger und technischer Hinsicht bis zur Schlußabrechnung.

Die Förderung der Modernisierung älterer Wohngebäude aufgrund des Runderlasses des Landesbauministers vom 24. 4. 1969 ist weiterbetrieben worden. Aufgrund der Richtlinien, die am 9. 4. 1973 lt. RdErlaß des Innenministers NW neu gefaßt wurden, sind weitere Förderungsbereiche innerhalb der Stadt ausgewiesen und Förderungsbescheinigungen an Antragsteller zur Erlangung zinsverbilligter Darlehen bei den Kreditinstituten ausgestellt worden.

Pro Wohnung konnten bis Dezember 1972, wenn alle Voraussetzungen nach den Richtlinien gegeben waren, bis zu 6000 DM Darlehen bei den Kreditinstituten gegen Vorlage der Förderungsbescheinigung aufgenommen werden, wobei das Land für 5 Jahre einen Zinszuschuß von 3% übernahm. Nach Neufassung der Richtlinien mit RdErlaß des Innenministers NW vom 9. 4. 1973 können beim Einbau von Heizungen in den Wohnungen bis zu 5000 DM (Wohnungsgröße unter 65 qm) bzw. bis zu 7000 DM bei Wohnungsgröße über 65 qm und für sonstige in den Richtlinien aufgeführte Modernisierungsmaßnahmen bis zu 6000 DM Darlehen bei den Kreditinstituten aufgrund der Förderungsbescheinigung aufgenommen werden; in diesen Fällen übernimmt das Land für 5 Jahre einen Zinszuschuß von 3,5%.

In den 3 Jahren hat das Amt für Wohnungswesen 299 Förderungsbescheinigungen für 3710 WE auf Antrag hin ausgestellt. Angesichts der angespannten Kapitalmarktlage sind jedoch nur 157 Förderungsbescheinigungen für 2296 WE in Anspruch genommen worden.

Im freifinanzierten und steuerbegünstigten Wohnungsbau waren zu bearbeiten Anträge für die

- a) Bewilligung von Aufbaudarlehen aus dem Lastenausgleich (durch einen Teil der Anträge wurde die Erfüllung von Ansprüchen auf Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich ermöglicht)
- b) Gewährung von Beihilfen des Landes und der Stadt für die Maßnahmen nach dem Landesjugendplan
- c) Bewilligung von Arbeitgeberdarlehen für städtische Bedienstete, auf Rangrücktritt des Arbeitgeberdarlehens und auf Nachfinanzierung des Arbeitgeberdarlehens

- d) Gewährung von zinslosen Wohnraumbeschaffungsdarlehen für städtische Bedienstete
- e) Gewährung von Landes- bzw. städtischen Bürgschaften für den freifinanzierten Wohnungsbau
- f) Instandsetzung von Ausweichwohnungen
- g) Anerkennung von Wohnungen als steuerbegünstigte Wohnung gem. §§ 82ff. WoBauG (4701 Bescheinigungen wurden erteilt)
- h) Grundsteuerbefreiung (2585 Bescheinigungen) und für die Befreiung von den in der Kostenordnung bestimmten Gerichtsgebühren im Wohnungsbau (2672 Bescheinigungen)

## Wohngeld

1. Im letzten Verwaltungsbericht war bereits eine erhebliche Steigerung der im Jahre 1971 zu bearbeitenden Anträge vorausgesagt worden. Der Zugang im Jahre 1971 betrug denn auch mehr als 30%, was auf das am 1. 1. 1971 in Kraft getretene 2. Wohngeldgesetz zurückzuführen ist.

Der § 40.3 des Wohngeldgesetzes, der das Inkrafttreten regelt, wurde mit Gesetz zur Änderung des 2. Wohngeldgesetzes vom 15. 7. 1971 (BGBl. Nr. 65/1971) neu gefaßt.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des 2. Wohngeldgesetzes vom 24. 11. 1971 änderte der Gesetzgeber zu Gunsten der kinderreichen Familien die Anlage 8 zum 2. Wohngeldgesetz.

Zur Vervollständigung des Gesetzgebungswerkes sind am 21. 12. 1971

1. die lange erwartete „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum 2. Wohngeldgesetz (WoGVvw)“, die als besondere Beilage im Bundesanzeiger Nr. 243 erschienen ist,
2. die Wohngeld-Verordnung mit ihren Teilen Anwendungsbereich, Wohngeld-Mietenermittlung und Wohngeld-Lastenberechnung herausgekommen.

Mit Wirkung vom 1. 10. 1971 ist die Ausbildungsförderung der Schüler und Studenten neu geregelt worden. Das an die Stelle des Honnefer Modells getretene Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sieht vor, daß in der bewilligten Ausbildungsförderung die Unterkunftskosten mitefaßt werden, die nunmehr grundsätzlich als eine mit dem Wohngeld vergleichbare Leistung anzusehen sind.

Schließlich wurde im BGBl. Nr. 104/1973 das Dritte Gesetz zur Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 10. 12. 1973 veröffentlicht, das für die Wohngeldempfänger höhere Leistungen vorsieht und infolge Erhöhung der Einkommensgrenze durch Anhebung des allg. Freibetrages von 20 auf 30% den Kreis der Wohngeldberechtigten erweitert.

Die Zunahme des Arbeitsvolumens zeigt sich an folgenden Zahlen:

Bearbeitete Anträge	1971	26 888
	1972	27 841
	1973	30 198
Gezahlte Beträge	1971	11,89 Mio DM
	1972	15,82 Mio DM
	1973	15,15 Mio DM

Aus der Tatsache, daß 1973 weniger an Wohngeld als 1972 gezahlt wurde ist zu ersehen, daß die Einkommen der Antragsteller gestiegen, die Tabellensätze des Gesetzes jedoch unverändert geblieben sind. Höhere Einkommensbeträge ergeben aber zwangsläufig bei konstanten Tabellensätzen geringere Wohngeld-Bewilligungen.

2. Auf Empfehlung des Ausschusses für Wohnungswesen vom 16. 5. 1973 hat der Rat am 17. 5. 1973 beschlossen, einen Härtefonds zur Bewilligung von städtischen Mietbeihilfen bereitzustellen. Die Stadt sah sich hierzu veranlaßt, weil die am 1. 1. 1973 erfolgten Zinsanhebungen für Hypotheken mit variablem Zinsfuß eine Erhöhung der Sozialmieten bewirkten, vornehmlich im Stadtbezirk Garath. Eine weitere größere Zinsanhebung erfolgte am 1. 10. 1973. Die Bedingungen für die Bewilligung der städtischen Mietbeihilfen wurden vom Ausschuß festgelegt und für die Bewilligung die Wohngeldabteilung des Amtes für zuständig erklärt. Mietbeihilfen aus dem städtischen Härtefonds sollten nur als Übergangshilfe gewährt werden bis zum Inkrafttreten der neuen verbesserten Wohngeldbestimmungen, die mit Verkündung des Dritten Änderungsgesetzes zum 2. Wohngeldgesetz am 1. 1. 1974 in Kraft traten.

Mietbeihilfen aus dem städtischen Härtefonds konnten bis Ende 1973 179 Antragsteller erhalten (insgesamt 41 123 DM).

#### Verwaltung und Kontrolle des Bestandes der öffentlich geförderten Wohnungen, Wohnungsnotstände

Nach Aufhebung des Mieterschutzgesetzes und nach Erklärung Düsseldorfs zum „Weißen Kreis“ sowie nach Einführung des sozialen Mietrechts wurde am 21. 11. 1971 das Gesetz über Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum in Kraft gesetzt. Inhalt dieses Gesetzes ist u. a. daß der Vermieter nur kündigen kann, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses hat. Durch dieses Gesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen vom 4. 11. 1971 nahmen die Kündigungen von Mietverhältnissen schlagartig ab.

Neue Aufgaben ergaben sich aus diesen Vorschriften des zuletzt genannten Gesetzes. Nach Art. 6 § 1 wurden die Landesregierungen ermächtigt, für die Gemeinden, in denen die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum besonders gefährdet ist, durch Verordnung zu bestimmen, daß die Zweckentfremdung von Wohnraum genehmigungspflichtig ist. Ab 22. 2. 1972 wurde durch die Landesregierung eine entsprechende Verordnung erlassen. Am 24. 3. 1972 wurde auch mit RdErlaß des Innenministers erklärt, daß Düsseldorf zu den im Gesetz genannten Gemeinden gehöre. Gleichzeitig wurde mit einer Durchführungsverordnung angeordnet, was die Gemeinden zu tun haben.

Durch RdErlaß des Innenministers vom 8. 1. 1972 wurde den Gemeinden, die mehr als 100 000 Einwohner haben, aufgetragen, die Wohnungsaufsicht nach dem Wohnungsgesetz vom 28. 3. 1918, geändert durch das Gesetz vom 25. 6. 1962, durchzuführen. Im Rahmen dieser Vorschriften wurden in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt, dem Bauaufsichtsamt, dem Gesundheitsamt und dem Sozialamt menschenunwürdige Unterkünfte besichtigt und beseitigt. Eine Wohnungsaufsichtskommission wurde gebildet, die auch andere bestehende Mißstände beseitigte.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß das Wohnungsproblem der ausländischen Arbeitnehmer in erschreckendem Maße wuchs. In den besichtigten Unterkünften waren überwiegend ausländische Arbeitnehmer zu überhöhten Mietpreisen untergebracht.

Auch hier hat das zitierte Gesetz vom 4. 11. 1971 durch Änderung des Strafgesetzbuches durch Einfügung des § 302f und des Wirtschaftsstrafgesetzes durch Einfügung des § 2b eine wirksame Verfolgung von Wuchermieten und überhöhten Mieten möglich gemacht. Dem Amt wurde die bisher dem Regierungspräsidenten obliegende Bekämpfung von Mietpreisüberhöhungen am 1. 7. 1973 übertragen. Allgemeine Verwaltungsvorschriften für die wirksame Bekämpfung von Mietpreisüberhöhungen erließ der Minister für Mittelstand, Wirtschaft und Verkehr am 28. 2. 1973.

Im sozialen Wohnungsbau wurden

1971 insg.	6697 Wohnungen zugeteilt
davon an	310 Kinderreiche Familien
	2148 Junge Familien
	1485 Alte Menschen (über 60 Jahre)
1972 insg.	6728
davon an	435 Kinderreiche Familien
	2173 Junge Familien
	1689 Alte Menschen
	133 Ausländische Arbeitnehmer
1973 insg.	6526
davon an	511 Kinderreiche Familien
	1872 Junge Familien
	1733 Alte Menschen
	487 Ausländische Arbeitnehmer

Die Bestands- und Besetzungskontrolle öffentlich geförderter Wohnungen wurde intensiv fortgesetzt.

Am 1. 11. 1973 wurden die Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau erheblich erhöht.

Durch die Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes vom 21. 12. 1973 sind der Abt. 5 zusätzliche Aufgaben übertragen worden. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Ahndung von Verstößen, die bei der Bestands- und Besetzungskontrolle festgestellt wurden.

Mit Wirkung vom 1. 1. 1973 wurde beim Amt 64 lt. Beschluß des Rates der Stadt eine kommunale Wohnungsvermittlungsstelle eingerichtet. Hier werden von Hausbesitzern angebotene Wohnungen (keine Sozialwohnungen) bis zu einem Mietsatz von 6,50 DM/qm vermittelt, sofern eine Vermittlungsfähigkeit besteht. Im ersten Jahr des Bestehens der kommunalen Vermittlungsstelle konnten immerhin von 672 angebotenen, vermittlungsfähigen Wohnungen 582 vermittelt werden.

## Amt 65 — Hochbauamt

Im Berichtszeitraum waren für Baumaßnahmen insgesamt 306,7 Millionen DM angesetzt, wovon 271,0 Millionen DM

ausgegeben wurden. Diese Beträge verteilen sich auf die einzelnen Jahre wie folgt:

	1971		1972		1973	
	An- gesetzt	Veraus- gabt	An- gesetzt (in Millionen DM)	Veraus- gabt	An- gesetzt	Veraus- gabt
Gesamtbetrag . . . . .	98,6	90,2	99,2	89,7	108,9	91,1
davon entfielen auf						
a) den außerordentl. Haushaltsplan . . . . .	77,3	69,5	72,0	64,4	71,5	58,6
darunter für den Schulbau . . . . .	41,1	38,8	40,2	34,6	40,5	35,5
b) den ordentlichen Haushaltsplan . . . . .	11,5	11,0	15,0	13,2	22,7	18,0
darunter für den Schulbau . . . . .	4,2	3,2	5,8	5,5	9,3	7,4
c) Unterhaltung der Gebäude . . . . .	9,8	9,7	12,2	12,1	14,7	14,5
(SN 6/612 — ab Rj. 1972 aufgelöst)						
darunter für den Schulbau . . . . .	5,1	5,1	6,0	6,0	7,6	7,6

Von 1972 ab nahmen erkennbar solche Arbeiten zu, die der Instandsetzung bzw. Wertverbesserung der Bauten dienen. Das ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß die in den fünfzehn bis zwanzig Jahren nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges errichteten Gebäude in das Stadium des ersten Verfalls gekommen sind und deshalb Reparaturen nötig haben bzw. den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen und eine Modernisierung verlangen. Dazu zählen auch kleinere Umbauten innerhalb solcher Gebäude. Aber auch die Maßnahmen zur Konjunkturbremmung machten sich 1972 bemerkbar. Eine Reihe von größeren Projekten mußte zurückgestellt werden, kleinere rückten nach. So mehrte sich die Zahl kleiner und kleinster Vorhaben, die oft einen zur Projektgröße unverhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand erforderten.

Zwar blieben die klassischen Großprojekte der Entwurfsabteilung wie Krankenhausbauten, Schulbauten, Kläranlage, Tonhalle, Aquarium, Technisches Rathaus auch 1972 im Programm, doch kam manches Projekt über Voruntersuchung und Vorentwurf nicht hinaus.

Viel mehr Arbeit als früher hatte die Entwurfsabteilung bei der Vorbereitung für Projektvorträge in Ausschüssen. Ab 1972 wurden farbliche Gestaltung der Pläne mit komplizierter Folien-Klebeteknik, graphische Darstellungen verschiedenster Art in der gleichen Technik, Fotomontagen, Modelle (Anfertigung in Eigenarbeit) und Farbdias verlangt (bis dahin sind 1 Satz Lichtpausen und eine Baubeschreibung als ausreichend angesehen worden). Einen breiten Raum nahmen auch Aufgaben ein, die untersuchenden oder prüfenden Charakter hatten, wie Untersuchungen im Zusammenhang mit dem U-Bahnbau sowie Standortuntersuchungen von Gebäuden und Kunstobjekten. Rein künstlerische Aufgaben nahmen sowohl an Zahl als auch an Umfang zu.

Im Jahre 1973 sind neben der umfangreichen Kleinprojektbearbeitung für rd. 50 Fassaden von Bürgerhäusern Farbgestaltungs-Entwürfe gemacht worden, die zum großen

Teil akzeptiert und auch schon ausgeführt wurden. Die Hausbesitzer haben diese Aktion sehr positiv beurteilt.

Aufstellung über die wichtigsten Entwürfe von den im jeweiligen Berichtsjahr begonnenen, weitergeführten oder fertiggestellten Bauten (die Entwürfe der nicht oder noch nicht zur Bauausführung gekommenen Projekte sind hier außer Betracht geblieben).

### 1971

#### Allgemeine Bauten

##### Planung begonnen:

- 6 Kindertagesstätten
- Krematorium Stoffeler Friedhof
- Ballettsäle und Probephöhne
- Pumpstation Garath Süd
- Pumpstation Spangerstraße
- Voruntersuchung Wiederaufbau Zollstraße 8
- Restausbau Eisstadion

##### Planung weitergeführt:

- 2 Kindertagesstätten
- Balletttheater Lörick
- Jugendclub Garath
- Rathaus Benrath, laufende Arbeiten
- Löbbecke-Museum, Aquarium
- Feuerwache Pionierstraße (Koordination)
- Bebauungsvorschlag Rheinfront vom Burgplatz bis Zollstraße
- Umbau D-Halle
- Rheinstadion, Tribünausbau

##### Planung abgeschlossen:

- Eremitage Schloßpark Benrath
- Freibad Lörick, Errichtung einer Wärmehalle
- Altentagesstätte Neusser Tor
- 1 Kindertagesstätte

## Krankenhaus- und Sozialbauten

### Planung begonnen:

- Erweiterung Krankenhaus Gerresheim
- Erweiterung Krankenhaus Benrath
- Alteneinrichtung Gallberg

### Planung weitergeführt:

- Schwestern-Appartementhaus an der Redinghovenstraße
- Umbau und Erweiterung der Neurochirurgie

### Planung abgeschlossen:

- Erweiterung HNO-Klinik
- Schwesternschule und Internat für Kinderkranken-schwestern

1972

## Allgemeine Bauten

### Planung begonnen:

- Probenhaus für die Oper, Ballett 3 Säle
- Erweiterungsmöglichkeit Rheinterrasse
- 3 Kindertagesstätten
- Technisches Rathaus
- Umbau D-Halle / Rhein-Tonhalle
- Haus Mickeln
- Feuerwache mit Ausbildungszentrum – Garath Süd
- Neugestaltung Oberbilker Markt

### Planung weitergeführt:

- Krematorium Südfriedhof, Vorentwürfe
- Weiterbildungszentrum Bilker Bahnhof – Unter-suchung
- Feuerwache Pionierstraße
- Wärmehalle Freibad Lörick – Entwurf und Ausführungszeichnungen
- Projekt-Untersuchung einer 6-Hallen-Halle für Sportler
- Farbberatungen für Düsseldorfer Bürgerhäuser

### im Bau:

- Pumpwerk Benrath
- Tribüne Rheinstadion
- Kläranlage Süd
- Gutshof Benrath
- Jugendverkehrsgarten Lützenkircher Straße

## Krankenhausbauten

### in Planung:

- Krankenhaus Gerresheim Erweiterung
- Altenheim Flehe
- 2 Altenwohnheime
- Erweiterung Krankenhaus Benrath
- Milchküche Städt. Krankenanstalten

### im Bau:

- Erweiterung Krankenhaus Gerresheim, Kindertages-stätte

## Schulbauten

### bezogen wurden:

- Sonderschulzentrum
- 5 Volksschulen
- 1 Gymnasium
- 2 Turnhallen

### im Bau oder fertig geworden:

- 5 Volksschulen
- Umbau des Leibniz-Gymnasium
- Sonderberufsschule Suitbertusstraße

### in Planung:

- 7 Volksschulen
- 2 Turnhallen
- 1 Sonderschule
- 2 Gymnasien
- Gesamtschule Kikweg

1973

## Allgemeine Bauten

### in der Planung:

- Stadtgeschichtliches Museum
- Mehrzweckgebäude Rheinpark
- Niederheider Hof, Voruntersuchung
- Stadtbücherei Unterrath
- Technisches Rathaus, Koordinierung
- Rhein-Tonhalle, Koordinierung
- 8 Kindertagesstätten
- Typen-Entwurf für Norm-Kindertagesstätte
- Müllsaugzentrale Hellerhof Garath, Vorentwurf
- Standortuntersuchungen Weiterbildungszentrum
- Fuhrparknebenstelle Märkische Straße (Gerresheim)
- Aquarium und Löbbecke-Museum
- Robert-Schumann-Konservatorium, Koordinierung
- Seitenbühne Opernhaus
- Eisstadion, Ausbau Stehwall Nord

### im Bau:

- Kläranlage Süd
- Umbau D-Halle
- Rheinstadion Tribünenausbau
- 3 Kindertagesstätten

## Krankenhausbau und Alteneinrichtungen

### in der Planung:

- Erweiterung Krankenhaus Gerresheim
- Erweiterung Krankenhaus Benrath
- Alteneinrichtung Gallberg, Koordinierung
- Alteneinrichtung Niederkasseler Lohweg

## Schulbauten

### bezogen wurden:

- 5 Volksschulen
- 2 Realschulen

im Bau:

3 Volksschulumbauten und 1 Turnhalle

weitere Planungen:

5 Volksschülerweiterungen

3 Turnhallen

Gesamtschule Kikweg

Für den Bereich der Bauabteilung war die Weiterführung der Generalvergabe von schlüsselfertigen Schulneubauten aufgrund der guten Erfahrungen ausschlaggebend; dies hat dazu beigetragen, den stark zunehmenden Raumbedarf bei den Schulen zu mindern. Für das Jahr 1971 wurde erstmalig ein Schulneubau mit 8 Stammklassen in Fertigbauweise (Raumzellen) erstellt, dessen Montage nur 5 Wochen dauerte.

Ein großer Teil der Arbeit des Sachgebietes Kalkulation und Bauorganisation entfiel auf:

1. Voruntersuchungen, Vorkalkulationen und Auswertung von Bewerbungen um die Generaltreuhänderschaft bei Planungsmaßnahmen von besonderer Bedeutung:
  - Umgestaltung Alte Messe
  - Tonhalle/Rheinhalle
  - Technisches Rathaus
  - Gesamtschule Kikweg
2. Standardausschreibungen für den Fertigbau von Kindertagesstätten
3. Bewertungsschema für die Angebote von schlüsselfertigen Bauleistungen
4. Umstellung der Auftrags- und Zahlungsbuchungen sowie der Kostenkontrolle mit allen Merkmalen der HÜL für Einzel- und Instandhaltungsbaumaßnahmen auf EDV mit dem Ziel des Wegfalles der durch die Bauleiter geführten Baukostenkontrollen.

Die guten Erfahrungen, die bei der schlüsselfertigen Vergabe von Schulneubauten gemacht wurden, haben es ermöglicht, daß in der Berichtszeit 3 Objekte mit rd. 90 Stamm- und 32 Sonderklassen und einem Bauvolumen von rd. 35,4 Mio schlüsselfertig vergeben wurden.

Ein Wettbewerb für das Projekt Gesamtschule Kikweg (Kosten ca. 65 Mio DM) ist durchgeführt worden.

Für Bürodienstgebäude, öffentliche Einrichtungen, wirtschaftliche Unternehmen, Kultur- und Sportbauten wurden Kostenschätzungen ausgearbeitet und Kostenanschläge für 1972 und später zu beginnende Bauten aufgestellt.

Die Arbeiten für den Umbau und Erweiterungsbau Rheinstadion, Austragungsort von Weltmeisterschaftsspielen im Fußball 1974, sind programmgemäß verlaufen.

Neues Fassungsvermögen der Hauptkampfbahn:

	Sitzplätze	Stehplätze	Zusammen
ohne Überdachung	5 612	30 396	36 008
mit Überdachung	26 764	7 615	34 379
zusammen	32 376	38 011	70 387

dazu Räume für Sportbetrieb und Presse, Einrichtungen für Funk und Fernsehen, Bewirtschaftungsmöglichkeit, Hei-

zungs- und sanitäre Anlagen, Bestuhlung, anteilige Telefonzentrale und ferner Parkplätze für rd. 25 000 Pkw.

Im September 1973 ist die Flutlichtanlage im Rheinstadion mit einem Gebrauchswert von 1350 Lux installiert worden.

Allgemein ist für das Berichtsjahr 1973 zum Bereich Schulbau festzustellen, daß durch die Erarbeitung des Schulentwicklungsplanes Neuplanungen nur im geringen Umfang aufgenommen wurden; sie beschränkten sich auf Erweiterungsbauten, Turnhallen und die Gesamtschule Kikweg. Durch Zurückhaltung sollten Fehlplanungen vermieden werden.

Das Planungsteam für den Schulbau wurde Anfang 1973 aus der Entwurfsabteilung herausgelöst und dem Schulbauabschnitt der Bauabteilung zugeordnet. Die Planung der Gesamtschule Kikweg wurde so weit vorangetrieben, daß mit den Bauarbeiten voraussichtlich im Sommer 1974 begonnen werden kann.

Die größeren in der Planung befindlichen Bauprojekte waren

Alteneinrichtung auf dem Gallberg  
Technisches Rathaus mit Tiefgaragen  
Betriebskindertagesstätte Krankenhaus Benrath  
Wohnbebauung für das Krankenhaus Benrath  
Altbau Krankenhaus Benrath, Hospitalstraße

Von der Installationsabteilung wurden in erster Linie Arbeiten im Hinblick auf den Umweltschutz und aus Gründen einer wirtschaftlicheren Betriebsführung nahezu 50 Feuerungsanlagen von Koks auf Erdgas umgestellt.

Im Zuge der Errichtung der neuen Wärmeerzeugungsanlage des Rheinstadions wurde für das Schwimmstadion die Möglichkeit der Erwärmung der Freibekken geschaffen. Es handelt sich um je ein Springer-, Schwimmer- und Nichtschwimmerbecken von zusammen 5600 m<sup>3</sup> Inhalt, die von 15 bis auf 26 °C erwärmt werden können. Die umfangreiche maschinelle Einrichtung wie Pumpen, Umformer und Chlorierung wurden in einem neu errichteten Filtergebäude untergebracht.

Weitere Arbeiten der Installationsabteilung:

Teilfertigstellung des Ausbaus der Rathaus-Fernsprechanlage mit der Erweiterung um 1400 Nebenstellen und Anschluß einer Prozeßdatenverarbeitung zur Heizungssteuerung und -überwachung.

Datenfernübertragung vom Krankenhaus Gerresheim und Krankenhaus Benrath zur EDV-Anlage im Rathaus.

Aus dem Sachgebiet Denkmalpflege:

1971 sind die Mittel „Allgemeine Denkmalpflege und Beihilfen für die Wiederherstellung von Baudenkmalern“ aus Anlaß der 1100-Jahrfeier Gerresheim ausschließlich für die Freilegung und Restaurierung von alten Fachwerkhäusern auf dem Gericusplatz verwendet worden. Erst im Jahre 1972 wurden mit zusätzlich bereitgestellten Mitteln die umfangreichen Arbeiten beendet, die soweit wie möglich die historische Gesamtkonzeption des Platzes wieder herstellte.

1972 wurden Restaurierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen an einer Reihe von kirchlichen und profanen Baudenkmalern mit städt. Beihilfen unterstützt, so an der ev. Kirche

in Urdenbach (1688–1693), an der Friedhofskapelle in Himmelgeist (19. Jahrhundert), an St. Lambertus, an der Rochuskapelle in Hamm (1709) und am ehemaligen Stiftsgebäude in Gerresheim (1236). Bei 3 Wohnhäusern konnte mit Beihilfen geholfen werden: An Sankt Swidbert 69 in Kaiserswerth – ehemaliges Spritzenhaus vom Ende des 19. Jahrhunderts –, am Hause Citadellstraße 23 und an dem mit reicher Stuckornamentik versehenen Hause Wasserstraße 12, in der Nähe des Landtagsgebäudes.

Trotz der fehlenden Denkmalschutz-Gesetzgebung gelang es, einige wertvolle Baudenkmäler vor dem Abbruch zu bewahren, u. a. das für das Gesamtbild der Bilker Straße bedeutende Haus Nr. 14, in dem das Heine-Institut untergebracht werden soll.

#### Allgemeine Denkmalpflege

Nie zuvor wurden innerhalb eines Jahres der Stadt so viele Kunstwerke zur Aufstellung in der Öffentlichkeit geschenkt wie im Jahre 1971. Die Bronzeplastik „Habakuk“ des Bildhauers Max Ernst erhielt als Dauerleihgabe des Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen ihren Platz vor der Kunsthalle am Grabbeplatz.

Die große Metallröhren-Plastik „Raumsäule“ des Bildhauers Erich Hauser wurde als Schenkung der Börse und der Industrie- und Handelskammer in der Grünfläche vor Börse

### Amt 66 — Straßenbauamt

Die Berichtszeit stand wieder ganz im Zeichen großer Planungsarbeiten und reger Bautätigkeit.

1971 ist eine außerordentliche Verkehrserhebung durchgeführt worden, die sich auch auf die zur Verkehrsregion Düsseldorf gehörenden Nachbargemeinden erstreckte. Ein neues Programmsystem wurde zur Auswertung der erhobenen Grunddaten auf EDV-Anlagen übernommen. Die Ergebnisse bilden nunmehr die Grundlage für eine zielgerechte Verkehrsplanung.

Von den durchgeführten Planungen für größere Straßenbaumaßnahmen sind insbesondere folgende Projekte zu erwähnen:

Trassenuntersuchung und Vorentwurf für den Nordring, Bauentwurf für den 1. Bauabschnitt, Vorentwurf Süd-Süd/Himmelgeister Straße, Vor- und Bauentwurf Münchener Straße, Bauentwürfe für die Danziger Straße – Baulos 1a und 1b, Brehmplatz und Franklinbrücke, verlängerte Rather Straße, Fußgängerunterführungen Westfalenstraße und Helmutstraße, Hellerhofweg, Himmelgeister Straße – 2. und 3. Bauabschnitt, Ickerswarder Straße, Bonner Straße/Paul-Thomas-Straße, Zufahrten zur neuen Oberkasseler Brücke und Trassenuntersuchungen für die B 7-Ost und für die Osttangente.

Besondere Bedeutung kam den verstärkten Überlegungen zur Lärminderung an Straßen zu, die für eine Reihe von

und Kammer an der Berliner Allee aufgestellt. Die „Kubische Stahlplastik“, geschaffen vom spanischen Bildhauer Eduardo Chillida, wurde als Schenkung der August-Thyssen-Hütte AG auf der Grünfläche westlich des Thyssenhauses an der Hofgartenstraße enthüllt. Die Firma Karstadt AG schenkte eine Bronzeplastik „Jüngling“ vom Bildhauer Johannes Knubel, die im Schulgelände des Gymnasiums in Garath an der Koblenzer Straße/Theodor-Litt-Straße Aufstellung fand.

Eine bronzene Gedenktafel „Jagdschloß Benrath“ ist als Schenkung der Heimatgemeinschaft Groß-Benrath an der Orangerie des Benrather Schlosses angebracht worden.

Eine neue große Brunnenanlage entstand auf der neuen Platzanlage vor der Messe und dem Rheinstadion nach dem Entwurf der Architektengemeinschaft Kötter-Wörner-Wilke.

Die Bauarbeiten am neuen Brunnen am Gericusplatz in Gerresheim sind abgeschlossen worden. Die Montage der bildhauerisch reich gegliederten Bronzesäule im Mittelpunkt der Brunnenanlage erfolgte 1973.

Von den zahlreichen Instandsetzungsmaßnahmen an öffentlichen Denkmälern usw. sind besonders die Mosaikarbeiten am Boden des Kriegerdenkmals auf dem Nordfriedhof zu erwähnen.

Die Arbeiten an der Ruine der Kaiserpfalz in Kaiserswerth zur Sicherung der Substanz wurden weitergeführt.

Straßenbauprojekten besondere schalltechnische Untersuchungen erforderten.

Die Hauptbautätigkeit der Neubaubteilung stand auch im Jahre 1971 noch im Zeichen der neuen Messe in Stockum. Dort wurden in einer Bauzeit von zwei Jahren angelegt:

- 300 000 qm Parkplatzfläche für 20 000 Personenkraftwagen
- 120 000 qm Fahrbahnfläche
- 50 000 qm Fußgängerfläche
- 180 000 qm Grünfläche

Dazu sind 3000 Bäume gepflanzt und 24 km Kabel verlegt worden. Die Hauptarbeiten konnten so rechtzeitig fertiggestellt werden, daß zur Eröffnung der Messe alle Anlagen funktionsfähig zur Verfügung standen.

Im Berichtszeitraum konnten ferner folgende größere Baumaßnahmen zum Abschluß gebracht werden:

St.-Franziskus-Straße, Karl-Theodor-Straße, Anbindungen zur Rheinkniebrücke, Himmelgeister Straße – 1. Bauabschnitt, Lenaustraße, Nordfriedhofsvorplatz und Hamborner Straße.

Neu begonnen und auch abgeschlossen wurden in dieser Zeit die Bauarbeiten an der Ulmenstraße/Johannstraße, Rottdamer Straße, Witzelstraße – Werstener Straße –

Südlicher Zubringer, Danziger Straße/Nordring, Anbindungen zur Oberkasseler Brücke, Umgehungsstraße Eller von Karl-Geusen-Straße bis Am Schönenkamp, Himmelgeister Straße – 2. Bauabschnitt.

Auch in Verbindung mit dem begonnenen U-Bahn-Bau mußten Straßenbauarbeiten durchgeführt werden.

In das Jahr 1973 fiel schließlich auch noch der Beginn des Ausbaues der 2. Fahrbahn der Hansaallee.

In der Altstadt ist der fußgängergerechte Umbau in der Bolkerstraße, Kurze Straße, Andreasstraße und Hunsrückensstraße fortgesetzt worden. Der Börsenvorplatz wurde als Grünanlage neu gestaltet, in der dann eine Plastik aufgestellt wurde.

Besondere Maßnahmen verlangte das überhandnehmende Parken von Kraftfahrzeugen auf Gehwegen. An zahlreichen Stellen wurden daher runde Betonpoller gesetzt und bei Durchfahrten herausnehmbare Stahlpfosten eingebaut. Fahrbahnen, die einer regelmäßigen Öffnung und Schließung unterliegen, erhielten hydraulisch versenkbare Poller.

An 70 Straßenkreuzungen wurden Verkehrsverbesserungen vorgenommen, ferner im größeren Umfang Pflasterstraßen mit geräuscharmen Decken überzogen.

Im Bereich der Datenverarbeitung kann das Mehrjahresbauprogramm, bisher manuell geführt, nunmehr als Investitionsprogramm mit Hilfe der Netzplantechnik automatisch aufgestellt werden. Ihre Prüfung durch die Messebauvorhaben bestand die elektronische Haushaltsüberwachung, so daß sie für die übrigen Maßnahmen benutzt werden kann. Es ist dies ein wesentlicher Anteil zur Automation im Bauwesen durch die Stadt Düsseldorf, der im gesamten Bundesgebiet Beachtung gefunden hat. Die aufgrund der Submissionsergebnisse erhaltenen Preise von Bauleistungen

werden für eine Datenbank verwendet. Auf Band aufgenommen lassen sich aus den Angebotsunterlagen zahlreiche Fragen über die vom Straßenbauamt ausgeschriebene Menge der Bauleistungen und deren Kostenentwicklung beantworten.

Auf dem Gebiete der Verkehrslenkung und -regelung setzte sich die Steigerung der Aufgaben nach Umfang und Komplexität fort. 81 Lichtzeichenanlagen wurden neu in Betrieb genommen, darunter 24 in der Großbaumaßnahme Umgehungsstraße Eller.

Über die Neuanlagen hinaus mußten etwa 250 Anlagen verändert, d. h. den veränderten Belastungsverhältnissen bzw. den Knotenpunktveränderungen angepaßt werden. Hierzu zählten auch große Umbauten und Erneuerungen z. B. am Südfriedhof, Westener Kreuz und Freiligrathplatz.

Das für die neue Messe erstellte Verkehrsleitsystem erforderte für sich alleine 23 Spursignalbrücken und 120 Wechselverkehrszeichen.

Nunmehr werden 10 Anlagen im Stadtgebiet über eine Rechnersteuerung verkehrsabhängig beeinflusst.

Die intensive Arbeit zur Verbesserung der Wegweisung führte zu dem Ergebnis, daß zwischenzeitlich 25 Verkehrsknotenpunkte in der Wegweisungsbeschilderung modernisiert sind.

Für den Bau von Vertragsstraßen, für Bauarbeiten zur endgültigen Befestigung von Straßen, für Erst- und Wiederherstellung von Bürgersteigen, für den Neubau, Umbau und Unterhaltung von Schulhöfen, Sportplätzen etc., für die Grundstücksräumung und für die Unterhaltung und Instandsetzung des gesamten Düsseldorfer Straßennetzes hat das Straßenbauamt rd. 93 Mio DM aufgewendet, was einem Jahresdurchschnitt von rd. 31 Mio DM entspricht.

## Amt 67 — Kanal- und Wasserbauamt

Die städtebauliche Erschließung durch den Bau von Hauptkanälen — mit den nötigen Sonderanlagen wie Pumpstationen und Rückhaltebecken — wurde fortgeführt.

Die größten Bauobjekte waren noch immer der „Hauptsammler Süd“ und die Großkläranlage Düsseldorf/Süd in Düsseldorf-Hamm, nahe dem Rheinstrom.

Der „Hauptsammler Süd“ mit einer Länge von 8,1 km war Ende 1973 fertiggestellt. Dieser Vorfluter (Bausumme 30,1 Mio DM) wird die gesamten Abwässer des südlichen Stadtgebiets zur Kläranlage Düsseldorf/Süd leiten, wo sie dann chemisch und bakteriologisch gereinigt werden. Die bereits seit 1968 in Bau befindliche Kläranlage wird voraussichtlich Ende 1974 in Betrieb genommen werden.

Im Rahmen des Generalentwässerungsplanes wurden ca. 50 km neue Kanalstrecken mit 7 Pumpstationen und einem Rückhaltebecken errichtet; weitere 3 Rückhaltebecken und Pumpstationen verschiedener Größen sind projektiert bzw. befinden sich in der Ausführung.

Folgende größere Kanäle sind in den angegebenen Gebieten geplant bzw. fertiggestellt worden:

projektiert

„Hauptsammler Mitte“ (1., 2. und 16. Bauabschnitt)

Garath/Hellerhof

Gebiet südl. Benrather Schloßpark

Sanierung Gerresheim

Umlegungsgebiet Hassels

Neue Oberkasseler Brücke

Kanalumlegungen im Rahmen der U-Bahn-Bauwerke

gebaut

Reststrecke „Hauptsammler Süd“

Sammelkanal Heerd

Erschließungsgebiet Garath/Hellerhof

Umgehungsstraße Eller

Entwässerung Rheinstadion

Danziger Straße

Siedlung Stockum

Die Gesamtkosten für die fertiggestellten Kanalstrecken beliefen sich auf 67,3 Mio DM.

Zur Entwässerung von Grundstücken wurden 3280 m Anschlußkanäle mit einer Bausumme von 8,8 Mio DM verlegt. Kosten, die durch die Anschlußnehmer erstattet werden. Für die bauaufsichtlich geprüften 9771 Bauanträge kamen 981 000 DM an Gebühren ein.

An Anträgen auf Genehmigung zur Erstellung von Entwässerungsanlagen im öffentlichen Straßen- und Gleisraum sind 2994 bearbeitet worden.

Die Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten des Kanalnetzes im Stadtgebiet wurden zunehmend durch die weitere Verdichtung des Straßenverkehrs erschwert. Die durch die ständige Erweiterung des Kanalnetzes bedingte Mehrarbeit bei der Kanalreinigung konnte durch Anschaffung weiterer, modern ausgerüsteter Spezialfahrzeuge aufgefangen werden. Die Reinigungsarbeiten erstreckten sich auf

1 130 km	Kanalleitungen
270 km	Bachläufe
123 500 Stck.	Straßenabläufe und Sickerschächte
4 280 Stck.	Gleisentwässerungsanlagen
14 850 Stck.	Benzin-, Öl- und Fettabscheider

Im gesamten Kanalnetz wurden von 1971 bis 1973 1252 Schäden in eigener Regie oder durch beauftragte Firmen beseitigt.

Für spezielle Kanalzustandskontrollen in nicht begehbaren Kanälen sind erstmals Fernsehkameras eingesetzt worden. Die Ergebnisse bzw. die getroffenen Feststellungen waren für Planung und notwendige Sanierungen wertvoll.

Nach zweijähriger Bauzeit hat der Betriebshof in Benrath am 23. 7. 1973 seine Tätigkeit aufgenommen. Damit sind die Voraussetzungen für eine bessere betriebliche Überwachung des Entwässerungsnetzes im südlichen Stadtgebiet und eine rationellere Durchführung des Reinigungsdienstes geschaffen.

Die Gesamtlänge des Kanalnetzes betrug Ende 1973 etwa 1055 km, in welches 46 800 bebaute Grundstücke von insgesamt 52 400 entwässern.

Die dem Amt als Untere Wasserbehörde übertragenen Aufgaben sind pflichtgemäß wahrgenommen worden. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür ergaben sich bisher aus den Bestimmungen des Landeswassergesetzes (NW), des Wasserhaushalts- und des Altölgesetzes. Neue Aufgaben kamen in der Berichtszeit durch das Abfallbeseitigungsgesetz

vom 7. 6. 1972 und das Fischereigesetz vom 21. 7. 1972 auf das Amt zu.

Ein Bodenschichten-Verzeichnis wurde erstmalig angelegt und eine auf 7800 Eintragungen aufgebaute geologische Karte gezeichnet, die für die Aufstellung von Bebauungsplänen und Kostenaufstellungen für Kanalobjekte und sonstige Errichtungen von tiefgründenden Bauwerken von besonderem Wert ist.

Die Baustoffprüfungsanstalt war in beinahe allen Bereichen der Baustoffprüfung tätig. Die Prüfaufträge kamen zum weit überwiegenden Teil aus der in Stadtbereich und Umland ansässigen Bauindustrie. Zusätzlich wurden für den „Güteschutz Betonstein Nordrhein-Westfalen“ Prüfarbeiten durchgeführt. Die Auftragseingänge waren rückläufig, was auf geänderte gesetzliche Bauvorschriften, z. B. die verstärkt eingeführte und zulässige Eigenüberwachung der Baubetriebe und das Nachlassen der Baukonjunktur, zurückzuführen ist.

Die der Anstalt angeschlossene Prüfstelle für Abwassertechnik arbeitete wie bisher eng mit dem Institut für Bautechnik zusammen. Die von der Prüfstelle durchgeführten Untersuchungen dienten dem Institut für Bautechnik als Grundlage für die Erteilung von Zulassungen.

Die Chemisch-biologischen Laboratorien der Stadt Düsseldorf waren stark in die Probleme der Umweltkontrolle und der Analytik schädigender Stoffe sowie ihrer Beseitigung eingeschaltet. Aufgrund chemischer, physikalischer, biologischer und bakterieller Analysen wurden gutachtliche Stellungnahmen, vorwiegend für Amt 67 und andere städtische Ämter, aber auch für Industrie-Unternehmen im weiteren Umkreis durchgeführt.

Von 1971 bis 1973 sind 75 549 physikalisch-chemische Einzelbestimmungen bewertet, 8760 mikroskopische Spezial-Analysen durchgeführt worden.

Die finanztechnischen Erfordernisse für die Unterhaltung und die Erweiterung der Entwässerungs- und Abwasserreinigungsanlagen wurden neu geregelt durch die Satzungen über die Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke im Stadtgebiet Düsseldorf und der Beiträge für die Herstellung und Erweiterung der öffentlichen Abwasseranlage der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 16. 12. 1971, die am 1. 1. 1972 in Kraft traten. Die Satzung über Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse an die öffentliche Abwasseranlage der Landeshauptstadt Düsseldorf vom 14. 6. 1973 trat am 1. 7. 1973 in Kraft.

## Amt 68 — Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Aufgabenstellung und -erfüllung wurden spürbar durch ein sich wandelndes Umweltbewußtsein beeinflusst. Die gesteigerte Wertschätzung der Grünanlagen und Freizeiteinrichtungen wirkte sich auf planerische und finanzpolitische Überlegungen vorteilhaft aus; auf der anderen Seite aber gab es durch die wachsende Inanspruchnahme der abermals

zahlreicher gewordenen Grünflächen zunehmend Schwierigkeiten.

Die Personallage blieb auch nach der Einrichtung eines Gasterbeiter-Wohnhauses in Eller und der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte angespannt. Es war zu keiner Zeit

möglich, alle offenen Stellen zu besetzen. Die Technisierung des Betriebsablaufes wurde deshalb verstärkt fortgesetzt. Zur Kontrolle des Betriebsergebnisses und zur Kalkulation von Gebühren und Entgelten erfolgte nach Behebung personeller Schwierigkeiten 1971 erstmals wieder eine Betriebsabrechnung.

### Öffentliche Grünanlagen

Der Rat beschloß am 25. 7. 1971 die Aufstellung eines Grünordnungsplanes. Der 1973 fertiggestellte Plan enthält

eine Bestandsaufnahme der erholungsrelevanten Grünflächen,

Zielvorstellungen einer Grünordnung, mit Grünverbindungen und Freizeitzentren,

Strukturuntersuchungen über den Bedarf an Kinderspielplätzen und

einen bis 1984 befristeten Zeit- und Finanzplan für den Ausbau von Grünflächen (Kinderspielplätze, allgemeine öffentliche Grünanlagen, Kleingärten).

Der Interessen- und Aufgabenkoordinierung dienen seit 1972 die Einschaltung des Jugendamtes bei der Planung von Kinderspielplätzen und die Einrichtung einer aus Mitgliedern des Jugendwohlfahrtausschusses, des Sportausschusses und des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen bestehenden ständigen Unterkommission für Spielplätze und Freizeitanlagen.

Die Neubau- und Entwurfsabteilung war überwiegend im Auftrag anderer Ämter tätig. Deren Termine waren nur durch zunehmende Zurückstellung eigener Aufgaben einzuhalten. Trotzdem konnten außerhalb des Stadtwaldes auf rd. 9,6 ha Fläche 46 neue Kinderspiel- und Bolzplätze angelegt werden, u. a. Wasserspielplätze auf dem Hermannplatz und Auf'm Rott, im Innenstadtbereich der Kinderspielplatz an der Sternstraße, 2 ha Ballspielflächen in Oberkassel im Rheinvorland und die durch private Initiativen und Zuschüsse geförderten Spielplätze an der Mecumstraße und auf dem Dreiecksplatz. Auf mehreren vorhandenen Spielplätzen wurde unter Verwendung gestifteter Beträge von 15 500 DM die Ausstattung verbessert. 10 Pausenhöfe an Schulen sind im Interesse einer intensiveren Mehrzwecknutzung mit Spielgeräten ausgestattet worden.

Rund 14,7 ha öffentliche Grünanlagen wurden neu ausgebaut, u. a. die Grünwege am Roten Haus, an der Katharinenstraße, am Pillebach und entlang der Düsseldorf und des für Fußgänger neu überbrückten Eselsbaches. Die Ständehausanlagen sind nach baulichen Veränderungen im Bereich des Landtagsgebäudes erneuert worden.

Im Februar 1972 wurde im Grafenberger Wald die erste 2 km lange Trimm-Dich-Strecke ihrer Bestimmung übergeben. Der Ausbau weiterer Strecken folgte dann im Aaper Wald und am Hellerhof.

Auf rd. 9,4 ha Fläche wurden am Peckhausweg 37, Im Brühl 85, am Neusser Weg 35 und am Ellerkamp 58 um öffentliches Grün erweiterte Kleingärten angelegt. Ein erheblicher Teil der neuen Gärten diente der Unterbringung durch den Ausbau der Universität und andere Neuordnungsmaßnahmen projektverdrängter Kleingärtner.

Mit rd. 105,2 ha war der Ausbau neuer Grünflächen an Straßen, Schulen (14 Neubauten, 35 Schulerweiterungen

und Änderungsmaßnahmen), Kindertagesstätten, Sportstätten, Verwaltungs-, Sozial- und Kulturbauten sowie im Bereich von Versorgungseinrichtungen besonders umfangreich. Erwähnung verdienen die Eingrünung des neuen Messegeländes, der Sankt-Franziskus-Straße, der neuen Himmelgeister Straße und der Umgehungsstraße Eller.

Schwerpunkte für Planung und Entwurf bildeten die künftigen Freizeitzentren: Landschafts-, Tier- und Pflanzengarten Eller Forst, Ulenbergstraße und Niederheider Wäldchen. Auch der 1972 erworbene rd. 14,3 ha große Lantz'sche Park in Lohausen mit seinem wertvollen Baumbestand soll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und zu einem Freizeitzentrum ausgestaltet werden.

Für die Abteilung Gartenanlagen wurde wegen des bei unveränderter Personalausstattung zu verzeichnenden erheblichen Zugangs von Grünflächen und Kinderspielplätzen eine 1973 abgeschlossene Arbeitsuntersuchung durchgeführt. Ihre wesentlichen Ergebnisse waren eine Neugliederung des Aufgabenbereiches und zum Ausgleich der Streichung von 18 Arbeiterstellen eine größere Mobilität durch verstärkte Motorisierung.

Die zu pflegenden Grünflächen umfaßten

	insgesamt	davon waren	
		amtseigene Flächen	übrige Flächen
Ende 1970	495 ha	366 ha	129 ha
Ende 1973	615 ha	381 ha	234 ha

Der Flächenzugang ist überwiegend auf Neubaumaßnahmen zurückzuführen; erheblich hat sich aber auch die Übernahme der Pflege der Grünflächen der Städtischen Krankenanstalten (Gerresheim und Benrath) sowie von Haus Morp ausgewirkt.

Der Straßenbaumbestand verringerte sich von Ende 1970 bis Ende 1973 bei 1620 Zugängen und 1667 Abgängen geringfügig auf 28 753 Stück. Größere Eingriffe erfolgten an der Garather Schloßallee (25 Linden), der Urdenbacher Allee (62 Linden) und der Cecilienallee (124 Rotdorne). Umfangreichere Wegebauarbeiten sind im Hofgarten und in den „Zooanlagen“ durchgeführt worden. In neun Grünanlagen wurde eine Wegebeleuchtung installiert (u. a. alter Gerresheimer Friedhof, Ostpark, Schwanenspiegel, Fürstenplatz, Mahnmalachse). Im Schloßpark Benrath ist die Wegebeleuchtung erweitert und ein Teil der Uferzone des Schloßweihers erneuert worden. An der Insel im Schwanenspiegel wurde die Uferbefestigung vollständig erneuert.

1972 fand das Schützenfest von Stockum erstmals im Nordpark statt. – 1973 wurde die öffentliche Grünfläche an der Staatlichen Kunstakademie für 5 Jahre zur Aufstellung von Pavillons für Lehrzwecke vermietet.

Die Bemühungen um die endgültige Freigabe der von den ausländischen Stationierungstreitkräften noch benutzten Teile des Nordparkes kamen im Mai 1971 zu einem vorläufigen Abschluß. Mit Ausnahme von Teilflächen beiderseits der Grünwaldstraße soll der gesamte Nordparkbereich in 5 Jahren geräumt werden.

Die Hochbaumaßnahmen konzentrierten sich auf die Instandsetzung und Erneuerung des unter Denkmalschutz stehenden Schloßhofes Benrath. Er wurde 1973 seiner

Zweckbestimmung als neuer Gebietshof des Gartenamtes übergeben. Die durch Brand zerstörte Eremitage im Schloßpark Benrath ist wieder aufgebaut worden. — Im Ostpark wurde in Fertigbauweise eine neue Unterkunft errichtet. Der Betriebshof Oberkassel wurde um eine Garagen- und Abstellhalle erweitert. Die Instandsetzungsarbeiten an der Kaiserpfalz in Kaiserswerth sind fortgeführt worden.

Der Bereich der Stadtgärtnerei und der Werkstätten wurde zum Messegelände neu abgegrenzt. — Die Bemühungen um rationellere Arbeitsweisen sind durch Beschaffung zahlreicher neuer Maschinen und Geräte und durch den Einbau von 50 Weihnachtsbaumhaltern gefördert worden. — Die Kosten für die Beseitigung des Abraums der Friedhöfe konnten erheblich gesenkt werden. — Zur weiteren Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Abraumbeseitigung und zur Aufhöhung des Geländes wurde im Bereich der Stadtgärtnerei eine eigene Kippe eingerichtet.

### Friedhöfe

Der Aufgabenzuwachs durch Erweiterung der Friedhöfe konnte durch verstärkte Technisierung (u. a. Beschaffung des 11. und 12. Baggers) ausgeglichen werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit für gutgestaltete Grabstätten wurde durch den Druck eines Faltspropektes „Friedhof und Grabmal“ unterstützt.

Der Rat der Stadt beschloß

am 16. 3. 1972, 60 Wahlgrabstätten von Personen, die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben, den Status einer Dauer-ehrenggrabstätte nach § 17 der Friedhofssatzung zuzuerkennen,

am 31. 8. 1972, das Grab des Schriftstellers und Heimatdichters Hans Müller-Schlösser als Dauer-ehrenggrabstätte anzuerkennen,

am 14. 12. 1972 eine neue Gebührensatzung für die Friedhöfe der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der Ausschuß für öffentliche Einrichtungen erkannte am 20. 1. 1972 vier Wahlgrabstätten von Personen, die für die Stadt besondere Bedeutung erlangt haben, den Status einer Zeitehrenggrabstätte nach § 17 der Friedhofssatzung zu.

Für den Bereich des neuen Friedhofes Nord in Kalkum wurden der Grunderwerb fortgesetzt und ein Flächennutzungsplan aufgestellt.

Auf den vorhandenen Friedhöfen wurden durch den Ausbau neuen Geländes und durch Umgestaltung vorhandenen Geländes rd. 15,3 ha neue Beisetzungsflächen erschlossen. Die Erweiterung des Friedhofes Unterrath konnte unter Einbeziehung enteigneter Flächen abgeschlossen werden.

Die Beisetzungsziffern waren trotz rückläufiger Einwohnerzahl relativ konstant.

Es erfolgten	1971	1972	1973
Beisetzungen auf städt. Friedhöfen	8 371	8 057	7 923
Einäscherungen	1 302	1 319	1 622
darunter Einäscherung Ortsfremder	446	477	654

Bevorzugt worden ist weiterhin der Erwerb von Wahlgrabstätten (1973 einschließlich des Wiedererwerbs ca. 60%).

Die Friedhöfe übernehmen nach wie vor für mindestens 10 und höchstens 30 Jahre die Pflege von Grabstätten. In der Berichtszeit wurden 583 neue Grabpflegeverträge im Wert von ca. 1,9 Mio DM abgeschlossen. 993 vor 1948 abgeschlossene, teilweise für die Dauer des Bestehens der Friedhöfe geschlossene Verträge sind 1972 wegen Fortfalls der Geschäftsgrundlage gekündigt worden.

Die Pflegepreise für Grabstätten wurden 1971 neu festgesetzt.

Die Umbettung Kriegstoter in Ehrenanlagen auf den Friedhöfen Nord, Süd, Gerresheim, Eller und Unterrath ist abgeschlossen. Die Kriegsgräber auf dem Friedhof Süd werden nach teilweiser Umgestaltung jetzt von eigenen Dienstkräften gepflegt.

Die Hochbaumaßnahmen erreichten mit der Fertigstellung neuer Betriebshöfe für die Friedhöfe Stoffeln und Eller ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Leichenzellen des Friedhofes Stoffeln wurden umgebaut und renoviert. Die Kapelle des Friedhofes Nord erhielt eine neue Orgel. Auf dem Friedhof Eller wurden die Einfriedigung des Haupteinganges umgestaltet und ein Kranzwagenraum ausgebaut. Auf dem Friedhof Gerresheim erfolgte der Ausbau von vier neuen Leichenzellen, während auf dem Friedhof Hassels eine Gräberbaggergarage errichtet wurde. Auf zahlreichen Friedhöfen sind vorhandene Heizungsanlagen auf Gasbefuerung umgestellt worden (u. a. die Kapellen der Friedhöfe Nord, Süd, Stoffeln und Heerd und die Verwaltungsgebäude der Friedhöfe Nord, Stoffeln und Gerresheim).

Der Rat der Stadt beschloß am 17. 2. 1972 die Planung eines neuen Krematoriums auf dem Friedhof Stoffeln und am 14. 6. 1973 die Planung eines neuen Betriebshofes für den Friedhof Heerd.

Die Tiefbaumaßnahmen konzentrierten sich auf den Ausbau teergebundener Wege. Insgesamt wurden 12 000 qm ausgebaut, darunter rd. 5500 qm auf dem Friedhof Süd. Für den Friedhof Heerd sind an der Schießstraße 45 Parkplätze angelegt worden.

### Forsten

Die durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (105 Waldführungen und 7 Lichtbildvorträge) unterstützten Bemühungen, die vorhandenen Waldflächen Erholungszwecken zu erschließen und zu erhalten, standen im Vordergrund. Sie führten einerseits zur Anlegung von 2 Waldspielplätzen (in Hassels und Benrath), zum Bau von 11 Schutzhütten, der Einrichtung eines zweiten Waldlehrpfades im Grafenberger Wald und Instandsetzungs- oder Befestigungsarbeiten an 186,3 km Waldwegen, andererseits zu einer gesteigerten Wertschätzung des Waldes, die in den nachdrücklichen Bestrebungen zur Abwendung von Waldverlusten deutlich Ausdruck fanden. Die durch den Rat der Stadt befürwortete Waldumwandlung einer rd. 3750 qm großen Fläche für Sportzwecke (Rochusclub) wurde durch die Höhere Forstbehörde abgelehnt. Der Klage auf Waldumwandlung hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf nicht stattgegeben. In den Forstbereichen Hassels und Eller sind dagegen Waldumwandlungen zu Gunsten der Errichtung eines Altenheimes und einer Bezirkssportanlage von der Höheren Forstbehörde genehmigt worden.

Durch die Betreuung des rd. 500 ha großen Eigenjagdbezirks Lohausen und einer ca. 7,55 ha großen Waldfläche am Gut Hellerhof wurden dem Amt neue Aufgaben gestellt.

Der Forstschutz ist wegen zunehmender Schäden an den Forstkulturen verstärkt worden. Besondere Bemühungen galten der biologischen Bekämpfung der Schadinsekten durch verstärkten Vogelschutz. Die Zahl der Nistkästen wurde auf insgesamt 2000 erhöht.

Weitere forstliche Maßnahmen:

Pflanzenarbeiten	1971	1972	1973
aufgeforstete Flächen (ha)	21,85	7,73	18,82
verwendete Pflanzen (Stck.)	156 500	43 800	117 500
nachgebesserte Flächen (ha)	18,90	14,03	13,20
verwendete Pflanzen (Stck.)	120 500	92 600	52 000

## Amt 69 — Brücken- und Tunnelbauamt

Mit Beginn der Berichtszeit erhielt das Amt folgende interne Gliederung:

- 69/2 — Brückenbauabteilung
- 69/3 — Abteilung Hochstraßen und Tunnel
- 69/4 — Abteilung Bauunterhaltung

Im Frühjahr 1971 wurden die Tiefbauarbeiten für die provisorische Lage der neuen Oberkasseler Brücke beendet. Für die Stahlbaumontage waren ab August 1971 genau zwei Jahre nötig. Bereits am 20. 12. 1973 konnte eine Fahrbahn über den Rheinstrom für den Verkehr freigegeben werden.

Mit der offiziellen Eröffnung des Rheinstadions am 15. 11. 1972 ist der dem Amt übertragene Ausbau der Hauptkampfbahn im wesentlichen abgeschlossen worden (s. hierzu Bericht des Amtes 52). Der Bund Deutscher Architekten zeichnete das Bauwerk mit der BDA-Plakette aus. Im Zuge des weiteren Ausbaus wurde 1973 mit der Erstellung eines begehbaren Kabelkanals und einer elektrischen Anzeigetafel begonnen.

Von den in Angriff genommenen neuen Brückenbauwerken ist folgendes festzuhalten:

Für die Franklinbrücke über den Verschiebebahnhof Derendorf ist im Herbst 1971 der Auftrag erteilt worden; die Tiefbauarbeiten wurden 1972 und die Stahlbaumontage mit dem Längsvershub wurde 1973 durchgeführt. Im Sommer 1974 ist mit der Verkehrsübergabe dieser wichtigen Straßenbrücke über den Gleiskörper der Bundesbahn zu rechnen.

Im Zuge der Umgehungsstraße Eller wurde 1972 mit dem Bau der Düsselbrücke Karlsruher Straße begonnen; die Fertigstellung erfolgte nach einjähriger Bauzeit.

Der Düsseldurchlaß Lenastraße (Verbreiterung der Lenau-/Simrockstraße) konnte im Jahre 1973 etwa zur Hälfte fertiggestellt werden.

Zur Unterführung der Danziger Straße (Nordring-Anbindung) sind die Straßenbrücke Sandweg und die provisorische

### Pflegearbeiten

Jungwuchspflege (ha)	115,55	93,73	78,39
Jungbestandspflege (ha)	89,16	28,28	38,82
Holz einschlag (fm)	3 145	2 736	4 038

Das Forsthaus Eichenhorst wurde 1971 erweitert.

1972 sind die Erbbaurechtsverträge über das Schießstandgelände in Gerresheim am Peckhausweg aufgehoben worden. Die Schießstände wurden geschleift und das Gelände aufgeforstet. In den ehemaligen Institutsgebäuden wurden Wohnungen für Waldarbeiter eingerichtet. Im gleichen Jahr sind auch die im Aaper Wald gelegenen Pistolen-Schießstände (Rest des 1967 von den ausländischen Stationierungstreitkräften freigegebenen 104 ha großen Übungs- und Schießgeländes) beseitigt und eingegrünt worden.

sche Fußgängerbrücke Am Eichenbruch im ersten bzw. im zweiten Halbjahr 1973 errichtet worden.

Mit dem Bau der Hochstraße über die Bonner Straße im Zuge der Himmelgeister Straße (2. Bauabschnitt) wurde im September 1973 begonnen; das östliche Widerlager war bis Ende 1973 hergestellt.

Zwei hölzerne Fußgängerbrücken über die Düssel, und zwar eine in Verlängerung der Marburger Straße und eine nahe der Eselsbachmündung sind in der Berichtszeit errichtet worden.

Mit dem Bau einer Fußgängerbrücke über den Urdenbacher Altrhein wurde im November 1973 angefangen.

Die Wegebrücke über den Bruchhaus-Garather Bach wurde verstärkt, um Versorgungsleitungen in den neuen Stadtbezirk Hellerhof zum Hellerhofweg zu überführen.

Folgende Planungsmaßnahmen wurden aufgenommen oder fortgeführt:

für die neue Oberkasseler Rheinbrücke in endgültiger Lage (Demontage der alten Brücke, endgültige Unterbauten, Vershub), Überarbeitung auf den letzten technischen Stand und Ausschreibung;

Studie und Vorentwurf für insgesamt 28 Ingenieurbauwerke zum Projekt Nordring;

Vorentwurf für die Tieferlegung der Bundesbahnstrecke Rath- Eller einschließlich Hochstraße über den Staufensplatz;

Vor- und Bauentwurf für die Stahlhochstraße Mörsenbroich (Anschluß zum Nördlichen Zubringer);

Vor- und Bauentwurf Brücke Paul-Thomas-Straße, Vorentwurf Fußgängerbrücke Mendelweg, Vorentwurf Münchener Straße, Vorentwurf für die Baumaßnahme Himmelgeister Straße, 3. Bauabschnitt;

Vorentwurf für Hellerhofweg/Frankfurter Straße;

zwei Straßenbrücken über dem Kittelbach im Zuge der Helgoland- und der Borkumstraße;

Fußgängerbrücke über die Witzelstraße in Höhe der Christophstraße;

Fußgängerbrücke über den Nördlichen Zubringer in Höhe der Scheffelstraße;

drei Fußgängerbrücken im Schloßpark Eller und die Ver-

stärkung einer Straßenbrücke am Schloßpark im Zuge des Eselsbach-Ausbaues wurden geplant, ausgeschrieben und im Dezember 1973 vergeben.

Im Rahmen der Unterhaltungsarbeiten sind im besonderen die Aufbringung neuer Gitterroste im Straßenbahnbereich der Rheinbrücke Düsseldorf-Neuss (Südbrücke) 1972 und die im gleichen Jahr begonnene und 1973 beendete Gehwegbelag-Erneuerung auf der Jülicher Brücke zu erwähnen.

## Verwaltung für öffentliche Einrichtungen

### 70 Stadtreinigungs- und Fuhramt

### 71 Schlachthof und Marktamt

### 73 Leihamt

1871 hat die Stadt für Zwecke der Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung zwischen Hülshorst und Mettern ein Grundstück von 21 000 qm gekauft. Auf diesem Grundstück wurde ein Schlachthof errichtet. Der Schlachthof wurde am 1. April 1872 eröffnet. Der Schlachthof wurde am 1. April 1872 eröffnet. Der Schlachthof wurde am 1. April 1872 eröffnet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet. Die Stadtreinigungs- und Fuhrverwaltung wurde am 1. April 1872 gegründet.

## Amt 70 — Stadtreinigungs- und Fuhramt

### Baumaßnahmen

Am 16. 1. 1970 hatte der Rat der Stadt den Einbau eines weiteren Kessels in die Müllverbrennungsanlage beschlossen. Dieser 5. Kessel, sein Bau hat Kosten in Höhe von 10,75 Millionen DM verursacht, wurde am 1. 9. 1972 in Betrieb genommen. —

Bedingt durch die ständige Zunahme des Müllheizwertes, war eine Umrüstung der vier 1966/67 in Betrieb genommenen Kessel notwendig, um deren Verbrennungsleistung zu erhalten. (An den Kesseln waren die Verdampfer-Heizflächen zum Abbau der durch den hohen Heizwert bedingten Wärme zu vergrößern und dabei die Heizflächen so zu konstruieren, daß sie leicht zu reinigen sind.)

Im Jahre 1973 sind 288 863 t Müll in der Anlage verbrannt worden.

1972 wurde mit den Bauarbeiten für eine Erweiterung der Betriebsräume des Betriebshofes Nord (Metzer Straße) begonnen. Diese Maßnahme war notwendig, weil die vorhandenen Räumlichkeiten aus dem Jahre 1929 für das Personal nicht mehr ausreichten. Die Anzahl der Müllader und Straßenreiniger hat sich allein seit 1945 aufgrund des Aufgabenzuwachses (Zunahme des Müllvolumens und Ausweitung des Straßennetzes) um rd. 45% erhöht. Im gleichen Zuge wurden auf diesem Betriebsgelände 11 Werkwohnungen gebaut, um hierin vor allem Kraftfahrer unterzubringen, die dann auch außerhalb der normalen Arbeitszeit für besondere Einsätze, z. B. Winterdienst, Reinigungsdienst bei außergewöhnlichen Straßenverschmutzungen nach Unfällen unverzüglich eingesetzt werden können. Sämtliche Bauarbeiten standen Ende 1973 kurz vor ihrem Abschluß (Baukosten rd. 2,5 Millionen DM).

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 8. 2. 1973 den Bau einer vollautomatischen Saugtransportanlage für die Müllbeseitigung im neuen Stadtbezirk Hellerhof beschlossen. Dort wird — erstmalig für Düsseldorf — die Müllabfuhr künftig nicht mit Müllbehältern, sondern durch geschlossene Saugtransportanlagen erfolgen. Rd. 14,5 Millionen DM werden für den Bau veranschlagt. Derartige Mülltransportanlagen zu entwickeln resultiert aus dem Zwang zu rationalisieren und zu automatisieren, und zwar wegen des anhaltenden Arbeitskräftemangels und wegen der steigenden Lohnkosten. Pneumatische Anlagen bilden heute technisch ausgereifte, moderne und wirtschaftliche Lösungen zur hygienischen Abfallbeseitigung, wobei auch die Belange des Umweltschutzes die nötige Beachtung finden.

### Betriebliche Maßnahmen

Um die Straßenreinigung weiter zu rationalisieren, wurden auf den Betriebshöfen und Nebenstellen des Amtes neue Möglichkeiten für den Kehrichtumschlag geschaffen. Die kleinen und großen Kehmaschinen entleeren den Kehricht nun in unter Flur versetzte Müllcontainer, die mit Spezialfahrzeugen zur Müllverbrennungsanlage transportiert und dort entleert werden. Durch diese Maßnahme entfallen zeitraubende Entleerungsfahrten für die Kehmaschinen und sonstigen Straßenreinigungsfahrzeuge, was der Kehrzeit auf den Straßen zugute kommt.

Seit 1973 befindet sich eine Ladog-Bürgersteigwaschmaschine der Firma Bertsche im Testeinsatz. Mit ihr ist eine umfassende Flächenreinigung durch Waschen möglich, auch wenn auf den Bürgersteigen Kraftfahrzeuge parken. Die Maschine, deren Wassertank rd. 2000 l faßt, hat sich bewährt; ihr Einsatz soll organisatorisch in die allgemeine Straßenreinigung eingegliedert werden. Der Ankauf mehrerer Maschinen ist für 1974 vorgesehen.

Im Jahre 1973 wurden rd. 311 000 Müllsäcke an die Bevölkerung für die Aufnahme von angefallenem Mehrmüll gegen eine Gebühr von DM 1,50 das Stück abgegeben.

Ende 1973 sind wöchentlich Tonnenentleerungen bzw. Behälterwechsel in folgendem Umfang erfolgt:

Tonnen/Behälter Kapazität	Tonnenentleerungen bzw. Behälterwechsel
110 l	146 070 Stück
1,1 cbm	5 743 Stück
770 l	733 Stück
4,4 cbm	429 Stück
Müllaufkommen 1973	
Hausmüll Düsseldorf	184 290 t
Hausmüll angeschlossener Gemeinden	30 894 t
Industrie- und Gewerbeabfälle	
brennbar	73 679 t
nicht brennbar	115 690 t
Zusammen	404 553 t

1971 hat die Stadt für Zwecke des Stadtreinigungs- und Fuhramtes zwischen Hubbelrath und Mettmann, an der Kreisstraße 31, ein 71 699 qm großes Grundstück für die Anlegung eines Müllplatzes angekauft. Nach Einholung der verschiedenen behördlichen Genehmigungen konnte diese Deponie für Verbrennungaschen und für nicht brennbaren Industriemüll am 11. 7. 1972 geöffnet werden. Hier ist die Ablagerung von rd. 800 000 cbm Abfällen möglich. Der Rat der Stadt hat für die Ablagerung von Abfällen an dieser Stelle ein Entgelt von 5 DM je cbm festgesetzt. Durch Zukauf eines weiteren Geländestückes im Jahre 1973 ist diese Deponie vergrößert worden. Die Aufnahmefähigkeit aller Deponien der Stadt betrug am Ende der Berichtszeit rd. 3,7 Millionen cbm.

Mit Wirkung vom 1. 1. 1972 sind je drei Schreiner, Installateure, Maurer und Anstreicher vom Hauptbetriebshof Kirchstraße zum Zentralbetriebshof Höherweg 205 versetzt und dort mit den Handwerkern jeweils gleicher Sparte zusammengefaßt worden. In den Werkstätten des Zentralbetriebshofes wurden die räumlichen und maschinellen Voraussetzungen für die Reparatur von Personenkraftwagen geschaffen und 8 Kfz.-Handwerker, die bis dahin in den Werkstätten auf dem Hauptbetriebshof gearbeitet hatten, an den Zentralbetriebshof abgegeben. Durch diese Maßnahmen kam es auf dem Hauptbetriebshof zu einer räumlichen Entlastung und für die Handwerker zu besseren Arbeitsbedingungen.

Verstärkt wurden Fahrzeuge des Amtes mit Funkgeräten ausgerüstet, damit die Fahrer auf ihren Einsatzfahrten erreichbar sind. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich bei eiligen Anschlußfahrten und insbesondere bei der Beseitigung von Verkehrsbehinderungen, bei Absperrmaßnahmen oder im Winterdienst bei Streuaktionen. Der Zentralbetriebshof erhielt eine Funkleitstelle für Geräte im 2-m-Band, an die die Fahrzeuge des Winterdienstes, des Verkehrsbereiches, die Aufsichtsfahrzeuge des Betriebes, die Kehrmaschinen und die Fahrzeuge des Kanal- und Wasserbauamtes angeschlossen sind. Für das 0,70-m-Band blieb die Leitstelle auf dem Hauptbetriebshof, Kirchstraße. Hier sind insbesondere die Personenwagen des Autohofes und die Fahrzeuge der Sperrgutabfuhr angeschlossen. Beide Leitstellen sind zu jeder Zeit besetzt.

### Verwaltungsmaßnahmen

Wegen der gestiegenen Kosten hat sich der Rat der Stadt veranlaßt gesehen, ab 1. 1. 1973 die jährlichen Straßenreinigungsgebühren von 2,30 auf 2,80 DM je Frontmeter für die wöchentlich einmalige Reinigung zu erhöhen. Im Jahre 1973 wurde dann das parlamentarische Verfahren für die Änderungen der Müllabfuhr- und Straßenreinigungssatzungen abgewickelt, die ab 1. 1. 1974 Gebührenerhöhungen für die Straßenreinigung (jährlich 3,36 DM je Frontmeter für die wöchentlich einmalige Reinigung) und für die Müllabfuhr (von 90 auf 108 DM jährlich für die einmalige wöchentliche Entleerung einer 110-Liter-Mülltonne) vorsehen.

Der Rat der Stadt hat am 29. 11. 1973 dem Abschluß von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen für den Anschluß an

## Amt 71 — Schlachthof und Marktamt

Mit Wirkung vom 1. November 1971 wurden der Schlachthof und der Großmarkt zu einem Amt mit der Bezeichnung

Schlachthof und Marktamt — Amt 71 —

zusammengefaßt.

Leitgedanke dieser Rationalisierungsmaßnahme war, über eine Kostensenkung, vor allem der Personalkosten, die Wirtschaftlichkeit beider Betriebe auf längere Sicht zu verbessern. Die Gleichartigkeit im Aufgabengebiet und die im wesentlichen gleiche Organisationsform der Einrichtungen haben die Verschmelzung ermöglicht bzw. erleichtert.

Durch Ratsbeschluß vom 8. 2. 1973 wurde die Verwaltung beauftragt, folgende Fragen zu untersuchen:

- Entsprechen die Flächen des Großmarktes bzw. des Schlachthofes noch zukünftigen Anforderungen?
- Kann der Fleischgroßmarkt einschließlich Totversandware für die Zukunft im allgemeinen Großmarkt eingegliedert werden und der Schlachthof für die Lebendware

die Müllverbrennungsanlage der Stadt Düsseldorf mit Erkrath, Angermund, Breitscheid, Eggerscheidt, Hösel, Lintorf, Wittlaer, Hochdahl, Hubbelrath, Hasselbeck-Schwarzbach, Homberg-Meiersberg sowie Metzkäusen und dem Abschluß von Schiedsverträgen gemäß § 125ff ZPO zugestimmt, die der Regierungspräsident dann unter dem 22. 1. 1974 genehmigt hat.

Nach einer Prüfung durch die Organisationsabteilung des Hauptamtes wurde 1971 die Abteilung 4 des Amtes — Verkehrsabteilung — aufgelöst. Der Aufgabenbereich wurde 70/1 — Verwaltungsabteilung — angegliedert.

### Autohof

Ende 1973 wurden durch den Autohof folgende Fahrzeuge verwaltet: 96 Pkw, 14 Schulbusse, 15 sonstige VW-Busse, 197 Lkw, 43 E-Karren, 9 Kräder und 41 Anhänger. 472 privateigene Personenwagen waren für Dienstfahrten zugelassen.

### Kraftfahrzeugpark

Das Stadtreinigungs- und Fuhramt verfügte Ende 1973 über folgende Fahrzeugeinheiten:

Müllabfuhr	116 Einheiten
Straßenreinigung	120 Einheiten
Winterdienst	34 Einheiten
Bedürfnisanstalten	2 Einheiten
Aufsichtsdienst	8 Einheiten
Sonstige Zwecke	10 Einheiten

In diesen Zahlen sind die vom Autohof verwalteten Fahrzeuge nicht enthalten.

durch Reduzierung der Kapazität und Flächen den zukünftigen Erfordernissen angepaßt werden?

- Können Teilflächen des Schlachthofes beziehungsweise des Großmarktes abgeteilt und einer anderen Nutzung — möglichst als Wohngebiet — zugeführt werden?

Die Untersuchungen waren am Ende der Berichtszeit noch im Gange.

Wegen der allgemeinen Kostenentwicklung hat der Rat der Stadt für beide Betriebe Gebührenerhöhungen beschlossen, die für den Schlacht- und Viehhof sowie Fleischgroßmarkt mit durchschnittlich 32% am 1. Januar 1971 wirksam wurden. Bei der Höhe der Anhebung spielte das geringere gewordene Aufkommen durch Abbau der Ausgleichsabgabe für frisches Fleisch, das aus auswärtigen Schlachtungen in das Stadtgebiet Düsseldorf gelangt, eine wesentliche Rolle. Die Abgabe wurde ab 1. 1. 1971 von 8 Pf auf 6 Pf je Kilogramm gesenkt.

Die um durchschnittlich 25% höheren Gebühren für den Großmarkt und für die Kleinhandelsmärkte werden ebenfalls seit dem 1. Januar 1973 erhoben.

## Schlachthof

Abgesehen von 1971, ein Jahr, in dem die Zahlen des Vieh- auftriebs und der Schlachtungen gegenüber dem Vorjahr einmal gestiegen waren, hielt die rückläufige Tendenz an. Auch die Umsätze des Fleischgroßmarktes, die sich bis einschließlich 1971 stetig aufwärts entwickelt hatten, begannen ab 1972 ebenfalls zurückzugehen.

	Viehauftrieb	Schlachtungen
1971	276 132 Stück	241 357 Stück
1972	251 372 Stück	225 966 Stück
1973	232 262 Stück	208 635 Stück

	Umsatz auf dem Fleischgroßmarkt (ohne Wurst und Geflügel)	darunter Zufuhren von auswärts
1971	40 236 t	26 091 t
1972	39 402 t	25 609 t
1973	37 213 t	23 841 t

Der Städtische Schlachthof Düsseldorf wurde im Jahre 1973 als EWG-Zerlegungsbetrieb für den innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem Fleisch zugelassen.

Während der Berichtszeit sind folgende bauliche Maßnahmen zum Abschluß gebracht worden:

- Umbau eines Teiles der Schweineschlachthalle II zu einer Kälber- und Hammelschlachteinrichtung,
- Erweiterung der Transporteinrichtung für den Verkauf von Schweinehälften nach dem Schlachtgewicht,
- Umstellung des Stromnetzes von 5 KV auf 10 KV,
- Schaffung eines Umkleide-, Wasch- und Duschraumes für das Personal der Fleischverkaufshalle II und des EWG-Zerlegungsbetriebes,
- Erneuerung des Fußbodens in der Fleischverkaufshalle II.

Die Maßnahme zu a) machte es möglich, die Kleinvieh-Schlachthalle außer Betrieb zu setzen.

## Großmarkt

Die Zahl der auf dem Großmarkt ansässigen Anbieterfirmen hat sich in den Jahren 1971 bis 1973 um 78 Firmen verringert. Die freigewordenen Verkaufsstände wurden von anderen Firmen des Großmarktes übernommen. Dagegen

## Amt 73 — Leihamt

Die rückläufige Tendenz im Darlehensgeschäft, die im letzten Verwaltungsbericht geschildert worden ist, hat angehalten. Die Folge dieser Entwicklung war, daß der Rat der Stadt am 27. Mai 1971 den Beschluß faßte, die Pfandleihanstalt der Stadt Düsseldorf zum 31. Dezember 1971 aufzulösen. Im Jahre 1971 sind noch 18 379 Pfandverträge mit Darlehensbeträgen von insgesamt 1,54 Mio DM abgeschlossen worden. 80,6% der Pfandverträge fanden ihre Erledigung durch Einlösung; die Pfänder der restlichen Verträge (19,4%) kamen zur Versteigerung.

Ab 1. Januar 1972 erfolgten nur noch Abwicklungsarbeiten.

ist die Zahl der Einkäufer-Firmen von 2598 im Jahre 1972 bis Ende 1973 auf 4005 größer geworden.

Die Obst- und Gemüsegroßhändler hatten erstmals in 1972/73 (vom 1. 11. 1972 bis 31. 3. 1973) ihre Verkaufsstände an den Samstagen wegen Personalmangels geschlossen; Versorgungsschwierigkeiten sind dadurch aber nicht aufgetreten. Diese Tatsache gab Veranlassung, es auch im folgenden Jahr bei dieser Regelung zu belassen.

Unter Einbeziehung der Umschlagszahlen für Milch, andere Lebensmittel und Blumen hat sich der Gesamtumschlag wie folgt entwickelt:

1971	313 924 t
1972	309 313 t
1973	293 338 t

Der Rückgang der Umschlagszahlen ist insbesondere auf die während der letzten Jahre neu entstandenen Supermärkte, Filialbetriebe, Konzerne u. a. zurückzuführen, die mehr und mehr ihren Bedarf durch Direktkäufe und Eigenimporte decken.

Folgende Märkte wurden neu eingerichtet:

- Kram- und Trödelmarkt unter der Bezeichnung „Rad-schlägermarkt“, geöffnet jeweils an den verkaufsoffenen Samstagen der Monate Mai bis Oktober eines jeden Jahres — erstmals im Monat August 1972 — mit ca. 150 Verkaufsplätzen, auf dem Parkplatz am Stadtsteueramt
- Kleinhandelsmarkt in Garath, geöffnet dienstags und freitags einer jeden Woche, mit ca. 18 Verkaufsständen am S-Bahn-Bhf., erstmals am 10. November 1972
- Weihnachtsmarkt auf dem Vorplatz des Düsseldorfer Schauspielhauses, geöffnet vom 1. bis 23. Dezember 1973, mit 63 Verkaufsständen für ein allgemeines Warenangebot, 3 Imbißständen und 2 Kinder-Fahrgeschäften

Erwähnenswert sind folgende bauliche bzw. technische Maßnahmen, die im Berichtszeitraum durchgeführt wurden:

- Einbau von Toren in die Landgroßhändlerhallen
- Ersatzbeschaffung und Einbau von Aufzügen in den Betonhallen
- Umstellung des Stromnetzes von 5 KV auf 10 KV
- Bau von Vordächern an den Importhallen
- Erneuerung der Einfriedigungsmauer an der Hugo-Viehoff-Straße

Zu Beginn des Jahres 1972 waren 3338 Pfandkreditverträge im Bestand mit Darlehen in Höhe von insgesamt 304 714 DM. Eingelöst wurden bis zum 15. 6. 1972 61%, zur Versteigerung kamen 39%. Die Kasse des Leihamtes wurde zum 30. 6. 1972 aufgelöst. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Leihanstalt über kein Pfand mehr. Bis zum 14. Juni 1973 wurden satzungsgemäß die Mehrerlöse — nämlich die Verkaufsüberschüsse aus Versteigerungen — an die Anspruchsberechtigten ausgezahlt.

Ab Mitte 1972 waren nur noch vier Dienstkräfte für die Abwicklungsarbeiten im Leihamt tätig.

## Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr

### **80 Amt für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung**

### **81 Stadtwerke**

### **82 Städtische Häfen**

### **84 U-Bahn-Amt**

## Amt 80 — Amt für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung

Die Werbemaßnahmen wurden auf größere Breitenwirkung, teilweise aber auch stark auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Dies gilt für die Anzeigen- und Prospektwerbung wie auch für die vielfältigen besonderen Aktionen.

Die wichtigsten Aktivitäten hatten zum Ziel, Düsseldorfs Image als charmante und lebendige deutsche Großstadt herauszustellen bzw. zu festigen, andererseits differenzierte Information zu vermitteln, z. B. über Düsseldorf als Wirtschaftszentrum, als Messestadt, als Kulturzentrum, als Stadt mit einem großen Freizeitangebot.

Von den vielfältigen Maßnahmen der Allgemeinen Werbung (Betreuung ausländischer Journalisten, Vitriken-, Bildschmuck-, Leuchtschriftwerbung usw.) sei die Herausgabe folgender als Düsseldorf-News bezeichneten Vorschauen besonders erwähnt:

- „Salome“ (mit Vorschau auf sechs Strauss-Opern)
- „Konfetti“ zum Karneval
- „Kö-Elfe“ ebenfalls mit Veranstaltungsterminen

In den 3 Jahren der Berichtszeit sind mehrere neue Prospekte entwickelt und z. T. in 11 Fremdsprachen übersetzt worden. Über 2 Millionen Exemplare wurden ausgegeben (Informations-, Wochenend-, Stadtplan- und Reisebüro-Prospekte, Hotelverzeichnisse, „Geschäftlich in Düsseldorf“, Kongreßbroschüren, Shellfolder, finnische Einlegeblätter, Karnevalsprospekte, Geschenkprospekte usw.). Ein Teil davon sind mit den neuen Prospektmappen (73 000 Kartonschuber mit Düsseldorf-Ansichten) abgegeben worden. Hauptabnehmer waren die Deutsche Zentrale für Tourismus in Europa und Übersee (DTZ), Reisebüros im In- und Ausland sowie Tagungs- und Kongreßveranstalter.

Rd. 115 000 Plakate sind zur Ausgabe gekommen. (4 Motive aus dem Bereich der Museen — sog. Kunstplakate —, Thyssen-Haus mit Schwan, Schönes altes Düsseldorf, Wibbelgasse, St. Martin, Karneval, Thyssen-Haus mit Hofgarten, Shell-Plakate)

### Plakatierungen:

Allgemeine Düsseldorf-Plakate: in Salzburg und München  
Kunstplakate (Museumswerbung) im Einzugsgebiet  
Düsseldorfs und in  
Düsseldorf

Karnevalsplakate: im Einzugsgebiet Düsseldorf,  
in Belgien und  
den Niederlanden

Shell-Plakate mit Ankündigung }  
Stadtrundfahrt } in Düsseldorf  
Kö-Elfe }  
St. Martin }

Die Stadt beteiligte sich an Ausstellungen und Fremdenverkehrsveranstaltungen im In- und Ausland und führte — zum Teil im Austausch — Schaufensterwerbung durch u. a. in Berlin, Krefeld, Kiel, Amsterdam, Rotterdam, Salzburg, Birmingham, Montecatini, New Orleans und in verschiedenen Kurorten in der Schweiz.

Neben den laufenden Insertionen in Zeitungen, Zeitschriften usw. sind folgende größere Werbemaßnahmen auf dem Anzeigensektor durchgeführt worden:

1971 Gemeinschaftswerbung der größten Städte (Big Eight) der Bundesrepublik Deutschland in führenden Zeitungen und Zeitschriften der USA und Kanadas

Anschlußwerbung mit der DZT in USA, Kanada und Europa

1972 Anzeigenkampagne in Skandinavien

1972 und 1973 Anzeigenkampagne in Fachzeitschriften der USA und Kanadas

Anschlußwerbung mit der DZT in Europa

Bebilderte Reportagen über Düsseldorf in den Zeitschriften „Style“, „Scala international“ und „Schöne Welt“ wurden durch geeignete Insertionen zu besserer Wirkung unterstützt.

1973 wurde ein neuer Düsseldorf-Film geschaffen (Hersteller: Porta-Film, Hamburg; Produzenten: Herbert Obscherningkat/Gert Labudda), Vorführdauer 19 1/2 Minuten. Titel: „Düsseldorf — 24 Bilder in der Sekunde“.

Die vorhandenen Farbfilm „Düsseldorfer Impressionen“, „Düsseldorf — modisch heiter, im Winde verspielt“ und „Bilder einer Stadt“ sind noch häufig angefordert und eingesetzt worden. Der vorhandene Kopienbestand aller Filme wurde um weitere 25 Kopien in mehreren Sprachen erhöht.

Das Amt erwarb eine Kopie des Heine-Filmes „Heinrich Heine heute“ Produzent: Herbert Seggelke, Laufzeit: 40 Minuten.

Die bisherigen Werbegaben wurden nur noch zum Teil weiterverwandt. Folgende Geschenkartikel — überwiegend nach eigenen Vorstellungen — sind hinzugekommen:

„Eau de Düssel“ Parfümflasche im Velourslederbeutel, Heine-Mappe mit Heine Marke, Vase (Nachbildung aus der Sammlung Hetjens), Düsseldorf-Puzzle (Stadtplan), Kinetik, Schallplatte mit Düsseldorf-Lied, Nagels-Reiseführer, Grafiken Düsseldorfer Künstler.

Der Belser-Verlag Stuttgart brachte in Zusammenarbeit mit dem Amt einen repräsentativen Bildband über Düsseldorf heraus, der bei besonderen Anlässen Persönlichkeiten übergeben wird. — Das neu aufgelegte Düsseldorfer-Skizzenbuch und weitere Düsseldorf-Bücher, z. B. „Geliebte Kö“, „Altstadt“, „Kleine Stadtgeschichte“, waren geeignete Werbegaben.

Wichtige Persönlichkeiten erhielten ab 1972 halbjährlich Gag-Sendungen:

„Weckmann“ (zu St. Martin), „Rollmops“ (zum Karneval), „Rheinkiesel“ im Boutiqueglas.

Abschließend sei noch vermerkt:

Beim jährlichen Wettbewerb „Goldene Reisekutsche“, 1973 ausgeschrieben vom Jäger Verlag Darmstadt, erhielt den 1. Preis ein Geschenkprospekt, den 3. Preis die Kunstplakate (Goethe-Museum/Kunstmuseum/Hetjens-Museum/Kunstsammlung NW).

Publizistische Öffentlichkeitsarbeit – ab 1973 intensiviert – wurde mit folgenden vom Amt 80 herausgegebenen Zeitschriften, Broschüren usw. geleistet:

Zeitung „Rhein-Düssel-Report“ in deutscher und englischer Sprache als Vorschau auf die wichtigsten Veranstaltungen des Jahres 1974; Gesamtauflage: 20 000 Exemplare  
Empfänger: Reiseveranstalter, Fluggesellschaften, intern- und deutsche Touristik-Presse, Zeitungen mit Reisetitel, DZT-Vertretungen, Hotels, Funk, Fernsehen etc.,

die Zeitschrift DÜSSELDORF, repräsentatives Medium zur Darstellung der Stadt, ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen; erscheint vierteljährlich;

Auflage: 5000 Exemplare

Empfänger: Presse, Film, Funk, Botschaften, Generalkonsulate, Fremdenverkehrsbüros In- und Ausland, Mitglieder des Bundestages, Goethe-Institute,

der Informationsdienst „Nachrichten und Informationen des Amtes für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung“; erscheint monatlich

Auflage: 350 Exemplare

Empfänger: Presse, Reisejournalisten, Kongreß- und Messeveranstalter, Verkehrs- und Reisebüros etc.

Von der Auflage des „Offiziellen Monatsprogramms“, für das Amt 80 die Veranstaltungstermine und den redaktionellen Inhalt zusammenstellt, wurden in den einzelnen Berichtsjahren zwischen 55 000 und 80 000 Exemplare an Fluggesellschaften, Reisebüros, Reiseveranstalter, Autodroschen, Verkehrsvereine, Behörden sowie insbesondere an die Teilnehmer von Kongressen und Tagungen ausgegeben.

Der Düsseldorfer Fremdenverkehr hat entgegen der vielerorts erheblich abgesunkenen Übernachtungszahlen eine beachtenswerte Stabilität bewiesen.

#### Übernachtungen

1971	1972	1973
1 308 196	1 320 409	1 256 084

darunter von Gästen mit Auslandswohnsitz

372 387	377 868	381 465
---------	---------	---------

Im Jahre 1973, dem Jahr mit der höchsten Zahl der „Ausländerübernachtungen“ standen an der Spitze Japan, Großbritannien, USA.

Die Kongreß- und Touristikwerbung war besonders auf folgende Zielgruppen konzentriert: Heranziehung von Kongressen und Tagungen und die Gewinnung von touristischen Kurzreisen in Zusammenarbeit mit Reiseveranstaltern und Hotelunternehmen.

Für die Kongreßwerbung wurde eine neue Broschüre herausgebracht, in der die zahlreichen Tagungsräume sowie das Hotelangebot vorgestellt wurden. In der Touristik lag das Schwergewicht der Werbung bei Maßnahmen, die der Belebung des Reiseverkehrs während der besuchschwächeren Sommer- und Wintermonate dienen, um auf diese Weise eine bessere Auslastung des Beherbergungsgewerbes zu erreichen. Hierzu gehört das mit der Deutschen

Bundesbahn und der Düsseldorfer Hotellerie entwickelte Wochenend-Pauschalangebot „Düsselspaß mit Düsseldorf“.

Von der Kongreß- und Touristikabteilung sind in jedem Jahr mehr als 300 Kongresse, Tagungen und sonstige Veranstaltungen betreut worden. Größere Veranstaltungen waren:

1971

Bundeskongreß des DGB

Deutscher Röntgen-Kongreß

6. Kongreß der Deutschen Diabetesgesellschaft

Internationaler Gießerei-Kongreß

Kongreß des Deutschen Reisebüro-Verbandes

Eisenhüttenstag

1972

Diagnostika-Kongreß

Deutscher Kartographentag

Deutscher Gießerei-Tag

Internationale Tagung der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz für den Weltbund der Investment-Clubs

Jahreskongreß der Deutschen Physiologischen Gesellschaft

49. Juristentag

Internationaler Eisenbahner-Kongreß

Deutscher Apothekertag

Eisenhüttenstag

1973

Brieftauben-Olympiade mit Kongreß

Kongreß des Internationalen Wollsekretariats

Kongreß Deutscher Werbeberater

Heilpraktiker-Kongreß

Deutscher Gießerei-Tag

Deutscher Evangelischer Kirchentag

Internationaler Wachturm-Kongreß

Kongreß Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Deutscher Ingenieurtag

Edelstein-Tag

Eisenhüttenstag

Deutscher Segler-Tag

Eines besonderen Erfolgs beim breiten Publikum erfreute sich die ÖSTERREICH WOCHE, die vom 14. bis 23. 9. 1973 in Düsseldorf durchgeführt wurde. Bei keiner zwischenstaatlichen Begegnung zuvor hat die Düsseldorfer Bevölkerung an den zahlreichen Veranstaltungen soviel Interesse gezeigt, wie bei denen im Rahmen dieser ÖSTERREICH WOCHE.

Die Bedeutung des Schiffstourismus für Düsseldorf zeigte sich durch ihre Entwicklung. Der Belegungsplan der stadteigenen Anlegesteiger, deren Zahl sich auf 5 erhöht hat, weist mit einer annähernd 90%igen Belegung je Saison eine überdurchschnittlich hohe Kapazitätsauslastung aus. 45 Kabinenschiffe von 12 Reedereien machten auf ihren Berg- und Talfahrten Station. Jede einzelne Saison in der Berichtszeit wies über 200 Anlegetage mit rd. 150 000 Passagieren aus.

Von besonderer Bedeutung für Amt 80 war es, daß die alten Messehallen in der Obhut des Amtes verblieben. Sie konnten in vielen Fällen an Interessenten der gewerblichen Wirtschaft und an Tagungsveranstalter vermietet werden.

Durch Vermietung dieser Hallen kamen an Miete ein: 1971 3,10, 1972 1,55 und 1973 0,65 Mio DM. Der Rückgang der Mieteinnahmen ist darauf zurückzuführen, daß die Messen seit dem 16. 9. 1971 vorwiegend im neuen Messegelände Stockum stattfanden.

Im alten Messegelände zwischen Ehrenhof und Fischerstraße haben im letzten Berichtsjahr noch folgende Messen und Veranstaltungen stattgefunden:

Tennis-Sport (2×)	Teppich-Ausstellung (Firma Werzberger)
Igedo (5×)	
GDS Europäische Schuhmusterschau (2×)	Möbelmusterung Daimler-Benz
Deschuh (3×)	Berufskundliche Ausstellung
Winterausstellung der bildenden Künstler	Australische Industrie- Fachmesse
Martinslampenschau	Kontinent-Möbel
Schulverkehrsgarten	Österreich-Woche
Verein Deutscher Eisenhüttenleute	Infratest
5. Europ. Briefmarken- sammler-Vereinigung	Deutscher Automatentag

Der Mietpreis betrug unverändert 1,20 DM je qm.

Die Reineinnahmen an Pacht beliefen sich bei ambulanter Bewirtschaftung in den einzelnen Jahren auf 54 647, 19 330, 61 000 DM.

Die Kongreßhalle wurde

1971 für 22 Veranstaltungen genutzt bei 24-tägiger Belegung ca. 60 000 Besucher,

1972 für 19 Veranstaltungen bei 24-tägiger Belegung ca. 49 100 Besucher und

1973 für 15 Veranstaltungen bei 15-tägiger Belegung ca. 42 500 Besucher.

Ferner wurde eine größere Ausnutzung der Messehallen durch die Österreich-Woche erzielt. In 10 Tagen wurden ca. 150 000 Besucher gezählt.

Mit Wirkung vom 1. 7. 1972 ist die Rheinhalle in die Verwaltung des Amtes 80 gegeben worden (vorher war Amt 23 zuständig).

Vom 1. 7. 1972 bis 31. 12. 1972 fanden dort folgende Veranstaltungen statt:

Anzahl		Zeitraum
6	Betriebsfeiern	1. 7. bis Ende 1972
16	Betriebsfeiern	1973
8	Betriebsversammlungen	1. 7. bis Ende 1972
13	Betriebsversammlungen	1973
16	Klassische Konzerte	1. 7. bis Ende 1972
34	Klassische Konzerte	1973
6	Pop-Veranstaltungen	1. 7. bis Ende 1972
19	Pop-Veranstaltungen	1973

2	Tagungen	1. 7. bis Ende 1972
3	Tagungen	1973
18	Sonstige Veranstaltungen	1. 7. bis Ende 1972
67	Sonstige Veranstaltungen	1973

Die Gesamteinnahmen (Netto-Miete) vom 1. 7. bis Ende 1972 betragen 40 744 DM, im Jahre 1973 98 634 DM.

Die Tätigkeit der Abteilung Wirtschaftsförderung war durch drei Faktoren bestimmt:

- Mangel an aufgeschlossenen gewerblichen Grundstücken zu marktkonformen Preisen,
- Mangel an Wohnungen für Arbeitnehmer kleinerer und mittlerer Einkommensgruppen,
- dadurch überdurchschnittliche Eskalation der Einpendlerquote.

Zwangsläufig war damit die Förderung vornehmlich auf kapitalintensive Unternehmungen und Firmen mit intensiver Flächennutzung beschränkt.

Die generelle Tätigkeit der Wirtschaftsförderung war und ist beeinflusst durch zu erwartende Ergebnisse von Strukturanalyse, Prognose und Programmierung des Planungsstabs Stadtentwicklung.

Demzufolge wurden ausschließlich

- eingesessene deutsche Unternehmungen
- ansiedlungswillige Firmen mit Auslandskapital gefördert.

Hier die wichtigsten Ergebnisse:

- Erheblicher Zuwachs bei Neueintragungen nichtdeutscher Firmen
- Bedeutende Kapitalerhöhungen länger ansässiger Auslandsfirmen
- Erhöhung des Auslandskapitalvolumens in Düsseldorf um schätzungsweise 200 Mio DM
- Schwerpunkte bei der Förderung insbesondere des japanischen Wirtschaftszentrums Düsseldorfs
- Anfangserfolge bei der Ansiedlung von Firmen aus dem Comecon-Bereich
- Erfolge auch bei der Ansässigmachung ausländischer offizieller und offiziöser Dienststellen wie
  - Malaysian Investment Center,
  - Portugiesisches Handelsbüro,
  - Staatl. Rumänisches Fremdenverkehrsamt.

Abwanderungsverluste waren nicht zu vermeiden; insbesondere sind zu nennen

- 3M Company sowie
- Wülfing, pharmaz. Fabrik, die nach Neuss abwanderten und
- die Hauptverwaltung Readymix sowie Ingersoll-Rand, die ihren Sitz nach Ratingen verlegten.

Die Wirtschaftswerbung beschränkte sich auf das Ausland, insbesondere USA, Kanada, England und Japan; es wurde keine Industrierwerbung betrieben.

## Amt 81 — Stadtwerke

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 30. November 1972 beschlossen, die als Eigenbetrieb geführten Stadtwerke Düsseldorf gem. § 57 des Umwandlungsgesetzes 1969 in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Der Beschluß hatte folgenden Wortlaut — auszugsweise —: „Um die Voraussetzungen für eine Kooperation mit einem anderen Energieversorgungsunternehmen zu schaffen, beschließt der Rat der Stadt, den Eigenbetrieb Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln.“

Die Gesellschaft wurde am 18. Dezember 1972 mit einem Grundkapital von 160 Mio DM gegründet und am gleichen Tage in das Handelsregister beim Amtsgericht Düsseldorf eingetragen. Als Sacheinlage brachte die Landeshauptstadt Düsseldorf das gesamte Vermögen des bisherigen Eigen-

betriebes „Stadtwerke Düsseldorf“, dem zuvor jedoch das Vermögen der Stadtbäder — mit Ausnahme des Stadtbades Kettwiger Straße — ausgegliedert wurde, mit allen Aktiven und Passiven nach der Umwandlungsbilanz zum 30. Juni 1972 im Werte von rd. 188 Mio DM, davon 160 Mio DM Grundkapital, ein. Die Geschäfte des Eigenbetriebes „Stadtwerke Düsseldorf“ gelten daher handelsrechtlich vom 1. Juli 1972 an als für Rechnung der „Stadtwerke Düsseldorf Aktiengesellschaft“ geführt.

Die Stadtwerke haben für die Zeit vor und nach der Änderung der Rechtsform des Unternehmens einen broschierten Geschäftsbericht für jedes Jahr der Berichtszeit herausgegeben. Da dieser jederzeit für jeden verfügbar ist, kann hier auf eine Berichterstattung verzichtet werden.

## Amt 82 — Städtische Häfen

### Verkehrsentwicklung

Im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergaben sich Einbußen beim Schiffsgüterumschlag und bei den Kranleistungen; dagegen blieben die Beförderungsleistungen der Hafeneisenbahn konstant:

		in 1000 t
Schiffsgüterumschlag	1968/70	2887
	1971/73	2577 = -310 oder -10,7 %
Kranleistungen	1968/70	1503
	1971/73	1276 = -227 oder -15,1 %
Hafeneisenbahnleistungen	1968/70	1909
	1971/73	1910 = + 1 oder + 0,05%

Über die Entwicklung in den einzelnen Jahren der Berichtszeit geben die Zahlenübersichten in den Statistischen Jahrbüchern der Stadt und in den jährlichen Berichten der Städtischen Häfen Düsseldorf Aufschluß.

Die rückläufige Entwicklung beim Schiffsgüterumschlag ist auf die ungünstigen Wasserstände und die Stagnation der Wirtschaft zurückzuführen. Infolge der niedrigen Wasserführung des Rheins war beispielsweise im Jahresdurchschnitt 1972 nur eine 70prozentige Auslastung der Schiffe möglich. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die Jahre 1969/70 des vorangegangenen Vergleichszeitraumes — nach Ablauf der wirtschaftlichen Rezession — Rekordjahre mit den weitaus höchsten Umschlagsziffern der Nachkriegszeit darstellten und daher kaum als realistische Vergleichsgrundlage angesehen werden können. — 1973 stieg der Schiffsgüterumschlag gegenüber 1972 wieder leicht an, und zwar um 2,1%.

Wie beim Schiffsgüterumschlag, so war auch bei den Kranleistungen die Entwicklung rückläufig. Hier kommt hinzu, daß verschiedene Firmen im Hafengebiet ihren Umschlag inzwischen über eigene Sauganlagen abwickeln. Der Kran-

betrieb wurde gestrafft und unrentable Anlagen wurden abgebaut: 10 Kräne der vorhandenen 44 sind außer Betrieb gesetzt worden, woraus sich zwangsläufig eine wirtschaftliche Verbesserung des Kranbetriebes ergab.

Zum Güteraufkommen nach Güterarten haben sich wesentliche Änderungen nicht ergeben. Die Bedeutung des Düsseldorfer Hafens als Versorgungshafen wird durch den hohen Anteil der Zufuhren deutlich, der 70% des Gesamtumschlages ausmachte.

### Wirtschaftliche Entwicklung

Die Ergebnisse der Jahresrechnung fielen sehr unterschiedlich aus. Während das Jahr 1970 noch mit einem relativ geringen Verlustbetrag von 88 000 DM abgeschlossen hatte, wurde für das Jahr 1971 ein Verlust von 806 000 DM ausgewiesen, was hauptsächlich auf Ertragseinbußen beim Werft-, Kran- und Bahnbetrieb sowie auf erhebliche Mehraufwendungen für Baggerungen durch die schon erwähnte langanhaltende Niedrigwasserperiode zurückzuführen ist. Aber auch der Abbau des Nachholbedarfs für die Unterhaltung der Hafeneinrichtungen hat sich auf das Jahresergebnis ausgewirkt.

Das ungünstige Jahresergebnis 1971 war Anlaß, geplante und in Durchführung befindliche Rationalisierungsmaßnahmen verstärkt und beschleunigt fortzuführen. Dazu gehörten der schon erwähnte Abbau alter, unrentabler Kräne, aber auch der Abbau wenig befahrener Gleisstrecken und die Verwendung des hierdurch gewonnenen, noch brauchbaren Altmaterials (Schienen, Schwellen und Weichen) für die Unterhaltung der verbliebenen Gleisstrecken. Der Einsatz eigener Handwerker wurde koordiniert und gestrafft. Bisher an Firmen vergebene Aufträge für Großreparaturen konnten dadurch zum Teil in eigener Regie ausgeführt werden. Änderungen hinsichtlich der Sicherheitsmaßnahmen beim Fahrdienst der Hafeneisenbahn durch Ver-

wendung moderner technischer Einrichtungen hatten personalsparende Wirkung.

Diese Maßnahmen machten es möglich, daß Einstellungen als Ersatz von Dienstkräften, die altersbedingt oder aus sonstigen Gründen ausschieden, weitgehend unterbleiben konnten. Die Zahl der Beschäftigten ging in der Zeit von Ende 1971 bis 31. 12. 1973 um 37 auf 164 Beschäftigte zurück.

Das Ziel, die Eigenwirtschaftlichkeit der Häfen wieder herzustellen, wurde erreicht. Die Jahre 1972 und 1973 schlossen mit Gewinnen von rd. 169 000 DM bzw. 207 000 DM ab.

Ausgelöst durch die gestiegenen Kosten im Personalbereich sowie bei Lieferungen und Leistungen ließen sich Gebührenerhöhungen nicht vermeiden. Folgende Tarife wurden angehoben:

Datum der Anhebung	Gebührenart	Durchschnittl. Erhöhung
1. 1. 71	Leistungsentgelte der Hafensbahn	12,8%
1. 10. 71	Kranleistungsentgelte	10,0%
30. 10. 71	Schleppgebühren	15,0%
1. 1. 72	Grundstücksmieten im Hafengelände	10,4%
19. 4. 72	Hafengelder	20,0%
1. 1. 73	Grundstücksmieten im Hafengelände	7,5%
1. 1. 73	Kranleistungsentgelte	10,0%
1. 5. 73	Leistungsentgelte der Hafensbahn	22,0%
15. 5. 73	Ufergelder — Anhebung von 3 Güterklassen	20,0%
25. 7. 73	Schleppgebühren	5,0%

Investitionen erfolgten im folgenden Umfang:

Anlagenzugänge 1971: rd. 2,65 Mio DM

Die kostspieligsten Investitionen waren die Verbreiterung von 3 Hafensstraßen, die Errichtung einer neuen Stellwerksanlage, die Anschaffung einer neuen Diesellok, der Erwerb eines landeseigenen Grundstückes in Heerdt, der Ausbau des Ufers am Werft Reisholz (1. und 2. Bauabschnitt).

Anlagenzugänge 1972: rd. 5,30 Mio DM

Hierzu zählte die Anschaffung des für Verkehrssicherungszwecke vorgesehenen Motorbootes „Jan-Wellem“, Über-

nahme einer 26 000 qm großen Fläche auf Werft Heerdt von Amt 23 und die Übernahme eines Lagerhauses im Haupthafen.

Anlagenzugänge 1973: rd. 3,65 Mio DM

Hierin sind u. a. enthalten die Errichtung einer Spundwand am Hafensbecken C, Erneuerung eines Kranbahnbalkens und einer Schleifleitung an der Verladebrücke I und Weiterführung des Uferausbaus am Werft Reisholz (Fertigstellung des 3. Bauabschnitts).

Als wesentlicher Anlagenabgang ist die Veräußerung eines ca. 143 000 qm großen Grundstückes auf der Lausward an die Stadtwerke Düsseldorf im Jahre 1972 zu vermerken.

Von den größeren Projekten, die sich im Hafengebiet in der Planung bzw. Durchführung befanden, sind die Errichtung eines 248 m hohen Fernmeldeturmes zwischen Berger- und Zollhafen sowie der Bau einer Mineralöl-Umschlagsanlage für das Kraftwerk Lausward zu nennen.

### Hafensplanung

Die seit langem von Rat, Wirtschaft und Öffentlichkeit diskutierte Frage über die künftige Gestaltung der Düsseldorfer Häfen war am Ende der Berichtszeit noch Gegenstand von Beratungen der zuständigen Gremien. Ein Anfang 1973 in Auftrag gegebenes Gutachten hierüber, das seit Dezember 1973 vorliegt, sieht verschiedene Lösungsmöglichkeiten vor.

Zu erwarten ist eine Verkleinerung des Hafengebietes für städtebauliche Zwecke im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes. Diese Verkleinerung der Hafensfläche wird eine Straffung der Uferausnutzung und eine Bereitstellung der verbleibenden Umschlagstellen nur für Firmen mit überwiegend wasser- oder bahnorientierter Verladung zur Folge haben.

Nach langer Zeit der Ungewißheit zeichnet sich für die Hafenswirtschaft eine klarere Zukunft ab. Dies ist sowohl im Interesse einer dauerhaften Konsolidierung des Hafens erforderlich — dessen Notwendigkeit und Bedeutung übrigens für den Düsseldorfer Wirtschaftsraum unbestritten ist — als auch im Interesse der Hafensbenutzer, die dann nach einer Zeit der Unsicherheit wieder langfristige Dispositionen, vor allem, was nötige Investitionen anbelangt, treffen können.

## Amt 84 — U-Bahn-Amt

Mit Beschluß des Rates vom 16. 9. 1971 erklärte die Stadt Düsseldorf ihre Mitgliedschaft zur Stadtbahn-Gesellschaft Rhein-Ruhr mbH, der formell in der Gesellschafterversammlung am 3. 5. 1972 vollzogen wurde. Mit der Mitgliedschaft zu dieser Gesellschaft hat die Stadt Düsseldorf Teile ihres U-Bahn-Netzes in das Verkehrssystem der Stadtbahn eingebracht, das zwischen Dortmund und Düsseldorf regionale

Verkehrsaufgaben übernehmen soll. Die Konzeption der Planung sieht neben Stadtbahnstrecken auch kommunale Ergänzungsstrecken vor.

Aufgrund von Vorstellungen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Nordrhein-Westfalen wurden von der Stadt Düsseldorf im September 1970 parallel zu den Planungsarbeiten an der Südstrecke der U-Bahn (zwischen

Benrath und Wehrhahn) auch die Planungsarbeiten für die Nordstrecke (zwischen Hauptbahnhof und Kaiserswerth) aufgenommen.

Im Stufenplan des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr NW, der drei Vorrangigkeitsstufen enthält, wurde die Südstrecke zwischen Heinrich-Heine-Allee und Benrath und die Nordstrecke zwischen Kaiserswerth über Heinrich-Heine-Allee bis zum Hauptbahnhof in die 1. Stufe, die Weststrecke zwischen Oberkassel und Heinrich-Heine-Allee in die 2. Stufe aufgenommen. Im Mai 1971 hat die Stadt Düsseldorf die Aufnahme des Streckenabschnittes zwischen Heinrich-Heine-Allee und Wehrhahn in den Stufenplan des Landes beantragt.

Am 29. 10. 1971 wurden für das Baulos 6 S im Zuge der Witzelstraße und für das Baulos 3 N im Zuge der Fischerstraße die ersten Anträge auf Bundesfinanzhilfen und ergänzende Landesmittel beim Zuschußgeber eingereicht.

Die Entscheidung des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr NW vom 25. 2. 1972, mit dem Stadtbahnbau

in Düsseldorf zunächst im innerstädtischen Teil der Nordstrecke zu beginnen, veranlaßte die Stadt Düsseldorf, die Planungsarbeit an der Südstrecke zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen und dafür den Schwerpunkt der Planung auf den Streckenabschnitt Heinrich-Heine-Allee bis Hauptbahnhof der Nordstrecke zu konzentrieren.

Am 5. 10. 1972 erhielt die Stadt Düsseldorf vom Bundesminister für Verkehr die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn für das Baulos 3 N in der Fischerstraße.

Unter großer Beteiligung der Bevölkerung fand am 24. 3. 1973 in Anwesenheit des Bundes- und des Landesverkehrsministers in der Fischerstraße der festliche „Erste Spatenstich“ statt. Aus diesem Anlaß wurde ein bebildeter Prospekt

„D“sseldorf  
ohne U geht's nicht“

an alle Düsseldorfer Haushaltungen verteilt, um die Bevölkerung über das bisher größte Bauprojekt Düsseldorf zu informieren.

#### Unregelmäßig erscheinende Veröffentlichungen

„Statistische Informationen... über die Entwicklung der Bevölkerung in Düsseldorf...“ (Veröffentlichung der Statistischen Abteilung der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf, 1972)

„Entwicklungsbericht der Stadt Düsseldorf...“ (Veröffentlichung der Statistischen Abteilung der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf, 1973)

Die Hauptergebnisse der Bevölkerungsentwicklung in Düsseldorf... (Veröffentlichung der Statistischen Abteilung der Stadt Düsseldorf, Düsseldorf, 1974)

#### Sonderveröffentlichungen

„Verkehr, Service und Arbeitsverhältnisse Düsseldorf 1968“  
- Ergebnisse für Düsseldorf -  
Einführungsgeschichte: Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft für die Statistik der Stadt Düsseldorf (1962, 1968 und 1974)

„Gebäude- und Wohnungswirtschaft 1968“  
Tabellenwerk zur Entwicklung der Wohnungswirtschaft in Düsseldorf

„Struktur der Industrie und Gewerbe in Düsseldorf nach Wirtschaftszweigen“  
Tabellenwerk zu 17 Branchen der Industrie und Gewerbe in Düsseldorf

„Strukturdaten“ Teil 1 - Industrie, Wohnungswirtschaft, Handel  
Großräumige Zusammenfassung der Daten zur Industrie- und Wohnungswirtschaft 1968 und 1970

„Innerstädtische Gliederung der Verkehrsstruktur Düsseldorf zum Beispiel der Volkswirtschaft 1970“  
(Darstellung der innerstädtischen Gliederung der Verkehrsstruktur)

- a) Blockstruktur mit 4 Zonen
- b) Straßenstruktur mit Blockstruktur mit 7 Zonen
- c) Kartogramm mit 20 Zonen 1968



# ANHANG

## Veröffentlichungen des Statistischen Amtes

bis Ende Oktober 1974

### Periodische Veröffentlichungen

**„Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Düsseldorf“** (Jährlich erscheinendes Nachschlagewerk über alle Sachgebiete)

Bezeichnung von 1901 bis 1950: Jahresbericht des Statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf

Die erste Ausgabe betraf das Jahr 1901, die letzte — als **72. Jahrgang** — behandelt das Jahr 1972

**„Düsseldorf in Zahlen“** (seit 1970 vierteljährliche Veröffentlichung — 12 Seiten — mit aktuellen Daten aus wichtigen Bereichen im Zeitvergleich)

Bezeichnung von 1902 bis 1920: Statistische Monatsberichte der Stadt Düsseldorf

von 1921 bis 1932: Statistische Monats- und Vierteljahresberichte der Stadt Düsseldorf

von 1933 bis 1939: Statistische Monatsberichte — von April 1933 bis März 1935 nicht herausgegeben —

von 1946 bis 1969: Düsseldorf in Zahlen, Monatliche Mitteilungen des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt

ab 1970: Düsseldorf in Zahlen, Vierteljährliche Mitteilungen des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt

**„Landeshauptstadt Düsseldorf in Zahlen“**

(Kleinformatiger Faltkarton mit wissenswerten Angaben für Besucher, in deutscher und in englischer Sprache; erscheint im Abstand von 1 bis 2 Jahren)

**„Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Düsseldorf“** (gedruckter Tätigkeitsbericht der Verwaltung, vom Bericht für die Zeit von 1965 bis 1967 ab in dreijähriger Folge. Die letzte Ausgabe behandelt den Zeitraum 1971 — 1973. Für welche Jahre bzw. Zeiträume und unter welcher Bezeichnung die Berichte ab 1851 herausgegeben worden sind, informiert die Übersicht am Schluß des Verzeichnisses.)

### Unregelmäßig erscheinende Veröffentlichungen

**„Statistische Informationen“**, (Organ des Statistischen Amtes zur Veröffentlichung ausgewählter aktueller Ergebnisse aus den verschiedensten Gebieten der amtlichen Statistik — Text, Tabellen, Grafiken)

Nach Sachgebieten geordnet sind die herausgegebenen Statistischen Informationen im einzelnen auf den folgenden Seiten aufgeführt

**„Beiträge zur Statistik und Stadtforschung“** (eine Schrift, in der jeweils ein Thema ausführlich behandelt wird)

Bezeichnung der Hefte 1 bis 10: Mitteilungen zur Statistik der Stadt Düsseldorf

11 bis 16: Beiträge zur Statistik in Einzeldarstellungen

17 ff.: Beiträge zur Statistik und Stadtforschung

Die herausgegebenen Hefte sind in numerischer Ordnung, ferner auch nach Sachgebieten gegliedert, auf den folgenden Seiten verzeichnet

### Sonderveröffentlichungen

**„Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung (Zensus) 1961“**

— Ergebnisse für Düsseldorf —

(Zusammengefaßte Veröffentlichung der Anhangteile „Zensus 1961“ der Statistischen Jahrbücher 1962, 1963 und 1964)

**„Gebäude- und Wohnungszählung 1968“**

Tabellenband mit den Ergebnissen für Düsseldorf, 183 Seiten

**„Struktur der Häuser und Haushalte in Düsseldorf nach Baublöcken“**

Tabellenwerk in 10 Bänden mit Ergebnissen aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968

**„Strukturatlas“ Teil 1: Häuser, Wohnungen, Haushalte**

Großformatiger Kartenband mit den Ergebnissen für Baublöcke aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 auf 120 Karten  
1 : 20 000

**„Innergebietliche Gliederung der Landeshauptstadt Düsseldorf zum Stande der Volkszählung 1970“**

(Darstellung der kleinräumigen Gliederung des Stadtgebiets)

a) Blockverzeichnis in 4 Bänden

b) Straßenverzeichnis zum Blockverzeichnis in 8 Bänden

c) Kartenband mit 59 Karten 1 : 5000

„Die Pendelwanderung in Düsseldorf nach Stadtteilen sowie Auspendler der Umlandgemeinden“  
– Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. 5. 1970 –

„Die Einwohner von Düsseldorf-Garath“  
– Ergebnisse der Repräsentativ-Befragung vom Januar 1971 –

„Sonderreihe Wahlen“

Vorbericht zur Landtagswahl 1962	Herausgabe: Januar 1962
Die Landtagswahlergebnisse 1962 in Düsseldorf, umgerechnet auf die Kommunalwahlbezirke, aufgegliedert nach Stimmbezirken	Juli 1963
Vorbericht zur Bundestagswahl 1965	Dezember 1964
Vorbericht zur Landtagswahl 1966	Dezember 1965
Vorbericht zur Bundestagswahl 1969	Juni 1969
Vorbericht zur Landtagswahl 1970	Februar 1970
Zur bevorstehenden Bundestagswahl 1972	Juli 1972
So wählten Düsseldorfs Männer und Frauen bei der Bundestagswahl 1972	Juni 1973

Die in den „Beiträgen zur Statistik und Stadtforschung“ behandelten Themen

- Heft 1 Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung im Winter 1901/02 in Düsseldorf
- Heft 2 Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905
- Heft 3 Industrie und Handelsgewerbe in Düsseldorf nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907
- Heft 4 Die Nichteinheimischen in Düsseldorf nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905
- Heft 5 19 städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik (Herausgabe 1909)
- Heft 6 Die städtische Sparkasse in Düsseldorf mit Sammelkasse und Alterssparkasse 1850 bis 1908
- Heft 7 Das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf 1900 bis 1910 – Ein Jahrzehntbericht –
- Heft 8 Die Grundbesitz- und Wohnungsverhältnisse in Düsseldorf und ihre Entwicklung seit 1903
- Heft 9 Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 26. April 1925
- Heft 10 Von der Düsseldorfer Wirtschaft und ihren Beziehungen zur deutschen Volkswirtschaft (Herausgabe 1927)
- Heft 11 Die Struktur der Parteierfolge im Stadtkreis Düsseldorf bei den Bundestagswahlen vom 14. August 1949
- Heft 12 Über den Aussagewert der Straßenverkehrsunfallstatistik, unter Berücksichtigung der jahreszeitlichen Schwankungen (Herausgabe 1950)
- Heft 13 Bereinigte Häufigkeiten von Krebs als Todesursache (Herausgabe 1954)
- Heft 14 Kurze Soziographie Düsseldorfs (Herausgabe 1955)
- Heft 15 Die Wohnungssituation in Düsseldorf – Ergebnisse der Wohnungszählung 1956 und Wohnungsdefizit-Berechnung mit Rückblick und Ausblick –
- Heft 16 Die Entwicklung der von der Stadt Düsseldorf erhobenen Gebühren sowie sonstigen Abgaben und Entgelte (Herausgabe 1962)
- Heft 17 Die Wohnungssituation in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 –
- Heft 18 Die Wohnungssituation der Ausländer in Düsseldorf – Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 –
- Heft 19 Die Wohnungsmieten in Düsseldorf und andere Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968
- Heft 20 Die Einwohner in Düsseldorf 1970–1980 (Herausgabe Juli 1972)
- Heft 21 Anwendungsbeispiele aus einem Planungs-Informationssystem (Herausgabe 1973)
- Heft 22 Die Struktur der Düsseldorfer Wirtschaft unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970

Die „Statistischen Informationen“ (Abk.: „Informationen“), die „Beiträge zur Statistik . . .“ (Abk.: „Beiträge“) sowie die Sonderveröffentlichungen, geordnet nach Sachgebieten

Meteorologisches und Geographisches	Herausgabe:
Das Wetter im Jahre 1957 (Nr. 20 der Informationen)	Januar 1958
Das Winterwetter 1957/58 in Düsseldorf (Nr. 25 der Informationen)	März 1958
Das Wetter des Jahres 1958 (Nr. 31 der Informationen)	Januar 1959
Das Sommerwetter 1959 in Düsseldorf (Nr. 39 der Informationen)	September 1959
Das Wetter des Jahres 1959 in Düsseldorf (Nr. 43 der Informationen)	Januar 1960
Das Stadtgebiet Düsseldorf nach Größe, Nutzung und Einwohnerdichte (Nr. 49 der Informationen)	Juni 1960
Das Sommerwetter 1960 in Düsseldorf (Nr. 53 der Informationen)	September 1960
Das Wetter des Jahres 1960 in Düsseldorf (Nr. 56 der Informationen)	Januar 1961
1. Einwohnerzahlen der Stadtteile 1939/1961; 2. Zur bezirklichen Neugliederung des Stadtgebietes (Nr. 60 der Informationen)	März 1961

Das Wetter des Jahres 1961 in Düsseldorf (Nr. 65 der Informationen)  
 Die Witterungsentwicklung seit 1950 und das Wetter des Jahres 1962 in Düsseldorf  
 (Nr. 74 der Informationen)  
 Das Winterwetter 1962/63 in Düsseldorf (Nr. 78 der Informationen)  
 Das Wetter des Jahres 1963 in Düsseldorf (Nr. 90 der Informationen)  
 Das Sommerwetter 1964 in Düsseldorf (Nr. 101 der Informationen)

Herausgabe:  
 Januar 1962  
 Januar 1963  
 März 1963  
 Januar 1964  
 September 1964

### Stand und Bewegung der Bevölkerung

Die Nichteinheimischen in Düsseldorf (mit fremder Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Heimat oder Herkunft) nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 (Nr. 4 der Beiträge) August 1908  
 Die ortsgeborenen Düsseldorfer (Nr. 1 der Informationen) Januar 1956  
 Rückgang der Bevölkerungszunahme in Düsseldorf? (Nr. 7 der Informationen) November 1956  
 Die Bevölkerungszunahme in Düsseldorf im 1. Halbjahr 1957 (Nr. 14 der Informationen) Juli 1957  
 Zur Düsseldorfer Bevölkerungsstatistik 1957 (Nr. 19 der Informationen) Januar 1958  
 Geburt und Tod 1957 / Die Opfer der Straßenverkehrsunfälle 1957 / Die Bevölkerung im Januar 1958 (Nr. 23 der Informationen) Februar 1958  
 Die Düsseldorfer Bevölkerung 1958 (Nr. 30 der Informationen) Dezember 1958  
 Die Wanderungsbewegung zwischen Düsseldorf und dem Regierungsbezirk im Jahre 1958 (Nr. 36 der Informationen) April 1959  
 Zur Entwicklung der Einwohnerzahl der Stadt Düsseldorf (Nr. 47 der Informationen) Mai 1960  
 Das Stadtgebiet Düsseldorf nach Größe, Nutzung und Einwohnerdichte (Nr. 49 der Informationen) Juni 1960  
 1. Einwohnerzahlen der Stadtteile 1939/1961; 2. Zur bezirklichen Neugliederung des Stadtgebietes (Nr. 60 der Informationen) März 1961  
 Die Entwicklung der Wanderungsbewegung von 1958 bis 1960 (Nr. 61 der Informationen) März 1961  
 Zur Düsseldorfer Bevölkerungsstatistik 1962 (Nr. 75 der Informationen) Januar 1963  
 Die Entwicklung der Wanderungsbewegung zwischen Düsseldorf und dem übrigen Regierungsbezirk (Nr. 81 der Informationen) Mai 1963  
 Die Haushaltungen in Düsseldorf nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 (Nr. 82 der Informationen) Mai 1963  
 Die Einwohnerzahl der Stadt Düsseldorf und ihrer Bezirke von den Anfängen bis zur Gegenwart (Nr. 86 der Informationen) September 1963  
 Die Wohnbevölkerung Düsseldorfs nach Alter, Geschlecht und Konfession (Nr. 87 der Informationen) November 1963  
 Die Wohnbevölkerung Düsseldorfs nach ihrem Lebensunterhalt (Nr. 91 der Informationen) Februar 1964  
 Die Entwicklung des Bevölkerungsstandes im Jahre 1963 (Nr. 92 der Informationen) Februar 1964  
 Die in Düsseldorf wohnhaften Ausländer (Nr. 99 der Informationen) April 1964  
 Die Haushaltungen in Düsseldorf (Nr. 105 der Informationen) Februar 1965  
 Zahl der Ausländer in Düsseldorf (Nr. 106 der Informationen) Februar 1965  
 Aus der Bevölkerungsbilanz der Stadt Düsseldorf 1964 (Nr. 107 der Informationen) Februar 1965  
 Die Ausländer in Düsseldorf 1966 (Nr. 130 der Informationen) Februar 1967  
 Zur Entwicklung der Düsseldorfer Einwohnerzahl (Nr. 138 der Informationen) Februar 1968  
 Geburten und Geburtenüberschuß in Düsseldorf — Entwicklung seit 1958 (Nr. 147 der Informationen) Dezember 1969  
 Die Einwohner von Düsseldorf-Garath im Jahre 1968 (Nr. 148 der Informationen) Februar 1970  
 Zur Düsseldorfer Bevölkerungsstatistik 1970 (Nr. 150 der Informationen) März 1971  
 Die Einwohner von Düsseldorf-Garath; Befragung Januar 1971 (Sonderveröffentlichung) April 1971  
 Die Entwicklung der Düsseldorfer Bevölkerung im ersten Halbjahr 1971 (Nr. 153 der Informationen) August 1971  
 Erste Ergebnisse der Volkszählung 1970 für die Landeshauptstadt Düsseldorf (Nr. 159 der Informationen) November 1971  
 Die Düsseldorfer Bevölkerung im Jahre 1971 (Nr. 160 der Informationen) Februar 1972  
 Erste Düsseldorfer Stadtbezirksergebnisse der Volkszählung 1970 (Nr. 163 der Informationen) April 1972  
 Die Einwohner in Düsseldorf 1970–1980 (Nr. 20 der Beiträge) Juli 1972  
 Die Düsseldorfer Ein- und Auspendler — Erste Ergebnisse der Volkszählung 1970 über die Pendelwanderung (Nr. 167 der Informationen) September 1972  
 Die Düsseldorfer Bevölkerung im Jahre 1972 (Nr. 170 der Informationen) Mai 1973  
 Prognose der Erwerbspersonen in Düsseldorf 1970–1985 (Nr. 171 der Informationen) Juli 1973  
 Die Düsseldorfer Pendler nach Stadtteilen (Nr. 176 der Informationen) April 1974  
 Einwohnerentwicklung in Düsseldorf und Umland 1970–1973 (Nr. 177 der Informationen) Mai 1974  
 Pendlerverflechtungen im Raum Düsseldorf-Neuss (Nr. 179 der Informationen) Juli 1974  
 Die Pendelwanderung in Düsseldorf nach Stadtteilen sowie Auspendler der Umlandgemeinden, Stand 27. 5. 1970 (Sonderveröffentlichung) Juli 1974  
 Die Düsseldorfer Bevölkerungsprognose und tatsächliche Entwicklung 1970–1974 (Nr. 181 Informationen) August 1974  
 Die Bevölkerung im Jahre 1973 im Vergleich zu den beiden Vorjahren (Nr. 182 der Informationen) August 1974

<b>Gerichtliche Ehelösungen</b>	Herausgabe:
Gerichtliche Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 12 der Informationen)	Mai 1957
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 40 der Informationen)	Oktober 1959
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf in den letzten 5 Jahren (Nr. 85 der Informationen)	August 1963
Ehescheidungen in Düsseldorf (Nr. 193 der Informationen)	November 1973
<b>Gesundheits- und Sozialwesen</b>	
Bereinigte Häufigkeiten von Krebs als Todesursache (Nr. 13 der Beiträge)	September 1954
Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchungen der Schulneulinge 1964 (Nr. 111 der Informationen)	Mai 1965
Obdachlose in Düsseldorf (Nr. 166 der Informationen)	September 1972
<b>Krankenhäuser</b>	
19 städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik (Nr. 5 der Beiträge)	Oktober 1909
Die Krankenhausversorgung der Düsseldorfer Bevölkerung (Nr. 6 der Informationen)	September 1956
Die Entwicklung der Krankenhausversorgung in Düsseldorf (Nr. 50 der Informationen)	Juni 1960
<b>Sport</b>	
Die Turn- und Sportanlagen in Düsseldorf (Nr. 140 der Informationen)	Mai 1968
<b>Eisenbahnverkehr</b>	
Die Eisenbahnverbindungen Düsseldorfs nach dem Winterfahrplan 1959/60 (Nr. 42 der Informationen)	Dezember 1959
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln — Ergebnisse der Volkszählung 1961 — (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Auto im Reisezug (Nr. 126 der Informationen)	Dezember 1966
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
<b>Städtische Häfen</b>	
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Die Entwicklung des Güterumschlages und des Schiffsverkehrs in den Düsseldorfer Häfen (Nr. 68 der Informationen)	Februar 1962
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
<b>Rheinische Bahngesellschaft AG</b>	
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln — Ergebnisse der Volkszählung 1961 — (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
<b>Luftverkehr</b>	
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Über den Flugverkehr auf dem Flughafen Düsseldorf (Nr. 77 der Informationen)	März 1963
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
<b>Straßenverkehr</b>	
Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes (Nr. 29 der Informationen)	November 1958
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1954 (Nr. 51 der Informationen)	August 1960
Der Kraftfahrzeugverkehr über die Düsseldorfer Rheinbrücken (Nr. 54 der Informationen)	Oktober 1960
Kraftfahrzeugbestand in Düsseldorf — ohne Kfz der Bundesbahn und Bundespost — (Nr. 55 der Informationen)	Oktober 1960
Der Kraftfahrzeugverkehr über die Düsseldorfer Rheinbrücken (Nr. 84 der Informationen)	August 1963
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf 1960 bis 1963 (Nr. 93 der Informationen)	März 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln — Ergebnisse der Volkszählung 1961 — (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Der täglich in das Stadtgebiet Düsseldorf und in bestimmte Gebiete der Innenstadt einströmende Kraftfahrzeugverkehr (Nr. 113 der Informationen)	Juli 1965
Über das Düsseldorfer Straßennetz (Nr. 123 der Informationen)	September 1966
Wie viele Kraftfahrzeuge können in Düsseldorf parken? (Nr. 124 der Informationen)	November 1966

Der in das Stadtgebiet Düsseldorf und in bestimmte Gebiete der Innenstadt einströmende Kraftfahrzeugverkehr (Nr. 139 der Informationen)	Herausgabe: April 1968
Verkehrsentwicklung in Düsseldorf seit 1963 (Nr. 145 der Informationen)	Oktober 1969
Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Düsseldorf seit 1928 (Nr. 155 der Informationen)	September 1971
Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes in Düsseldorf (Nr. 178 der Informationen)	Juni 1974
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>	
Über den Aussagewert der Straßenverkehrsunfallstatistik, unter besonderer Berücksichtigung der jahreszeitlichen Schwankungen (Nr. 12 der Beiträge)	November 1950
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf (Nr. 4 der Informationen)	März 1956
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf (Nr. 21 der Informationen)	Februar 1958
Geburt und Tod 1957 / Die Opfer der Straßenverkehrsunfälle 1957 / Die Bevölkerung im Januar 1958 (Nr. 23 der Informationen)	Februar 1958
Straßenverkehrsunfälle und Unfallopfer in Düsseldorf 1958 (Nr. 32 der Informationen)	Januar 1959
Bilanz der Straßenverkehrsunfälle 1959 in Düsseldorf (Nr. 44 der Informationen)	Januar 1960
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf (Nr. 57 der Informationen)	Januar 1961
Die Straßenverkehrsunfälle in den letzten 3 Jahren (Nr. 66 der Informationen)	Januar 1962
Die Beteiligung der Fußgänger an Straßenverkehrsunfällen in Düsseldorf, bei denen Personen zu Schaden kamen (Nr. 100 der Informationen)	Juni 1964
Gemeinsam mit der Kreispolizeibehörde Düsseldorf bearbeitete Sondernummern der „Statistischen Informationen“:	
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf und polizeiliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung	Februar 1965
Straßenverkehrsunfälle in Düsseldorf und polizeiliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung	Februar 1966
Über die alkoholbedingten Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden (Nr. 117 der Informationen)	Februar 1966
Alkoholeinwirkung als Ursache von Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden (Nr. 128 der Informationen)	Januar 1967
<b>Fremdenverkehr</b>	
Fremdenverkehr 1955 (Nr. 2 der Informationen)	Januar 1956
Düsseldorfer Fremdenverkehr 1957 (Nr. 24 der Informationen)	März 1958
Düsseldorfs Fremdenverkehr 1958 (Nr. 33 der Informationen)	Januar 1959
Düsseldorfer Fremdenverkehr 1961 (Nr. 67 der Informationen)	Januar 1962
Düsseldorfs Fremdenverkehr 1965 (Nr. 116 der Informationen)	Januar 1966
<b>Wirtschaft und Sozialprodukt</b>	
Von der Düsseldorfer Wirtschaft und ihren Beziehungen zur deutschen Volkswirtschaft (Nr. 10 der Beiträge)	November 1927
Das Sozialprodukt der Stadt Düsseldorf (Nr. 104 der Informationen)	Januar 1965
Das Sozialprodukt der Stadt Düsseldorf (Nr. 127 der Informationen)	Dezember 1966
Das Düsseldorfer Sozialprodukt 1964 – 1966 (Nr. 135 der Informationen)	September 1967
Das Düsseldorfer Bruttoinlandsprodukt („Sozialprodukt“) 1964 – 1967 (Nr. 141 der Informationen)	Januar 1969
Das Düsseldorfer Bruttoinlandsprodukt 1967 – 1969 (Nr. 152 der Informationen)	April 1971
Die regionale Verteilung der Arbeitsstätten und der Arbeitsplätze in Düsseldorf (Nr. 164 der Informationen)	Juni 1972
Düsseldorf und sein Umland – Arbeitsstätten und Beschäftigte – (Nr. 165 der Informationen)	August 1972
Die Struktur der Düsseldorfer Wirtschaft unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970 (Nr. 22 der Beiträge)	März 1973
Prognose der Erwerbspersonen in Düsseldorf 1970–1985 (Nr. 171 der Informationen)	Juli 1973
Der Dienstleistungssektor in Düsseldorf – Eine Sonderuntersuchung zur Arbeitsstättenzählung 1970 – (Nr. 172 der Informationen)	Juli 1973
<b>Preise und Lebenshaltungskosten</b>	
Lebenshaltungskosten und Preise (Nr. 34 der Informationen)	Februar 1959
Die Entwicklung von Lebenshaltungskosten und Preisen (Nr. 80 der Informationen)	April 1963
<b>Industrie, Bauhauptgewerbe, Handwerk</b>	
Industrie und Handelsgewerbe in Düsseldorf nach der Betriebszählung vom 12. Juni 1907 (Nr. 3 der Beiträge)	März 1908
Über die Düsseldorfer Industrie (Nr. 11 der Informationen)	April 1957

	<b>Herausgabe:</b>
Das Handwerk in Düsseldorf (Nr. 18 der Informationen)	November 1957
Die Industrie von 1951 bis 1958 (Nr. 37 der Informationen)	Mai 1959
Die Gewerbebetriebe im Stadtkreis Düsseldorf und ihre räumliche Verteilung (Nr. 45 der Informationen)	Februar 1960
Die Industrie in Düsseldorf von 1951 bis 1961 (Nr. 71 der Informationen)	Oktober 1962
Das Bauhauptgewerbe in Düsseldorf (Nr. 89 der Informationen)	Dezember 1963
Das Handwerk in Düsseldorf (Nr. 110 der Informationen)	April 1965
Industrie-Investitionen 1965 und 1966 in Düsseldorf (Nr. 142 der Informationen)	Februar 1969
Die Düsseldorfer Industrie 1961 – 1968 (Nr. 143 der Informationen)	Juni 1969
Struktur und Entwicklung des Düsseldorfer Handwerks — Ein Vergleich des Jahres 1970 mit 1960 — (Nr. 154 der Informationen)	August 1971
 <b>Arbeitsmarkt</b>	
Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung im Winter 1901/02 in Düsseldorf (Nr. 1 der Beiträge)	Oktober 1902
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 (Nr. 88 der Informationen)	November 1963
Die Stadt Düsseldorf als Arbeitsplatz (Nr. 96 der Informationen)	April 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach Wohnsitz- bzw. Zielgemeinden — Ergebnisse der Volkszählung 1961 — (Nr. 97 der Informationen)	April 1964
Die Ein- und Auspendler Düsseldorfs nach den benutzten Verkehrsmitteln — Ergebnisse der Volkszählung 1961 — (Nr. 98 der Informationen)	April 1964
Arbeitsstätten und Beschäftigte in Düsseldorf — Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 — (Nr. 161 der Informationen)	März 1972
Die regionale Verteilung der Arbeitsstätten und der Arbeitsplätze in Düsseldorf — Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 nach Stadtbezirken im Vergleich zu 1961 — (Nr. 164 der Informationen)	Juni 1972
Düsseldorf und sein Umland, Arbeitsstätten und Beschäftigte — Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 — (Nr. 165 der Informationen)	August 1972
Die Düsseldorfer Ein- und Auspendler — Ergebnisse der Volkszählung 1970 — (Nr. 167 der Informationen)	September 1972
Prognose der Erwerbspersonen in Düsseldorf 1970–1985 (Nr. 171 der Informationen)	Juli 1973
Der Dienstleistungssektor in Düsseldorf — Eine Sonderuntersuchung zur Arbeitsstättenzählung 1970 — (Nr. 172 der Informationen)	Juli 1973
Die Düsseldorfer Pendler nach Stadtteilen (Nr. 176 der Informationen)	April 1974
Pendlerverflechtungen im Raum Düsseldorf-Neuss (Nr. 179 der Informationen)	Juli 1974
Die Pendelwanderung in Düsseldorf nach Stadtteilen sowie Auspendler der Umlandgemeinden, Stand 27. 5. 1970 (Sonderveröffentlichung)	Juli 1974
 <b>Geld- und Kreditwesen</b>	
Die städtische Sparkasse in Düsseldorf mit Sammelkasse und Alterssparkasse 1850 bis 1908 (Nr. 6 der Beiträge)	Oktober 1909
 <b>Bau- und Wohnungswesen, Grundbesitz</b>	
Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 (Nr. 2 der Beiträge)	Juli 1907
Die Grundbesitz- und Wohnungsverhältnisse in Düsseldorf und ihre Entwicklung seit 1903 (Nr. 8 der Beiträge)	Juli 1912
Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 26. April 1925 (Nr. 9 der Beiträge)	April 1926
Die Wohnungssituation in Düsseldorf (Nr. 15 der Beiträge)	Februar 1958
Die Entwicklung der Wohnraumsituation in Düsseldorf (Nr. 3 der Informationen)	Februar 1956
Der Grundeigentumswechsel im Stadtkreis Düsseldorf von der Währungsreform bis zum Jahresende 1955 (Nr. 5 der Informationen)	Juni 1956
Erste Ergebnisse der Wohnungszählung 1956 für den Stadtkreis Düsseldorf (Nr. 15 der Informationen)	August 1957
Sozialer Wohnungsbau und sonstiger Wohnungsbau in Düsseldorf 1955 und 1956 (Nr. 17 der Informationen)	September 1957
Wissenswertes über den sozialen Wohnungsbau in Düsseldorf 1955 bis 1957 (Nr. 28 der Informationen)	August 1958
Die Wohnungssituation in Düsseldorf Ende 1958 (Nr. 35 der Informationen)	Februar 1959
Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaues in Düsseldorf 1955 bis 1959 (Nr. 48 der Informationen)	Juni 1960
Die Wohnsituation in Düsseldorf Ende 1960 — Rechnerisches Wohnungsdefizit und Vergleich mit der Dringlichkeitskartei des Wohnungsamtes — (Nr. 59 der Informationen)	Februar 1961
Sozialer Wohnungsbau in Düsseldorf 1958 bis 1960 (Nr. 62 der Informationen)	Juni 1961
Bewohnte Gebäude und Wohnungen in Düsseldorf (Nr. 76 der Informationen)	Januar 1963
Bewohnte Gebäude und Wohnungen in Düsseldorf (Nr. 79 der Informationen)	April 1963

	Herausgabe:
Der soziale Wohnungsbau in Düsseldorf in den letzten 5 Jahren (Nr. 83 der Informationen)	Juli 1963
Die Hochbautätigkeit in Düsseldorf seit 1950 (Nr. 95 der Informationen)	April 1964
Wohnungsbau und Wohnungsbestand in Düsseldorf (Nr. 109 der Informationen)	März 1965
Gebäudezugang und -bestand 1964 (Nr. 112 der Informationen)	Mai 1965
Betrachtungen zur Wohnsituation in Düsseldorf (Nr. 119 der Informationen)	April 1966
Wissenswertes über den Sozialen Wohnungsbau in den letzten Jahren (Nr. 120 der Informationen)	April 1966
Bautätigkeit in Düsseldorf — Gewonnene Wohn- bzw. Nutzfläche — (Nr. 121 der Informationen)	Juli 1966
Neues zur Wohnungsstatistik (Nr. 125 der Informationen)	Dezember 1966
Wohnungsbau und Wohnungsbestand in Düsseldorf (Nr. 129 der Informationen)	Februar 1967
Mietwohnungen nach Baualter und Ausstattung und das Mietgefüge in Düsseldorf im September 1965 (Nr. 133 der Informationen)	April 1967
Wohngeld und Wohngeldempfänger in Düsseldorf (Nr. 134 der Informationen)	August 1967
Das Baualter der Wohnungen in Düsseldorf (Nr. 136 der Informationen)	Oktober 1967
Erste vorläufige Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Nr. 144 der Informationen)	September 1969
Wohngeld und Wohngeldempfänger in Düsseldorf (Nr. 146 der Informationen)	Dezember 1969
Die Wohnungssituation in Düsseldorf — Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 — (Nr. 17 der Beiträge)	September 1970
Struktur der Häuser und Haushalte in Düsseldorf nach Baublöcken (Sonderveröffentlichung — 10 Bände —)	November 1970
Wohngeld sichert familiengerechtes Wohnen (Nr. 149 der Informationen)	Februar 1971
Die Wohnungssituation der Ausländer in Düsseldorf — Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Nr. 18 der Beiträge)	März 1971
Junge Familien und ihre Wohnungssituation (Nr. 156 der Informationen)	Oktober 1971
Ältere Mitbürger und ihre Wohnungssituation in Düsseldorf — Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 — (Nr. 157 der Informationen)	Oktober 1971
Strukturatlas Teil 1: Häuser, Wohnungen, Haushalte (Sonderveröffentlichung)	Oktober 1971
Kinderreiche Familien und ihre Wohnungssituation in Düsseldorf — Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Nr. 158 der Informationen)	November 1971
Die Wohnungsmieten in Düsseldorf — Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Oktober 1968 (Nr. 19 der Beiträge)	Februar 1972
Wohnungsbedarf und Wohnungsgemeinde in Düsseldorf — Versuch einer Vorausschau bis 1980 (Nr. 168 der Informationen)	Februar 1973
Die Bautätigkeit in Düsseldorf im Jahre 1972 (Nr. 169 der Informationen)	April 1973
Gebäude- und Wohnungszählung 1968 (Sonderveröffentlichung)	Juli 1973
Der soziale Wohnungsbau in Düsseldorf von 1965 bis 1972 (Nr. 174 der Informationen)	November 1973
Die Bautätigkeit in Düsseldorf im Jahre 1973 (Nr. 175 der Informationen)	März 1974
Der Abbruch von Wohngebäuden in Düsseldorf (1963 bis 1973 Nr. 180 der Informationen)	Juli 1974
<b>Bildung und Unterhaltung</b>	
Die allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf 1953 bis 1956 (Nr. 8 der Informationen)	Dezember 1956
Berufsbildende Schulen — Ergebnisse der Erhebung zum 15. November 1956 — (Nr. 10 der Informationen)	März 1957
Lichtspieltheater und deren Besuch in Düsseldorf (Nr. 26 der Informationen)	Juni 1958
Die Schulraumsituation der allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf (Nr. 38 der Informationen)	August 1959
Kinobesuch und Fernsehen in Düsseldorf seit 1956 (Nr. 46 der Informationen)	Februar 1960
Die künftige Entwicklung der Schülerzahlen in Düsseldorf (Nr. 52 der Informationen)	August 1960
Die Schüler der Berufsschulen in Düsseldorf, Rückblick und Ausblick (Nr. 58 der Informationen)	Januar 1961
Die allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf, Ergebnisse der Erhebung zum 15. Mai 1961 (Nr. 64 der Informationen)	September 1961
Kinos, Theater, Konzerte und Volksbüchereien im Zeichen der Entwicklung des Fernsehens (Nr. 69 der Informationen)	Februar 1962
Die Situation der allgemeinbildenden Schulen (Nr. 72 der Informationen)	November 1962
Der Theater- und Konzertbesuch in Düsseldorf (Nr. 94 der Informationen)	März 1964
Die allgemeinbildenden Schulen in Düsseldorf seit 1946 (Nr. 102 der Informationen)	Oktober 1964
Der Besuch der berufsbildenden Schulen in Düsseldorf (Nr. 103 der Informationen)	November 1964
Die in Düsseldorf wohnhaften Absolventen von Hochschulen (Nr. 114 der Informationen)	September 1965
Übergänge von Volksschülern auf weiterführende Schulen (Nr. 115 der Informationen)	September 1965
Übergang von Volksschülern auf weiterführende Schulen in Düsseldorf (Nr. 122 der Informationen)	August 1966
Kinos, Theater und Konzerte sowie sonstige kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen im Zeichen der Ausbreitung des Fernsehens (Nr. 131 der Informationen)	März 1967

## Rechts- und Sicherheitswesen

	Herausgabe:
Gerichtliche Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 12 der Informationen)	Mai 1957
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf (Nr. 40 der Informationen)	Oktober 1959
Die Kriminalität in Düsseldorf (Nr. 41 der Informationen)	Oktober 1959
Die Diebstähle in Düsseldorf (Nr. 70 der Informationen)	März 1962
Die gerichtlichen Ehelösungen in Düsseldorf in den letzten 5 Jahren (Nr. 85 der Informationen)	August 1963
Die Kriminalität in Düsseldorf (Nr. 108 der Informationen)	März 1965
Düsseldorfer Diebstahlstatistik (Nr. 118 der Informationen)	März 1966
Über die Kriminalität der Ausländer in Düsseldorf (Nr. 132 der Informationen)	März 1967

## Finanzstatistik

19 städtische Krankenanstalten im Lichte vergleichender Finanzstatistik (Nr. 5 der Beiträge)	Oktober 1909
Die Entwicklung der von der Stadt Düsseldorf erhobenen Gebühren sowie sonstigen Abgaben und Entgelte (Nr. 16 der Beiträge)	Januar 1962

## Wahlen

Die Struktur der Parteierfolge im Stadtkreis Düsseldorf bei den Bundestagswahlen vom 14. August 1949 (Nr. 11 der Beiträge)	November 1949
Vorbericht zur Bundestagswahl am 15. September 1957 (Nr. 13 der Informationen)	Juli 1957
Zur Landtagswahl 1958 (Nr. 22 der Informationen)	Februar 1958
Landtagswahl 1958 in Düsseldorf (Nr. 27 der Informationen)	Juli 1958
Vorbericht zur Bundestagswahl 1961 (Nr. 63 der Informationen)	Juli 1961
(Seit 1962 werden die diesbezüglichen Abhandlungen bzw. Berichte als Sonderveröffentlichungen „Sonderreihe Wahlen“ herausgegeben; siehe Seite 148)	

## Sonstige Gebiete

Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1905 (Nr. 2 der Beiträge)	Juli 1907
Das Statistische Amt der Stadt Düsseldorf 1900 bis 1910 — Ein Jahrzehntbericht — (Nr. 7 der Beiträge)	November 1910
Die Grundbesitz- und Wohnungsverhältnisse in Düsseldorf und ihre Entwicklung seit 1903 (Nr. 8 der Beiträge)	Juli 1912
Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 26. April 1925 (Nr. 9 der Beiträge)	April 1926
Kurze Soziographie Düsseldorfs (Nr. 14 der Beiträge)	November 1955
Düsseldorf im Jahre 1956 — Eine statistische Rückschau — (Nr. 9 der Informationen)	Januar 1957
Gaststätten im Stadtkreis Düsseldorf — Stand 31. Mai 1957 — (Nr. 16 der Informationen)	August 1957
Ergebnisse einer Untersuchung über die Alterseinrichtungen in Düsseldorf (Nr. 73 der Informationen)	Dezember 1962
Die Haushaltungen in Düsseldorf nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961 (Nr. 82 der Informationen)	Mai 1963
Die Haushaltungen in Düsseldorf (Nr. 105 der Informationen)	Februar 1965
Düsseldorf im Zahlenspiegel 1958 und 1967 bei fast gleicher Einwohnerzahl (Nr. 137 der Informationen)	Februar 1968
Die Führerscheinprüfungen in Düsseldorf 1961 — 1970 (Nr. 151 der Informationen)	März 1971
Düsseldorf und sein Umland (Nr. 162 der Informationen)	April 1972
Düsseldorf und sein Umland, Arbeitsstätten und Beschäftigte — Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1970 — (Nr. 165 der Informationen)	August 1972
Anwendungsbeispiele aus einem Planungs-Informationssystem (Nr. 21 der Beiträge)	Februar 1973

## Verwaltungsberichte

- je 1 Verwaltungsbericht für das Jahr 1851, 1852, 1853 usw. bis 1856
- je 1 Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt für das Jahr 1859, 1860 usw. bis 1865, 1868, 1869, 1870/71, 1872, 1873 und 1874, 1875
- je 1 Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Düsseldorf
  - für den Zeitraum vom 1. Januar 1876 bis 31. März 1877
  - für den Zeitraum vom 1. April 1877 bis 31. März 1878 usw. bis 1913/14

### Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf

- für den Zeitraum vom 1. April 1914 bis 31. März 1919
- für den Zeitraum vom 1. April 1919 bis 31. März 1922
- für den Zeitraum vom 1. April 1922 bis 31. März 1925
- für den Zeitraum vom 1. April 1925 bis 31. März 1928

je 1 Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten in Düsseldorf im Jahre 1928, 1929, 1930,  
im Rechnungsjahr 1931/32

Verwaltungsbericht der Stadt Düsseldorf vom 1. April 1933 bis 31. März 1936

Verwaltungsbericht der Landeshauptstadt Düsseldorf

vom Zeitpunkt der Besetzung der Stadt 1945 bis 31. März 1949

für die Zeit vom 1. April 1949 bis 31. März 1951

für die Zeit vom 1. April 1951 bis 31. März 1953

für die Zeit vom 1. April 1953 bis 31. März 1958

für die Zeit vom 1. April 1958 bis 31. März 1959

für die Zeit vom 1. April 1959 bis 31. Dezember 1960

für die Zeit vom 1. Januar 1961 bis 31. Dezember 1962

für die Zeit vom 1. Januar 1963 bis 31. Dezember 1964

für die Zeit vom 1. Januar 1965 bis 31. Dezember 1967

für die Zeit vom 1. Januar 1968 bis 31. Dezember 1970

für die Zeit vom 1. Januar 1971 bis 31. Dezember 1973







